

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/35
15.01.20

35. Sitzung

am 15. Januar 2020, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages

Beginn: 09.01 Uhr
Ende: 18.40 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	2429	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1137, Annahme des Antrages	2445
Antrag zur Geschäftsordnung der DIE LINKE-Landtagsfraktion: Absetzung des Tagesordnungspunktes „Wahl der Direktorin/des Direktors der Landesmedienanstalt des Saarlandes (Wahlvorschlag Drucksache 16/1140)....	2429	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1144, Ablehnung des Antrages	2445
Abg. Spaniol (DIE LINKE) zur Geschäftsordnung.....	2429	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1145, Ablehnung des Antrages	2445
Abg. Heib (CDU) zur Geschäftsordnung.....	2430	4. Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der DIE LINKE-Landtagsfraktion betreffend: Klimawandel und Klimaschutz (Drucksache 16/1135)	2446
Abstimmung, Ablehnung des Antrages	2431	5. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Blackout-Vorsorge im Saarland stärken (Drucksache 16/1141)	2446
Änderungen der Tagesordnung	2431	Abg. Georgi (DIE LINKE).....	2446
1. Wahl der Direktorin/des Direktors der Landesmedienanstalt des Saarlandes gemäß § 58 Abs. 1 des Saarländischen Mediengesetzes (SMG) (Wahlvorschlag Drucksache 16/1140)	2432	Abg. Hecker (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1141.....	2447
Wahlergebnis	2432	Abg. Dr. Jung (SPD).....	2449
2. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: 100 Jahre Saarland (Drucksache 16/1137)	2432	Abg. Flackus (DIE LINKE).....	2452
3. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Einführung eines Saarlandtages als Feiertag (Drucksache 16/1144)	2432	Abg. Thielen (CDU).....	2454
10. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Drucksache 16/1145)	2432	Abg. Zimmer (SPD).....	2457
Abg. Funk (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1137.....	2433	Abg. Heinrich (CDU).....	2459
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung der Anträge Drucksachen 16/1144 und 16/1145.....	2436	Minister Jost.....	2461
Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	2438	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1141, Ablehnung des Antrages	2464
Abg. Commerçon (SPD).....	2441	6. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Kirchensteuergesetzes (Drucksache 16/1136)	2465
Abg. Dörr (AfD).....	2445	Minister Strobel zur Begründung.....	2465
		Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (HF)	2465
		7. Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe (Saarländisches Gesetz über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe - SLASozBG) (Drucksache 16/1127)	2465

Ministerin Bachmann zur Begründung:.....	2465	Ministerin Bachmann.....	2480
Abstimmung, Annahme in Erster Lesung, Ausschussüberweisung (SGFF)	2467	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	2481
Unterbrechung der Sitzung	2467		
8. Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (Drucksache 16/1147)	2467	12. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reaktivierung - Ausbau und Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Bahnlinie von Saarbrücken über Dillingen, Niedaltdorf, Bouzonville, Thionville nach Luxemburg (Drucksache 16/1149)	2481
Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	2467	19. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Verkehrsentwicklungsplan vorlegen - Ausbau grenzüberschreitender Verkehre vorantreiben - Investitionen in Ausbau, Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken (Drucksache 16/1150)	2481
Abg. Renner (SPD).....	2469		
Abg. Spaniol (DIE LINKE).....	2469	20. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausbau und Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs nach Frankreich und Luxemburg (Drucksache 16/1152)	2481
Abg. Wagner (CDU).....	2470		
Abg. Dörr (AfD).....	2472	Abg. Dörr (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1149.....	2482
Ministerin Streichert-Clivot.....	2473	Abg. Schramm (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1150.....	2483
Abstimmung, Ablehnung in Erster Lesung	2474	Abg. Kurtz (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1152.....	2484
9. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Versorgungswerks der Steuerberater/ Steuerberaterinnen und Wirtschaftsprüfer/Wirtschaftsprüferinnen im Saarland (Drucksache 16/1079)	2474	Abg. Heinrich (CDU).....	2486
(Erste Lesung: 33. Sitz. v. 20. Nov. 2019)		Abg. Schramm (DIE LINKE).....	2488
Abg. Eder-Hippler (SPD), Bericht-erstatte- rin.....	2474	Ministerin Rehlinger.....	2489
Abstimmung, Annahme in Zweiter und letzter Lesung	2475	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1149, Ablehnung des Antrages	2492
11. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufklärungskampagne über die Gefahren des Shisha-Rauchens und über Gefahren durch E-Zigaretten organisieren und durchführen (Drucksache 16/1139)	2475	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1150, Ablehnung des Antrages	2492
Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....	2475	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1152, Annahme des Antrages	2492
Abg. Mildau (CDU).....	2476		
Abg. Lander (DIE LINKE).....	2478		
Abg. Becker (SPD).....	2478		

13. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bundestierschutzgesetz novellieren und konkretisieren - für einen besseren Tierschutz (Drucksache 16/1142)	2492	Abg. Lander (DIE LINKE).....	2507
		Abg. Thielen (CDU).....	2508
		Abg. Zimmer (SPD).....	2508
		Abg. Scharf (CDU).....	2509
		Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1138, Annahme des Antrages	2509
22. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Tierschutz und Tierwohl fördern und aktiv gestalten (Drucksache 16/1153)	2492	Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1151, Ablehnung des Antrages	2509
Abg. Döring (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1142.....	2492	15. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Langfristige Sommerferienregelung; Rückkehr zu terminlich festen Sommerferien im Saarland (Drucksache 16/1148)	2509
Abg. Hecker (AfD) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1153.....	2496	Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	2509
Abg. Fretter (CDU).....	2497	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	2510
Abg. Dörr (AfD).....	2499	16. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schaffung zukunftsicherer Arbeitsplätze und Industrien. Den Fortbestand des Saarlandes sichern (Drucksache 16/1143)	2510
Abg. Fretter (CDU).....	2500	Abg. Müller (AfD) zur Begründung.....	2510
Abg. Georgi (DIE LINKE).....	2500	Abg. Roth (SPD).....	2512
Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1142, Annahme des Antrages	2501	Abg. Schramm (DIE LINKE).....	2515
Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1153, Ablehnung des Antrages	2501	Abg. Speicher (CDU).....	2515
14. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Strafrahmensverschärfung bei Kindesmissbrauch (Drucksache 16/1138)	2501	Abg. Müller (AfD).....	2517
		Abg. Speicher (CDU).....	2517
		Abstimmung, Ablehnung des Antrages	2517
21. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Unabhängige/r Beauftragte/r für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs für das Saarland (Drucksache 16/1151)	2501	17. Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Unsere fränkische Sprache (Drucksache 16/1146)	2518
Abg. Heib (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1138.....	2501	Abg. Dörr (AfD) zur Begründung.....	2518
Abg. Lander (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 16/1151	2503	Abstimmung, Ablehnung des Antrages	2519
Abg. Zimmer (SPD).....	2504		
Abg. Müller (AfD).....	2506		
Abg. Heib (CDU).....	2506		

18. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 11) (Drucksache 16/1126)	2519
Abstimmung, Annahme des Antrages	2519

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere heutige Plenarsitzung des saarländischen Landtags und darf Sie dazu ganz herzlich willkommen heißen.

Es ist die 35. Sitzung der laufenden Legislaturperiode, gleichzeitig die erste Sitzung im neuen Jahr. Das möchte ich zum Anlass nehmen, Ihnen und Ihren Familien alles Gute, Glück, Gesundheit, Zufriedenheit für das neue Jahr, für das neue Jahrzehnt, zu wünschen.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner heutigen Sitzung für 09.00 Uhr einberufen und ebenfalls im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Zwischenzeitlich hat die DIE LINKE-Landtagsfraktion mit Schreiben vom gestrigen Tag die Absetzung des Tagesordnungspunkts 1, Wahl der Direktorin/des Direktors der Landesmedienanstalt, beantragt. Sie hat auch um Begründung dieses Geschäftsordnungsantrags gebeten. Ich möchte die Geschäftsordnungsdebatte zulassen. Am Ende dieser Debatte stimmen wir dann über den Geschäftsordnungsantrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion ab. Wir kommen also zum

Antrag zur Geschäftsordnung der DIE LINKE-Landtagsfraktion: Absetzung des Tagesordnungspunktes „Wahl der Direktorin/des Direktors der Landesmedienanstalt des Saarlandes (Wahlvorschlag Drucksache 16/1140)

Ich möchte noch auf einige Regularien hinweisen, die für Geschäftsordnungsdebatten gelten. Nach § 40 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung darf der Redebeitrag nicht länger als fünf Minuten betragen. Die Geschäftsordnungsdebatte ist auf einen Redner pro Fraktion beschränkt. Ich darf nun für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Frau Abgeordneter Barbara Spaniol das Wort erteilen.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen heute gemäß § 29 Abs. 4 und 5 der Geschäftsordnung unseres Hohen Hauses, den Tagesordnungspunkt 1 abzusetzen. Die Wahl einer neuen Direktorin oder eines neuen Direktors der Landesmedienanstalt sollte - und zwar nicht nur aus unserer Sicht - so lange vertagt werden, bis wirklich Rechtssicherheit mit Blick auf das Wahlverfahren erreicht ist und die bestehenden rechtlichen Zweifel eindeutig geklärt sind. Dass wir diesen Punkt vertagen wollen, hat nichts mit den Personen zu tun, die sich um die Stelle beworben haben, sondern allein damit, dass von verschiedener Seite erhebliche rechtliche Bedenken geäußert worden sind, das Verfahren sei in mehrfacher Hinsicht nicht in Ordnung.

So sehen namhafte Medienrechtler die Chancengleichheit bei den Bewerberinnen und Bewerbern nicht gewahrt. Sie sehen erstens einen Verstoß gegen das Prinzip der Bestenauslese, da vor der Stellenausschreibung öffentlich verkündet wurde, wer seitens der Politik für den Posten vorgesehen ist. Deswegen könnte das Bewerbungsverfahren vor Gericht überprüft werden. Es kann Konkurrentenklage erhoben werden.

Zweitens sehen sie einen Verstoß gegen das Prinzip der Staatsferne. Zu einem weiteren Punkt gibt es ebenfalls sehr unterschiedliche Rechtsauffassungen, nämlich zur Frage, ob nur für den Rest der Amtszeit, also bis 2023, oder für eine ganz neue Amtsperiode, also sieben Jahre, gewählt werden soll. Auch hier steht die Möglichkeit im Raum, die Wahl anzufechten. Das Benehmen, das bekanntlich stets vom Einvernehmen abzugrenzen ist, hat sich im Präsidium nur auf die Notwendigkeit der Ausschreibung als solche bezogen, um das gleich vorwegzunehmen. Unsere Fraktion hat zeitgleich einen Änderungsentwurf zum Gesetz vorgelegt, um unsere Position darzulegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau deshalb müssen wir heute unsere Geschäftsordnung bemühen, denn wir LINKE haben somit schon früh unsere Kritik am Verfahren geäußert, und zwar mit dem Ziel, mehr Transparenz bei der Stellenbesetzung zu erreichen, mehr Erfahrungen im Medienbereich zur Voraussetzung werden zu lassen. Statt einem nahtlosen Wechsel aus der Politik in das Direktorenamt bei der Landesmedienanstalt wollen wir eine sinnvolle Karenzzeit von 18 Monaten wie in Nordrhein-Westfalen einführen, außerdem wollen wir den Medienrat wählen lassen und nicht den Landtag. So wird es entsprechend für den Rundfunkrat beim SR praktiziert. Das ist richtig so. So argumentieren jedenfalls

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

auch die Medienrechtsexperten. Uns ging es darum, den sensiblen Bereich der Medienaufsicht, also Institutionen, die wie die Landesmedienanstalt staatsfern sein sollten, aus parteipolitischen Erwägungen herauszuhalten. Kolleginnen und Kollegen, dieser Anschein muss doch vermieden werden, denn genau das wollen immer weniger Menschen akzeptieren, genau das führt zum unrühmlichen Politikfrust.

(Beifall von der LINKEN.)

Genauso sehen dies auch viele im Medienrat selbst. Die Kritik am Verfahren wurde dort ähnlich wie von unserer Fraktion geäußert - ich betone noch einmal ausdrücklich, nicht an der Person der Kollegin, sondern am Prozedere.

Meine Damen und Herren, wenn die Wahl heute unter diesen Bedingungen durchgeführt wird, schadet dies unserer Meinung nach auch der künftigen Amtsinhaberin oder dem künftigen Amtsinhaber. Niemand kann ein Interesse daran haben, dass möglicherweise monatelange Rechtsstreitigkeiten folgen. Es stehen nun unterschiedliche Auffassungen und die Frage von eklatanten Rechtsverstößen im Raum. Genau deshalb beantragen wir die Absetzung des Tagesordnungspunkts gemäß § 29 unserer Geschäftsordnung.

Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zum Schluss den renommierten Medienexperten Prof. Dr. Dieter Dörr mit Blick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Fernsehrat aus dem Jahr 2014: „Wenn es nicht anders geht, dann müssen leider die Gerichte wieder zu solchen Reformen beitragen. Es wäre sehr viel besser, wenn die Politik dies selber tun würde.“ - In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Das Wort zur Geschäftsordnung hat nun die Abgeordnete Dagmar Heib für die CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heib (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht Ihnen um Rechtssicherheit in Ihrem Antrag, verehrte Kollegin Spaniol. Rechtssicherheit ist allerdings nicht über Gutachten oder Aussagen von Medienrechtlern herbeizuführen, Rechtssicherheit gibt es in unserem Rechtsstaat meistens durch letztinstanzliche Urteile. Dies einmal vorweg.

Die Grundlage des Wahlverfahrens ist § 58 des Saarländischen Mediengesetzes. Dieses Verfahren ist in der von Ihnen angesprochenen Aussprache im

November zu Ihrem Gesetzentwurf noch einmal im Landtag bestätigt worden. Es gab keine Änderung. Im Abs. 1 Satz 1 heißt es: „Die Direktorin oder der Direktor wird vom Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf die Dauer von sieben Jahren gewählt.“

Abs. 3: „Scheidet die Direktorin oder der Direktor vorzeitig aus, ist innerhalb von drei Monaten eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit zu wählen.“

Die von den saarländischen Wählerinnen und Wählern demokratisch gewählten Männer und Frauen, die Abgeordneten, wählen in diesem Verfahren. Das Besetzungsverfahren wurde auf Beschluss des Präsidiums mit einer Ausschreibung im November letzten Jahres eingeleitet. Der Ausschreibungstext wurde im Präsidium verteilt, die Ausschreibung ist rechtlich nicht zwingend erforderlich gewesen, aber im Sinne von Transparenz entsprechend erfolgt. Die eingegangenen Bewerbungen, drei an der Zahl, wurden an jeden einzelnen Abgeordneten und jede einzelne Abgeordnete verteilt. Aufgrund der aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen konnte sich jeder/jede ein Bild von dem Bewerber und den Bewerberinnen machen. Es gab auch persönliche Gespräche.

Die Frage, ob für sieben Jahre oder den Rest der Amtszeit zu wählen rechtmäßig ist, bedarf der Auslegung. Das hat die Landtagsverwaltung im Vorfeld der Ausschreibung getan und kam zu dem Ergebnis, die Stelle für sieben Jahre auszuschreiben. Wichtig ist hier, in die Vergangenheit zu schauen. Das Saarländische Mediengesetz ist 2002 in Kraft getreten. Bis dato befanden sich die Regelungen der Landesmedienanstalt betreffend im Saarländischen Rundfunkgesetz. Früher wurde die Landesmedienanstalt von einem Vorstand geleitet, der sich aus zwei ehrenamtlichen Mitgliedern und einer hauptamtlichen Direktorin beziehungsweise einem Direktor zusammensetzte. Das war im damaligen § 77 geregelt. Der Vorstand wurde einheitlich vom Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit für die Dauer von sieben Jahren gewählt. Wenn ein Mitglied, ob haupt- oder ehrenamtlich, vorzeitig ausschied, war nach § 77 Abs. 2 Satz 6 innerhalb von drei Monaten die Nachfolge für den Rest der Amtszeit zu wählen.

Auf diese Weise wurde die Einheitlichkeit der Amtszeit des Vorstandes gewahrt und eine möglichst hohe personelle Beständigkeit erreicht. Mit der Ablösung des Rundfunkgesetzes durch das Saarländische Mediengesetz wurde die Leitung der Landesmedienanstalt neu geregelt. Nunmehr gibt es die Direktorin oder den Direktor, die oder der mit Zweidrit-

(Abg. Heib (CDU))

telmehrheit gewählt wird. Obwohl die Ausgestaltung der Leitung sich grundlegend verändert hat, wurde die Vorschrift über die Nachwahl wortgleich - lediglich der Begriff „Mitglied“ wurde durch die Begriffe „Direktor/Direktorin“ ersetzt - in § 58 Abs. 3 übertragen. Der ursprüngliche Sinn und Zweck der Vorschrift ist zu diesem Zeitpunkt entfallen gewesen.

Legt man die Wahlvorschriften von § 58 Abs. 1 und Abs. 3 systematisch aus, ergibt sich Folgendes: Dem Landtag werden zwei Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, die Direktorin oder den Direktor bei vorzeitigem Ausscheiden des vorherigen Direktors oder der vorherigen Direktorin zu bestimmen. Entweder wird mit einer Zweidrittelmehrheit für eine neue Amtszeit von sieben Jahren gewählt oder mit einer einfachen Mehrheit für die verbleibende Amtszeit. Das Gesetz unterscheidet insofern zwischen den beiden Wahlmöglichkeiten und ordnet für eine volle Amtszeit ein höheres Quorum und für eine kürzere ein niedrigeres Quorum zur Wahl an. Wenn schon eine Wahl mit geringeren Anforderungen zulässig wäre, muss eine Wahl, die höheren Anforderungen genügt, erst recht zulässig sein. Diese Möglichkeiten hat der Landtag, hier zu unterscheiden. Dieser Auslegung folgend ist die Rechtmäßigkeit einer heutigen Wahl gegeben, meine Damen und Herren.

Die vorliegenden qualifizierten Bewerbungen zeigen, dass man sich durch die Nominierung der Kollegin im Vorfeld der Ausschreibung nicht von einer Bewerbung hat abhalten lassen. Die Nominierung als solche ist nicht bindend, die Bewerbungen sind allen zugegangen. Jede Einzelne und jeder Einzelne von uns ist frei in ihrer und seiner Entscheidung, wie es das Gesetz vorsieht. Von daher werden die CDU-Fraktion und auch die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Änderung der Tagesordnung und Verschiebung der Wahl ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnungsdebatte vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer für die Absetzung des Tagesordnungspunktes 1 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Tagesordnungspunkt nicht abgesetzt ist.

Noch einige Anmerkungen zu weiteren Punkten unserer heutigen Tagesordnung. Zunächst zu Punkt 12

der Tagesordnung, dem Antrag der AfD-Landtagsfraktion zum Thema „Reaktivierung - Ausbau und Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Bahnlinie von Saarbrücken über Dillingen, Niedaltdorf, Bouzonville, Thionville nach Luxemburg“ Drucksache 16/1149. Dazu hat die Landtagsfraktion DIE LINKE mit der Drucksache 16/1150 den Antrag betreffend „Verkehrsentwicklungsplan vorlegen - Ausbau grenzüberschreitender Verkehre vorantreiben - Investitionen in Ausbau, Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken“ eingebracht. Zu Tagesordnungspunkt 12 haben auch die Koalitionsfraktionen mit der Drucksache 16/1152 den Antrag betreffend „Ausbau und Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienennahverkehrs nach Frankreich und Luxemburg“ eingebracht.

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/1150, das ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE, als Punkt 19 und der Antrag Drucksache 16/1152, das ist der Antrag der Koalitionsfraktionen, als Punkt 20 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Vielen Dank. Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1150 als Punkt 19 und der Antrag Drucksache 16/1152 als Punkt 20 in die Tagesordnung aufgenommen sind und gemeinsam mit Punkt 12 beraten werden.

Eine weitere Anmerkung betrifft den Tagesordnungspunkt Punkt 13, das ist der Antrag der CDU- und SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Bundestierschutzgesetz novellieren und konkretisieren - für einen besseren Tierschutz“, Drucksache 16/1142. Dazu hat die AfD-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/1153 den Antrag betreffend „Tierschutz und Tierwohl fördern und aktiv gestalten“ eingebracht.

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/1153, also der Antrag der AfD-Landtagsfraktion, als Punkt 22 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1153 als Punkt 22 in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Er wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13 beraten.

Eine weitere Anmerkung zu Punkt 14 unserer Tagesordnung, dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Strafrahmenverschärfung bei Kindesmissbrauch“, Landtagsdrucksache 16/1138. Dazu hat die DIE LINKE-Landtagsfraktion mit der Drucksache 16/1151 den Antrag betreffend „Unabhängige Beauftragte/Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs für das Saarland“ eingebracht.

(Präsident Toscani)

Wer dafür ist, dass der Antrag Drucksache 16/1151, also der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, als Punkt 21 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1151 als Punkt 21 in die Tagesordnung aufgenommen wird. Wir beraten ihn gemeinsam mit Punkt 14.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind übereingekommen, unmittelbar nach der Wahl abweichend von der bisherigen Systematik ein Schwerpunktthema, nämlich das Thema „100 Jahre Saarland“, zu beraten. Dies betrifft die Punkte 2, 3 und 10 der Tagesordnung. Wir wollen sie in verbundener Aussprache im Umfang eines Grundredezeitmoduls beraten. Erhebt sich gegen diese Vorgehensweise Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind außerdem übereingekommen, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 der Tagesordnung im Anschluss an das Schwerpunktthema gemeinsam zu beraten. Das sind die Tagesordnungspunkte, die das Thema Klimawandel und Klimaschutz betreffen. Erhebt sich gegen diese Vorgehensweise Widerspruch? - Auch dies ist nicht der Fall. Dann verfahren wir entsprechend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir steigen nun in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Wahl der Direktorin/des Direktors der Landesmedienanstalt des Saarlandes gemäß § 58 Abs. 1 des Saarländischen Mediengesetzes (SMG) (Wahlvorschlag Drucksache 16/1140)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der bisherige Direktor der Landesmedienanstalt Saarland, Herr Uwe Conradt, ist durch die Wahl zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken vorzeitig aus seinem Amt ausgeschieden. Aus diesem Grund ist eine Neuwahl notwendig geworden. Nach § 58 Abs. 1 Satz 1 des Saarländischen Mediengesetzes vom 27. Februar 2002 wird die Direktorin oder der Direktor vom Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf die Dauer von sieben Jahren gewählt. Das Erweiterte Präsidium hat einen Wahlvorschlag unterbreitet, der uns als Drucksache 16/1140 vorliegt.

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schliesse die Aussprache.

Das Erweiterte Präsidium hat sich für eine schriftliche Wahl ausgesprochen. Wahlzettel und Umschlä-

ge werden Ihnen am Eingang zu Zimmer 30 ausgehändigt. Gültig sind nur die Wahlzettel, auf denen die Stimmabgabe im Kreis durch ein Kreuz eindeutig gekennzeichnet ist. Den Umschlag mit dem Wahlzettel bitte ich, in die Wahlurne einzuwerfen. Ich darf die Schriftführer bitten, die Namen der Abgeordneten zur Stimmabgabe aufzurufen.

(Die Schriftführer rufen die Namen der Abgeordneten auf.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf fragen, ob ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden ist? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die beiden Schriftführer, mit der Auszählung der Stimmen zu beginnen.

(Die Schriftführer zählen die Stimmen aus.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis bekannt: Es wurden 51 Stimmen abgegeben. Für Frau Ruth Meyer wurden 40 Stimmen abgegeben. Für Frau Teresina Moscatiello wurde keine Stimme abgegeben. Für Herrn Dr. Jörg Ukrow wurden neun Stimmen abgegeben. Zwei Mitglieder des Hauses haben sich enthalten.

Ich stelle fest, dass Frau Ruth Meyer mit der gemäß § 58 Abs. 1 des Saarländischen Mediengesetzes notwendigen Zweidrittelmehrheit, also mindestens 34 Mitgliedern des Hauses, zur Direktorin der Landesmedienanstalt des Saarlandes gewählt ist. Ich darf ihr die Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Lang anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen und der AfD.)

Wir kommen zu den Punkten 2, 3 und 10 unserer Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: 100 Jahre Saarland (Drucksache 16/1137)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Einführung eines Saarlandtages als Feiertag (Drucksache 16/1144)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag be-

(Präsident Toscani)

treffend: Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Drucksache 16/1145)

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Alexander Funk das Wort.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Vor wenigen Tagen haben wir den 100. Geburtstag des Saarlandes feiern können. Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 gab es das Saargebiet unter der Verwaltung des Völkerbundes. Von einer eigenständigen Region konnte allerdings kaum die Rede sein. Das Saargebiet war nicht die einzige staatliche Neugründung in dieser Zeit. Unter anderem gab es den Volksstaat Württemberg, den Freistaat Coburg und den Volksstaat Hessen sowie diverse Räterepubliken. Überlebt hat trotz aller Widrigkeiten, Wirrungen und Irrungen bekanntermaßen alleine das zum Saarland mutierte Saargebiet.

Ich will an dieser Stelle nicht die hundertjährige Geschichte im Detail Revue passieren lassen, das hat die Feierstunde am Freitag in der Congresshalle auf eindrucksvolle Weise getan. Ich verweise aber doch auf einige markante Punkte, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges das Geschehen an der Saar bis heute nachhaltig beeinflussen. Im am Boden liegenden Deutschland nahm das Saarland eine besondere Rolle ein. Es ist kein Geheimnis, dass sich Frankreich das Saargebiet zu gerne einverleibt hätte und ihm innerhalb seiner Besatzungszone eine Vorzugsstellung einräumte. In Handelsverträgen der damaligen Zeit war die Rede von den drei Westzonen, nämlich der amerikanischen, der britischen und der französischen, sowie vom Währungsgebiet des französischen Franken, „nachstehend Frankreich genannt“.

Was damals als Belastung empfunden wurde, erwies sich später als Segen. In der Absicht, das Saarland zu einer französischen Provinz zu machen, bevorzugte Paris es, wo immer es nur möglich war. Den saarländischen Gruben wurden Arbeiter aus der französischen Zone zugewiesen. Um den Nahrungsmangel zu beheben, mussten die übrigen Länder der französischen Besatzungszone Kartoffeln an die Saar liefern. Der keramischen Industrie in Mettlach und in Merzig wurden Arbeitskräfte zugewiesen, ebenso der Burbacher, der Dillinger und der Völklinger Hütte. Die damalige französische Besatzungspolitik hat bis heute ganz konkrete Auswirkungen. Dafür steht vor allem auch Bosch in Homburg.

Abseits von wirtschaftlichen Entwicklungen hat sich dieser Teil unserer wechselhaften Geschichte aber auch im ganz positiven Sinne auf unseren Lebensstil ausgewirkt. Nicht umsonst sprechen wir hier an der Saar gerne vom Saarlois-vivre, dieser schönen Beschreibung unserer saarländischen Art zu leben. Ja, wir sind heute eines der europäischsten Bundesländer, wenn nicht sogar das europäischste Bundesland in Deutschland.

Die Entwicklung des Saarlandes zeigt, wie wir uns aus einer echten Randlage in Europa infolge des deutsch-französischen Zerwürfnisses nach der so wichtigen Aussöhnung zu einer Region mit europäischer Kernlage entwickelt haben. Dass das so bleibt, dafür sind wir mitverantwortlich, indem wir dafür arbeiten, dass die Frankreichstrategie weiter mit Leben gefüllt wird - denn sie ist wichtig und richtig -, indem wir dafür kämpfen, schnellere und bessere Bahnverbindungen zu unseren Nachbarn zu bekommen - denn im Herzen Europas sollten Schnellbahnen die Menschen verbinden und nicht verwitterte Gleise -, indem wir den Aachener Vertrag mit all seinen neuen Möglichkeiten und Chancen auch als solchen begreifen und annehmen. Die Zukunft unseres Bundeslandes lag schon in der Vergangenheit in Europa, sie liegt heute in Europa und sie wird auch in Zukunft nur in diesem funktionierenden, starken, sozialen Europa liegen. Begreifen wir Europa deswegen als Chance und nicht als Hindernis. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der CDU und vereinzelt bei der SPD.)

Trotz allem ist der Saarländer seit jeher stolzer Saarländer, nicht nur in den eigenen Landesgrenzen, sondern auch darüber hinaus. Entstanden ist das durch die Wirrungen der Geschichte, vor allem aber auch in den Kohlegruben und Stahlhütten, die unser Land über Jahrzehnte geprägt haben. Die körperliche und häufig auch zutiefst gefährliche Arbeit ließen die Saarländerinnen und Saarländer zusammenrücken. Auch deswegen sind Solidarität, Gemeinschaft und Zusammenhalt unverbrüchlicher Teil unserer saarländischen Identität. Spürbar ist diese Identität überall in unserem Land, vor allem in unseren Kommunen und Dörfern. Es braucht diesen Zusammenhalt und dieses Selbstbewusstsein, um sich in der Bundesrepublik behaupten zu können und um den Herausforderungen zu trotzen, denen sich unser Land gegenüber sieht.

Dass wir im Saarland erneut vor einem Umbruch stehen, wird nach den Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate niemand leugnen wollen. Es hat aber in keinsten Weise damit zu tun, dass die Menschen hierzulande weniger fleißig wären - ganz

(Abg. Funk (CDU))

im Gegenteil. Die Eintrübung der globalen Konjunktur wird schlicht und einfach auch vor dem Saarland nicht haltmachen, der Brexit tut ein Übriges. Von der Globalisierung der Wirtschaft war und ist das Saarland stärker betroffen als manch andere Regionen.

Meine Damen und Herren, wir im Saarland können aber mit einem Strukturwandel umgehen. Wir sind anpassungsfähig und flexibel genug, um uns auch dieser Herausforderung zu stellen, denn wir waren schon in den vergangenen Jahrzehnten unserer Geschichte ein Land im Wandel. Der erste Strukturwandel ist uns gelungen, als wir uns gemeinsam mit ganzen Generationen von der Montanindustrie verabschieden mussten. Mit unseren qualitativ hohen Stahlproduzenten und -verarbeitern sind wir zum drittgrößten Automotive-Standort in Deutschland aufgestiegen. Wir konnten uns dabei immer wieder auf den Rückhalt der Saarländerinnen und Saarländer stützen. Das ist eine saarländische Erfolgsstory, das ist der viel zitierte saarländische Weg.

Mit diesem Elan gehen wir auch den nächsten Strukturwandel an. Das heißt nicht, dass wir von heute auf morgen alles auf links drehen. Wir wissen um die Qualität unserer heimischen Produkte, wir wissen um die Fähigkeiten und die jahrzehntelange Erfahrung der Belegschaften, wir wissen um die Bedeutung des Industriestandorts Deutschland. Deswegen werden wir gemeinsam mit der Landesregierung auch weiterhin alles daransetzen, für jeden einzelnen Industriearbeitsplatz an der Saar zu kämpfen. Das Saarland war, ist und wird Industrieland bleiben!

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Darüber hinaus wollen wir den Übergang in eine digitale Wirtschaft zeitnah und erfolgreich anpacken. Wer bei der Digitalisierung und den Zukunftstechnologien pennt, bekommt übermorgen die Quittung. Für uns ist klar, dass die Digitalisierung uns neue Chancen eröffnen wird. Diese Chancen müssen wir anpacken und nutzen, damit wir mit unserem hervorragenden IT-Standort Vorreiter bei den neuen Entwicklungen sind. Der Wissenstransfer von den Universitäten zur heimischen Industrie muss noch weiter intensiviert werden. Hier bin ich unserer Landesregierung und insbesondere unserem Ministerpräsidenten Tobias Hans dankbar, der bundesweit wie zum Beispiel bei ZF und Ford Klinken putzt und die dicken Bretter bohrt. Hier können wir schon gute Ergebnisse vorweisen und wir müssen diesen erfolgreichen Weg gemeinsam weiter gehen. Damit meine ich nicht nur den gemeinsamen Weg von Fraktionen und Regierung. Es braucht eine konzertierte Aktion

von Bundesregierung und EU-Kommission. Wir wollen nicht nur, dass das Auto der Zukunft im Saarland gebaut wird, sondern dass auch hochwertige Industrieerzeugnisse aus dem Saarland Zukunft haben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle will ich deshalb der grünen Forderung, dass der Verbrennungsmotor in Zukunft verboten werden soll, eine klare Absage erteilen. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft und zu dieser gehört auch die Entscheidung des Marktes. Wir müssen es den Bürgerinnen und Bürgern überlassen, welches Auto mit welchem Motor sie sich kaufen wollen. Das können und wollen wir als CDU nicht staatlich vorgeben. Gerade wir als Automotive-Standort mit Bosch, ZF und vielen anderen in diesem Bereich sagen, dass wir eine ergebnisoffene Technologie wollen und weiterhin zum Verbrennungsmotor, insbesondere auch zum Dieselmotor, made in Saarland stehen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Insgesamt würde ich mir wünschen, dass gerade in der Klimadebatte weniger der Fanatismus und die ständige Verbotspolitik herrscht, sondern mehr Realismus und mehr Pragmatismus, um die Menschen in diesem Land mitzunehmen. Gerade auf diesen Fanatismus hat Heiko Maas in seiner bemerkenswerten Rede am vergangenen Freitag hingewiesen. Es gibt immer mehr Hass im Netz. Es gibt immer weniger die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen und Kompromisslösungen zu suchen. Er hat es schön formuliert: Er wünscht sich weniger Facebook und mehr Saarländerinnen und Saarländer in der Welt. - Das können wir nur unterstreichen.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist in Deutschland, in Europa, aber auch bei uns im Saarland in Gefahr. Weltweit feiern Populisten Erfolge. Wir können sagen, dass die Demokratie in Europa in einem Formtief ist. Das betrifft uns im Saarland vielleicht noch nicht so sehr, aber auch hier werden soziale Medien genutzt und die Bereitschaft, Kompromisse zu finden, lässt immer mehr nach. Wir als CDU-Fraktion haben uns daher zu Beginn des Jahres in unserer Grundsatzklausurtagung in Tholey mit der Frage befasst: Weshalb befindet sich die Demokratie in einem Formtief? Was können wir als Saarland und Politik tun? - Wir haben zunächst Ursachen analysiert, es gibt aber sicherlich noch mehr Ursachen als die, die ich hier aufzählen werde: Gefühle oder tatsächliche ökonomische Ungleichheit ist mitentscheidend für diese ganze Entwicklung. Dazu gesellt sich Angst vor Terror einhergehend mit kulturellen Ängsten und regionale Abstiegsängste. Das können wir beobachten, auch weltweit. Dort, wo sich

(Abg. Funk (CDU))

Regionen abgehängt fühlen und wo sie keine Zukunftsperspektiven haben, haben Populisten leichtes Spiel.

Wir haben uns über Lösungsansätze unterhalten und Gedanken gemacht. Ich möchte vier nennen: Um dagegen vorzugehen, dass Regionen abgehängt werden, fordern wir gleichwertige Lebensverhältnisse. Zu gleichwertigen Lebensverhältnissen gehören natürlich auch funktionierende Kommunen, die ausreichend Geld haben, um Investitionen zu tätigen. Wir haben mit dem Saarland-Pakt Großartiges geleistet. Wir übernehmen die Hälfte der Kassenkredite der saarländischen Kommunen. Das reicht aber nicht, deshalb bin ich Bundesfinanzminister Scholz für seinen Plan, für seine Idee ausgesprochen dankbar, die Kommunen, die in Deutschland überschuldet sind, zu entschulden. Wenn der Bund die verbleibenden 50 Prozent der saarländischen Kassenkredite übernehmen würde, wäre das ein großer Schritt in Richtung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ich kann ihm von der Saar aus nur zurufen: Wir unterstützen ihn bei diesem Vorhaben. Wir werden auch in unserer Bundestagsfraktion für diese Idee werben und kämpfen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und der LINKEN. - Abg. Heib (CDU): Immer diese Haushälter in der Bundestagsfraktion!)

Die sind ja normalerweise mit großer Weisheit gesegnet! - Es betrifft natürlich auch die Hilfen für eine klimaneutrale Industrie in Deutschland, an der Saar und in Europa. Deshalb bin ich auch der EU-Kommission dankbar, dass sie bis 2030 1 Billionen Euro zur Verfügung stellen möchte, um den Klimawandel in Europa zu bekämpfen. Auch dort werden wir für Hilfen für die saarländische Wirtschaft kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Der zweite Punkt, um gegen die Formkrise der Demokratie anzugehen, sind starke rechtsstaatliche und demokratische Institutionen. Ich bin auch hier der Landesregierung dankbar und froh, dass bei der Klausurtagung im vergangenen Jahr ein Schwerpunkt gesetzt wurde. Wir werden die Regierung bei den zukünftigen Haushaltsberatungen darin unterstützen.

Wir haben vereinbart, dass wir mehr Geld in den Rechtsstaat investieren werden, dass wir insbesondere in der Justiz und bei der Staatsanwaltschaft, aber auch beim Verfassungsschutz mehr Geld investieren werden, um dort starke rechtsstaatliche Institutionen zu haben.

Meine Damen und Herren, dazu gehört natürlich auch die Innere Sicherheit. Ich bin unserem Innenminister Klaus Bouillon dankbar, dass er für die Innere Sicherheit steht wie kaum ein anderer. Gewiss ist es etwas ärgerlich, dass die Videoüberwachung noch nicht installiert ist, dass es da technische Probleme gibt. Das ändert aber nichts an der Notwendigkeit, Schwerpunkttorte mit Videoüberwachung zu schützen - für unsere Saarländerinnen und Saarländer, für die Sicherheit in unserem Land. Dafür sind wir ausgesprochen dankbar.

(Beifall von der CDU und bei der SPD.)

Ein dritter Punkt, meine Damen und Herren: Es bedarf auch eines offenen, kontroversen Diskurses, den wir überall wieder anbieten müssen. Das betrifft schon die Schulen, dort muss dieser offene, kontroverse Diskurs geübt werden. Vielleicht betrifft das aber auch dieses Haus, wo wir uns als Parlamentarier darüber Gedanken machen sollten, wie wir die Debatten noch etwas lebendiger, noch etwas interessanter gestalten können, als das in der Vergangenheit der Fall war. Auch dazu lade ich alle Fraktionen ein: dass wir uns darüber unterhalten, dass wir über Redezeitmodelle sprechen, dass wir in diesem Haus aber auch häufiger im Rahmen anderer Module ähnlich der Aktuellen Stunde, vielleicht im Rahmen einer Offenen Stunde, miteinander debattieren.

Und dazu gehört selbstverständlich, dass wir Hass im Netz konsequent bekämpfen und alles daransetzen, dass wieder ein offener, pluralistischer, ein demokratischer Diskurs in unserem Land möglich wird.

Ein vierter Punkt, meine Damen und Herren. Das ist ein Vorschlag, den wir in die Debatte einbringen: Neue Formen der Partizipation wagen! - Insbesondere wollen wir mit der Landesschülervertretung, aber auch mit euch darüber diskutieren, wie wir ein Landesschülerparlament einrichten können. Den Vorschlag der Landesschülervertretung halten wir an dieser Stelle für sinnvoll. Dort finden sich gewählte Schülervertreter. Entscheidend ist aber, dass sie zusammenkommen können, dass sie bei Themen, die die Jugend betreffen, auch mitdiskutieren können und dass ihre Meinung gehört wird.

Und es geht auch um die Frage repräsentativer Bürgerforen. Ja, warum nicht? Ich bin der festen Überzeugung, dass repräsentative Bürgerforen einen großen Vorteil gegenüber Volksabstimmungen und Meinungsumfragen haben, bei denen oft nur diejenigen zur Wahl gehen und sich beteiligen, die von einem bestimmten Thema betroffen sind und mobilisiert wurden. Das repräsentative Bürgerforum, statistisch ausgewählt, das die Saarländerinnen und

(Abg. Funk (CDU))

Saarländer eins zu eins abbildet - von jung bis alt, Akademiker, Arbeitnehmer, Handwerker und Unternehmer -, kann die großen gesellschaftlichen Diskussionen in diesem Land vorbereiten, kann darüber anhand von Fakten diskutieren und dann zu einem Votum kommen und dieses dem Landtag zuleiten.

Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir das Formtief der Demokratie überwinden wollen, kann es kein „Weiter so!“ geben. Wir müssen uns vielmehr alle gemeinsam Gedanken machen, wie wir die Demokratie lebhafter, lebendiger gestalten können.

Meine Damen und Herren, die Saarländerinnen und Saarländer stehen zusammen. Lassen Sie uns alles daransetzen, dass das auch in Zukunft so bleibt! Wir Saarländerinnen und Saarländer mussten uns in unserer Geschichte auf unserem Sonderweg mehr als einmal neu orientieren. Wir haben mehr als einmal Umbrüche erleben müssen. Gemeinsam werden wir auch die Herausforderungen der Zukunft meistern. In diesem Sinne wünsche ich uns im schönsten Bundesland der Welt ein erfolgreiches Jahr 2020 und alles Gute für die Zukunft!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Zur Begründung der beiden Anträge der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Ich beginne einmal dort, wo mein Vorredner aufgehört hat: Ich wünsche allen Saarländerinnen und Saarländern ein gutes und erfolgreiches Jahr 2020! Auch wenn es kein Jubiläumsjahr ist - darauf komme ich nachher zurück.

Zunächst einmal möchte ich auf das eingehen, was Herr Funk gesagt hat. Ich habe leider nur eine sehr kurze Redezeit, deshalb fasse ich mich auch ganz kurz. Herr Funk spricht von einem Formtief der Demokratie, er spricht davon im Zusammenhang mit den sogenannten Populisten. Damit meint er, wenn er in dieses Haus hineinblickt, wahrscheinlich die AfD. Das nehme ich zumindest einmal an. Dazu will ich sagen: Das Formtief der Demokratie haben wir tatsächlich, aber nicht wegen der AfD. Vielmehr haben wir die AfD wegen dieses Formtiefs.

(Beifall von der AfD.)

Herr Funk führt sodann vier Punkte an, wie man aus diesem Tief herauskommen kann: Rechtsstaat stär-

ken - das ist auch zu 100 Prozent unsere Ansicht. Das Land stärken - auch das entspricht unserer Ansicht, dazu haben wir schon viele Anträge gestellt. Einen offenen Diskurs führen - den offenen Diskurs streben wir an, vermissen ihn noch oft. Neue Formen der Teilnahme, der Partizipation, offene beziehungsweise repräsentative Bürgerforen - auch das kann sicherlich nicht schaden. Aber Demokratie kann letztlich nur geübt werden in Gremien, die etwas zu bestimmen haben. Wir sind, auch diese Anträge haben wir schon gestellt, dafür, dass man den Gremien im Saarland, die mal mehr zu bestimmen hatten, nämlich den jetzigen Orten, die Gemeinden waren, ihre Mitbestimmungsmöglichkeit wieder zurückgibt. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Demokratisierung und ein Schritt gegen die Demokratieverdrossenheit.

Nun zu „100 Jahre Saarland“. Dass man das Datum für das Entstehen des Saarlandes ausgerechnet auf den 10. Januar 1920 setzt, das finde ich schon mehr als gewagt. Das war nämlich der Tag des Inkrafttretens des Versailler Vertrags. Dieser Versailler Vertrag ist ein dunkler Fleck in der europäischen Geschichte und im deutsch-französischen Verhältnis. Er markierte das Ende des ersten europäischen Bürgerkrieges, in den die ganze Welt hineingezogen wurde. Man hat damals die Chance zur Befriedung Europas verpasst und die Saat für einen neuen Krieg gelegt, indem man das am Boden liegende Deutschland über alle Maßen gedemütigt hat.

Ich nenne hierzu einige Punkte: Entwaffnung, Besatzung, Gebietsabtretungen an fast alle Nachbarn, horrenden Reparationszahlungen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, dass die Bundesrepublik Deutschland noch im Herbst 2010, nachdem wir gerade die französischen Banken mit Milliardenbeträgen gerettet hatten, noch eine letzte Rate von 200 Millionen Euro an Frankreich überwiesen hat. Das Geld hätten wir hier im Saarland ganz gut gebrauchen können.

Der Versailler Vertrag hat das am Boden liegende Deutschland gedemütigt, und er war ein wichtiger Grund für das Entstehen und Erstarken des Nationalsozialismus in Deutschland und für den Ausbruch des zweiten europäischen Bürgerkriegs. An diesem Jahrestag gibt es also für Europa nichts zu feiern.

Inzwischen haben viel Freunde in ganz Europa begriffen, dass nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen Länder in Europa die beiden europäischen Bürgerkriege verloren haben. Der erste Krieg läutete den Niedergang der europäischen Mächte ein, der zweite Krieg vollendete diesen Niedergang. Gleichzeitig begründete dieser unsägliche Kriegsfor-

(Abg. Dörr (AfD))

derungsvertrag den Aufstieg der einstigen englischen Kolonie Nordamerika zur Weltmacht und zur „Schutzmacht Europas“, um es einmal so nett und freundlich auszudrücken. Selbst die französischen Freunde, das muss man sagen, gewinnen dem Versailler Vertrag nichts Positives mehr ab. Sie feiern ihn selbstverständlich auch nicht. Wie Sie alle wissen, feiern die Franzosen jedes Jahr den Waffenstillstand am 11. November. Das ist auch ein guter Grund zu feiern, da haben die Waffen geschwiegen, da war ein wichtiges Ziel von Verhandlungen erreicht.

Die Deutschen haben also keinen Grund, diesen Tag zu feiern, insbesondere das Saarland nicht. Deswegen lese ich jetzt Artikel 45 des Versailler Vertrages vor: „Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlegruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die von Deutschland geschuldete völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden tritt Deutschland das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlegruben im Saarbecken,“ - das war der Name! - „wie es in Artikel 48 abgegrenzt ist, mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich ab.“ Übrigens war dieses Gebiet auch nicht das heutige Saarland, es haben die nördlichen Gemeinden wie zum Beispiel Weiskirchen, aber auch Perl und andere, nicht dazugehört. Es war ein kleinerer Bereich, es ging halt nur um die Kohle.

Unsere blühende Wirtschaft wurde als Teil der Reparationszahlungen des Deutschen Reiches an Frankreich den Franzosen übergeben. Was uns betrifft, ging es nur um die Ausbeutung unserer Industrie und Reparationszahlungen des Deutschen Reiches. Verständlicherweise hat deshalb auch niemand bis heute den Gedanken gehabt, den Tag des Inkrafttretens des Versailler Vertrages als Geburtsstunde des Saarlandes zu sehen oder gar zu feiern! Machen wir doch mal eine ganz einfache Probe. Wenn wir jetzt 100 Jahre feiern, hätten wir doch vor 50 Jahren 50-Jähriges feiern müssen, das war 1970. Ich kann mich nicht erinnern, wir haben nicht gefeiert. Wir hätten 1995 75-Jähriges feiern müssen - ich kann mich nicht erinnern, wir haben nicht gefeiert. Oder vielleicht 2000 das 80-Jährige? Nein, wir haben nicht gefeiert. Es gibt keinen Grund zu feiern!

Der Ministerpräsident Peter Müller hat 2007 50 oder 60 Jahre Saarland feiern lassen. Ich habe damals im Auftrag des reha-Verlags - den ich übrigens empfehle, das ist ein Verlag, in dem Inklusion gelebt wird, wo Behinderte und Nichtbehinderte zusammenarbeiten und hervorragende Arbeit zu hervorragenden Preisen machen - ein kleines Büchlein verfasst, in dem ich das beschrieben habe, das können Sie, wenn Sie wollen, nachlesen. Nach dieser Rechnung

von Peter Müller hätten wir 2007 50 Jahre gefeiert oder 60 Jahre, das kommt auf die Sichtweise an. Wenn man die Zeit von Johannes Hoffmann, die erste Saarland-Zeit nach dem Kriege als teilautonomer Staat, mitzählt, waren es 60 Jahre, und wenn man mit dem 01. Januar 1957 anfängt, als das Saarland in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert wurde, waren es 50 Jahre. Wir können also jetzt, wenn wir dieses Jahr ein Jubiläum feiern wollen, entweder 73 Jahre Saarland feiern oder 63 Jahre deutsches Bundesland Saarland.

Wir haben ja die Tagesordnungspunkte zusammengelegt, deshalb werden auch die Argumentationen zusammengeführt werden müssen. Wenn wir also im Saarland einen Tag feiern wollen, dann schlägt die AfD-Fraktion andere Feiertage vor. Herr Funk hat eben gesagt, er macht es kurz mit der 100-jährigen Geschichte, die es ja nicht gibt. Ich hätte gedacht, dass man trotzdem heute - am 15. Januar - mit einem Satz auch den 13. Januar erwähnt, der immerhin ein Tag war, der in der ganzen Welt für großes Aufsehen gesorgt hat. An diesem Tag hat die saarländische Bevölkerung eine Fremdherrschaft zurückgewiesen und sich mit über 90 Prozent für das Vaterland entschieden. Es wird inzwischen gesagt, die Saarländer hätten Nazi-Deutschland gewählt. Ich halte das für eine bodenlose Diffamierung. Das sind unsere Vorfahren, niemand hier in diesem Raum hat damals gewählt. Aber wir sollten unsere Vorfahren nicht in dieser Art und Weise diffamieren. 1935 wusste niemand, was 1940 ist oder 1945. Es wusste niemand! Und die SA hat 1933 bei der Heilig-Rock-Wallfahrt in Trier mit Genehmigung des Bischofs Spalier gestanden. Da kann man von der saarländischen Bevölkerung 1935 nicht diese Weitsicht erwarten, die wir heute zu haben glauben! Diese Leute haben ganz einfach Deutschland gewählt. Das sollte mal gesagt werden.

Wenn wir von Jubiläen sprechen, muss man sehen, dass das damals nicht das Saarland war, sondern das Saargebiet! Das Saarland haben wir seit nach dem Kriege und das Bundesland Saarland haben wir seit 1957. Man könnte hingehen und sagen - so selbstbewusst sollten wir auch sein, dass wir uns selbst einen Feiertag auswählen -, wir nehmen den 23. Oktober, weil sich damals die saarländische Bevölkerung frei entscheiden konnte für oder gegen das Europäische Statut, was dann ausgelegt wurde als für oder gegen Deutschland; das wäre ein möglicher Tag. Oder wir nehmen den 01. Januar, weil am 01.01.1957 die Saar politisch zurückgekehrt ist zur Bundesrepublik Deutschland, das ist ein wichtiger Tag. Diese beiden Tage haben natürlich unterschiedliche Gewichtung, sie haben auch unterschiedliche

(Abg. Dörr (AfD))

Gewichtung in der Arbeitszeit. Der 23. Oktober wäre ein zusätzlicher Feiertag, das würde die Arbeitnehmer freuen, die Arbeitgeber weniger, der 01. Januar wäre in dieser Hinsicht neutral. Wir von der AfD präferieren den 23. Oktober, sind aber auch mit dem 01. Januar einverstanden. - Damit will ich enden. Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem in der Aussprache dem Fraktionsvorsitzenden der DIE LINKE-Landtagsfraktion Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag der Koalitionsfraktionen. Wir werden ihm zustimmen, weil viele Forderungen dort selbstverständlich sind und von uns unterstützt werden. Ich will einige ergänzende Bemerkungen machen, die mir wichtig sind an diesem Tag. Ich gebe zunächst einen kleinen Hinweis und beginne dann mit einem entscheidenden Satz Ihrer Entschließung. Ein kleiner Hinweis: Da steht wieder, „wie kein anderes Bundesland“ stünden wir für Weltoffenheit, Verständigung und Zusammenhalt. Wenn ich den Text zu redigieren gehabt hätte, hätte ich dieses „wie kein anderes“ gestrichen. Ich nehme an, dass zum Beispiel die Hanseaten das anders sehen mit der Weltoffenheit. Es hätte auch genügt zu schreiben: „wir stehen für“. - Das war aber nur eine kleine Bemerkung. Es ist in letzter Zeit üblich, dass immer diejenigen, die sich äußern, die Besten und so weiter sind. Okay.

Aber entscheidend in Ihrer Resolution ist ein Satz, den ich zitieren möchte. Dort steht: „Solidarität, Gemeinschaft und Zusammenhalt sind unverbrüchlicher Teil der saarländischen Identität.“ Ich weiß nicht, wer der Autor dieser Zeilen ist. Aber wenn dieser Satz stimmen würde - es ist mir wichtig, das jetzt zu sagen -, wäre die gesellschaftliche Entwicklung im Saarland an der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik vorbeigegangen oder umgekehrt. Wir haben ja modernere Bücher, die sicherlich der ein oder andere von Ihnen gelesen hat, über die Veränderungen in unserer Gesellschaft. Ich verweise hier etwa auf den Soziologen Reckwitz, der eine ganze Reihe von Büchern veröffentlicht hat und eine wesentliche Veränderung in unserer Gesellschaft festgestellt hat, die dem zentral widerspricht, was Sie hier feststellen.

Er sagt in diesen Büchern, dass sich die Gesellschaft entscheidend gewandelt hat, dass die traditionellen Werte von Solidarität, Gemeinschaft und Zusammenhalt in der modernen Gesellschaft abgelöst worden seien durch das Ideal der Selbstverwirklichung. Wenn diese Analyse richtig ist, und ich glaube, dass sie in weiten Teilen richtig ist, dann ist dies eine der Grundlagen dafür, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft sich verändert hat, dass er aufgebrochen ist. Das hat zu Entscheidungen geführt, die wir sehr bedauern, die etwas zu tun haben mit dem Wandel, von dem wir alle reden, der von Ihnen aber doch offensichtlich ganz anders gesehen wird.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben gesagt: „Wir können den Wandel.“ Ich hatte vor Jahren die Gelegenheit, auf die Bundeskanzlerin zu antworten. Sie hat immer wieder wie ein Mantra gesagt: „Deutschland geht es gut.“ Ich musste sie fragen: Wer ist eigentlich Deutschland? Und gehören zu Deutschland auch diese und jene Gruppen, denen es sehr viel schlechter geht als vor einigen Jahren? Ich wollte sie dahin führen, dass man solche Allgemeinsätze eigentlich nicht sagen kann.

Genauso muss ich zu „Wir können den Wandel“ sagen, dieser Satz muss differenziert werden - das sage ich in aller Zurückhaltung -, differenziert dahingehend, dass die Frage aufzuwerfen ist: Wer ist eigentlich „wir“? Sicherlich ist damit gemeint, dass das Saarland insgesamt einige Veränderungen erfolgreich bewältigt hat. Aber das „Wir“ muss ja alle umfassen.

Das Entscheidende ist, dass wir mittlerweile gesellschaftliche Veränderungen haben, die diesen Satz falsifizieren. Denn es gibt viele in unserer Gesellschaft, die den Wandel nicht mehr so richtig können, weil sie nicht mehr mitkommen. Das sind die, die die sozialen Veränderungen am eigenen Leib spüren, die die Verwerfungen spüren, die letzten Endes in existenziell schwierige Situationen geraten und nicht zuletzt aufgrund politischer Fehlentscheidungen in diese existenziell schwierigen Situationen geraten.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir den Wandel weg von Kohle und Stahl ganz gut bewältigt haben. Wir sehen das auch so. Aber das hatte eine ganz entscheidende Voraussetzung, von der in den Reden der letzten Tage noch nicht gesprochen wurde, die Voraussetzung nämlich, dass wir diesen sozialen Wandel hervorragend sozial abfedern konnten. Das war einmal der Bergbau, der eine soziale Sicherung hatte, die beispielhaft in der Bundesrepublik war, wie jeder hier noch weiß. Deshalb war eben der Wandel im Bergbau ohne große Verwerfungen für die betroffenen Familien durchzuführen.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

ren, obwohl beispielsweise der Umzug nach Nordrhein-Westfalen von vielen Familien als Belastung empfunden worden ist. Aber wenn man die Pensionsregelungen der Bergleute und so weiter ansieht, kann man das wohl sagen, dass die sozialen Voraussetzungen der Abfederung ganz hervorragend waren.

Als wir dann den Wandel im Stahlbereich durchführen mussten, konnten wir das nur so gut - um bei Ihren Worten zu bleiben, Herr Ministerpräsident -, weil wir auf eine Sozialgesetzgebung zurückgreifen konnten, die ganz anders war. Ich nenne einmal die Regelung der Arbeitslosenversicherung, also die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die damals noch von einem gewissen Norbert Blüm verteidigt worden ist - mit dem ich heute noch im Gespräch bin -, der stolz darauf ist, dass ältere Arbeitnehmer drei Jahre lang ordentliches Arbeitslosengeld beziehen konnten. Dann kam die Arbeitslosenhilfe, die dann noch Jahre weiterlief.

Auf diese beiden Regelungen konnten wir aufbauen, als wir den sozialen Wandel in der Stahlindustrie bewältigt haben. Ich muss darauf hinweisen, dass diese beiden Regelungen nicht mehr vorhanden sind und dass, wenn wir heute den Wandel vor uns haben, die Frage ist, was mit denen ist, die letztendlich den Wandel nicht so ohne Weiteres werden bewältigen können.

Ich stand kürzlich beispielsweise bei einer Versammlung von Halberg Guss und habe mit älteren Arbeitnehmern geredet, insbesondere mit denen, denen man zugesagt hatte, sie würden eine Abfindung bekommen, die sich darauf verlassen haben, die aber jetzt gar nicht mehr auf die Voraussetzungen zurückgreifen können, auf die die älteren Stahlarbeiter beispielsweise zurückgreifen konnten. Die stehen jetzt ziemlich verloren da.

Ich glaube, wir müssen - das ist jetzt nicht eine billige Polemik, um irgendwie eine Kritik an Ihnen zu äußern oder an irgendeinem meiner Vorredner - uns klarmachen, dass heute der soziale Wandel unter ganz anderen Bedingungen stattfinden wird, als er in früheren Jahren stattfand, weil das Soziale in unserer Gesellschaft zurückgedrängt worden ist. Das beginnt nun einmal bei Löhnen, bei Renten und bei sozialen Leistungen. Zu sozialen Leistungen habe ich bereits einiges gesagt.

Es ist vor einiger Zeit im ZDF beispielsweise ein Film - ich kann den jedem nur empfehlen - über die Verwerfungen im Niedriglohnsektor gesendet worden, ein hervorragender Film, in dem viele Beispiele genannt worden sind, wie Menschen leben müssen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen ihren Alltag

bewältigen müssen, Paketboten beispielsweise. Das sind ganz schlimme Zustände, die da sind. Da nützt dann auch der Mindestlohn nichts mehr, wenn nicht mehr kontrolliert wird. Dann nützt eben vieles nicht mehr, wenn einfach Arbeitszeiten nicht mehr angeordnet werden. Dann kommen die letztendlich auf einen Durchschnittslohn von 6 Euro oder weniger.

Das ist die Realität in unserem Lande. Mit dieser Realität haben wir uns auseinanderzusetzen. Deswegen habe ich gefragt: „Wer ist ‚wir‘?“, wenn Sie sagen: „Wir können den Wandel?“ Können diese Menschen, die unter dieser Deregulierung des Arbeitsmarktes der letzten Jahre zu leiden haben, den Wandel noch für sich bewältigen? Das ist für uns - ich nehme an, sogar für alle in diesem Hause - doch die entscheidende Frage! Denn wenn wir es ernst meinen mit Solidarität und Zusammenhalt, müssen wir doch an die denken, denn sie sind diejenigen, die am meisten betroffen sind von dem, was jetzt auf uns zukommen wird und was hoffentlich nicht so schlimm sein wird, wie der ein oder andere befürchtet. Deshalb wäre also dringend notwendig, wenn wir den sozialen Wandel gut bewältigen wollen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes zurückzunehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist nicht unmöglich, auch wiederum soziale Regelungen für den Arbeitsmarkt einzuführen, die die Bewältigung des Wandels für viele Einzelne viel leichter ertragen ließen, als das gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist unser entscheidender Punkt. Ich kann nur empfehlen, wenn Sie sagen, Sie wollen den Wandel bewältigen, einmal die Ausführungen des Soziologen Reckwitz nachzulesen - der keiner politischen Richtung zuzuordnen ist, soweit ich das weiß -, der sagt, der zentrale Wert der Selbstverwirklichung hat die Werte, von denen Sie sagen, sie würden hier noch existieren, mittlerweile in der Gesellschaft abgelöst. An dieser Stelle kann ich sogar dem Kollegen Dörr zustimmen, als er vom Formtief der Demokratie sprach und sagte, das Formtief der Demokratie hat das Aufkommen der AfD erst möglich gemacht. So sagte er es hier. In diesem Punkt hat er recht.

Ich sage hier noch einmal, was man unter Demokratie versteht. Man kann es ja gar nicht oft genug sagen. Das ist die Definition aus der Antike. Demokratisch ist eine Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Wenn wir die Verwerfungen am Arbeitsmarkt sehen, wenn wir die Entwicklung der sozialen Leistungen sehen, die Entwicklung der Löhne und so weiter und so fort, dann setzen sich in unserer Gesellschaft die Interessen der

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Mehrheit nicht mehr durch aufgrund fehlerhafter politischer Entscheidungen. Ja, sie setzen sich nicht mehr durch.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich sehe, dass hier ein Kollege den Kopf schüttelt. Dem muss ich sagen, wenn beispielsweise 40 Prozent der Haushalte geringere Einkommen haben als in den Neunzigerjahren, meinen Sie dann ernsthaft, die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft setzen sich durch? Wenn wir millionenfacher Altersarmut entgegensehen, was niemand bestreitet, der seine Sinne noch zusammenhat, meinen Sie dann ernsthaft, die Interessen der Mehrheit der Gesellschaft setzen sich durch? Wenn wir von millionenfacher Altersarmut reden, dann betrifft das viele Saarländerinnen und Saarländer, die von diesem Wandel betroffen sein werden, weil die Regeln nicht mehr ausreichen, um ihnen eine auskömmliche Rente zu sichern. Das sagen selbst die Kommissionen, die die Bundesregierung eingesetzt hat. Wie reagieren wir denn darauf?

Deswegen habe ich auf die guten Regelungen der Bergarbeiter und der Stahlarbeiter hingewiesen, an denen ja einige hier noch mitwirken konnten. Ich nehme das für mich in Anspruch. Das war das Entscheidende des Wandels, den wir durchgeführt haben. Auf dieser Grundlage haben wir uns dann verpflichtet gesehen, den strukturellen Wandel auch in anderen Bereichen zu suchen, beispielsweise in der Informatik.

Aber was sich mittlerweile in den Dienstleistungen entwickelt hat, meine Damen und Herren, das muss doch jeden, der sozial engagiert ist, zutiefst beunruhigen und müsste ihn eigentlich veranlassen, alles dafür zu tun, dass diese Verwerfungen am Arbeitsmarkt, diese Verwerfungen bei den Löhnen und später bei den Renten, beseitigt werden. Das ist doch unser Auftrag!

(Beifall von der LINKEN.)

Wir können uns doch nicht damit zufriedengeben, dass 60 Prozent der Gesellschaft einigermaßen gut lebt unter dem Wandel der letzten Jahre. Ich zum Beispiel bedauere zutiefst, dass diese Werteorientierung der Gesellschaft sich entscheidend gewandelt hat, was im Übrigen auch Grundlage für die Veränderung des Wahlverhaltens der Bevölkerung ist. Wenn der zentrale Wert nicht mehr Gemeinschaft ist, Solidarität oder Zusammenhalt, wenn der zentrale Wert Selbstverwirklichung ist, ja wo kommen wir denn da hin? Wie orientieren sich denn da viele, wenn sie zu entscheiden haben? Dann wird nur noch das eigene Interesse im Vordergrund stehen

und dann werden die Werte der Gemeinschaft weiter zurückgedrängt werden.

Natürlich gibt es immer noch hervorragende Beispiele. Das ist überhaupt keine Frage. Natürlich sind wir immer noch dankbar dafür, dass sich Menschen sozial engagieren. Aber ich glaube nicht, dass wir an den Analysen der modernen Soziologie einfach vorbeigehen können und sagen, das interessiert uns alles nicht. Wer sich mit dem Alltag der Menschen hier an der Saar auseinandersetzt, der trifft eben nicht nur auf die eine Seite, die wir loben und preisen, der trifft auch auf die andere Seite, von der ich eben sagte, sie sollte uns zu denken geben. Sie beschreibt im Grunde genommen die große Herausforderung der nächsten Jahre, die vor uns liegt.

Ich will es betonen: Ich sage das nicht, um irgendjemandem ans Bein zu treten. Ich sage das hier, weil es mich umtreibt, weil ich aus familiären Verhältnissen komme, in denen das nach dem Kriege noch eine Rolle gespielt hat, als die sozialen Sicherungssysteme bei Weitem noch nicht so gut waren wie in den Siebziger- und Achtzigerjahren. Was wir Rheinischen Kapitalismus genannt haben, hat dazu geführt, dass es eine gut ausgebaute soziale Sicherung gab. Ich habe Norbert Blüm erwähnt und könnte auch Hans Katzer nennen. Als die sozialliberale Koalition die Rentengesetzgebung verbessert hat, haben sie noch eins draufgesetzt und wollten die Renten noch weiter erhöhen. Ich erwähne das, um deutlich zu machen, dass damals das gesellschaftliche Klima ganz anders war und dass die Konsequenzen, die die Politik daraus gezogen hat, ebenfalls ganz andere waren.

Natürlich sollten wir auf die Tradition unseres Landes und auf die Tradition des Zusammenhalts stolz sein. Wir haben immer wieder gesagt, dass bei uns das Vereinsleben stärker ist als in anderen Ländern. Wir haben auch immer darauf verwiesen, dass gerade in den Gebieten, in denen Kohle und Stahl dominierten, dieses Vereinsleben regelrecht blühte und den Zusammenhalt begründet hat. Im Übrigen ist das keine Entwicklung, die allein in Deutschland festzustellen ist. Es gibt eine amerikanische Soziologin namens Hochschild, die ähnliche Entwicklungen im gesamten Amerika dargestellt hat. Sie hat insbesondere begründet, warum die Leute damals zur Tea-Party gegangen sind. So kann man eben auch die Frage aufwerfen, warum sich manche verlassen und abgehängt fühlen und warum sie ein Formtief der Demokratie, wie Sie es formuliert haben, festgestellt haben.

Ich möchte die Begriffe Solidarität, Gemeinschaft und Zusammenhalt aufgreifen. Sie sind nicht mehr

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

unverbrüchlicher Teil der saarländischen Identität. Aber wenn ich ein politisches Kurzprogramm beschreiben sollte, dann wäre darin festzuhalten, dass sie wieder stärker Teil der gesellschaftlichen Identität werden sollten, denn nur dann werden wir den Zusammenhalt so gestalten können, dass das Wir, von dem Sie gesprochen haben, Herr Ministerpräsident, auch gerechtfertigt ist.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner in der Aussprache ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! 100 Jahre Saarland, das ist vielleicht ein Grund zum Feiern, in jedem Falle im Wortsinne. Das heißt nämlich auch, ein Datum und ein Ereignis zum Anlass zu nehmen, um innezuhalten und des Datums zu gedenken. In diesem Sinne ist das Datum sicherlich ein Grund, im Saarland zu feiern. Es ist aber vor allem ein Anlass, zurückzuschauen, zu schauen, woher man kommt und wo man steht. Es ist ebenfalls eine Gelegenheit zu sagen, wo man hin will.

Es ist bemerkenswert, wie viel Geschichte in ein so kleines Fleckchen Erde in so kurzer Zeit hineinpasst. Es geht um saarländische, deutsche, französische, deutsch-französische und europäische Geschichte und auch um Weltgeschichte. Es ist bemerkenswert, wie sehr diese Geschichte unser Land und uns kollektiv geprägt hat, wie in nur 100 Jahren eine ganz eigene saarländische Mentalität entstehen konnte. Bundesaußenminister Heiko Maas hat am vergangenen Freitag darauf hingewiesen, dass unsere Großeltern in ihrem Leben fünf verschiedene Pässe gehabt haben können, ohne auch nur einmal den Wohnsitz zu wechseln. Wenn so etwas wie die eigene Staatsangehörigkeit so häufig wechselt, treten andere identitätsstiftende Elemente an deren Stelle. Die ganz eigene saarländische Identität ist schließlich auch Resultat einer besonderen Geschichte, die in diesen Tagen vielen von uns in Erinnerung gerufen wird.

Wären wir damals geboren, also heute so alt wie unser Saarland, würden wir vielleicht klarer sehen auf das, was uns bis heute prägt. Als Kinder hätten wir unter internationaler Verwaltung gelebt, mitten in einem Europa egoistischer Nationalstaaten. Das war und ist bis heute ein völkerrechtliches Novum und

doch saarländische Realität nach dem Ersten Weltkrieg. Wir hätten die Abstimmungskämpfe erlebt, die Politisierung und Polarisierung der damaligen Zeit. Heute scheint es leicht, die 90 Prozent zu verurteilen, die damals für „Heim ins Reich“ stimmten. Die Konsequenz der Entscheidung bedeutete für viele Saarländerinnen und Saarländer Vertreibung, Verfolgung und Tod.

Lassen Sie uns in dieser Stunde aber an diejenigen denken, die im Saargebiet verzweifelt versuchten, sich Hitler zu entziehen, Jüdinnen und Juden, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Intellektuelle und viele andere mehr. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede die Schuld angesprochen, die auch wir Saarländer damals auf uns geladen haben. Er hat Recht, der 13. Januar 1935 ist kein Tag der Freude. Die Zeit zwischen 1935 und 1945, diese „10 statt 1.000 Jahre“, wie es einmal in einer Ausstellung im Saarbrücker Museum am Schloss hieß, war auch in unserem Land die schrecklichste der Geschichte.

Wir wären, wenn ich unser Gedankenspiel fortführe, Zeitzeugen der Verfolgung und Vernichtung gewesen, wären als jugendliche Flakhelfer oder junge Soldaten in den Krieg hineingezogen worden, der im Übrigen kein Bürgerkrieg war, wären als junge Frauen an der Heimatfront in der Rüstungsproduktion eingesetzt gewesen und hätten um unsere Väter und Geliebten gebangt, die irgendwo auf der Welt auf andere Menschen geschossen hätten oder von anderen Menschen erschossen worden wären. Diese Verstrickungen in Schuld, deren Aufarbeitung niemals enden darf, die wir immer wieder in Erinnerung rufen müssen, müssen auf alle Zeit Verpflichtung für uns sein zum lauten und deutlichen „Nie wieder!“ und zum entschlossenen und mutigen „Wehret den Anfängen!“.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Weg nach dem Zweiten Weltkrieg in die Bundesrepublik 1955/1957 ist von großer Bedeutung. Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne saarländische Kohle und saarländischen Stahl nicht möglich gewesen. Wer hätte gedacht, dass gerade die Montanindustrie, der deutsch-französische Zankapfel über Jahrhunderte, Grundlage für die Entwicklung des Europas ist, wie wir es heute kennen. Wo über Jahrhunderte die Erde mit dem Blut von Deutschen und Franzosen getränkt wurde, herrscht Frieden. Welch wunderbare Geschichte und ein Grund, sich zu freuen! Die Montanindustrie schuf Arbeit und bescheidenen Wohlstand. Die Arbeit wirkte immer als Religionen und Nationalitäten übergreifender Kitt. Unter Tage sind alle Gesichter schwarz. Da war

(Abg. Commerçon (SPD))

es egal, ob der Kollege Deutscher, Franzose, Italiener, Türke, Pole oder gar Pfälzer war.

(Vereinzelt Heiterkeit.)

Der saarländische Zusammenhalt ist auch Resultat unserer Montangeschichte, er setzt sich bis heute fort. Nirgendwo hat das Ehrenamt einen so hohen Stellenwert, nirgendwo engagieren sich nach wie vor so viele Menschen in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien. Auch heute, in einer Zeit, in der es anscheinend immer mehr um das Ich geht - Herr Kollege Lafontaine, da stimme ich Ihnen zu -, zählt aber im Saarland, und darüber haben wir sicherlich Einvernehmen, immer noch ein bisschen mehr das Wir. Wir sollten das nicht geringschätzen. In einer Zeit, in der jeder seine eigene Wahrheit im Internet verbreitet, braucht es Konstanten, Orte der Begegnung, wo Menschen zusammenfinden.

Im Saarland war das immer ein bisschen einfacher, weil die Distanzen so kurz sind. Wo jeder jeden kennt, ist der Fremde plötzlich ganz nah. Das hat auch die Politik bis heute geprägt. Kurze Distanzen zu politischen Mandatsträgern jeglicher Couleur im demokratischen Spektrum haben im Saarland Tradition. Das schafft Vertrauen und Verständnis untereinander und ist auch ein Grund, warum die Saarländerinnen und Saarländer gegen Versuchungen politischer Extremisten etwas immuner zu sein scheinen als andere. Das ist aber nicht gottgegeben. Da gibt es keine Ewigkeitsgarantie. Wir müssen aufpassen, denn das ist in Gefahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, damit ist auch aufgelöst, was Kollege Lafontaine gesagt hat: Ja, wir müssen aufpassen, dafür müssen wir jeden Tag streiten. Das ist keine Selbstverständlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Ich will auch mein Kopfschütteln erklären. Es bezog sich nicht auf das, was Sie ansonsten gesagt haben, Herr Lafontaine, ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass mir diese alte, durchaus geläufige Definition von Demokratie in unserer Zeit leider etwas zu kurz greift. Wenn Demokratie lediglich die Durchsetzung der Interessen der Mehrheit ist, dann ist das im Zweifel eine Durchsetzung der Interessen der Mehrheit zulasten der Minderheiten. Zu einer modernen Demokratie - darauf bezog sich mein Kopfschütteln, Herr Lafontaine - gehört auch der Schutz der Minderheiten. Nichts anderes wollte ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall von den Regierungsfractionen - Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das stimmt, das ist selbstverständlich.)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese saarländische Art des Umgangs kein Relikt der vergangenen Zeit ist, sondern auch ein Beispiel für andere sein kann. Darauf sollten wir nicht nur stolz sein, sondern das ist auch unsere Richtschnur für heute und unser Wegweiser nach vorne. Das gilt es zu bewahren.

Das ist keine einfache Aufgabe angesichts der politischen, ökonomischen und ökologischen Veränderungen unserer Zeit. Der Automobil- und der Stahlsektor in unserem Land stehen vor einer Jahrhundert-Herausforderung. Die gegenwärtige Krise ist von einer Größenordnung, dass sie das Saarland bis ins Mark trifft. Es geht nicht weniger als um den industriellen Kern unseres Landes. Sowohl im Automobilbereich als auch im Stahlbereich kommen gemeinsame Ursachen zum Tragen, wie eine insgesamt abflauende Wirtschaft, weltweite Handelskonflikte, die Digitalisierung und vieles andere. Es sind aber auch ganz spezifische Problemlagen, die jedoch in beiden Industriesektoren in ihrer Summe eine enorme Schlagkraft entfalten.

Dem müssen wir gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten. Unternehmen und Beschäftigte müssen an einem Strang ziehen und dabei Hand in Hand mit den Akteuren der Politik ein zukunftsweisendes und tragfähiges Konzept zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes entwickeln und letztlich umsetzen.

Um diesen internationalen Herausforderungen von heute gerecht zu werden, können wir nicht ausschließlich auf Strategien von gestern setzen. Die Wirtschaft im Saarland muss sich breiter aufstellen. Auch daran müssen wir arbeiten; das kommt mir häufig in unserer Diskussion zu kurz. Die Industrie muss sich diversifizieren und neue Zukunftsfelder erschließen. Es darf nicht so bleiben, dass wir auch in Zukunft, in den nächsten 100 Jahren, immer wieder nur von ganz wenigen monolithischen Strukturen abhängig sind. Wir müssen Diversifizierung anstreben.

Wir sind uns bewusst, dass unsere Industrie von Faktoren weit jenseits der Grenzen des Saarlandes, der Bundesrepublik und auch Europas abhängig ist. Deshalb ist es notwendig, die internationalen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass den Unternehmen wieder mehr Handlungsspielraum für Investitionen zukommt, nicht zuletzt durch gleiche Wettbewerbsbedingungen am globalen Markt.

(Abg. Commerçon (SPD))

Hier vor Ort müssen wir gleichzeitig unsere Industrie dabei unterstützen, sich so auszurichten, dass sie künftig weniger anfällig für Schwankungen am Markt ist. Ich werde nicht müde, an dieser Stelle immer wieder zu betonen, dass wir beim Krisenmanagement an der Saar unweigerlich auf die Hilfe des Bundes angewiesen sind und dies nicht in Form von leeren Worten, sondern von konkreten Taten und vor allen Dingen in Form von finanzieller Unterstützung.

Die Forderung nach einem milliarden schweren Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Strukturwandels ist nicht nur in unserem saarländischen Interesse. Die Unternehmen sind gegenwärtig in ganz Europa nicht in der Lage, die Investitionen, die für die Zukunft nötig sind, zu tätigen. Der Landeshaushalt gibt eine finanzielle Unterstützung in diesem Ausmaß aber auch nicht her. Lieber Kollege Funk, die Billion klingt groß. Über den Zeitraum und für die gesamte Fläche berechnet müssen wir noch darüber streiten, wie viele Billionen es am Ende für ganz Europa im gesamten Zeitraum sein müssen. Aber wir müssen gemeinsam dafür arbeiten, dass tatsächlich Entsprechendes auf den Weg gebracht wird.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es ist auch nicht so, dass das Saarland nichts zu bieten hätte. Unser Land steht für gut qualifizierte, hart und ehrlich arbeitende Menschen. Was wir darüber hinaus brauchen, ist eine kluge Verbindung aus Wirtschaft und Wissenschaft, wenn wir das Land der Zukunft sein wollen. Das Potenzial dazu haben wir allemal. Man kann es an allen Ecken und Enden sehen. Das Saarland ist ein erfolgreicher Forschungsstandort. Wir haben erfolgreiche Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorzuweisen, die durchaus in der Lage sind, Zukunftstechnologien zu entwickeln. Wir bieten beste Voraussetzungen, eine Modellregion für die Technologien von morgen zu sein, gerade in den Bereichen Künstliche Intelligenz und IT, in enger Zusammenarbeit beispielsweise mit den Automobilherstellern und Zulieferern. So steht bereits seit einiger Zeit das Thema autonomes Fahren auf der Agenda. Wir können also durchaus Zukunft in diesem Land. Ich sage aber auch, da muss noch mehr gehen. Da sind die Wissenschaftspolitik und die Unternehmen in diesem Land weiter gefordert.

(Beifall von der SPD.)

Ich bin aber davon überzeugt, dass wir auch diesen Strukturwandel schaffen können. Die Menschen im Saarland mussten sich schon oft neu erfinden und so oft neue Wege beschreiten, dass es uns auch dieses Mal wieder gelingen kann, wenn endlich das nötige Engagement auch seitens des Bundes und der Europäischen Union erfolgt. Es muss uns aber

bewusst sein, dass dieser Strukturwandel anders ist als die bisherigen. Er ist anders in seiner Qualität. Er ist aber auch in seiner Quantität und im Umfang anders.

Es gibt schon erste wichtige, vorbereitende Entscheidungen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist Ausdruck eines Versprechens des Bundes, die gleichwertige gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in allen Regionen Deutschlands sicherzustellen. Das gilt insbesondere für die Finanzsituation unserer Kommunen.

Wir haben mit dem Saarland-Pakt zweifelsohne Großes geleistet und vorgelegt. Kollege Funk hat zu Recht darauf hingewiesen; zu Recht wiederhole ich es. Diese beispiellose kommunale Entschuldung war ein guter Aufschlag und wird den Kommunen mehr Handlungsspielraum verschaffen. Das Land ist seiner Verantwortung nachgekommen. Jetzt ist der Bund in der Pflicht.

Ich halte die Vorschläge von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Entschuldung von bundesweit 2.500 Kommunen für vorbildlich. Er ist der erste Bundesfinanzminister, der sich in dieser Sache so deutlich positioniert. Ich sage, das ist keine Selbstverständlichkeit, ist er doch ehemaliger Erster Bürgermeister der durchaus reichen und prosperierenden Hansestadt Hamburg. Ich habe wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass einige andere, auch mein geschätzter ehemaliger Kabinettskollege, der Innenminister, Olaf Scholz drängt, seinen Worten Taten folgen zu lassen.

Ich habe mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass auch auf die Haushälter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingewirkt wird, denn ich bin davon überzeugt, wir brauchen eine kommunale Altschuldenregelung. Ich bin leider auch davon überzeugt, wenn wir es in dieser Legislaturperiode des Bundes und dieses Landes nicht schaffen, dann wird es verdammt schwer. Lassen Sie uns deswegen gemeinsam in Berlin dafür werben.

Eine kleine Nebenbemerkung sei mir erlaubt. Es reicht nicht, wenn - wie ich heute lesen durfte - die CDU-Vorsitzende nicht im Wege steht. Ich glaube, es muss ein bisschen mehr gehen, als nur nicht im Wege zu stehen. Man muss auch mit anpacken.

(Beifall von SPD und LINKEN.)

Der Bund darf auch an anderen Stellen nicht aus der Verantwortung entlassen werden. In starken Zeiten hilft man den Schwachen. In schwachen Zeiten helfen einem die Starken. Jahrzehntlang hat das Saarland den deutschen Aufschwung mitgetragen.

(Abg. Commerçon (SPD))

Saarländische Kohle und saarländischer Stahl hatten ihren wesentlichen Anteil am sogenannten deutschen Wirtschaftswunder. Jetzt, da das Saarland wieder einmal vor großen Umbrüchen steht, ist es nur gerecht, wenn wir Unterstützung vom Bund einfordern und auch erhalten, damit sich das Saarland für die Zukunft gut aufstellen kann.

Der Bund hat laut Grundgesetz das Ziel, für gleichwertige Lebensverhältnisse in der gesamten Bundesrepublik zu sorgen. Das Saarland ist bereit, die Ärmel hochzukrempeln, wir brauchen aber auch die Mittel von außen, um erfolgreich zu sein. Unser Land hat großes Potenzial, das wir nutzen wollen. Wir sind das Land der kurzen Wege, das Land, in dem jeder jeden kennt oder zumindest einen kennt, der einen kennt, und wo die Leute gemeinsam eine Vision verfolgen. Es ist das Land, das von so vielen Grenzen umgeben ist und doch zunehmend keine Grenzen mehr kennt, weder auf der Karte noch in den Köpfen. Wir wollen das Potenzial unseres Landes nutzen. Dafür regieren wir gerne.

Der Saarland-Pakt ist ein Beweis dafür, dass diese Koalition gut regiert und Politik macht, die vor Ort ankommt - durch mehr Investitionsspielraum der Kommunen für Straßen, Schulen und Schwimmbäder. Wir wollen auch unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft weiter ausbauen, Disziplinen vernetzen und Impulse setzen, um die saarländische Wirtschaft stärker zu diversifizieren.

Mehr Diversifizierung - ich wiederhole es - ist notwendig. Die Geschichte unseres Landes ist zu sehr geprägt von monolithischen Strukturen und Fremdbestimmung, auch und besonders im Hinblick auf die Weltwirtschaft. Mehr Diversifizierung muss ein Projekt für Jahrzehnte sein, an dessen Anfang wir stehen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich unserer Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger danken. Liebe Anke, du machst einen hervorragenden Job in einer angespannten Zeit. Du und dein Staatssekretär Jürgen Barke seid durchgehend unterwegs, um für den saarländischen Standort zu werben. Ihr seid dort, wo es brennt, auch dann, wenn es weh tut. Ich bin davon überzeugt, das merken die Menschen in unserem Land. Es gibt auch Ansiedlungserfolge und Zeichen nach vorne, auf die wir gemeinsam stolz sein können. Ich nenne als Beispiel nur die Firma Nobilia, die aber stellvertretend für viele weitere genannt wird. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir wollen auch die Attraktivität unseres Landes für seine Bürgerinnen und Bürger steigern, damit wir -

das wird sie auch gerne hören - wieder eine Million werden. Dazu müssen wir aber auch jedem jungen Menschen, der im Saarland gut ausgebildet wurde, eine Perspektive bieten. Wir brauchen deswegen eine saarländische Halteagentur, die dafür sorgt, dass möglichst viele junge Menschen hierbleiben wollen und hierbleiben können. Wir wollen aber auch, dass wieder mehr Menschen in das Saarland kommen. Dafür braucht es eine breite Volluniversität nicht nur für Landeskinder. Es braucht auch kluge Ansätze für Arbeitssuchende, zum Beispiel durch Vermittlung von Jobs für den Partner, Willkommenspakete, Steueranreize. Hier gibt es viel Potenzial, das wir nutzen können. Das Land muss noch attraktiver für junge Familien werden.

In diesem Zusammenhang wird es um Bildung gehen, denn Bildung macht stark und jeder Landeseuro, der in die Bildung investiert wird, zahlt sich früher oder später aus. Die saarländische Bildungspolitik hat Fortschritte gemacht, ich will das nicht weiter vertiefen, aber eines will ich noch einmal herausheben: Mit der Halbierung der Kitagebühren entlasten wir die saarländischen Familien um Hunderte, manchmal sogar Tausende Euro im Jahr. Hier wollen, hier müssen wir weiter ansetzen, damit Bildung im Saarland von der Kita bis zum Meister gebührenfrei wird. Das ist eine wesentliche Investition in die Zukunft und das macht unser Land attraktiver und zukunftsfähig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 100 Jahre Saarland, das ist ein Grund zu feiern, stolz zu sein und vor allem ein Grund, nach vorne zu schauen! Ich will nicht weitere 100 Jahre vorausschauen, aber, sagen wir, ein Vierteljahrhundert. Das Saarland 2045: Ein Land, in dem alle Kinder einen beitragsfreien Kita-platz in der Nähe haben, in dem sie in der Kita wie in der Schule mehrsprachig aufwachsen, weil die Landesregierung und das Parlament nicht nur eine Frankreichstrategie beschlossen, sondern auch der Bildungsministerin das nötige Geld zur Verfügung gestellt haben. Ein Land, in dem alle Frauen und Männer einen Arbeitsplatz haben, alle Menschen mit und ohne Behinderung einen Arbeitsplatz haben, von dessen Ertrag sie auch ihre Familie ernähren können. Ein Land, in dem keine Wohnungsnot in Ballungszentren mehr besteht, weil der Bauminister den sozialen Wohnungsbau in einer großen Kraftanstrengung nach vorne gebracht hat. Ich könnte das für jedes Ressort weiter fortführen, das machen wir aber an anderer Stellen. Aber ich will ein Land, in dem 1,1 Millionen Saarländer im Jahr 2045 gemeinsam mit ihren Nachbarn leben und arbeiten, Kultur schaffen und genießen und als Vorbild dienen für ein

(Abg. Commerçon (SPD))

friedliches und freies, ein demokratisches und soziales geeintes Europa.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute stehen wir am Beginn des zweiten Jahrhunderts saarländischer Zeitrechnung und ich sage, lasst uns an das Saarland von morgen denken, an ein Saarland, das nicht nur von Zukunft spricht, sondern sie aktiv mitgestaltet. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Landtagsfraktion, Josef Dörr, hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön. Ich weise darauf hin, dass noch eine Redezeit von dreieinhalb Minuten zur Verfügung steht.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um unseren Antrag zu begründen, Sie haben es gehört, habe ich nicht sehr viel Zeit. Ich will mich daher auch blumiger Zukunftsvisionen, die hören wir ja dauernd und können sie dauernd lesen, enthalten und will auf die Grundlagen dessen hinweisen, die das begründen. Das heißt, das Saarland braucht dringendst vom Bund eine substanzielle Hilfe, und zwar rund - es kann auch mehr sein - 10 Milliarden Euro für das Land und 3 Milliarden für die Kommunen. Wir sind der Ansicht, dass wir nicht als Bittsteller kommen, wir haben einen moralischen Anspruch. Es ist eben viel über die Geschichte gesprochen worden, dieser Anspruch begründet sich daraus. Wir haben aber auch einen juristischen Anspruch. Wir in der AfD haben niemanden in der Regierung in Saarbrücken und auch nicht in Berlin, aber Sie, sehr verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktionen, Sie haben hier die Regierung und Sie bilden die Regierung in Berlin. Und da erwarten wir Saarländerinnen und Saarländer, dass Sie sich dort mit aller Kraft dafür einsetzen, dass uns dieses Geld, das wir dringend brauchen, auch zukommt. Wir wissen dann schon, was wir damit machen.

Wir von der AfD haben es nie abgestritten, wenn irgendetwas Gutes geplant worden ist, und haben auch beispielsweise beim Saarland-Pakt mitgestimmt. Es ist auch darauf hingewiesen worden, dass wir die ersten Früchte ernten können, weil einige Gemeinden jetzt diesem Pakt beitreten können. Aber wir wissen auch, es wird Städte und Gemeinden geben, die das nicht können, weil sie ihren An-

teil nicht leisten können. Und da ist der Bund gefragt!

Der Bund könnte jetzt schon einmal - es ist schon gesagt worden und ich schließe mich zu 100 Prozent an - den anderen Teil der Schulden für die saarländischen Kommunen übernehmen. In der letzten Zeit kann man der Zeitung und dem Fernsehen entnehmen, dass der Bundesfinanzminister nicht weiß, was er mit seinen Überschüssen tun soll. Wir wissen es, wir können es ihm sagen, er soll einen Teil an das Saarland überweisen. Und ich bitte im Namen meiner Fraktion alle Verantwortlichen alles dafür zu tun, dass in Berlin etwas für uns getan wird! - Danke schön!

(Beifall von der AfD.)

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen in der Aussprache vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Koalitionsfraktionen. Das ist die Drucksache 16/1137. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1137 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1137 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE, dagegen gestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Anträge der AfD-Landtagsfraktion, zunächst über den Antrag Drucksache 16/1144. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1144 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1144 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Abgeordneten der AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben alle anderen Abgeordneten.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1145. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1145 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1145 ebenfalls mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Landtagsfraktion, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU, SPD und DIE LINKE.

Wir kommen dann zu den Punkten 4 und 5 der Tagesordnung:

(Präsident Toscani)

Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der DIE LINKE-Landtagsfraktion betreffend: Klimawandel und Klimaschutz (Drucksache 16/1135)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Blackout-Vorsorge im Saarland stärken (Drucksache 16/1141)

Zur Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der DIE LINKE-Landtagsfraktion betreffend Klimawandel und Klimaschutz erteile ich Herrn Abgeordneten Ralf Georgi das Wort.

(Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Starkregen, verheerende Hochwasserschäden, längere Dürreperioden, steigende Waldbrandgefahr, die Folgen des Klimawandels sind nicht zu bestreiten. Wir erleben sie täglich. Die Anzahl der heißen Tage im Saarland hat deutlich zugenommen. Die längeren Dürreperioden haben negative Folgen zum Beispiel für den Weizenanbau und verursachen massive Schäden im Wald, Stichwort Borkenkäferbefall. Das alles hat die Antwort auf unsere Große Anfrage eindrücklich bestätigt. An dieser Stelle auch vielen Dank an diejenigen, die unsere Fragen so ausführlich beantwortet haben.

(Beifall von der LINKEN und bei den Regierungsfractionen.)

Gab es im Jahr 1990 keinen Starkregen und kein extremes Unwetter, wurde das Saarland allein im vergangenen Jahr von fünf Starkregen und extremen Unwettern mit extremen Stürmen und Überflutungen heimgesucht. Heftige Niederschläge haben für Überschwemmungen wie in Kleinblittersdorf, in Heusweiler oder im Mandelbachtal gesorgt. Die Feuerwehren waren Tag und Nacht im Einsatz.

Die Schäden, die diese Extremwetterereignisse hier bei uns im Saarland verursachen, gehen in die Millionen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Schäden an der Infrastruktur im Wert von rund 12 Millionen Euro haben die Städte und Gemeinden dem Land im Jahr 2018 gemeldet. Den Versicherungen wurden Elementarschäden in Höhe von 19 Millionen Euro und Sturm- und Hagelschäden in Höhe von 24 Millionen Euro gemeldet. Im Wald gab es im selben Jahr Schadholzmengen von 104.118 m³, der Klimawandel und seine Folgen werden also richtig teuer für unser Land.

Wir sehen, wie Arten sterben, heimische Tierarten weiter zurückgehen oder von Tieren, die bislang in anderen Gebieten heimisch waren, verdrängt werden, wie der Tigermücke oder dem asiatischen Marienkäfer.

Sollte der Klimawandel so wie bisher weitergehen, würden die mittleren Temperaturen im Saarland zwischen 2031 und 2060 11,8 Grad betragen. Das sind noch einmal rund 2 Grad mehr als in den vergangenen Jahren. Das alles lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass wir eine grundlegende Umkehr brauchen. Das heißt, wir müssen das Wirtschaftssystem, das immer mehr produzieren, immer mehr verkaufen, immer mehr wachsen will, auch einmal infrage stellen. Wir müssen diejenigen in die Pflicht nehmen, die für den Dreck und die CO₂-Belastung in erster Linie verantwortlich sind, nämlich die großen Unternehmen und Konzerne.

(Beifall von der LINKEN.)

Ihnen müssen wir klare Vorgaben machen. Aber auch die Verbraucher müssen sich Gedanken über ihr Verhalten machen. Es ist doch bemerkenswert, dass in Zeiten einer weltweiten Klimabewegung bei uns die SUVs und Spritfresser boomen. Zum Thema Verkehr wird der Kollege Flackus nachher noch einiges sagen. Es ist doch keine Lösung, die kleinen Leute, die schon jetzt jeden Euro zweimal umdrehen müssen, noch weiter zur Kasse zu bitten. Gerade Bürgerinnen und Bürger mit mittleren und geringen Einkommen dürfen nicht stärker mit Steuern und Abgaben belastet werden.

(Beifall von der LINKEN und des Abgeordneten Renner (SPD).)

Wir brauchen auch hier im Saarland verbindliche Klimaziele. Einen verbindlichen Klimaschutzplan oder ein Klimaschutzgesetz wie in anderen Bundesländern fordert die LINKE schon seit vielen Jahren. Und wir brauchen ein wirksames Förderprogramm zum Ausbau der Solarenergie im Land, wie es das unter dem Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine schon einmal gab.

Noch kurz etwas zum Blackout-Antrag der AfD. 2018 ist der Strom bundesweit im Schnitt rund 14 Minuten ausgefallen, im Saarland etwa 10,5 Minuten. Nach Angaben der Bundesregierung aufgrund einer Anfrage ist die Wahrscheinlichkeit für einen größeren Stromausfall sehr gering. Wir werden Ihren Antrag daher auch ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Zur Begründung des Antrages der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lutz Hecker das Wort.

Abg. Hecker (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Energiewende hat bisher weit über 500 Millionen Euro alleine an Umlagen gekostet. Im Ergebnis sind die Strompreise explodiert, die Versorgungssicherheit sinkt, Umweltschutz wird vernachlässigt. Unser Stromnetz ist eines der stabilsten weltweit, die Ausfallzeiten in den letzten Jahren lagen pro Haushalt im Mittel bei circa 15 Minuten. Unsere Politik tut jedoch alles, um diesen Spitzenplatz schnellstmöglich zu verlassen, indem unsere Netze mit volatilem Flatterstrom aus Wind und Sonne geradezu geflutet werden.

Jetzt ist es ja mit dem Wind und der Sonne so eine Sache. Dummerweise geht die Sonne heute erst um 8.21 Uhr auf und um 16.59 Uhr schon wieder unter. Diejenigen unter Ihnen, die die Grundrechenarten beherrschen - und ich bin mir nach den grandiosen Reden der Kollegen Dr. Jung und Günther Heinrich im Dezember nicht mehr ganz so sicher, ob das hier im Hause eine weitverbreitete Fähigkeit ist -, werden feststellen, dass zwischen Sonnenauf- und -untergang heute genau 8 Stunden und 38 Minuten vergehen. Laut Vorhersage wird die Sonne in diesen gut 8 Stunden circa 5 Stunden von Wolken verhangen sein. Das heißt also, unsere Fotovoltaikanlagen werden heute circa drei Stunden mit einem Teil ihrer installierten Leistung zur Stromproduktion in Deutschland beitragen können. Beim Wind sieht es nicht viel besser aus. Die Vorhersage für heute gab gestern Einspeisungen zwischen 1.000 und 2.000 MW her, und zwar bei einer durchschnittlichen Last von circa 70.000 MW. Als wir am 20. November hier gesessen haben, produzierten Wind und Sonne über Stunden nur einen Anteil von circa 1 Prozent der Last, die damals in der Spitze circa 75.000 MW betrug.

Gleichzeitig wurde im Jahr 2019 in 234 Stunden deutscher Zappelstrom nicht nur verschenkt, nein, die deutschen Verbraucher haben noch dafür bezahlt, dass die Nachbarn uns diesen Strom abgenommen haben. Das ist doch ziemlich irre, oder? Entweder zahlt der Verbraucher für den überschüssigen Windstrom, der nicht eingespeist werden kann, oder aber er bezahlt dafür, dass die Nachbarländer Windstrom abnehmen, der gerade bei uns nicht abgenommen werden kann. Dieser ganze Kuddelmuddel hat nun in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Eingriffe der Netzbetreiber zur Stabili-

sierung ganz erheblich zugenommen haben, genau wie auch die kritischen Situationen bis hin zu Lastabwürfen von großen Verbrauchern wie zum Beispiel Aluminiumhütten, die mittlerweile in Deutschland kaum noch zuverlässig mit den benötigten Strommengen versorgt werden können.

Es ist also mittlerweile unstrittig, dass mit dem ständig steigenden Anteil von oft wertlosem Zappelstrom in unseren Netzen auch die Gefahr großer, auch mehrtägiger Stromausfälle, sogenannter Blackouts, steigt. Der Aussage, es sei nicht die Frage, ob ein „großer Blackout“ kommt, sondern wann er kommt, wird heute eigentlich nicht mehr widersprochen. Selbst die Bundesregierung hat im Haushalt 2020 des Innenministeriums 70 Millionen Euro bereitgestellt, um für die Folgen eines „großen Blackouts“ besser gerüstet zu sein, zum Beispiel auch für die Anschaffung großer Notstromaggregate beim THW, insbesondere für Krankenhäuser.

Ich habe mich im Antrag auf die Studie des Umweltministeriums von Baden-Württemberg bezogen: „Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 - sichere Nachfragedeckung auch in Extremsituationen?“ Die Studie wurde unter anderem vom Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart und vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt erstellt. Der betrachtete süddeutsche Raum bezieht ausdrücklich das Saarland mit ein. Die Studie wurde zuletzt im Dezember 2018 aktualisiert. Im Ergebnis wird konstatiert, dass in Süddeutschland bei einer autarken Betrachtung bereits heute - 2018 - eine negative Leistungsbilanz von 9,1 GW besteht. Süddeutschland ist somit bereits heute von Importen aus Norddeutschland oder den Nachbarländern abhängig.

Mittlerweile ist mit Philippsburg ein weiteres großes und zuverlässiges Kraftwerk abgeschaltet worden, das in den letzten Jahrzehnten mit einer Verfügbarkeit von mehr als 90 Prozent im Schnitt jährlich mehr als 11 TWh geliefert hat. Das Leistungsbilanzdefizit für Süddeutschland vergrößert sich daher auf 10,5 GW. Was in der Studie noch nicht vollständig berücksichtigt werden konnte, ist der beschleunigte Kohleausstieg gemäß Abschlussbericht der Kohlekommission. Demnach sollen bis 2022 Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 12,7 GW vom Netz genommen werden und zusätzlich auch die Netzreserve in Höhe von 2,3 GW.

Wenn es dann heißt, dass die Versorgungssituation unter den gegebenen Voraussetzungen 2025 noch beherrschbar erscheint und weiter, dass dann 16 GW Importkapazität aus dem Ausland benötigt werden, sofern die Erzeugungsleistungen vorhan-

(Abg. Hecker (AfD))

den sind und von den Nachbarländern zur Verfügung gestellt werden, dann weiß man, dass hier durch die Blume gesagt wird: Leute, richtet euch schon einmal darauf ein, dass es eben nicht immer reichen wird. - Oder anders ausgedrückt: Durch eine planlose Planwirtschaft namens Energiewende wird ein modernes und leistungsfähiges Energieversorgungssystem gegen die Wand gefahren, und das zu Kosten, die sich bis heute schon auf mehrere Hundert Milliarden Euro summieren.

Ein Höhepunkt dessen, was nicht nur ich als planlose Planwirtschaft bezeichne, ist die Tatsache, dass die für die Netzstabilität und die Deckung des Erzeugungsdefizits unbedingt erforderlichen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungstrassen von Nord nach Süd nach aktuellem Stand frühestens 2026 fertig werden, also zu einem Zeitpunkt, zu dem schon jahrelang eine erhebliche Leistungsunterdeckung besteht. Der Sinn dieser Trassen soll ja genau darin bestehen, das süddeutsche Defizit durch Windstrom aus dem Norden auszugleichen. Ein Fazit ist dann auch die Feststellung, dass die inhärenten Systemreserven durch die abschmelzende freie Kapazität deutlich kleiner werden, was insgesamt das Risiko bei unvorhergesehenen Entwicklungen erhöht.

Ein besonderes Bonbon ist aus meiner Sicht auch die Bemerkung, dass sich die Einschätzung der Versorgungssituation vor allem durch aktualisierte Annahmen zum längeren Weiterbetrieb von Kraftwerken im benachbarten Ausland insbesondere in Frankreich und Polen ergibt. Das ist jetzt der Höhepunkt der Narretei. Der Kollege Dr. Jung hatte mir im Dezember ja Rückwärtsgewandtheit vorgeworfen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt ja auch.)

Jetzt frage ich Sie aber, Herr Dr. Jung, wie anders als rückwärtsgewandt bezeichnen Sie eine Politik, die die sichersten Kernkraftwerke der Welt außer Betrieb setzt, nur um das entstehende Leistungsbilanzdefizit durch von Ihnen in der Regel als Pannereaktoren bezeichnete französische Kernkraftwerke zu decken, und zwar zu regelmäßig deutlich höheren Preisen? Und wie anders bezeichnen Sie dieselbe Politik, die verhältnismäßig saubere Kohlekraftwerke vom Netz nimmt, nur um dafür in Polen den Strom aus eben den Kohlekraftwerken teuer einzukaufen, die im Schnitt eben nicht vergleichbar hohe Umweltauflagen erfüllen wie unsere deutschen Anlagen? Ich nenne so etwas einen Schildbürgerstreich oder eben planlose Planwirtschaft.

Ein wunderbarer Nebeneffekt dieses ganzen Trauerspiels ist aber immerhin die Tatsache, dass wir mittlerweile wenigstens beim Strompreis Weltspitze sind und diese Führung absehbar sicher in den nächsten

Jahren ausbauen werden. Diese Woche habe ich noch gelesen, dass die EU Polen mit bis zu 100 Milliarden „kaufen“ will, damit es auch aus der Kohleverstromung aussteigt. Dann stellt sich aber die Frage, wer denn unser Leistungsdefizit ausgleichen soll, wenn es auch die Polen nicht mehr können. Aus all den Erläuterungen ergibt sich nun die unerfreuliche Tatsache, dass das Risiko längerfristiger großer Stromausfälle durch die Energiewende steigt und weiter steigen wird. Das ist nicht nur ein Ergebnis der Studie aus Baden-Württemberg, sondern das wird allgemein von kaum jemandem noch bestritten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit sowohl für die Kommunen als auch für die Kreise und das Land, sich für solche Fälle zu wappnen.

Eine kleine Anfrage unserer Fraktion hat ergeben, dass nur bis zu 30 Prozent der Bevölkerung an einer stromnetzunabhängigen Wasserversorgung teilhaben könnten. Ein weiterer Punkt kritischer Infrastruktur betrifft die Notstromversorgung von Krankenhäusern und Pflegeheimen. Der zweitägige Stromausfall in Berlin-Köpenick im vergangenen Jahr hat gezeigt, dass bei zwei Krankenhäusern die Notstromaggregate bereits nach wenigen Stunden ausgefallen sind. Ein solcher Ausfall der Stromversorgung einer Klinik kann schnell in eine Katastrophe münden. Hier sind meiner Ansicht nach Regelungen notwendig, die eine redundante Notstromversorgung sensibler Klinikbereiche gewährleisten. Das gleiche Problem betrifft in noch größerem Umfang die Pflegeheime im Saarland. Hier ist gemäß der Antwort der Landesregierung nur ein Bruchteil der Einrichtungen überhaupt mit einer Notstromversorgung ausgestattet.

Fazit: Die Energiewende bringt eine ständige Erhöhung des Risikos von großen, auch längerfristigen Stromausfällen. Die Landesregierung, aber auch die Landkreise und Kommunen sind gefordert, sich dieses Problems zunächst einmal bewusst zu werden und Maßnahmen zu treffen, die das Risiko für Leib und Leben der Saarländer in einem solchen Katastrophenszenario minimieren.

In der verbleibenden Zeit möchte ich noch kurz auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE eingehen, wobei sich mir der Zusammenhang mit unserem Blackout-Antrag nicht wirklich erschließt und ich dieser Debatte gerne mehr Zeit gewidmet hätte. Der erste Teil befasst sich mit den Auswirkungen des Klimawandels im Saarland. Speziell noch einmal für den Kollegen Günter Heinrich, der im Dezember wider besseres Wissens behauptet hatte, die AfD würde einen Klimawandel leugnen, möchte ich sagen: Das genaue Gegenteil ist der Fall. Ich darf - mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin - aus unserem Grund-

(Abg. Hecker (AfD))

satzprogramm zitieren: Klima wandelt sich, solange die Erde existiert.

(Lachen.)

Das ist ein Fakt. Ich weiß nicht, was daran so lustig ist. - Daher wird auch niemand von uns auf die Idee kommen zu bestreiten, dass sich das Jahresmittel der Temperatur seit 1881 um 1,5 Grad Celsius erhöht hat. Es existieren ununterbrochene Messreihen der Temperatur für diesen Zeitraum, auch bei uns im Saarland. Dieser Anstieg ist jedoch aus unserer Sicht insofern nicht ungewöhnlich, da die Mittel des 19. Jahrhunderts gemeinhin mit dem Ende der „Kleinen Eiszeit“ in Zusammenhang gebracht werden und es nun mal plausibel ist, dass es nach einer Eiszeit wärmer wird.

Was die längerfristigen Datenreihen der Meteorologen für das Saarland ebenfalls aussagen, ist eine Verschiebung der monatlichen Niederschlagsmenge. Waren die Sommermonate in der Vergangenheit die niederschlagsärmsten, so ist mittlerweile eine Angleichung der monatlichen Regenmengen im Jahresverlauf festzustellen. - So weit die Fakten, die sich aus längeren Messreihen über klimarelevante Zeiträume ergeben.

Für die Schlussfolgerung der Landesregierung, Extremwetterereignisse und insbesondere Starkregenereignisse seien eine Folge des Klimawandels, fehlt meiner Ansicht nach eine verlässliche Datenbasis. Es wird jedenfalls auch keine explizit angegeben. Auch die Anzahl der Tage mit mehr als 10 mm beziehungsweise 20 mm Niederschlag bildet hierfür keinen Indikator, da sich ein räumlich in der Regel sehr eng begrenztes Starkregenereignis so nicht definieren lässt. Einen eindeutigen Trend konnte auch die Landesregierung nicht feststellen.

Was die Flusshochwasser betrifft, ist anhand der abgegebenen Daten kein Zusammenhang mit Klimaänderungen erkennbar. Für fast den gesamten süddeutschen und mitteleuropäischen Raum sind die größten je ermittelten Abflussmengen aller größeren Fließgewässer mit dem Magdalenenhochwasser vom Juli 1342 aufgetreten. Die Wissenschaft spricht hier von einem bis zu 10.000-jährigen Ereignis. Auch die jeweils nächsthöheren Pegelstände vieler Fließgewässer stammen aus dem 18. und 19. Jahrhundert und damit aus dem Zeitraum, den wir heute als Kleine Eiszeit bezeichnen.

Was die großen Zukunftsfragen unserer Industrie betrifft, sind unsere Positionen bekannt. Eine Umstellung auf Wasserstoff im Hüttenwerk wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stahlindustrie ruinieren. Für die Entwicklungen in der Automobilindustrie

gelten die Grundsätze Ideologiefreiheit und Technologieoffenheit. Das gilt für Wasserstoff genauso wie für E-Fuels, mobile Flusszellen und jegliche andere neue Konzepte. Eine Verteufelung individueller Mobilität - -

Vizepräsidentin Ries:

Herr Hecker, ich habe Ihnen schon mehr Zeit zugestanden. Kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Hecker (AfD):

Eine Verteufelung individueller Mobilität wie auch der Verbrennertechnologie trägt die AfD nicht mit.

(Beifall bei der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Dr. Magnus Jung von der SPD-Landtagsfraktion.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hecker, ich muss leider auch heute feststellen, Sie sind ein hoffnungsloser Fall, hoffnungslos in dem Sinne, dass Sie nicht haben, was man eigentlich braucht, wenn man Politik gestalten will. Das ist nämlich die Erwartung, dass man Veränderungen einführt, um etwas zu verbessern. Sie beschreiben hier nur die Risiken, Sie beschreiben nur, was alles schiefgehen kann. Sie sagen, alles soll so bleiben, wie es war. Das ist der Grund, warum ich sage, Sie sind ein hoffnungsloser Fall. Das gilt insbesondere für die Energie- und Klimapolitik. Sie haben heute keines der Probleme, die die Welt beschäftigen, angesprochen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns erneut mit dem sehr, sehr wichtigen Thema der Klimapolitik. Ich will deshalb der Fraktion DIE LINKE für diese Große Anfrage herzlich Danke sagen. Bedanken möchte ich mich auch bei der Landesregierung, die diese Große Anfrage sehr ausführlich und detailliert beantwortet hat. Das ist eine weitere gute sachliche Grundlage für die Debatten, die wir hier zu führen haben. Wir führen diese Debatten, nachdem bekannt geworden ist, dass das Wort „Klimahysterie“ zum Unwort des Jahres 2019 ausgewählt worden ist. Ich glaube, wir sollten heute zeigen, dass wir die Debatte in einer angemessenen Weise dem Klima widmen.

(Abg. Dr. Jung (SPD))

Zunächst einmal die Frage: Was bringt die Anfrage und ihre Antworten an Erkenntnissen? - Ich kann es kurz machen, denn der Kollege Georgi hat schon auf einiges hingewiesen. Es bestätigt, dass die Erwärmung auch im Saarland stattfindet. In den letzten 30 Jahren ist die Temperatur im Vergleich um 1,1 Grad Celsius gestiegen. Wir alle können das beobachten: Die Sommer werden immer heißer, die Winter sind immer milder. In diesem Winter gab es noch gar keinen Schnee im Saarland. Wann sollen die saarländischen Kinder denn jemals lernen, einen Schneemann zu bauen, wenn das so weitergeht? - Wenn es so gemacht wird, wie Sie das wollen - nämlich nichts zu ändern -, Herr Hecker, dann werden wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts im Saarland einen Anstieg der Temperatur um 5 Grad Celsius haben.

(Abg. Hecker (AfD): Woher wissen Sie das? Von wem wurde das gesagt?)

Lesen Sie es bitte nach. Das ist das Szenario, das von den entsprechenden Institutionen berechnet worden ist.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Hecker, wenn Sie etwas beitragen wollen, bitte ich Sie, sich zu Wort zu melden und nicht dazwischenzureden.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Jahr 2100 gar nicht so fern ist, wie viele vielleicht denken. Alle diejenigen, die heute geboren werden, können zumindest im Durchschnitt damit rechnen, dass sie dieses Jahr noch erleben werden. Die Antwort der Landesregierung gibt einen sehr differenzierten Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels auf Tiere und Pflanzen, die jetzt schon festzustellen sind.

Zu den Extremwetterereignissen. Die Schäden für die Wirtschaft, für die öffentliche Hand und für Private sind genannt. Sie liegen im Jahr 2018 bei über 55 Millionen Euro. Hinzu kommen die erheblichen Schäden in der Landwirtschaft. Da hatten wir im Jahr 2019 noch Glück im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland. Zuletzt hat aber der Waldzustandsbericht des Umweltministers gezeigt, dass auch die Forstwirtschaft, auch der SaarForst, durch die Auswirkungen des Klimawandels erheblich finanziell negativ getroffen worden ist und weiter getroffen werden wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch auf das Folgende hinweisen: Die Frage, wie es im

Saarland aussieht, ist nicht wirklich dazu geeignet, den Klimawandel als globales Phänomen zu bestätigen oder zu negieren. So kann man keine Antwort auf die Frage finden, ob der Klimawandel existiert oder nicht und welche Konsequenzen wir zu befürchten haben. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen. Allein in den letzten Tagen sind noch einmal viele Nachrichten gekommen, wie sich der Klimawandel global auswirkt. Die Erwärmung der Meere und Ozeane war gestern ein Thema in den Medien. Wir alle wissen um die Abschmelzung der Pole, das Verschwinden der Gletscher in den Alpen, die Flächenbrände in Brasilien und in Australien in bislang unbekanntem Ausmaße. Man kann sagen, dieser Planet brennt wie in einem Inferno.

Das muss uns doch die Dimension der Herausforderung, vor der wir stehen, deutlich machen.

Vizepräsidentin Ries:

Herr Jung, Herr Hecker möchte eine Zwischenfrage stellen. Wird sie zugelassen?

Abg. Dr. Jung (SPD):

Ja. Bitte schön.

Abg. Hecker (AfD):

Sie haben gerade vom Abschmelzen der Pole gesprochen.

Vizepräsidentin Ries:

Bitte ein Mikro für Herrn Hecker, andernfalls kann das vom Rundfunk nicht übertragen werden!

Abg. Hecker (AfD) mit einer Zwischenfrage:

Herr Kollege Jung, Sie haben gerade vom Abschmelzen der Pole gesprochen. Dazu die Frage: Was ist Ihnen bekannt zum Abschmelzen der Eismassen in der Antarktis?

Abg. Dr. Jung (SPD):

Ich will jetzt hier keinen wissenschaftlichen Vortrag halten, aber wir wissen, dass an beiden Polen die Eismassen zurückgehen und dass das durch entsprechende Untersuchungen auch belegt ist.

(Abg. Hecker (AfD): Das ist genau verkehrt. Aber okay.)

Na ja, über Fakten lässt sich, wie gesagt, nicht so ohne Weiteres streiten. - Meine Damen und Herren, ich fahre in meinem Vortrag fort. Ich möchte noch

(Abg. Dr. Jung (SPD))

einmal darauf hinweisen, dass es sich hierbei um ein globales Phänomen handelt, auf das wir Antworten finden müssen. Es ist aber auch anzumerken, dass - und das ist mit Bedauern festzustellen - das Wissen um diese Gefahren im Prinzip seit vielen Jahren vorhanden ist und dass wir schon seit vielen Jahren konkrete Folgen des Klimawandels festzustellen haben. Es fällt aber offensichtlich schwer, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Der Kollege hat ja eben darauf hingewiesen, dass es doch eigentlich paradox sei, dass in solchen Zeiten die Autos, die in Deutschland produziert und gefahren werden, immer größer werden, dass immer mehr Leute auch auf der Kurzstrecke fliegen und dass Fernreisen und Kreuzfahrten immer beliebter werden - das natürlich mit einer verheerenden CO₂-Bilanz.

Angesichts dessen habe ich durchaus Verständnis für die vielen jungen Menschen, die sich unter anderem bei Fridays-for-Future versammeln und uns die Frage stellen, ob wir denn am Ende möglicherweise den Schuss nicht gehört haben, ob uns nicht bewusst ist, dass wir mit der Lebensweise, die wir heute an den Tag legen, die Lebensgrundlagen von morgen riskieren. Die Verantwortung liegt am Ende sowohl bei der Politik als auch bei der Wirtschaft, und letzten Endes auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wir alle gemeinsam sind aufgerufen, das eigene Verhalten zu ändern und damit die richtigen Antworten auf den Klimawandel, den wir feststellen, zu geben.

Ich will noch einmal auf die Dimension des Problems hinweisen: Weil der Klimawandel ein globales Problem ist, fehlt es uns natürlich ein Stück weit auch an den entsprechenden Mechanismen für den Umgang mit dem Problem. Wir haben eben keine Weltregierung, wir haben nicht gemeinschaftlich mit den Staaten der Welt die Institutionen, die Regelungen festlegen könnten. Das Ganze geht nur nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und der Zusammenarbeit. Es ist schwierig für die Menschen, heute Verzicht zu beschließen, damit der Nutzen in der Zukunft entstehen kann. Und es ist auch schwierig für den Einzelnen, der sich fragt: Warum soll ich verzichten, wenn andere nichts tun? Das sind die schwierigen Fragen, die politische Entscheidungen hemmen. Das wirkt sich insbesondere in Demokratien aus, wo man eben Entscheidungen nur dann treffen kann, wenn man dafür nicht nur im Parlament, sondern auch in der Gesellschaft eine Mehrheit bekommt. Deshalb sage ich auch klar, dass der soziale Friede in diesem Land die Voraussetzung dafür ist, auch die ökologischen Veränderungen durchsetzen zu können. Denn auch hier gilt der Satz: Erst kommt das Fres-

sen, dann die Moral. - Deshalb müssen wir zusehen, dass es in unserem Land sozial gerecht zugeht. Erst dann können wir auch die ökologischen Herausforderungen bestehen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Die Politik steht ja in der besonderen Verantwortung, diese Themen immer wieder zu erklären und von den Lösungen zu überzeugen. Und sie steht natürlich auch in der Verantwortung, den Versuchungen des Populismus zu widerstehen. Dabei besteht auch das Problem, dass viele Bürgerinnen und Bürger im Großen und Ganzen damit einverstanden sind, dass wir beispielsweise die erneuerbaren Energien ausbauen, dass sie es aber gerade für den Ort, an dem sie wohnen, nicht für die richtige Entscheidung halten. Not in my backyard - das ist die Parole, die viele vertreten. Das gilt natürlich insbesondere für den ländlichen Raum, weil dort die Standorte sind, wo Windenergie ausgebaut werden soll, weil dort die Standorte sind, wo Solarenergie am meisten genutzt wird. An diesen Orten entwickeln sich dann eben auch die Konflikte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, in der Kommunalpolitik oder auch mit Betreibern.

Wir brauchen deshalb, so meine ich, auf der Bundesebene noch einmal Veränderungen beim Genehmigungsrecht, damit nicht diejenigen, die gerade vor Ort betroffen sind, im bisherigen Maße Entwicklungen aufhalten können. Wir brauchen vor allem aber auch eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort an der Wertschöpfung, die durch erneuerbare Energien entsteht. Dazu hat Matthias Miersch aus der SPD-Bundestagsfraktion in den letzten Wochen einen sehr guten Vorschlag unterbreitet, den wir auch aus diesem Parlament heraus unterstützen sollten.

(Beifall von der SPD.)

Der Bericht, die Antwort auf die Anfrage der LINKE-Fraktion, stellt letztlich auch die Frage an uns: Was machen denn wir im Saarland? - Hierzu will ich zunächst noch einmal auf die Ausgangssituation beim CO₂ schauen. Das Saarland hat einen Spitzenplatz beim Ausstoß von CO₂. Das hat mehrere Gründe: dazu gehört der hohe Anteil der Industrie in unserem Land, die besondere Bedeutung des Stahls für unser Land und auch die Tatsache, dass wir - zumindest über viele Jahre hinweg - mit unserem Kraftwerkspark auch Netto-Stromexporteur waren. Hier ist also der Strom auch für andere hergestellt worden. Wenn man sich einmal anschaut, wie sich die CO₂-Emissionen zum Primärenergieverbrauch im Saarland verhalten, findet man einen Wert von knapp 20 Millionen Tonnen pro Jahr. Auf die Strom-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

erzeugung entfallen etwa 7 Millionen t, auf das verarbeitende Gewerbe knapp 8 Millionen t, auf den Verkehr knapp 2 Millionen t, auf die Haushalte und die übrigen Verbraucher ebenfalls rund 2 Millionen t. Diese Werte seien genannt, damit man die Verhältnisse erkennen kann. Das sind die aktuellsten Zahlen, die zur Verfügung standen, sie stammen aus dem Jahr 2016.

Interessant ist die Feststellung, dass es aufgrund der Veränderungen durch die Energiepolitik im Lande bei den Kraftwerken im Saarland im Jahr 2018 einen ganz erheblichen Einbruch gab. Die Menge des in Steinkohlekraftwerken im Saarland erzeugten Stroms ist von gut 7,5 Millionen MWh im Jahr 2015 auf nur noch 1,1 Millionen MWh im Jahr 2018 zurückgegangen. Das ist in den letzten Jahren also ein Einbruch bei der Stromerzeugung aus Steinkohle im Saarland um 75 Prozent und mehr. Was die Wertschöpfung und Arbeitsplätze angeht, ist das natürlich bedauerlich. Das hat aber auf der anderen Seite auch zur Konsequenz, dass sich die CO₂-Bilanz des Saarlandes deutlich positiv entwickelt und in die richtige Richtung geht.

Wir wollen in jedem Fall dafür sorgen, dass die Kraftwerke im Saarland, auch diejenigen, die wir als stille Reserve haben, so lange wie möglich genutzt werden, weil es sich um relativ saubere Kraftwerke handelt. Für die Übergangszeit werden sie auch gebraucht, um im Saarland und in Deutschland insgesamt Energie zur Verfügung stellen zu können. Für ihren Erhalt setzen wir uns als Landespolitik ein.

Wir werden im Jahr 2020 das 20-Prozent-Energieziel, das Ziel der Gewinnung von 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energien, wohl erreichen. Ich glaube, dass es notwendig ist, diese Quote im kommenden Jahrzehnt idealerweise zu verdoppeln. Dafür brauchen wir aber auch in Zukunft eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Windenergie, hierfür bedarf es vor allem der Umsetzung politischer Entscheidungen in Berlin.

Die zweite große Baustelle, das will ich noch kurz erwähnen, stellt sich beim Thema Stahl. Diesbezüglich wollen wir die Umstellung auf Wasserstofftechnologie, diese können wir aber aus eigener Kraft nicht schaffen. Dazu sage ich nun auch einmal ganz einfach: Die Europäische Gemeinschaft hat ihre Wurzeln in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. So, wie vor 70 Jahren Kohle und eben auch Stahl eine Quelle für den europäischen Gedanken waren, muss der Stahl auch jetzt wieder ein Kernanliegen für Europa sein, um diese wichtige Industrie in Europa halten zu können und so einen

wichtigen Beitrag zum Klimaschutz auf der ganzen Welt zu leisten. Auch das soll eine wichtige Botschaft des heutigen Tages sein.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Mit Blick auf die Redezeit und darauf, dass mein Kollege Reiner Zimmer noch einiges dazu ausführen wird, will ich hier enden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Nun hat das Wort Jochen Flackus von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. Flackus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich aufgrund des Zeitbudgets inhaltlich auf Verkehrspolitik beschränken. Ich will aber doch zum Vortrag des Kollegen Jung sagen: In weiten Teilen kann man dem zustimmen, was Sie sagen. Der entscheidende Punkt für mich ist, dass die Politik jetzt mal von der Betroffenheit runter und zum politischen Handeln kommen muss. Denn wenn man sich mal ankuckt, was an Bildern aus der Welt zu sehen ist, Sie haben Australien ja genannt, es gibt aber auch andere Dinge, wenn man sich die Zahlen über das Artensterben in der Arktis anschaut - kürzlich konnte man in Terra X einen wirklich bewegenden Film sehen darüber, was dort mittlerweile eben nicht mehr geht -, dann kommen wir nicht darum herum, dass auch wir im saarländischen Landtag als politisch Handelnde Entscheidungen treffen müssen. Dazu ist unsere Anfrage sicherlich auch eine gute Grundlage, weil es mal eine fundierte Bestandsaufnahme ist von dem, was wir an saarländischen Werten kriegen. Vielen Dank an das Umweltministerium und andere, die dazu beigetragen haben.

Aber wenn wir das ernst nehmen, wenn das hier Konsens ist, dann müssen wir, um es mal ganz platt zu sagen, Geld in die Hand nehmen, daran wird kein Weg vorbeiführen. Wenn wir wirklich Klimaschutz wollen, müssen wir erheblich investieren. Die EU hat jetzt 1 Billion Euro in Aussicht gestellt, das ist eine Summe, über die kann man reden, aber ob die reicht, wird von Experten bezweifelt. Das muss man deutlich sagen.

Aus unserer Sicht braucht es klare politische Signale. Ich weiß nicht, wer das am Wochenende verfolgt hat, es gab einen interessanten Zeitungsartikel vom Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther - unabhängig von seiner politischen Orientierung -, der unter der Überschrift: „Will der Staat in die Zukunft?“ nochmals sehr dafür plädiert

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

hat, dass mehr investiert wird. Das ist ja auch unser strukturelles Problem hier. Er hat gesagt, wir müssen investieren, und er hat gesagt, wir müssen die Schuldenbremse neu justieren, das waren seine beiden Botschaften. Er hat noch mal in einem fast dramatischen Appell für seine Idee des Deutschlandfonds geworben, dass der endlich mal politisch diskutiert wird. Die meisten von Ihnen werden das wissen, er will einen Deutschlandfonds für Investitionen auflegen und mit 450 Milliarden Euro ausstatten, weil er glaubt, dass für die Abschaffung der Schuldenbremse momentan keine politischen Mehrheiten zu mobilisieren sind. Dem kann man sogar folgen, wenn man sich die politische Landschaft ankuckt.

Meine wirklich herzliche Anregung an unseren Finanzminister ist, dass er sich an dieser Diskussion beteiligt. Warum? Alle diskutieren mittlerweile, das kann man, wenn man das aufmerksam liest, verfolgen, und es ist wichtig unter dem Aspekt, den Herr Jung eben angesprochen hat: Wir müssen ökonomisch und ökologisch entscheiden, wie es weitergeht. Das ist ein Verteilungsthema! Auch über unsere Zukunft im Saarland wird in dieser Diskussion mitentschieden. Ich bitte herzlich darum, dass es Beiträge hier aus dem Land dazu gibt, dass wir uns vielleicht auch mal hier im Landtag damit auseinandersetzen, darüber, was wir für Möglichkeiten hätten unabhängig von unserem eigenen Gesetz und darüber hinaus.

Wir haben heute Morgen über die Idee von Olaf Scholz diskutiert, ob er die zweite Hälfte zur Lösung des Problems der kommunalen Altschulden beisteuern würde. Wenn man unsere Zahlen sieht, weiß man, was wir vor der Brust haben, auch im Umweltbereich. Im Saarland sind es in den Kommunen pro Kopf 280 Euro, im Bund 530 Euro. Das ist einfach eine Differenz, die nicht allein durch den Saarland-Pakt, so gut er auch ist, zu überwinden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ökologische Frage ist zutiefst auch eine Verteilungsfrage! Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Es wird eine Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen stattfinden müssen, aber auch zwischen den Ländern. Damit bin ich bei dem Beispiel Bahn. Da kann man schon sagen, das Saarland ist abgehängt. Im Personenverkehr gibt es keine richtige Berücksichtigung im Deutschland-Takt. Sie wissen, das ist jetzt die Achsen-Planung, nach der alle halbe Stunde in Deutschland Züge verkehren sollen, aber das Saarland liegt nicht an einer Hauptstrecke, das haben wir nicht hingekriegt, das ist uns bisher nicht gelungen. Deshalb müssen wir jetzt daran arbeiten, was wir mit diesem Befund machen. Statt Ausbau passiert hier im Land eigentlich das Gegenteil. Wir haben im

Land 150 km Strecken stillgelegt, laut vieler Experten fehlen mindestens 50 Haltepunkte. Im Güterverkehr ist es fast noch dramatischer, denn dort ist wegen einer fehlenden Investition am Saarbrücker Hauptbahnhof quasi die logistische Seite völlig zum Erliegen gekommen; wir haben keine Chance, das wiederzubeleben, ohne dass wir da investieren.

Wir haben in diesem Bereich viele Ankündigungen durch die Landesregierung gehört. Man könnte ironisch sagen: Wir brauchen im Bahnverkehr keine besseren Ankündigungen, sondern bessere Anbindungen! Das ist eine politische Forderung, dass wir das mal stärker verfolgen.

Bahn ist auch wichtig für das, was wir im Bereich Klimaschutz diskutieren. Bahn ist nicht nur Daseinsvorsorge für die Zukunft; wir haben das ja oft und richtigerweise unter dem Stichwort Daseinsvorsorge diskutiert. Bahn ist in Zukunft eben auch Klimaschutz. Da gibt es die ersten Entscheidungen der Bundesregierung, die wir ja unterstützt haben, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Fahrkarten und so weiter, aber da muss eben noch mehr kommen.

Was müssen wir hier jetzt unserer Meinung nach dringend leisten? Wir brauchen einen Plan, welche Strecken wir eigentlich reaktivieren wollen und mit welchem Investitionsvolumen es überhaupt möglich ist, sie zu reaktivieren. Der zweite große Punkt ist: Wie binden wir uns an diesem Deutschland-Takt an? Da sind mittlerweile alle Bundesländer vertreten, und, wie gesagt, wenn wir nicht aufpassen, ist der Verteilungskampf schon gegen uns entschieden. Damit haben dann auch die Pendler ein Problem, das gibt es ja derzeit schon.

Was wir brauchen, sind - das ist hoffentlich Konsens - transparente Möglichkeiten. Ich habe mit dem Kollegen Thielen schon mal im Landtag über die Verteilungswirkung diskutiert, die wir erreichen wollen. Wenn wir auf der ökonomischen Seite ökologisch arbeiten wollen, wollen wir eine Verteilungswirkung erzielen. Wenn wir dem Pendler aus Tholey sagen wollen: „Fahr mit dem Bus statt mit deinem Auto“, dann muss er auch die Möglichkeit haben, mit Bus oder Bahn von Tholey nach Saarbrücken zu kommen. Das müssen wir leisten. Besser wäre ja noch eine doppelte Verteilungswirkung, dass er dafür auf der steuerlichen Seite auch etwas zurückbekommt. Diese Modelle, die alle etwas mit Verteilung und ökonomischem Fachwissen zu tun haben, müssen wir stärker diskutieren.

In diesen Modellen kommt natürlich dem Nahverkehr eine besondere Rolle zu. Das ist im Saarland, wie wir wissen, eine politische Großbaustelle. Wir haben die geringste Nutzerquote in ganz Deutsch-

(Abg. Flackus (DIE LINKE))

land, das muss man leider immer noch feststellen, und der Verkehrsentwicklungsplan, der die Grundlage für alles sein soll, ist von 1998, daran war noch Ministerpräsident Lafontaine beteiligt, seine Regierung hat den letzten Verkehrsentwicklungsplan erarbeitet! Das muss man an der Stelle mal feststellen.

Die saarländische Öffentlichkeit wartet dringend darauf, dass wir endlich einen Verkehrsentwicklungsplan diskutieren können. Wir haben jetzt drei Jahre eine Arbeitsgruppe gehabt, die sich mehr oder weniger schlecht und recht damit beschäftigt hat, wir haben Studien gehabt, es sind mal Ergebnisse der Studien vorgestellt worden, wir haben Kongresse gehabt, jetzt ist vor zwei Tagen wieder ein Kongress zu dem Thema angekündigt worden.

Ich sage eines hier, und ich kucke in Richtung des Kollegen Mildau und anderer: In der Enquetekommission Digitalisierung haben wir uns ausführlich mit dem Thema Zukunft des Nahverkehrs beschäftigt - wir waren sogar in Berlin deswegen. Man muss wirklich feststellen, ich glaube, da stimmen Sie auch zu: Andere Regionen, andere Bundesländer sind viel, viel weiter, als wir es sind, jedenfalls bei dem Stand, den wir momentan haben. Und was noch viel dramatischer ist: Sie sind auch schneller! Sie sind schneller in der Umsetzung, und ich will einen Punkt nennen, bei dem das deutlich wird. Das 365-Euro-Ticket, das Jahresticket, wird ja diskutiert, es hat Vor- und Nachteile. Aber es gibt bis gestern jedenfalls keine Bewerbung für dieses 365-Euro-Ticket aus dem Saarland beim Bund! Also es gibt Geld, das wir nicht nutzen, es gibt ökonomische Verteilung, die wir nicht nutzen, neue Verkehrsmodelle, die wir nicht nutzen. Wir sind zu lahm an dieser Stelle! Daran muss sich aus meiner Sicht etwas ändern.

Deshalb wäre mein „Neujahrswunsch“ - Herr Dörr hat ja allen Saarländerinnen und Saarländern ein frohes neues Jahr gewünscht -, dass wir hier stärker über Investitionen diskutieren, ganz besonders im Verkehrsbereich, und dass wir hier endlich mal über eine neue Ausgestaltung des Nahverkehrs diskutieren können, dann wären wir, glaube ich, einen Schritt weiter. Denn auch aus Klimasicht müssen wir hier im Saarland unbedingt Entscheidungen treffen. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort nun Stefan Thielen von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Thielen (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit April letzten Jahres haben wir in dieser Ganzheitlichkeit das Thema Klima, Klimaschutz und alles, was damit zusammenhängt, hier schon mehrmals diskutiert. Ich muss erst einmal konstatieren, seit dem letzten April hat sich da einiges getan. Wir haben momentan auf Bundesebene ein Klimapaket, das schon beschlossen ist und auch schon in Teilen umgesetzt ist. Wir haben - was mir damals ganz wichtig war - einen CO₂-Preis, der jetzt damit vereinbart wird. Wir haben jetzt einen CO₂-Preis, der schrittweise in einem Korridor ansteigt und damit eine langfristige, wichtige Wirkung erzielen wird. Und wir haben doch einen großen politischen Konsens und viel Unterstützung. Wir haben neue Projekte, die wir in diesem Bereich voranbringen.

Von daher muss ich zunächst sagen, das alles zeigt, dass die Politik handlungsfähig ist, aber auch die Bundesregierung, die oft in anderen Punkten kritisiert wird. Genauso sind wir auch im Land im Bereich des Klimaschutzes handlungsfähig. Ein Beispiel, das ich vielleicht dem Kollegen Flackus sagen darf: Es gibt schon einen Pendlerbus, der dreimal am Tag von Tholey nach Saarbrücken fährt. Natürlich müssen wir den noch einmal verbessern, aber hier tut sich auch schon einiges und wir sind hier auf dem besten Weg. Von daher ist meine Meinung dazu, wir brauchen hier keinen Klimanotstand auszurufen, egal wie kritisch die Situation ist, sondern wir brauchen langfristige, zielgerichtete Handlungen. Daran müssen wir arbeiten. Da sehe ich schon, dass wir einen ersten wichtigen Schritt auf diesem Weg hier geschafft haben.

(Beifall von den Regierungsfraktionen und der LINKEN.)

Sie haben es vorhin richtig gesagt, Kollege Dr. Jung. Das Wort „Klimahysterie“ ist das Unwort des Jahres und ich sage: mit Recht. Ich könnte dem aber noch ein anderes Wort hinzufügen, das ist das Wort „Blackouthysterie“. Das will ich nicht als Unwort bezeichnen, sondern als etwas, was immer wieder geschürt wird. Herr Kollege Hecker, ich glaube, Sie können hier in der Sache froh sein, dass Sie diese beiden Teile getrennt haben. Sie haben ja durchaus einige akzeptable Fakten und wirklich gute Argumentationen beim Thema Blackout geliefert, dass wir wirklich Trassen brauchen, dass wir eine bessere Vernetzung der Netze brauchen.

Aber was Sie generell beim Thema Klimawandel von sich gegeben haben, ist eine Argumentation wie ein Kartenhaus. Ein Kartenhaus baut man immer

(Abg. Thielen (CDU))

von unten mit einer großen Basis auf. Sie haben sich aber aus dem Deck von den 52 Karten die einzige Karte herausgesucht mit den wenigen Wissenschaftlern, die sagen, es gibt keinen menschengemachten Klimawandel. Dann haben Sie das Kartenhaus nach oben aufgebaut und es ist in sich zusammengefallen. Von daher war das wirklich keine tolle Leistung in diesem Zusammenhang.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Aber auch mein Kollege Günter Heinrich wird gleich noch einmal darauf eingehen, was im Blackout-Bereich gemacht wird. Wir sind da gut aufgestellt. Das denke ich, wird auch nicht von einem Tag auf den anderen kommen. Aber wir müssen hier genauso, wie wir die Energiewende umsetzen, auch Schritt für Schritt nach vorne gehen. Das wird auch gemacht.

Ich habe gesagt, „Klimahysterie“ ist das Unwort des Jahres und auch mit Recht. Es ist für mich weniger dieses Wort selbst. Da gab es sicher schon unmenschlichere Worte, die genutzt worden sind und kritischere Worte, aber dass hier eine politische Bewegung von Jugendlichen und von Kindern allgemein in Misskredit gebracht wird, das finde ich, ist nicht in Ordnung. Genauso ist es auch nicht in Ordnung, dass mit dem Begriff Klimahysterie generell eine wirklich kritische Situation für die Menschheit teilweise geleugnet wird.

Ich muss aber genauso konstatieren, dass es aus meiner Sicht keine ausreichende Sachargumentation mit den Sachzusammenhängen in dieser Thematik gibt und einfach vieles pauschalisiert wird. Ich möchte es an ein paar Punkten hier festmachen. Ich habe schon einmal Beat Balzli zitiert. Der Chefredakteur der Wirtschaftswoche hat gesagt: „Der SUV ist der neue Neoliberalismus.“ Da kann man immer schön draufhauen. Ich sage es ganz ehrlich, ich bin kein Freund vom SUV. Mir gefallen die Dinger nicht. Ich fahre selbst keinen. Aber ich glaube, was im Endeffekt auch zählt, ist, wieviel am Ende als CO₂-Abdruck wirklich hinterlassen wird. Da ist es mir egal, ob einer einen SUV fährt oder ein anderes Auto. Derjenige, der einen SUV mit wenigen Kilometern im Jahr fährt, ist mir da im Endeffekt lieber als einer, der mit einem anderen Auto viele Kilometer herunterreißt. Das muss man einfach hier beachten. Von daher, wenn ich sehe, wie viele ältere Menschen heute mit den SUVs fahren, glaube ich, ist es ein viel wichtigerer Punkt, dass das die Menschen sind, die sich hauptsächlich hier wirklich ökologisch verhalten. Deswegen finde ich dieses SUV-Bashing einfach ein bisschen albern in diesem Zusammenhang, wenn ich das einmal so sagen darf.

Genauso wichtig ist mir die tatsächliche Wirkung von dem, was CO₂ auslöst. Flugreisen werden, immer wieder gerne gescholten. Ich weiß, der CO₂-Ausstoß, der da verursacht wird, hat eine höhere Wirkung als anderer, weil er in höheren Sphären stattfindet. Aber man muss sagen, es macht 1,5 Prozent des CO₂-Ausstoßes auf der Welt aus, Streaming-Dienste mittlerweile 2,5 Prozent, also viel mehr. Es werden aber immer nur Flugreisen gescholten. Wer schimpft schon über Streaming? Dabei frage ich ganz einfach, was ist denn im Endeffekt einfacher abzustellen, eine wichtige Flugreise oder Streaming? Ich kann mir doch auch eine DVD oder eine Blu-Ray anschauen. Ich glaube, da lügen wir uns teilweise wirklich alle etwas in die Tasche. Da rufe ich zu mehr Wahrheit in der Sache auf.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das dritte Thema - da bin ich beim konkreten Punkt - ist immer die Vereinfachung: Wir brauchen mehr Windräder, damit die Energiewende gelingt. Das ist ein Unsinn, den ich gleich noch einmal im Detail hier auseinandernehmen möchte, weil mich das wirklich stört. Ich glaube, mit solchen einfachen und leicht zu widerlegenden Aussagen wird im Endeffekt auch der Klimabewegung unrecht getan und sie wird damit diskreditiert. Da sollten wir alle höchst vorsichtig sein in diesem Zusammenhang. Ich möchte dabei auch - ganz wichtig - ein Zitat von Rezo aufnehmen, der gesagt hat: Hört auf die Wissenschaftler.

Ja, wir hören als Politik auf die Wissenschaftler, wir hören auf die Physiker, wir hören auf die Meteorologen, wir hören auf die Klimawissenschaftler, zum großen Teil zumindest. Aber was wir zu wenig machen, ist, auf die Wirtschaftswissenschaftler zu hören, die uns genau sagen, wie wir am besten hier CO₂ einsparen können. Das finde ich schon, ist ein Schritt, den wir wirklich jetzt gehen müssen. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie wir in einem vernünftigen, marktgerechten Weg CO₂ lenken können. Nur das kann der richtige Weg sein, nicht irgendwelche Pläne, die hier verfolgt werden und die im Endeffekt zu Ineffizienzen führen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich möchte das einmal an einem Beispiel klarmachen. Es hieß immer in den letzten Monaten, Deutschland wird seine Ziele nicht erreichen, weil zu wenig Windräder gebaut werden. Das war immer so zu lesen. Auch jetzt, wenn die Berichte kommen, dass wir wahrscheinlich die Klimaziele doch erreichen, gibt es immer den Unterton, dass es heißt, es wurden ja doch so-und-so-viele Windräder neu eingeschaltet. Aber wenn man die Berichte von der Agora Energiewende einmal im Detail liest, wenn

(Abg. Thielen (CDU))

man sich die Arbeit macht und nicht nur auf die Überschriften kuckt, wird ganz deutlich, dass wir die Energieziele deswegen in Deutschland geschafft haben und unter dem CO₂-Ausstoß geblieben sind, weil es einen Zertifikatehandel in Europa gibt!

Deswegen - das hat der Kollege Dr. Jung auch ausgeführt - sind unsere Kohlekraftwerke mittlerweile unrentabel und sie liefern weniger Leistung ins Netz ein. Das heißt, es sind noch nicht einmal die subventionierten EEG-Anlagen, die jetzt die Leistung bringen - natürlich ist es gut, dass diese Anlagen da sind und sie liefern können -, sondern es ist wirklich der Punkt hier, dass es ein marktgerechtes System wird. Daher kann ich nur sagen, das müssen wir weiterverfolgen, weiter ausbauen und das Gesamtsystem weiter perfektionieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es stand heute auch wieder in der Zeitung, die Windkraftbranche heizt uns ein. Da muss ich sagen, ich bin immer wieder verwundert, dass eine Branche, die mit Subventionen von über 200 Milliarden Euro gefördert wird - es ist mittlerweile mehr als die Atomkraft -, uns hier einheizt und sagt, was wir zu tun haben. Da bin ich wirklich immer etwas brüskiert und ärgere mich auch wirklich, weil das doch nicht der Weg sein kann, wie wir hier miteinander umgehen. Das ist eine Branche, die immer nur klagt. Wir haben mittlerweile einen Marktanteil in Deutschland von etwa 7 bis 8 Prozent am Weltmarkt, aber unser Markt in Deutschland ist nur noch 2,5 Prozent dessen, was überhaupt in der Welt an Windkraftanlagen gebaut wird.

Wie kann uns denn jemand hier weismachen, dass wir, wenn wir diese 2,5 Prozent beschneiden, dann die Windkraftbranche in Deutschland kaputtmachen? Was haben diese Unternehmen in den letzten Jahrzehnten gemacht, als sie die Möglichkeit hatten, hochsubventioniert hier Anlagen aufzubauen? Ich verstehe das wirklich nicht, was hier vorgebracht wird. Ich kann nur sagen, dieser Branche steht die ganze Welt offen. Da muss man nicht immer hier auf Deutschland zeigen. Ich möchte das hier sagen, der Branche steht die Welt offen und das macht sie sich auch manchmal hier zunutze.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ich muss hier noch etwas loswerden. Ich habe schon erzählt, ich habe diese beiden Windräder, die nachts blinken. Deswegen mache ich immer die Rollläden zu, was ich sonst nicht gemacht habe. Wir haben im Gemeinderat in Mettlach Haushaltsklausur gehabt und dabei festgestellt, es sind 20.000 Euro

weniger im Haushalt. Jetzt raten Sie einmal, wo die hingehen. Die Gewerbesteuer für diese beiden Anlagen wird zukünftig in Dänemark gezahlt. Da sage ich herzlichen Glückwunsch, 200 Milliarden Euro Subvention und die Bürger werden hier belastet. Da kann man auch nicht mit einem Windbürgergeld klarmachen, warum sie das dann noch bevorzugen sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Dann muss ich sagen, wenn man die Karte sieht, wo überall bei einem Abstand von 1.000 Metern gebaut werden kann, dann müssen wir uns wirklich keine Sorgen machen. Da gibt es genug Flächen, die in Deutschland noch vorhanden sind. Ich gebe ganz ehrlich zu, im Saarland sind es wenige, aber wir sind auch mit das am stärksten besiedelte Gebiet in Deutschland. Das ist einfach der Fall. Wir werden es auch anderweitig schaffen, unsere Ziele zu verfolgen, da bin ich sicher. Das möchte ich noch am Schluss ausführen.

Ich komme auf unsere Stahlindustrie. Die größte Herausforderung, die wir haben, ist hiermit verbunden. Es ist schwierig, mittlerweile im Energiebereich etwas einzusparen, aber in der Stahlindustrie, obwohl sie schon sehr viel eingespart hat, können wir mit der Umstellung auf Elektrostahlwerke oder auf wasserstoffbasierte Kraftwerke enorm viel erreichen. Ich muss sagen, ich bin dafür, dass wir beide Wege weiterverfolgen, weil wir im Endeffekt nicht wissen, wie es im Bereich Wasserstoff aussieht, ob das alles so funktioniert, wie wir uns das vorstellen, oder ob das vielleicht länger dauert. Deswegen greift jeder, der das EEG in seiner bisherigen Form und ohne Ausnahme in Schutz nimmt, unsere Stahlindustrie an, die in Zukunft auf Elektrostahlwerke setzen will. Dieser Sache muss man sich ganz klar bewusst sein.

Eine genauso große Herausforderung ist die Summe, die aufgebracht werden muss. Für Gesamtdeutschland wurden 25 Milliarden Euro errechnet, um auf eine wasserstoffbasierte Versorgung umzustellen. Diese Summe geben wir jedes Jahr für erneuerbaren Energien im Bereich des Strommarktes aus. Wenn wir sie auf zehn Jahre strecken, wäre das jedes Jahr eine kleinere Summe, mit der wir unsere gesamte Stahlindustrie auf eine wasserstoffbasierte Industrie umstellen könnten. Ich denke, den Weg müssen wir verfolgen. Hierfür müssen wir Fördermittel einwerben. Wenn sie uns seitens der EU nicht zugestanden werden, dann müssen wir eben auf eine Umlage gehen. Bei den Stahlprodukten wird das nachher nur eine kleine Summe ausma-

(Abg. Thielen (CDU))

chen, wenn man es mit den Aufschlägen beim Strompreis vergleicht.

Wichtig ist, dass wir hier ein CO₂-Grenzregime auf Basis der EU aufbauen. Es bringt nichts, mit Umlagen zu arbeiten, und es bringt auch nichts, wenn wir selbst eine CO₂-Bepreisung umsetzen. Es handelt sich um ein komplexes Feld, sowohl von der juristischen Seite wie auch von der Umsetzung her. Ich möchte anregen, dass wir uns im Wirtschaftsausschuss einmal mit der juristischen Seite des CO₂-Grenzregimes befassen, dass wir Wissenschaftler der Saar-Universität dazu einladen. Ich habe gesehen, dass einige Wissenschaftler zu diesem Thema publiziert haben. Sie könnten uns darlegen, wie kompliziert und wie aussichtsreich es ist, dies WTO-konform zu machen, denn wir wollen es natürlich am Ende nicht gefährden.

Eine klare Aussage zum Thema Umsetzbarkeit: Warum machen wir die CO₂-Bemessung und -Besteuerung nicht zu einem Thema, das wir gemeinsam mit dem Thema Künstliche Intelligenz nach vorne bringen? Warum setzen wir in Europa nicht erst einmal die Blockchain-Methode um? Warum können wir nicht die Sicherheitsanforderungen, die wir hier im Saarland durch das CISPA zur Genüge kennen, damit verbinden? Wenn wir das umsetzen könnten, hätten wir wirklich viel geleistet. Das ist mein konkreter Vorschlag in dieser Sache. Wir können die zwei größten Herausforderungen, einmal den Klimawandel zu schaffen und zum anderen die Digitalisierung umzusetzen, an einem konkreten Beispiel hervorragend umsetzen und hier Weltführer werden.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ja, dazu müssen Mittel von der EU kommen. Es ist natürlich schwierig, dies im Haushalt zu gewährleisten, aber ich habe auch schon einige andere Möglichkeiten genannt. Der Green New Deal ist sicher ganz wichtig, es darf aber natürlich nicht dazu kommen, dass andere Themen zu kurz kommen. Wir brauchen beispielsweise Mittel im Agrarbereich, weil sie uns helfen, die Landwirtschaft umzustellen, denn die Landwirtschaft wird ja oft vernachlässigt.

Auf europäischer Ebene ist noch ein zweiter Punkt wichtig. Es geht um das Thema Europäische Zentralbank. Ich finde es grundsätzlich gut, dass sich Christine Lagarde dazu äußert. Für mich hat eine Zentralbank drei wichtige Ziele zu erfüllen: erstens Geldwertstabilität, zweitens Geldwertstabilität und drittens Geldwertstabilität! Das sind die Ziele. Alles andere müssen wir Politiker mit der Fiskalpolitik erreichen. Das kann nicht Aufgabe der Europäischen Zentralbank sein. Meiner Meinung nach überhebt sie sich damit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Deutschland den Aufbruch gewagt. Wir sind auf einem guten Weg, aber vieles müssen wir noch verbessern. Wir müssen das EEG anpassen und zukunftsfähig machen. Wir müssen darauf drängen, dass wir uns im Stahlbereich mit unseren guten Ideen durchsetzen. Wir können auch noch weitere Ideen einbringen. Wir haben hierzu im Saarland schon einiges getan. Darauf wird mein Kollege Günter Heinrich eingehen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Ablehnung des Antrages der AfD, weil er aus unserer Sicht unbegründet ist. Ich danke der Landesregierung recht herzlich für die gute Arbeit bei der Anfrage.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Das Wort hat nun Reiner Zimmer von der SPD-Landtagfraktion.

Abg. Zimmer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Dass die Kollegen der AfD-Fraktion den menschengemachten Klimawandel leugnen, ist uns allen im Hause bekannt. Ich brauche dazu nicht allzu viel zu sagen. Lieber Kollege Hecker, ich muss eines erwähnen. Sie haben vorhin zu Dr. Jung gesagt, was er sage, sei rückwärtsgerichtet. Da frage ich Sie, wie Sie den Atomunfall von Fukushima nennen. Zukunftsweisend? - Fragen Sie einmal die Japaner und die Menschen, die dort am Pazifik wohnen, wie sie das empfinden. Sie empfinden diese Energieform sicherlich nicht als zukunftsweisend.

(Abg. Hecker (AfD): Ich kann mich nicht erinnern, dazu etwas gesagt zu haben.)

Ja, dazu haben Sie nichts gesagt, aber Sie haben über Atomenergie gesprochen.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Hecker (AfD).)

Vizepräsidentin Ries:

Herr Hecker, keine Dialoge zwischen Redner und Plenum. Es gibt die Möglichkeit der Fragestellung. Die können Sie nutzen, wenn Sie wollen.

Abg. Zimmer (SPD):

Des Weiteren haben Sie über den Energiezukauf und den Energieabverkauf in Europa gesprochen. Es ist immer noch so, dass Deutschland ein Über-

(Abg. Zimmer (SPD))

produktionsland beim Strom ist. Wir verkaufen mehr Energie, als wir zukaufen. Wir leben in einem europäischen Energieverbund. Da ist es nun einmal so, dass wir uns gegenseitig austauschen. Das passiert und wird wohl so bleiben. Das finde ich wiederum sehr zukunftsweisend, weil es auch eine Form von Europa darstellt.

Last but not least möchte ich noch etwas anmerken. Seit über 20 Jahren betreiben wir in Europa den ökologischen Energieumbau. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass ich mit einer der Ersten war. Ich habe seit 1997 eine Fotovoltaikanlage. Sie ist jetzt schon ausgelaufen. Es ist so, ich will das gar nicht abstreiten, dass es schwieriger wird. Diese Probleme müssen Techniker und Ingenieure - Sie sind ja auch einer, Herr Hecker - lösen. Aber es ist nicht so, dass es unmöglich ist. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einmal einen Super-GAU - außer weltweit gesehen bei drei Atomkraftwerken - oder einen Blackout in unserem Netz hatten. Selbstverständlich kommt es zu Lastabwürfen. Das gab es aber vor 40 Jahren auch schon. Das ist der Fall, wenn große Industriebetriebe zu viel Energie anfordern. Dann wird Last abgeworfen. Das ist ein normales Vorgehen.

Dennoch will ich Ihnen sagen, Herr Hecker, dass Sie heute einen durchaus bemerkenswerten Antrag eingebracht haben, er hat nämlich mehr als zwei Zeilen. Das finde ich echt toll und will es nicht unerwähnt lassen. Er hat sogar Inhalt.

(Abg. Hecker (AfD): Das ist bei mir immer so!)

Sie haben es vom Inhalt her relativ gut vorgetragen, allerdings in Ihrer typischen Art und Weise. Im Grunde greifen Sie wenige Beispiele heraus, beziehen sich darauf und wollen die Landesregierung dann auffordern, dies oder jenes zu tun.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Netzstabilität im Zuge des Energieumbaus ist ein großes Thema, dessen sich die Landes- und die Bundesregierung schon seit Langem angenommen haben und dem sie sich ständig weiter widmen. Da meine Zeit sehr knapp ist, will ich noch einige Maßnahmen der Regierung aufzeigen. Die physikalisch erforderliche Netzfrequenz muss innerhalb eines engeren Toleranzbereiches von 49,9 bis 50,1 Hertz gehalten werden, wofür die Netzbetreiber zuständig sind, nicht die politischen Vertreter. Ich glaube, wir haben die richtigen Leute bei den Netzbetreibern, die können das. Damit dies gelingt, müssen die Strom- und auch die Gasnetze immer intelligenter werden. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt DESIGNNETZ, das bis Ende 2020 Erkenntnisse für technisch-ökono-

misch funktionierende, effiziente Bausteine hervorbringen wird.

Dass der erneuerbare Strom durchaus beim Verbraucher ankommt, zeigen die über Jahre stetig wachsenden Anteile an erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch. Im ersten Quartal 2019 wurden 95 Prozent produziert, transportiert und verbraucht, aber nur 5 Prozent wurden durch Netzeingriffe abgeregelt. Im Hinblick auf die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems beziehungsweise die Vermeidung von großräumigen Versorgungsstörungen oder Blackouts hat der Gesetzgeber beispielsweise in § 13 des Energiewirtschaftsgesetzes Rechte und Pflichten der Übertragungsnetzbetreiber formuliert. Diese Regelungen gelten für die Betreiber von Elektrizitätsverteilungsnetzen im Rahmen ihrer Verpflichtungen und Aufgaben entsprechend, soweit sie für die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Elektrizitätsversorgung in ihrem Netz verantwortlich sind.

An dieser Gesetzesvorlage waren alle relevanten Akteure beteiligt. Sie haben ihre Vorstellungen zur Versorgungssicherheit einbringen können. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, dass nicht nur die Betreiber oder Erzeuger, sondern alle relevanten Gruppen der bürgerlichen Vertretungen involviert waren, auch die IG BCE war mit ihrem Vorsitzenden vertreten. Er saß bei all diesen Fragen, was Energienetze, Energieherstellung und -vertrieb in Deutschland angeht, mit am Tisch. Ich glaube, in der Bürgerversammlung ist auch die nötige Kompetenz. Bei der Gewerkschaft IG BCE, in der ich schon sehr lange Mitglied bin, möchte ich ganz persönlich Michael Vassiliadis dafür danken, dass er für uns einsteht.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich muss jetzt schnell voranschreiten. Ich könnte noch einige Dinge nennen, aber Magnus hat mir nicht viel Zeit gelassen.

(Abg. Dr. Jung (SPD): Entschuldigung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt noch einiges zu sagen, aber ich bekomme es in meiner Redezeit einfach nicht mehr unter. Ich hebe es mir für später auf. - Die Landes- und die Bundesregierung sind sich der Probleme, was die Versorgungs-, Verteilungs- und auch die Netzschwierigkeiten betrifft, vollkommen bewusst. Das Innenministerium hat zur Katastrophenschutzverordnung auch im Hinblick auf solche Vorfälle extra einen Plan aufgelegt. Ich kann nur feststellen, in den letzten 25 Jahren seit dem Beginn des Umbaus sind solche Vorfälle nie eingetreten. Ich habe Vertrauen in unsere Techniker und Ingenieure. Ich glaube, wir kriegen

(Abg. Zimmer (SPD))

das hin. Wir werden es auch weiter betreiben. - Lieber Kollege Hecker, wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Herr Abgeordneter Zimmer, das war eine Punktlandung. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Günter Heinrich von der CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heinrich (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum eigentlichen Tagesordnungspunkt zurückkommen, nämlich zur Aussprache zu der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der DIE LINKE-Landtagsfraktion. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung gibt einen ungeschminkten Überblick über den Zustand von Umwelt und Natur im Saarland. Meine persönliche Meinung zu dem Bericht und zur Diskussion ist, die Landesregierung ist zu bescheiden, was Ihre Erfolge in Sachen Umweltpolitik angeht.

Zu 100 Jahren Saarland gehört auch fast ein halbes Jahrhundert Umweltpolitik an der Saar dazu. Die Antwort der Landesregierung ist für uns ein Zeugnis dafür, dass 46 Jahre Umweltpolitik als eine wesentliche Voraussetzung zum Schutz des Klimas an der Saar mittlerweile Früchte tragen und das insbesondere bei einem Land, das seit seiner Entstehung von der Schwerindustrie geprägt ist.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es gehört heute zur Bilanz, aufzuzeigen, was in den vergangenen Jahren geschafft worden ist, denn wenn man sich über Klimapolitik, Klimawandel und Klimakatastrophe unterhält, dann geraten die Leistungen ganz in den Hintergrund, die in den vergangenen Jahrzehnten erreicht worden sind. Seither ist der Biber mit einer starken Population wieder bei uns heimisch geworden. Das Waldschutzgebiet „Urwald vor den Toren der Stadt“ ist entstanden, ebenso wie das UNESCO-Biosphärenreservat Bliesgau. Ich darf erinnern an 126 FFH-Gebiete. Ich darf daran erinnern, dass mittlerweile 19 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet werden. Ich erinnere an eine konventionelle Landwirtschaft, die ebenfalls naturnah ausgerichtet ist, und an eine Forstwirtschaft, die seit Jahrzehnten als naturnahe Waldwirtschaft betrieben wird. Der Waldflächenanteil des Saarlandes beträgt 38 Prozent und ist damit einer der größten und wirkungsvollsten CO₂-Speicher überhaupt. Das ist bei der ganzen

Diskussion heute untergegangen. Das ist Klimaschutz in Perfektion.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Flüsse und Bäche sind von den Schadstoffen der Sechzigerjahre und Siebzigerjahre und von ungereinigten Abwässern befreit worden. Unsere Flüsse und Bäche sind heute zum großen Teil in weiten Bereichen Biotope mit einer Vielzahl von naturnahen Lebensgemeinschaften.

Wir waren das erste Bundesland mit einem Umweltminister. Deshalb sind in der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der DIE LINKE-Landtagsfraktion nicht nur weitere Herausforderungen einer wirksamen Klimapolitik beschrieben worden, sondern es ist auch völlig zu Recht darauf verwiesen worden, dass es beispielsweise beim Artenbestand der Insekten durchaus erkennbare Verbesserungen im Lebensraum Wald gibt. Die Anzahl der gefährdeten Arten ist dort am geringsten. Die Situation der Fließgewässer ist vergleichsweise positiv wegen besserer Wasserqualität und wegen einer Verbesserung der Gewässerstrukturen.

In der agrarisch genutzten Kulturlandschaft hat es auch Verschlechterungen in den Artengruppen gegeben. Aber im Vergleich zu anderen Regionen ist die Gesamtsituation im Saarland noch als gut bewertet worden. Das ist ein Zeichen für eine verantwortungsvolle Landwirtschaftspolitik, die in enger Abstimmung mit den Bauern im Saarland geführt wird. Ich darf an eine Initiative erinnern, die derzeit in Gang ist. Es wird derzeit an einer Leitlinie Insektenschutz gearbeitet, gemeinsam mit dem Naturschutzbund, dem BUND, dem Bauernverband und der Landwirtschaftskammer des Saarlandes, und das unter Moderation des saarländischen Umweltministeriums. Auch das ist ein Zeichen dafür, dass in der Landwirtschaft aktiver Klimaschutz betrieben wird.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich sage das im Hinblick auf das Bauern-Bashing, das republikweit betrieben wird. Wir brauchen die Landwirtschaft. Wir sind nicht alleine auf dieser Welt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben derzeit eine Weltbevölkerung von 7,6 Milliarden. Jeder von diesen Einwohnern hat den Anspruch, ordentlich ernährt zu werden. Die Voraussetzungen dafür schafft niemand anders als die Landwirtschaft. Ich sage das speziell mit Blick auf die saarländische Landwirtschaft. Die saarländische Landwirtschaft ist extensiv ausgerichtet. Die saarländische Landwirtschaft ist in enger Zusammenarbeit

(Abg. Heinrich (CDU))

mit der Politik und dem Umweltministerium bestrebt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere dem Insektenschutz und dem Klimaschutz dienen. Das ist eine herausragende Position, die wir hier im Land haben. Deshalb darf ich sagen, alles in allem ist die schriftliche Antwort der Landesregierung der Spiegel, der uns vorgehalten wird. Es ist ein Zustandsbericht. Es ist ein Heft mit großen Aufgaben und großen Herausforderungen zum politischen Handeln zum Schutze des Weltklimas. Diese Aufgaben haben wir angenommen.

Wir hatten dieser Tage eine Veranstaltung hier im Landtag, wo es um die Arbeitsplätze an der Saar gegangen ist. Das Wort Klimahysterie ist gefallen. Bei allem Respekt für diese Wortwahl, die als ein Unwort gilt, ist aber ein gewisses Maß an Hysterie durchaus festzustellen. Ich sage das insbesondere im Blick auf die Arbeitsplätze an der Saar. Wir haben mit der Dillinger Hütte das Prädikatsstahlwerk an der Saar. Wenn die CO₂-Auflagen so durchgesetzt werden, wie das ursprünglich der Fall sein sollte, dann wird das nachteilige Wirkungen auf die Wirtschaft und auf unsere Arbeitsplätze haben.

Es kann dabei nur so sein: Wenn eine CO₂-Abgabe erhoben wird, dann muss sie auf alle europäischen Stahlunternehmen erhoben werden. Die Dillinger Hütte ist auf den Export angewiesen, weil sie dort tätig ist. Wenn die Saarländer Stahl exportieren, dann müssen bei den Ländern, die auch Stahl exportieren, die gleichen Umweltstandards gelten. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss dieser Stahl bei der Preisung von der CO₂-Abgabe ausgenommen werden.

Ich komme zum Antrag der AfD-Fraktion, weil mir die Zeit davonläuft. Der Antrag ist überschrieben mit „Blackout-Vorsorge im Saarland stärken“. Lieber Kollege Hecker, das haben Sie eben nicht zum ersten Mal vorgetragen. Sie sind aus meiner Sicht ein ganz umgänglicher Kerl. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie eine gewisse Kompetenz in Ihrem Bereich haben, aber was die Antragstellung angeht, glaube ich, müssen Sie Blackout-Vorsorge in der eigenen Fraktion betreiben.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Die Fragen, die Sie hier definieren und stellen, sind beantwortet - das ist eben gesagt worden - durch eine Anfrage und eine Antwort der saarländischen Landesregierung - Drucksache 16/869. Der heutige Antrag soll wohl die Fragilität der Stromnetzinfrastruktur und der Stromnetzstabilität beleuchten und vermeintliche Handlungsdefizite aufzeigen. Auch dazu gibt es eine dezidierte und klare Antwort, in dem Fall durch eine Anfrage im Deutschen Bundestag

von mehreren Abgeordneten, mitgetragen von der AfD-Fraktion im Bundestag. Ich verweise auf die Drucksachen 19/1104 und 19/9656.

Aus allen Antworten der Bundesregierung wie der Landesregierung lässt sich durch Fachmeinung darlegen, dass die mit Ihrem Antrag an die Landesregierung gerichtete Aufforderung - ich komme jetzt zu Ihrem Antrag - bezüglich Ihrer Bedenken zur Notstromversorgung und zu Notversorgungsbrunnen zur Trinkwassergewinnung unbegründet ist, wie ich nachher noch ausführen werde.

Sie fordern die Landesregierung zur Bevorratung von Lebensmitteln zur Grundversorgung für einen möglichen Stromausfall auf. Letzteres ist ausschließlich eine Maßnahme, die der Eigenverantwortung der Bürger obliegt, genauso wie das in anderen Ländern der Fall ist, beispielsweise in den USA, die bei Weitem keine solche qualitative Netzinfrastruktur haben, wie es in den europäischen Ländern der Fall ist.

Auch müssten die in Ihrer Anfrage angeführten Bedenken hinsichtlich der Gewährleistung der Treibstoffversorgung von Notstromaggregaten in Krankenhäusern für den Fall eines Stromausfalls ausgeräumt sein, da auch hier selbstverständlich Vorsorge durch die saarländische Landesregierung betrieben worden ist.

Weil meine Redezeit abläuft, möchte ich zu den grundsätzlichen Fragen - Sie stellen ja Sie die Stabilität des Netzes infrage - auf die besagte Antwort der Bundesregierung verweisen. Sie kritisieren, dass wir aus der Atomenergie ausgestiegen sind und damit die Netzstabilität gefährdet ist. Nach intensiver Prüfung wurde diese Frage seitens der Bundesnetzagentur ausdrücklich verneint.

Meine Damen und Herren, es sind weitere Maßnahmen aufgeführt, die darlegen, wie die Netzinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet ist. Es ist auch dargelegt, dass wir eine Überversorgung von Kraftwerken im europäischen Verbundnetz haben und dass gerade die Politik der Europäischen Union darauf ausgelegt ist, diese Überkapazitäten abzubauen - -

Vizepräsidentin Ries:

Herr Abgeordneter Heinrich! Ich habe Ihnen schon fast eine Minute mehr gegeben. Bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Heinrich (CDU):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - Also, die Politik der Europäischen Union ist darauf ausgelegt, diese Überkapazitäten abzubauen, weil wir in einem Verbundnetz sind, wo der Strombedarf über die europäischen Grenzen hinaus ausgeglichen werden kann. Es gibt keine Veranlassung, ein Blackout-Szenario in der Bundesrepublik und hier im Saarland aufzuführen. Dagegen ist von der Bundesnetzagentur und von der Bundesregierung mit der saarländischen Landesregierung und allen Beteiligten ausreichend Vorsorge getroffen worden. - Ich danke Ihnen!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Das Wort hat nun der Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Reinhold Jost.

Minister Jost:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, mit einigen kurzen Bemerkungen auf diese Debatte einzugehen, auch wenn es relativ schwerfällt, auf verschiedentlich geäußerten Unsinn nicht zu antworten. Ich will das auch noch einmal klar und deutlich verorten; man kann natürlich der Auffassung sein, dass man seine Zielgruppen und seine Szene mit Untergangsszenarien bespielt. Das kommt in der Prepper-Szene sehr gut an, nach dem Motto: Der Untergang der Welt steht unmittelbar bevor und man muss sich auf alles und jedes einrichten, weil damit der Verlust sämtlicher Ordnung und vielleicht auch die Chance einhergeht, sich seine eigene Welt zu bauen. So kann man vielleicht Bruce-Willis-Filmdrehbücher schreiben, aber keine vernünftige Politik im Sinne der Menschen machen. Deswegen sage ich auch mit Blick auf die AfD: Hören Sie auf mit solchen Panikgeschichten! Das ist genauso wenig angemessen wie das Leugnen der Wirklichkeit.

Es hat mich schon fast fassungslos gemacht, dass Sie das Abschmelzen der Pole, eine wissenschaftlich fundiert nachgewiesene Folge des Klimawandels, in Abrede stellen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Hecker (AfD).)

Schauen Sie sich die Berichte der NASA an! Schauen Sie sich die entsprechenden Berichte von wirklich sehr, sehr anerkannten Klimaforschern an, die in dieser Frage nicht nur von Anzeichen des Abschmelzens der Polkappen sowohl der Antarktis als

auch der Arktis, auch von Grönland, ausgehen. Schauen Sie, dass wir

(Zuruf des Abgeordneten Hecker (AfD))

mittlerweile Hilferufe von Inselgruppen haben, die absaufen. Wer das leugnet, der hat kein Interesse an einer inhaltlich wirklich fundierten Diskussion, der lebt in seinen eigenen Gedankenwelten. Das hat aber nichts mehr mit einer realistischen Politik zu tun, und ich sage auch an der Stelle, das kann ich nicht mehr ernstnehmen. Das ist ein Jammerbild, das Sie hier abgeben!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich habe für mich zwei Dinge mitgenommen, das war das, was uns vonseiten der LINKEN als Aufforderung ins Stammbuch geschrieben wurde. Jochen Flackus hat davon geredet, dass man von der Betroffenheit runterkommen muss zum Handeln, und er hat davon gesprochen, dass man in diesem Zusammenhang auch Geld in die Hand nehmen muss. Ich bin Ihnen außerordentlich dankbar, und das ist ehrlich gemeint, dass Sie diese Große Anfrage gestellt haben und uns in der Tat die Möglichkeit gegeben haben, noch einmal die Bilanz dessen geben zu können, was wir jetzt an Feststellungen zu treffen haben bezüglich der Auswirkungen und Folgen unseres Handelns mit Blick auf das Thema Klimawandel im Saarland. Ich sage Ihnen auch, dass Sie uns dabei neben den ein oder anderen erfreulichen Anerkennnissen natürlich auch noch einmal Dinge, die Anlass zur Sorge und zu weiterem Handeln sind, mit ins Stammbuch geschrieben haben. Deswegen verspreche ich Ihnen, dass wir auf Grundlage dieser Großen Anfrage das Thema weiterbearbeiten werden.

Ich würde mich freuen, wenn wir die Möglichkeit nutzen würden, auch beispielsweise im Umwelt- und Verbraucherschutzsausschuss, uns noch einmal mit dieser Großen Anfrage vertieft auseinanderzusetzen und das gegebenenfalls auch als eine Blaupause zur Fortschreibung unserer Arbeit zu nutzen, es aber auch, wenn man so will, zur Grundlage eines Pflichtenheftes zu machen. Das ist ja das Schöne an dieser Anfrage, dass sie nicht nur einen Sektor herausgriffen hat, sondern versucht hat, die gesamte Bandbreite der entsprechenden Fragen rund um Klimawandel und Klimaschutz im Saarland aufzuzeigen. Das wäre eine schöne Aufgabe, nicht nur für das Parlament, sondern auch für die Kolleginnen und Kollegen meines Ressorts, aber auch anderer Ressorts, die davon betroffen wurden.

Deswegen sage ich das noch einmal: Herzlichen Dank, es ist eine gute Möglichkeit, hier Bilanz zu zie-

(Minister Jost)

hen und zugleich Perspektiven in Angriff zu nehmen, und deswegen bin ich auch sehr froh, dass diese Drucksache etwas ist, mit der man faktenbasiert etwas anfangen kann. Herzlichen Dank an dieser Stelle auch noch einmal für die bisherige Diskussion dazu!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nur zwei, drei Punkte noch einmal aufgreifen, die aus meiner Sicht wichtig sind. Ich will beim Thema Landwirtschaftspolitik beginnen, die Ursache von Klimaproblemen, aber auch Helfer in der Bewältigung von Klimafolgen sein kann. Wir haben mit Beginn dieses Jahres den Vorsitz der Agrarministerkonferenz des Bundes und der Länder übernommen. Das ist nicht nur eine ehrenvolle und verantwortliche Aufgabe, mehrere Konferenzen so auszurichten, dass sich die Menschen, die dann ins Saarland kommen, wohlfühlen. Das alleine ist schon Ansporn genug. Nein, es geht auch um nicht weniger, als die grundsätzlichen Fragen zu beantworten, Stichwort Gemeinsame Agrarpolitik in der Europäischen Union, die weitere landwirtschaftliche Nutzung nicht nur im Saarland oder in Deutschland, sondern in der Europäischen Union.

Da geht es auch um viel Geld, das ist ein Beispiel, das ich noch einmal aufnehmen will, Herr Flackus. Wir haben mit dem Umstellen und dem Erreichen von mittlerweile fast 20 Prozent Ökolandbauanteil sehr, sehr viel Geld in die Hand genommen. Ursprünglich hatten wir für die laufende Förderperiode, die bis Ende dieses Jahres geht, vor, einen Betrag von etwa 9 Millionen Euro zu investieren. Mittlerweile sind wir bei über 11 Millionen. Das ist, wie ich finde, gut investiertes Geld, das nicht nur dazu führt, dass die Produkte höherwertig bezahlt werden, die von den Produzenten, den Landwirtinnen und Landwirten, erzeugt werden - also eine höhere Wertschätzung gegenüber dem Produkt, als sie bei konventionellen Produkten zum Ausdruck gebracht wird -, es ist auch angewandter Klima-, Boden- und Gewässerschutz, weil nachweislich eine ökologische Landwirtschaft bessere Folgen hat für das Klima, den Gewässerschutz, den Bodenschutz.

Deshalb ist dieses Ziel, das wir uns gesetzt haben, bis 2025 ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen im Saarland unter Ökolandbaubedingungen zu bewirtschaften, nicht irgendetwas, kein Klischee oder ein Geschwätz, sondern es ist die Verpflichtung unsererseits, in dem Themenfeld, das auch gleichzeitig Belastungen für Klima, Gewässer und Böden nach sich zieht, zu Verbesserungen zu kommen.

Ich bin sehr dankbar, dass auch in den kommenden Jahren dazu noch einmal mehr Geld hineinkommt, insgesamt rund 22 Millionen Euro, damit wir dieses Ziel erreichen. Das ist Geld zur Verbesserung des Klimaschutzes, der Böden und der Gewässer, und deswegen sage ich herzlichen Dank für diese Unterstützung.

Wir sind da auf dem richtigen Weg, und zwar nicht nur für das Saarland, sondern beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik, und ich bin stolz darauf, dass ich das auch gestern bei einem großen Kongress in Berlin mit vielen Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern habe vortragen können, nach dem Motto: Wer Veränderungen will, kann sie auf den Weg bringen. - Es kostet Geld und Kraft, wir haben das im Saarland gemacht. Auch hier gilt: Großes entsteht immer im Kleinen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will das an der Stelle auch ganz deutlich sagen: Wir spielen da niemanden gegeneinander aus. Wir haben kein Interesse daran, dass nur noch Ökolandbau im Saarland stattfindet. Ganz im Gegenteil, wir wollen ein gutes Miteinander zwischen konventionell arbeitenden und biologisch-dynamisch ausgerichteten Landwirtinnen und Landwirten im Saarland. Wir brauchen auch und insbesondere, weil wir benachteiligte Gebietskulisse sind, weil bei uns die Erträge deutlich unter dem Schnitt der anderen Bundesländer liegen, weiterhin eine Landwirtschaft, egal ob konventionell oder Biolandbau, weil wir ohne eine landwirtschaftliche Nutzung eine andere Kulturlandschaft, eine schlechtere Kulturlandschaft hätten, auch mit Verschlechterungen für die Biodiversität, auch mit Verschlechterungen für die Einflüsse auf Böden und Gewässer. Wir wollen uns ausdrücklich zu einer guten Landwirtschaft im Saarland bekennen, egal ob konventionell oder biologisch. Wir brauchen sie als Kulturlandschaftspflege, auch das ist eine Verpflichtung, zu der wir in dieser Landesregierung stehen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das hat auch Folgen mit Blick auf andere Dinge, die damit einhergehen, wie Pestizideinsatz und Glyphosat. Das sind alles Schlagworte der Vergangenheit, die uns auch in der Zukunft begleiten werden. Ich stelle mich dieser Diskussion genauso wie der Diskussion, was die Ausweisung von sogenannten roten Gebieten aufgrund der festgestellten Nitratbelastung angeht. Das konnten Sie heute Morgen ja in einer großen saarländischen Tageszeitung nachlesen. Das haben wir als Landesregierung, das habe ich

(Minister Jost)

als zuständiger Minister nicht aus purer „Neimerdelei“ gemacht nach dem Prinzip: „Morjens offgestann onn iwwerleet, wän ärjere isch heit mo widder?“ Das ist vielmehr eine Vorgabe aufgrund eines Gerichtsurteils, eines Vertragsverletzungsverfahrens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsstaat, dem wir Rechnung tragen müssen. Wenn wir das nicht tun, wird das richtig teuer! Dann wird die Bundesrepublik Deutschland nämlich pro Tag geschätzt etwa 800.000 Euro an die EU zahlen müssen, weil wir unseren Verpflichtungen aufgrund einer entsprechenden Richtlinie und Verordnung der Europäischen Union nicht nachgekommen sind.

Wir haben das gegenüber dem Parlament ja auch mehrfach erläutern können und dürfen. Wir haben auch nachgewiesen, dass das nicht irgendein Hirngespinnst irgendeines Bürokraten in meinem Ministerium ist, sondern wir das aufgrund einer Verordnung tun müssen, die nichts Anderes zum Ziel hat, als die Nitratbelastung in den Gewässern zu reduzieren, die letztendlich insbesondere für Trinkwassergewinnung genutzt werden. Das ist nicht irgendein „Fuppes“, der irgendeinen Landwirt ärgern oder um seine Existenz bringen soll. Es ist auch im Interesse der Landwirtschaft, dass wir das in den Griff bekommen. Wir haben das sehr, sehr maßvoll gemacht und deswegen stelle ich mich dieser Diskussion guten Gewissens. Ich habe diese Diskussion vorgestern in einem Gespräch mit Vertretern von „Land schafft Verbindung“ - die sich ja auch bei uns im Saarland am Freitag mit einer großen Demonstration zu Wort melden - geführt. Ich habe überhaupt kein Problem damit.

Ich habe auch überhaupt keine Zweifel daran, dass wir unsere Vorgehensweise am Ende gerichtsfest bestätigt bekommen. Ich sage an der Stelle aber auch, dass man aufpassen muss, dass man am Ende nicht das ganze Thema verschlimmbessert nach dem Motto: „Gut gemeint, aber nicht gut gemacht“, und zwar aus Sicht derer, die klagen, denn wir sind bis an das Äußerste gegangen, was eine vernünftige Anwendung der zugrundeliegenden Sachverhalte angeht. Deswegen sage ich: Lasst uns darüber reden und nicht in der Zeitung oder auf irgendwelchen Kundgebungen übereinander herfallen. Ich habe das Gespräch am Montag mit „Land schafft Verbindung“ als sehr, sehr sachlich und sehr, sehr lösungsorientiert in Erinnerung. Am Ende gab es große Zustimmung bezüglich der gemeinsamen Ziele. Dafür bin ich sehr dankbar und darauf bin ich auch stolz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich bin leider am Freitag nicht bei dieser Veranstaltung dabei, weil ich als Vorsitzender der Agrarministerkonferenz zusammen mit meinem Staatssekretär und Vertretern des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin bei der Internationalen Grünen Woche bin. Ich habe aber einen weitergehenden Dialog über die ganze Bandbreite der Landwirtschaftspolitik im Saarland, die sich durchaus sehen lassen kann, angeboten. Dabei können wir auch einmal selbstbewusst sagen, was wir Gutes gemacht haben - nicht selbstverliebt, wir haben da noch einige große Baustellen. Ich bin es allerdings leid, dass immer alles alleine nur der Politik in die Schuhe geschoben wird, genauso wie es falsch ist, dass alles und jedes, was im Bereich des Arten- und Naturschutzes als falsch angesehen wird, immer der Landwirtschaft als Verursacher zugeschoben wird.

Ich will das an einem einzigen kleinen Beispiel deutlich machen. Ja, der Rückgang der Insektenpopulationen macht uns Sorge und natürlich hat auch die Landwirtschaft ihren Anteil daran. Das leugnen die ja selbst auch gar nicht. Aber es ist zu kurz gesprungen, den Insektenrückgang und den entsprechenden Rückgang in der Biodiversität alleine der Landwirtschaft in die Schuhe zu schieben. Es gibt auch andere Verursacher. Zum Beispiel spielt die individuelle Mobilitätsstrategie eine Rolle, es gibt viel zu viele Automobile. Auch die Lichtverschmutzung spielt eine Rolle. Ich sage an der Stelle aber auch ganz klar, dass da jeder mit gutem Beispiel vor der eigenen Tür anfangen kann. Es ist wohlfeil, sich morgens beim Zeitunglesen darüber aufzuregen, dass mal wieder festgestellt wurde, dass einige Arten im Bereich der Insekten ausgestorben sind. Da schimpft man über die Bauern und da schimpft man über die Politik, die nichts macht, und dann geht man mit der Tasse Kaffee ans Fenster und schaut auf seinen wohlgepflegten Steinwüstengarten. Dort, wo es früher gesummt und gebrummt hat, knarzt uns knirscht es heute viel zu oft. Wenn viele ihren Steinwüstengarten noch einmal ein Stück weit umwandeln würden in etwas, das blüht, dann hätte man auch einen Beitrag zur Biodiversität geleistet und würde dem Insektensterben entgegenwirken. Jeder kann vor der eigenen Haustür anfangen. Es muss endgültig Schluss mit dieser blödsinnigen Klischeedebatte sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein zweites Thema, das ich ansprechen will, bei dem man einerseits die Folgen der Umweltbelastungen, aber auch die Möglichkeiten des Gegensteuerns deutlich machen kann, ist das Thema der

(Minister Jost)

Wald- und Forstbewirtschaftung. Ich habe Ihnen das noch einmal mitgebracht:

(Minister Jost hält eine Publikation hoch)

30 Jahre naturnahe Waldwirtschaft, Erfolgsgeschichte und Herausforderung. - Ich war mit Ministerpräsident Tobias Hans im letzten Jahr auf Einladung von Verbänden unterwegs. Wir haben uns das angeschaut.

(Ministerpräsident Hans nickt.)

Wir hatten im letzten Jahr die Waldinventur des Staatswaldes und wir haben vor nicht allzu langer Zeit im saarländischen Landtag den Waldzustandsbericht vorgestellt. Da gibt es einerseits Licht und andererseits auch Schatten. Wir haben im Saarland mit 75 Prozent Laubbäumen den höchsten Anteil dieser Bäume im Vergleich aller Bundesländer. Ich sage immer, dass wir mit Blick auf die Zusammensetzung unserer Wälder die Wälder haben, die sich andere wünschen. Wir haben gedacht, dass dies alleine schon ausreicht, um Klimastabilität herzustellen. Das ist uns nicht ganz gelungen. Wir stellen mittlerweile leider fest, dass auch bei Bäumen wie beispielsweise der Buche und der Eiche, die wir als eher klimaresistent eingeschätzt haben, Schäden festzustellen sind. Wir haben auch im Saarland Millionenschäden durch wegbrechende Einnahmen - Stichwort: Borkenkäferbefall -, was die Fichtenvermarktung angeht.

Dennoch sind wir guten Mutes. Wir haben in den letzten 30 Jahren eine Erfolgsgeschichte mit Blick auf den saarländischen Forst vorzuweisen, und zwar unabhängig von den einzelnen Besitzarten - Staats-, Kommunal- oder Privatwald. Wir haben in den letzten 30 Jahren nicht nur flächenmäßig, sondern vor allen Dingen volumenmäßig mehr Wald aufbauen können, und zwar entgegen der Mär, die überall erzählt wird, man hätte - Entschuldigung, Frau Präsidentin, wenn ich das so sage - „mit dem Wald geaast wie die Sau mit dem Bettelsack“. Wir haben deutlich weniger Wald entnommen, als nachgewachsen ist. 1990 hatten wir unter 90.000 ha Wald, es waren 88.000 ha. Jetzt sind es 93.000 ha Wald im Saarland. 1990 waren es deutlich unter 200 Vorratsfestmetern pro Hektar Wald und jetzt geht es in Richtung 400 Vorratsfestmeter pro Hektar Wald. Das ist eine Erfolgsgeschichte, einhergehend noch mit dieser entsprechend hohen Mischwaldstruktur mit 75 Prozent Laubbaumanteil. Das macht deutlich, dass wir in den letzten 30 Jahren vorbildliche Arbeit geleistet haben. Die Auszeichnung meiner Person mit der Goldenen Tanne von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ist stellvertretend für alle erfolgt, die in den letzten 30 Jahren dieses Modell er-

arbeitet und umgesetzt haben. Denen gebührt diese Auszeichnung, dem SaarForst genauso wie den Kommunalwald- und den Privatwaldbesitzern in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben aufgrund dieser Herausforderungen einen Masterplan Wald erarbeitet, der mit zehn Punkten umschreibt, was für uns in den Jahren, die vor uns liegen, notwendigerweise gemacht werden muss, und zwar resultierend aus den Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Was wir nicht machen werden, ist, die Einnahmeausfälle aufgrund des Verfalls der Fichtenholzpreise durch verstärkten Einschlag in Buche oder Eiche zu substituieren. Das machen wir nicht.

Ganz im Gegenteil: Wir nehmen uns zurück, um das Waldklima nicht noch zu verschärfen. Wir tun dies mit hoher Expertise aus meinem Haus und mit den Kolleginnen und Kollegen des SaarForst. Wir unterstützen die Privatwaldbesitzer genauso wie andere auch. Wir wollen uns in den kommenden Jahren mit wissenschaftlicher Begleitung darüber Gedanken machen, wie der Wald der Zukunft von der Baumartenzusammensetzung her aussehen kann. Wir machen das mit der Überzeugung, dass wir mit Sicherheit nicht alleine im Besitz des Steins der Weisen sind. Die Ergebnisse zeigen aber, dass in den Jahren und Jahrzehnten vor uns der richtige Weg eingeschlagen wurde. Wir unterstützen dies weiterhin mit viel Geld, Tatkraft und Überzeugung.

Es gibt eine ganze Reihe von Dingen rund um das Thema, die man nennen könnte: Bauen und Wohnen sowie Individualverkehr. Ich habe zu Anfang eben das Angebot gemacht, dass wir das im zuständigen Ausschuss diskutieren. Ich stehe dort gerne mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genauso wie die Frau Kollegin Wirtschaftsministerin zur Verfügung. Die Antwort auf die Große Anfrage ist eine gute Grundlage, auf der man sich bewegen kann. Ich freue mich auf die Diskussion. - Danke für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit. Glück auf.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich schließe die Aussprache. Damit ist die Aussprache zur Großen Anfrage beendet.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 16/1141. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1141 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer ent hält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der An-

(Vizepräsidentin Ries)

trag Drucksache 16/1141 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Kirchensteuergesetzes (Drucksache 16/1136)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Minister Peter Strobel das Wort.

Minister Strobel:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens vom 18. Juli 2016 wurde die Festsetzung von Verspätungszuschlägen bei verspäteter Abgabe der Steuererklärung grundlegend geändert. Für Steuererklärungen, die nach dem 31. Dezember 2018 einzureichen sind und verspätet abgegeben werden, ist die Festsetzung eines Verspätungszuschlages nunmehr dem Grunde als auch der Höhe nach gesetzlich zwingend festgeschrieben. Dies gilt auch in Bezug auf die Kirchensteuerfestsetzung, insbesondere in Fällen der isolierten Erklärung zur Festsetzung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge.

Das Kirchensteuergesetz des Saarlandes regelt die Anwendung der Abgabenordnung auf das Besteuerungsverfahren bei der Kirchensteuer. Ein ausdrücklicher Verzicht auf die Festsetzung eines Verspätungszuschlages ist bisher nicht vorgesehen. Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages zur Kirchensteuer widerspricht dem Anliegen der steuererhebenden Religionsgemeinschaft, soweit möglich auf Druck, Sanktionen oder Strafen zu verzichten. Sowohl die Bistümer Trier und Speyer als auch die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Kirche der Pfalz haben sich eindeutig gegen die Festsetzung eines Verspätungszuschlages ausgesprochen. Sie haben um eine Änderung des Saarländischen Kirchensteuergesetzes gebeten. Mit der Gesetzesänderung soll diesem Anliegen tatsächlich Rechnung getragen werden und die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei der Kirchensteuer soll nunmehr gesetzlich ausgeschlossen werden. Ich bitte im Sinne der Religionsgemeinschaften um Zustimmung zum vorgelegten Gesetzentwurf. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke dem Minister und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1136 mit gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1136 einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen dieses Hauses und der fraktionslosen Abgeordneten angenommen wurde.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe (Saarländisches Gesetz über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe - SLA-SozBG) (Drucksache 16/1127)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Frau Ministerin Monika Bachmann das Wort.

Ministerin Bachmann:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anforderungen an soziale Berufe sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Multiproblemlagen sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Die Fachkräfte müssen sich ständig veränderten Herausforderungen und Rahmenbedingungen stellen. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen arbeiten mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, die in aller Regel entweder Schutz, Hilfe, Unterstützung oder Förderung benötigen.

Dabei müssen die Fachkräfte zum Beispiel Gesichtspunkte des Kinderschutzes, Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung oder pädagogische und wissenschaftliche Standards berücksichtigen. Professionelles Arbeiten erfordert dabei hohe soziale und kommunikative Kompetenz, Kenntnis der Entwicklung des Menschen in den jeweiligen Lebensphasen, diagnostische Erfassung der Problemlagen beim Menschen oder in seinem Umfeld. Es erfordert weiterhin die Einschätzung der Risiken für das Wohl

(Ministerin Bachmann)

des betroffenen Menschen, fachliche Standards bei den Lösungsstrategien und -methoden, altersgerechte Beteiligung des Menschen sowie Kenntnis und Anwendung sozial- und datenschutzrechtlicher Bestimmungen. Aufgrund der Vorkommnisse von sexuellem Missbrauch Schutzbefohler durch Fachpersonal ist es darüber hinaus unabdingbar, auch persönliche Anforderungen zu definieren.

Ziel einer Reglementierung der Befugnis, Berufsbezeichnungen mit dem Zusatz „staatlich anerkannt“ zu führen, ist daher von jeher, die Bedeutung der fachlichen und persönlichen Anforderungen hervorzuheben, die für die Erfüllung der jeweiligen Profile der sozialen Berufe erforderlich sind. Mit der staatlichen Anerkennung wird bestätigt, dass eine Fachkraft die erforderliche Eignung besitzt, um auch hoheitliche Aufgaben im Namen des Staates zu übernehmen. Solche hoheitlichen Tätigkeiten werden zum Beispiel in unseren Jugendämtern im Rahmen des staatlichen Wächteramts zum Schutz der Kinder wahrgenommen.

Deshalb wird nach den Beschlüssen der Jugend- und Familienministerkonferenz, zuletzt aus dem Jahr 2008, für die Studiengänge der Sozialen Arbeit und der Pädagogik der Kindheit an der staatlichen Anerkennung im Sinne eines Gütesiegels festgehalten. Hierzu befürwortet die JFMK auch die Verknüpfung des Verfahrens der staatlichen Anerkennung mit der Akkreditierung der entsprechenden Studiengänge. Die übrigen betroffenen Fachministerkonferenzen, KMK, ASMK und GMK, haben sich diesem Beschluss angeschlossen.

Mit dem neuen Saarländischen Gesetz über die staatliche Anerkennung akademischer Sozialberufe wird die erforderliche normative Grundlage für das Verwaltungshandeln der zuständigen Stellen geschaffen. Auch fast alle anderen Bundesländer verfügen über eine spezifische landesgesetzliche Grundlage zur staatlichen Anerkennung akademischer Sozialberufe. Inhaltlich knüpft der Gesetzentwurf an die seit den Achtzigerjahren im Saarland geltenden Regelungen in den sogenannten Ordnungen an. Zusätzlicher Regelungsbedarf besteht jedoch insbesondere aufgrund neuer Prüfungsordnungen der htw saar und im Hinblick auf neue Studiengänge der Sozialen Arbeit, zum Beispiel an der „Berufsakademie für Gesundheits- und Sozialwesen Saarland“, sowie aufgrund aktueller europarechtlicher Anforderungen an die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen. Mit der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sollen, müssen und wollen wir uns ja beschäftigen.

Diese Erfordernisse machen eine grundlegende Überarbeitung der bestehenden Grundlagen notwendig. Das neue Gesetz sieht hierzu folgende wesentliche Regelungen vor. Erstens: Der Begriff „akademische Sozialberufe“ wird für das saarländische Landesrecht definiert. Zweitens: Die Befugnis der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und all derjenigen, die ich eingangs schon aufgezählt habe, die Berufsbezeichnung mit dem Zusatz der „staatlichen Anerkennung“ zu führen, sowie die Voraussetzungen und das Verfahren hierzu werden reglementiert. Drittens: Die zuständige Stelle wird bestimmt; das ist mein eigenes Ministerium. Viertens: Die staatliche Anerkennung und das Akkreditierungsverfahren der Studiengänge werden miteinander verknüpft. Fünftens: Mit der Regelung zur Inländer-Gleichbehandlung wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sichergestellt. Die in anderen Bundesländern erteilte staatliche Anerkennung für akademische Sozialberufe wird im Saarland anerkannt und umgekehrt. Der letzte Punkt: Die Anforderungen und die Zuständigkeit für die Feststellung der Gleichwertigkeit und die staatliche Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen werden für die landesrechtlich reglementierten akademischen Sozialberufe geregelt. Dabei wird für die Gleichwertigkeitsfeststellung kein eigenes Prüfungsverfahren entwickelt, sondern es wird auf die Regelungen des „Gesetzes über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen im Saarland“ zurückgegriffen. Es handelt sich insoweit um eine Rechtsgrundverweisung, sodass die Regelungen des Saarländischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes im Wesentlichen unmittelbar anwendbar sind.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit dem neuen Gesetz wird für das Saarland eine zeitgemäße und zugleich wichtige Grundlage geschaffen, um erstens die Qualität der sozialen Arbeit in unserem wunderschönen Saarland zu sichern, zweitens den Fachkräften eine Grundlage im Hinblick auf die entsprechende tarifliche Eingruppierung und die Akzeptanz ihres Abschlusses über das Saarland hinaus zu schaffen, drittens Anstellungsträgern Sicherheit und einen Nachweis der Befähigung und Eignung einer Fachkraft für die Ausübung hoheitlicher Tätigkeiten, zum Beispiel in der Kinder- und Jugendhilfe, zu geben. Viertens wird ausländischen Fachkräften Rechtssicherheit hinsichtlich der Feststellung der Gleichwertigkeit gegeben und die Möglichkeit zur Beschäftigung im Saarland, was wir dringend brauchen, eröffnet.

Im Rahmen der Kabinettsbefassung wurde auch eine externe Anhörung durchgeführt. Die beteiligten

(Ministerin Bachmann)

Institutionen und Verbände haben hierbei das Vorhaben ausdrücklich begrüßt und sie haben keine Einwände gegen den Gesetzentwurf erhoben. Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Sie herzlich, dem vorgelegten Entwurf in Erster Lesung zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Ich danke der Frau Ministerin und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Bearbeitung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimmer? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1127 einstimmig angenommen wurde. Zugestimmt haben alle Fraktionen des Hauses und die fraktionslose Abgeordnete.

Kolleginnen und Kollegen, wir treten in die Mittagspause ein. Wir treffen uns hier wieder um 13.50 Uhr.

(Die Sitzung wird von 12.48 Uhr bis 13.51 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsident Heinrich:

Kolleginnen und Kollegen, wir fahren fort in unserer unterbrochenen Landtagssitzung. Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (Drucksache 16/1147)

Zur Begründung des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die schon da sind! Wir haben den Antrag gestellt betreffend das Schulpflichtgesetz, das Gesetz Nr. 826 über die Schulpflicht im Saarland. Wir stellen diesen Antrag, wie alle unsere schulbezogenen Anträge, unter die Überschrift: Die beste Schule ist für unsere Kinder gerade gut genug. - Und in diesem Fall: Das beste

Schulsystem ist für unsere Kinder gerade gut genug. - Wir wollen die Schule auch von dem veralteten Obrigkeitssystem befreien, soweit das möglich ist.

Das Gesetz Nr. 826 über die Schulpflicht im Saarland (Schulpflichtgesetz) vom 11. März 1966 (Amtsblatt Seite 205) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (Amtsblatt Seite 864, berichtigt 1997 Seite 147), geändert durch Gesetz vom 27. November 1996 (Amtsblatt Seite 1313) - das ist jetzt gerade einmal ein Drittel des Vorspanns vor dem Gesetz, in dem sämtliche Änderungen aufgeführt sind. Sie sehen daran, dass dieses Gesetz seit 1966 sehr oft geändert wurde. Der Betrachter der Materie, der sich ein bisschen auskennt, stellt sich jetzt vielleicht die Frage, was denn vor 1966 war. Was war denn da?

(Zurufe: 1965! Oder 1964!)

Herr Jung, jetzt geben Sie mal - - Jetzt ist der Herr Zimmer nicht da. Herr Zimmer ist ja unser Schulfachmann.

(Zuruf von der SPD: Herrn Renner meinen Sie!)

Aber der ehemalige Kultusminister sitzt ja da, der Herr Commerçon. Was haben wir denn vor 1966 gemacht?

(Zuruf von der SPD. Gar nix! - Sprechen.)

Ich will Sie auch nicht lange auf die Folter spannen: Damals galt das Reichsschulpflichtgesetz von 1938, und zwar vom 6. Juli 1938. Das ist inkraft getreten im November 1938. Noch einmal novelliert wurde es 1941. Dieses Schulgesetz, dieses Reichsschulpflichtgesetz, hat, ohne dass irgendjemand eine Beanstandung gehabt hätte, die Zeit von Johannes Hoffmann hier im Saarland überdauert. Und es hat auch noch eine Zeitlang danach gegolten. 1966 hat man dann gemeint, man müsste jetzt ein neues Gesetz machen. Und dieses Gesetz hat man jetzt schon ein paarmal geändert. Wir sind der Ansicht: Es ist ja wichtig, dass man ein solches Gesetz hat, man sollte es aber mit den Einzelheiten nicht überreiben.

(Zuruf: Zwei Gesetze! - Abg. Renner (SPD): Manche Einzelheit in Ihrem Vortrag wäre nicht schlecht!)

Erlauben Sie mir noch einen Einschub: Schon im Jahr 1985 war der Frust über die Schule im Saarland sehr groß. Es ging das böse Wort „Schule - nein danke!“ um. Ich war damals schon 20 Jahre Schulleiter. Um dem Frust entgegenzuwirken, habe ich ein kleines Werk verfasst, in dem ich meine Erfahrungen und meine Gedanken, wie ich mir Schule vorstelle, veröffentlicht habe unter dem Titel „Schule

(Abg. Dörr (AfD))

- ja bitte!“ Nicht „Schule - nein danke!“, sondern „Schule - ja bitte!“

(Abg. Dörr (AfD) zeigt eine Broschüre.)

Als ich dieses Büchlein fertiggestellt hatte, habe ich überlegt, wem ich das widmen könnte. Dabei ist mir eine ältere, eine damals schon betagte Kollegin eingefallen, die schon Lehrerin meiner Mutter war, die dann auch meine Lehrerin war, und die dann auch meine Kollegin war. Ich bin zu ihr nach Hause gegangen, habe ihr das vorgetragen. Sie hat mir dann aus ihrer Junglehrerzeit erzählt, die ich nicht mehr mitbekommen hatte. Sie hat gesagt, damals hätte es eine erbitterte Diskussion darüber gegeben, ob man Tagebücher und Versäumnislisten führen sollte. Die Lehrerschaft wäre massiv dagegen gewesen, das ist dann aber doch eingeführt worden.

Ich muss sagen: In meiner Schulzeit haben wir schon gemeint, das wäre eine Selbstverständlichkeit, das müsste man haben. Aber, wie gesagt: Auch zuvor war schon Schule, und man hat es nicht gehabt und nicht gebraucht. Das Tagebuch wurde zu unserer Zeit auch manchmal als Märchenbuch bezeichnet, weil die Leute dort eingetragen haben, was sie hätten eintragen sollen, nicht aber das, was sie im Unterricht gemacht haben.

Mit der Versäumnisliste wird ja geprüft, ob die Schulpflicht eingehalten wird. Und jetzt noch einmal, was die erwähnte betagte Lehrerin dazu gesagt hat: Die haben darüber diskutiert, ob Versäumnislisten oder Tagebuch geführt werden sollten. Viel früher aber gab es auch die Diskussion, ob eine Schulpflicht gewollt sei oder keine Schulpflicht gewollt sei.

(Zuruf von der SPD: Ah, jetzt!)

Diese Diskussion hat damit geendet, dass man sich - ich denke, mit gutem Grund - für die Schulpflicht entschieden hat. Denn dadurch wird verhindert, dass Eltern ihre Kinder missbrauchen, sie zum Beispiel arbeiten lassen, sie aber nicht in die Schule schicken. Es ist also schon wichtig, dass wir dieses Gesetz haben.

Ich denke aber, dass es nicht sinnvoll ist, dass man sich anhand dieses Gesetzes dann auch noch bürokratisch austobt. Ich nenne dazu ein Beispiel: Zu der Zeit, als ich Schulleiter war, habe ich, wiewohl man sich schriftlich entschuldigen musste, auch viele mündliche Entschuldigungen entgegengenommen, denn ich hatte ja sehr viele Gastarbeiterkinder bei mir, zuerst die Italiener, danach die Türken. Die Schulbehörde hat dann festgestellt, dass am letzten Schultag, wenn die Straßen noch frei sind und in der Schule ohnehin nichts mehr gemacht wird, viele Eltern mit ihren Kindern schon in Urlaub gefahren

sind. Man hat dann eine Verschärfung der Kontrolle eingeführt, indem man für den letzten Tag vor den Ferien und den ersten Tag nach den Ferien ein ärztliches Zeugnis verlangt hat, wenn die Kinder krank waren. Es wird dann natürlich genauso betrogen wie zuvor: Die ärztlichen Zeugnisse sind verfügbar, wenn sie gebraucht werden. Es ist damit aber natürlich noch ein Stück Bürokratie hinzugekommen.

Wir handhaben die Schulpflicht also strikt so, dass man wirklich auch in der Schule sein muss. Das gibt es in anderen Ländern nicht; in Italien muss man das zum Beispiel nicht, man muss nur in jedem Jahr eine Prüfung ablegen, und wenn man die besteht, hat das Elternhaus seine Pflicht getan. Bei uns müssen die Kinder aber anwesend sein. In dem eben zitierten Gesetz von 1938 war auch diese Pflicht, in der Schule anwesend zu sein, nicht vorhanden.

Jetzt zu unserem Änderungsantrag: Die Sätze 2 und 3 in § 1 Schulpflichtgesetz, in denen genau geregelt wird, welche Kinder im Einzelnen noch schulpflichtig sind, sollten, so denken wir, gestrichen werden. Denn im günstigsten Fall sind sie einfach überflüssig, im ungünstigen Fall tragen sie aber wirklich zur Verwirrung bei.

(Abg. Renner (SPD): Zur Verwirrung tragen hier nur Ihre Beiträge bei!)

Herr Renner, ich habe mir einmal Ihre Beiträge, die sie hier loslassen, zusammengefasst. Wenn Sie wollen, kann ich das einmal veröffentlichen. Das ist sicherlich hervorragend. Hervorragend!

(Abg. Renner (SPD): Ja, machen Sie das! Veröffentlichen Sie es!)

Hervorragend! Geradezu ein ständiger geistiger Höhenflug! - In diesen Sätzen 2 und 3 sind Kindergruppen aufgezählt. Das ist, so denken wir, nicht zielführend, denn es werden dabei immer auch Gruppen vergessen. In der Rechtsprechung ist es dann immer ein Problem, wenn man aufzuzählen begonnen hat und eine Gruppe vergessen hat.

(Abg. Renner (SPD): Das ist Quatsch!)

Dann gibt es einen Streit darüber, ob nun alle Gruppen aufzuzählen sind oder aber es sich nur um Beispiele handelt. Am einfachsten ist es aber, man lässt es einfach weg, denn obendrüber steht ja schon, dass alle Kinder, die im Saarland wohnen, schulpflichtig sind. Aus, vorbei. Ich denke, das genügt. Das ist unser Antrag.

(Abg. Renner (SPD): Schön! - Beifall bei der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die SPD-Landtagsfraktion dem Abgeordneten Jürgen Renner.

Abg. Renner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dörr! Ihr geistiger Höhenflug ist mir gerade verborgen geblieben. Wenn Sie drei Viertel Ihrer Redezeit darauf verwenden, erst einmal Dörres Erzählungen von früher, von 1938 und was weiß ich, wiederzugeben und Sie noch nicht einmal in der Lage sind, sich auf Ihren eigenen Antrag zu beziehen, dann haben Sie, glaube ich, keinerlei Recht, hier irgendjemandem geistige Tiefflüge vorzuwerfen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Ich könnte jetzt eingehen auf die Geschichte der Schulpflicht, auf den menschenrechtlich begründeten Anspruch auf Bildung und Schulbesuch, auf die Einführung der Schulpflicht in der Weimarer Verfassung; ich erspare mir das alles, denn der Antrag ist in formaler Hinsicht, aus inhaltlichen Gründen, aber auch aufgrund des Vortrages von Herrn Dörr ziemlich gaga. Es ist Stuss, was Sie hier erzählen. Um das Schulbesuchsrecht garantieren zu können, brauchen wir die Schulpflicht, das ist das Instrument, das dieses gewährleistet. Und im Hinblick auf die saarländische Regelung und die Beschulung der Kinder und Jugendlichen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung gilt es festzuhalten, dass wir, ich glaube 2008, das Schulpflichtgesetz dahingehend geändert haben, dass Kinder und Jugendliche, die sich als Asylbewerber im Saarland aufhalten, sich noch im Anerkennungsverfahren befinden oder deren Antrag auf Asyl bereits abgelehnt ist, nicht nur ein Schulbesuchsrecht geltend machen können, sondern der allgemeinen Schulpflicht unterliegen.

Denn zuvor stand die Frage im Raum, die Sie eben aufgeworfen haben, Herr Dörr, ob man im Zusammenhang mit dem ungesicherten Aufenthaltsstatus überhaupt vom gewöhnlichen Aufenthalt reden könne, wie es in § 1 Abs. 1 Satz 1 festgehalten ist, und diese Kinder und Jugendlichen somit überhaupt unter die Schulpflicht fallen. Das heißt, mit den klarstellenden Sätzen 2 und 3 von § 1 Schulpflichtgesetz entfallen diese Erwägungen und es wird klargestellt, dass die Schulpflicht für alle gilt, und zwar ab dem ersten Tag des Aufenthalts.

In der Begründung Ihres Antrags geben Sie zwar vor, der Ansicht zu sein, dass ausnahmslos jedes Kind, das im Saarland seinen Wohnsitz oder den ge-

wöhnlichen Aufenthalt beziehungsweise „Berufsausbildungs- oder Arbeitsstätte“ hat - „Arbeitsstätte“ in Zusammenhang mit Kindern, da muss man auch mal sagen: Kinderarbeit haben wir Gott sei Dank abgeschafft -, der Schulpflicht zu unterliegen hat. Ich glaube, dass wir mit der Streichung dieser beiden klarstellenden Sätze 2 und 3 die schulpflichtbegründende Rechtssicherheit wieder abschaffen und damit die Schulpflicht für diese Gruppe wieder infrage stellen. Das wollen wir nicht. Es gibt mit uns kein Herumfummeln an der Schulpflicht, keine Relativierung und keine Rechtsunsicherheit. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich fahre fort in der Rednerliste und rufe auf für die DIE LINKE-Landtagsfraktion Frau Barbara Spaniol.

Abg. Spaniol (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Renner hat es richtig gesagt, jedes Kind hat ein Recht auf Bildung, darüber muss man nicht mehr diskutieren. Jedes Kind hat dieses Recht, ganz gleich, wo es lebt und mit welchem Aufenthaltsstatus. Terre des hommes glaubt an diesen Grundsatz, wir und viele andere auch. Seit 2010, man muss es immer wieder sagen, gilt die UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt. Es ist auch für viele unstrittig, dass das beste Mittel, das Recht auf Bildung durchzusetzen, eben nun mal die allgemeine Schulpflicht ist, auch wenn das Wort, der Terminus technicus, vielleicht nicht unbedingt danach klingt, aber es ist so.

Wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken, ist mir eines noch gut in Erinnerung. In meiner ersten Zeit hier im Hohen Hause, Kollege Renner hat es eben angesprochen, haben wir hier im Parlament lange und hart darum gerungen, vor circa 15 Jahren, weil es bei uns damals nur ein freiwilliges Schulbesuchsrecht für die erwähnte Gruppe gab und ganz viele Kinder eben ausgeschlossen waren. Um die hat sich niemand gekümmert, denn die mussten ja nicht in die Schule, die waren irgendwo. Das war das Problem, das wir hier mit Niveau diskutiert haben. Wir haben, ich glaube 2006, die Schulpflicht für Kinder von Asylsuchenden eingeführt. Dass die Schulpflicht hier im Saarland für alle Flüchtlingskinder gilt, ist im Nachgang noch das Ergebnis einer Forderung der damaligen Enquetekommission Demografischer Wandel gewesen. Auch das sind Fakten, die die

(Abg. Spaniol (DIE LINKE))

Vergangenheit betreffen, die ganz wichtig sind, wenn man darüber diskutiert.

Mittlerweile erkennen alle Bundesländer die Schulpflicht für Flüchtlingskinder an, das gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus auch für geduldete Flüchtlingskinder, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Sie als AfD kommen jetzt in Ihrer typischen Logik - ich muss das so sagen - und wollen diese allgemeine Schulpflicht im Saarland wieder einschränken, die ja wirklich eine echte Errungenschaft ist, wie ich eben dargestellt habe; die Kinder haben eben viel mehr Teilnahmemöglichkeiten in puncto Schule.

Die Schulpflicht soll nach Ihrem Antrag für ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder Duldung sind, nicht mehr bestehen, auch nicht mehr für ausreisepflichtige ausländische Kinder, Jugendliche und Heranwachsende bis zur Erfüllung ihrer Ausreisepflicht. Ich muss Sie wirklich fragen, warum sollen diese Kinder draußen bleiben? Wieso sollen sie vom Schulbesuch ausgeschlossen sein? Wenn wir diese Sätze streichen, wird das nämlich so kommen. Und ich glaube nicht, dass es hier um bürokratische Hürden geht, wie Sie gesagt haben, sondern es geht um etwas ganz anderes, was wir hier auch schon erlebt haben.

Sie blenden die Tatsache aus, dass viele Flüchtlingskinder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus über Jahre hier leben. Wir haben früher von Duldungsketten sprechen müssen, ein schlimmes Wort, aber das ist eben so. Nicht wenige bleiben ja ganz hier. Aber was passiert mit einem Kind, das jahrelang nicht in die Schule geht? Das ist nämlich dann genau der Fall, weil es eben nicht schulpflichtig ist und weil sich keiner drum kümmert. Das gibt es sehr häufig, und es bleiben Bildungslücken, die kaum mehr zu schließen sind, es bleiben Chancen, die nicht wahrgenommen werden konnten. Dabei bietet ein regelmäßiger Schulbesuch für Flüchtlingskinder die besten Chancen zur Integration! Das muss doch klar sein, sie lernen Deutsch, zum Teil ganz spielerisch, sie kommen mit anderen Kindern in Kontakt, sie können in der neuen Heimat Fuß fassen. Darum geht es doch. Man darf diese Kinder nicht von der Schulpflicht ausnehmen und ihnen den Besuch einer deutschen Schule verweigern, um es mal auf den Punkt zu bringen. Diese Stimmen kennen wir ja; auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsandrangs im Jahr 2015 gab es Stimmen, die das gefordert haben. Das finde ich unsäglich, denn wenn man das fordert, erschwert man die Integration dieser Kinder, die doch so wichtig ist. Man baut neue Mauern auf und man schafft damit Parallelgesellschaften, die wir so nicht wollen.

Man muss es immer wieder sagen, Bildung ist ein Menschenrecht, und dieses Kinder- und Menschenrecht werden wir nicht beschneiden, das wird es mit uns nicht geben! Man muss nur den Blick auf die aktuelle Diskussion richten, nachdem wir eben in die Vergangenheit geblickt haben. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat sich vor zwei Jahren für eine Stärkung der Schulpflicht - für eine Stärkung! - für geflüchtete Kinder und Jugendliche ausgesprochen. Er sagt, die Schulpflicht sollte bundesweit ab dem dritten Monat beginnen und für Flüchtlinge, die Analphabeten sind oder sonstige Lerndefizite haben, sollte sie bis 25 Jahre verlängert werden können. Das waren Forderungen, die in Richtung Integration gehen und die im Sinne von Kindern und Jugendlichen sind.

Es geht nämlich um Integration, und die wollen wir voranbringen. Dazu brauchen wir bessere Bedingungen an unseren Schulen, das wissen wir alle, darum ringen wir ja auch immer mit Leidenschaft. Wir brauchen mehr Personal, wir brauchen kleinere Klassen und alles, was dazugehört, denn das Recht auf Bildung haben eben alle Kinder und Jugendlichen!

(Beifall von der LINKEN und bei der SPD.)

Das bedeutet eben auch Verantwortung und die Verpflichtung, durch geeignete Maßnahmen den Schulbesuch zu ermöglichen. Da sind wir wieder bei den Stellschrauben, an denen noch gedreht werden muss. Aber hier muss man auch sagen, dass mit viel Engagement auch viel passiert. Unsere Lehrerinnen und Lehrer strengen sich hier täglich sehr an, damit das funktioniert.

Ein letzter Satz. Nicht zuletzt wegen alledem wird die Schulpflicht längst als zivilisatorische Errungenschaft gepriesen und bedarf eigentlich schon seit Jahrzehnten keiner Diskussion mehr, außer offenbar bei den ewig Gestrigen. Das Bild macht sich dann jeder selbst. Den Entwurf der AfD lehnen wir jedenfalls ab.

(Beifall von der LINKEN und der SPD.)

Vizepräsident Heinrich:

Für die CDU-Fraktion rufe ich den Abgeordneten Frank Wagner auf.

Abg. Wagner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antragsteller bleibt seiner Linie - oder soll ich Strategie sagen? - auch heute treu. Wir haben Sie ertappt,

(Abg. Wagner (CDU))

schon vor einigen Monaten, dass man jetzt hier einen Kurswechsel weg von immer wieder neuen Anträgen hin zu Wiederholung von Anträgen vollzogen hat. Das wird heute auch noch der Fall sein.

Jetzt die Strategie hin zu Gesetzen. Wir beschäftigen uns mit Schulgesetzen. Ich glaube, dass ich mit meinen Äußerungen hier Bestätigung erhalte, dass Sie das aus reiner Strategie auf die Tagesordnung schreiben, um weiter nach vorne zu kommen und das bei einem so wichtigen Thema. Wir haben im Saarland fünf große Schulgesetze, das Schulordnungsgesetz, das Schulmitbestimmungsgesetz, das Privatschulgesetz, das Lehrerbildungsgesetz und auch das Schulpflichtgesetz. Für mich als Bildungspolitiker ist es, um sich mit einem solchen Antrag zu beschäftigen, an der ein oder anderen Stelle sehr interessant, einmal in die Gesetze zu schauen.

Das hätte ich an anderer Stelle auch erwartet in Vorbereitung auf solch einen Tagesordnungspunkt, dass man, wenn man sich hierhin stellt, auch weiß, wovon man redet und auch weiß, wie was zustande kam. Meine Vorredner, der Kollege Renner und auch die Kollegin Spaniol, haben das in ihren Ausführungen bereits erläutert. Es war auch sehr interessant, einmal in die älteren Plenarprotokolle zu schauen und einmal nachzulesen, was damals im Jahr 2008 zu diesem Punkt so gesagt wurde. Da kann ich zu Beginn meiner Ausführungen nur bestätigen, dass genau diese zwei Sätze, die im Jahr 2008 ergänzt wurden, zwei wesentliche Sätze waren, die hier für eine Rechtssicherheit gesorgt haben.

Da hätte ich mir schon gewünscht, dass genau dieser Punkt auch verdeutlicht wird und auch herausgearbeitet wird, wenn man sagt, genau diese beiden Sätze möchten wir streichen. Da lasse ich solch ein Argument, zu sagen, wir möchten hier unnötige Bürokratie beziehungsweise eine Flut von Texten bereinigen, nicht durchgehen, weil diese zwei Sätze - ich bin kein Jurist, aber das, was ich nachgelesen habe, wurde mir dort eindrucksvoll bestätigt - sind eklatant wichtig genau für diese Zielgruppe, mit der wir uns heute beschäftigen.

Zum Schulpflichtgesetz. Wir haben, wie eben schon bereits mehrfach erwähnt, seit vielen Jahren, Jahrzehnten, eine Schulpflicht, die an verschiedenen Stellen immer wieder ergänzt und konkretisiert wurde. Das ist eine verlässliche Komponente in Deutschland. Wir als Saarländer sind auch froh, dass wir eine solche genaue Gesetzgebung haben. Die Ergänzung zielte darauf ab, für die ausländischen Kinder und Jugendlichen mit einer Aufenthaltsgestattung beziehungsweise Duldung, aber auch für Ausreisepflichtige, sicherzustellen, dass

auch diese Schülerinnen und Schüler einen Schulplatz haben und auch da natürlich der Schulträger und damit der Staat, auch die kommunale Seite, in der Pflicht ist.

Im Jahr 2015 haben wir das eindrucksvoll gesehen, zusätzliche Räume, zusätzliches Personal, zusätzliche Ressourcen haben zur Verfügung gestellt werden können, um den Schülerinnen und Schülern einen guten Unterricht anzubieten. Wie eben bereits von mir ausgeführt, gab es diese Abänderung im Jahr 2008 resultierend aus einer Anpassung an die anderen Bundesländer. Aber da möchte ich sagen, dass sich im Vorfeld intensiv - wie eben bereits ausgeführt - damit beschäftigt wurde, wie man mit Kindern und Jugendlichen umgeht, die sich in einem Asylstatus, in einem Asylverfahren, befinden.

Es wurden dort gute Regularien geschaffen. Ein wichtiger Passus ist, dass es hier um eine sinnvolle Betätigung für die Kinder und Jugendlichen geht. Ich glaube, das kann man nicht oft genug sagen. Von einer sinnvollen Betätigung können wir auf jeden Fall in unseren Kitas sprechen, aber auch in unseren Schulen, wo die Schülerinnen und Schüler, auch diejenigen, die sich in einem solchen Asylverfahren befinden, entsprechend unterstützt werden, entsprechend begleitet werden und möglicherweise auch bis zu einem letzten Tag in der Schule genau diese Heimat und diese Unterstützung finden, um an einer anderen Stelle dort anschließen zu können. Das denke ich, ist ganz wichtig.

Wir haben eben mehrfach das Wort Integration gehört. Bildung ist der wichtigste Baustein im Bereich der Integration und leistet hier einen ganz wichtigen Beitrag, aber auch in dem Bereich Betreuung, Vereinsleben, Kultur, Sport. In unserer Gesellschaft haben diese Kinder und Jugendlichen einen Platz, um gut integriert zu sein. Von daher stelle ich mir auch wirklich die Frage, warum dieser Antrag? Vielleicht gibt es nachher noch eine Antwort, ich habe gesehen, dass eine weitere Wortmeldung abgegeben wurde. Daher die konkreten Fragen: Möchte man eine erneute Unsicherheit genau für diese Zielgruppe erreichen? Macht man hiermit ein neues Fass auf? Es gibt zahlreiche Fragen im Bereich der Rechtssicherheit bezogen auf die Schulpflicht. Möchte man diesen Kindern - das sage ich wirklich sehr deutlich - wirklich das wichtige Gut der Bildung entziehen? Möchte man genau das mit dieser Streichung? Ich glaube, genau das möchten Sie. Wir haben Sie hier er tappt. Das werden wir hier nicht mitmachen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Stichwort Integration. Mir möge der Schlenker zum Bereich Betreuung an dieser Stelle erlaubt sein, die,

(Abg. Wagner (CDU))

denke ich, eine ganz wichtige Komponente ist. Wir wollen diesen Kindern und Jugendlichen eine gute Heimat, einen guten Platz in unseren Kindergärten, aber auch in unseren Schulen geben. Wir haben uns vor einigen Monaten - da waren viele Kolleginnen und Kollegen in der Landesaufnahmestelle in Lebach dabei - die Kita angesehen, wir haben uns die FGTS angesehen und wir haben gesehen, wie dort hervorragend miteinander zusammengearbeitet wird, kooperiert wird und wo alle Stellen, auch von kommunaler Seite, ihren Beitrag leisten, um diesen Kindern einen guten Rückhalt zu geben. Von daher Kompliment an alle, die ihren Beitrag tagtäglich dazu leisten.

Zum Thema Betreuung. Unser Anspruch ist - dieses Ziel werden wir gerade auch in diesem Jahr weiterverfolgen -, das Megathema Betreuung weiter anzupacken. Da spreche ich für den Bereich des Gebundenen Ganztags, wo die Zielsetzung ist, den Weg weiter fortzusetzen, aber auch den Bereich der Freiwilligen Ganztagschulen, wo wir uns in diesem Schuljahr auf den Weg gemacht haben, ein neues Modell an vier Schulen im Bereich der FGTS zu starten. Es wird jetzt zeitnahe eine fünfte Schule im Bereich der Gymnasien folgen, um einen guten Überblick zu erhalten, genau um dieses Modell auch auszuprobieren. Auch die Phase der Evaluation wird jetzt mit dem kommenden Schulhalbjahr starten.

Wir möchten mit diesem neuen Modell die Verzahnung, die vor allem im Bereich des Gebundenen Ganztags in den letzten Jahren sehr erfolgreich gelaufen ist, auch auf den Bereich der Freiwilligen Ganztagschulen übertragen, dass Vormittag und Nachmittag noch näher zusammenrücken, verzahnt sind und die entsprechenden Fachkräfte sich auch gut abstimmen können. Deshalb brauchen wir zusätzliche Fachkräfte in unserer Struktur der FGTS. Wir sprechen von einer verlässlichen Kernzeit, aber auch von vielfältigen Modulen im Bereich des Sports, im Bereich der Lernzeit, der Kultur, auch der Sozialkompetenz und - darauf sind wir besonders stolz - dass es ein Budget für multiprofessionelle Teams in diesem Modellversuch im Bereich der FGTS bereits gibt, pro Schuljahr 10.000 Euro pro Standort, um dieses Megathema multiprofessionelle Teams anzugehen, um zusätzliche Unterstützung angepasst auf das Profil der FGTS und der Schule vor Ort leisten zu können.

Diese Schulen haben sich schon auf den Weg gemacht. Das Ministerium steht an ihrer Seite und hat Lösungen gefunden, schnell Fachkräfte genau für diese profilorientierten Versuche an den Standorten zur Verfügung zu stellen. Es ist sehr wichtig, für die Zielgruppe, mit der wir uns bei diesem Tagesord-

nungspunkt beschäftigen, im Saarland eine gut ausgestattete Betreuungsstruktur zu haben. Wir haben uns auf den Weg gemacht, diesen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Ich komme zum Schluss meines Redebeitrages zum heute eingebrachten Abänderungsantrag zum Gesetz der Schulpflicht. Die 2008 auf den Weg gebrachte Änderung hat sich eindeutig bewährt. Sie ist sinnvoll. Wir haben damit Rechtssicherheit. Die Kinder und Jugendlichen wissen, wo sie dran sind. Auch der Schulträger weiß das. Von daher sehen wir keine Notwendigkeit, hier auch nur ansatzweise etwas zu ändern. Wir lehnen von daher guten Gewissens den von Ihnen vorgeschlagenen Gesetzentwurf ab. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich erteile noch einmal dem Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil meine Vorrednerin und meine Vorredner das Thema verfehlt haben.

(Abg. Renner (SPD): Ach ja? - Vereinzelt Heiterkeit.)

Sie haben gar nicht darüber gesprochen, was unser Antrag ist. Ich kann Ihnen sagen, die Vorwürfe, die hier gemacht wurden, erstaunen mich schon ein bisschen. Ich war fast 40 Jahre lang mit der Einhaltung der Schulpflicht befasst und dafür verantwortlich. In meiner Schule waren, als ich sie verlassen habe, 40 Prozent ausländische Kinder. Sie waren alle hervorragend integriert und sind immer pünktlich zur Schule gekommen. In meiner Zeit haben sich Leute an mich gewandt und gefragt, wie man das macht und ob man sie aufnehmen kann oder nicht. Ich habe nämlich immer alle aufgenommen. Sie haben mir gesagt, im Kultusministerium und im Innenministerium könne man ihnen keinen Rat geben. Es ist aber wie gesagt in § 1 eindeutig geregelt. Bei mir war es nie ein Problem. Alle Kinder sind selbstverständlich aufgenommen worden, weil sie selbstverständlich gebildet werden sollen, wenn sie im Saarland wohnen, aus welchem Grund und in welchem Status auch immer.

Es ist ja eine typische Art von manchen Juristen und ängstlichen Bürokraten, dann eine Lücke zu suchen

(Abg. Dörr (AfD))

und aufzuzählen. Dann wird es aber unklar. Mit unserem Antrag wollen wir das verhindern. Ich nenne nur ein Beispiel. Was machen Sie mit staatenlosen Kindern? Die sind hier nicht aufgezählt, man hat sie vergessen. Vielleicht hat man noch andere Gruppen vergessen? Es genügt doch, wenn in Satz 1 steht, dass alle, die im Saarland wohnen, schulpflichtig sind. Aus! Das ist unser Antrag für die Schulpflicht dieser Kinder. Ich habe das 40 Jahre praktisch gemacht. Ich habe alle Kinder aufgenommen und nicht nur davon gesprochen.

(Abg. Wagner (CDU): Das ist doch ewig her!)

Ich würde das heute auch noch so machen!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich erteile Frau Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot das Wort.

Ministerin Streichert-Clivot:

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es freut mich sehr, ein breites Bündnis in diesem Landtag festzustellen, das sich für die Schulpflicht ausspricht, nämlich für die Schulpflicht ab der ersten Sekunde, ab der ein Schüler oder eine Schülerin einen Fuß auf saarländischen Boden setzt. Dafür möchte ich mich zunächst ganz herzlich bedanken.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Dörr (AfD): Das habe ich in der Praxis auch getan!)

Herr Dörr, ich habe mich für das breite Bündnis bedankt. Ich habe Sie aus diesem Bündnis nicht ausgeschlossen.

(Abg. Dörr (AfD): Na dann, herzlichen Dank!)

Das haben Sie gerade selbst gemacht.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Ich möchte trotzdem als Bildungsministerin zu einigen Punkten klar Stellung beziehen. Man kann darüber streiten, ob eine Regelung, die im Jahr 2008 zum damaligen Zeitpunkt zu Recht zur Klarstellung in das Schulpflichtgesetz aufgenommen worden ist, sich jetzt überholt hat, weil sich andere rechtliche Regelungen geändert haben. Ich glaube das nicht. Ich sage Ihnen ganz offen, seit 2015, aber auch schon in den Jahren davor, hat es sich für uns massiv herauskristallisiert. Wir hatten ab diesem Jahr einen zusätzlichen Zuzug von Familien und Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung. Was ich in

dieser Zeit auch im Ministerium für Bildung und Kultur erlebt habe, war die breite Bereitschaft an unseren Schulen, diesen Schülerinnen und Schülern die optimale Förderung zuteil werden zu lassen. Wir sind in diesem Prozess auch über die Grenzen des Schulpflichtgesetzes gegangen. Wir haben Schülerinnen und Schüler trotz der Fragen, wie lange sie schulpflichtig sind, ob wir sie aufnehmen und ihnen die Möglichkeit bieten können, einen Schulabschluss zu erreichen, insbesondere an den beruflichen Schulen aufgenommen, auch solche, bei denen es noch unklar war, wie alt sie sind. Sie erinnern sich an die Diskussionen dieser Zeit. Es wurde viel darüber gesprochen, wie man das Lebensalter von Schülerinnen und Schülern feststellt.

Ich greife die Worte der Abgeordneten Spaniol auf. Zum damaligen Zeitpunkt gab es viele Vorschläge, die Schulpflicht bis zum 25. Lebensjahr auszuweiten. Auch das ist im Übrigen ein Thema, das nicht nur Schülerinnen und Schüler mit Migrations- und Fluchterfahrung betrifft, sondern letzten Endes alle Schülerinnen und Schüler. Das bedeutet aber auch einen ehrlichen Prozess darüber, wie wir das umsetzen können, auch in der Frage der Schulraumgestaltung. Diese Frage kann das Land nicht alleine beantworten, sondern wir arbeiten hier sehr eng mit unseren Schulträgern zusammen. Auch hier will ich betonen, dass wir das bereits in den letzten Jahren getan haben.

Der Vorwurf lautete ja, die rechtlichen Regelungen würden dazu führen, dass es nicht transparent oder klar sei, welche Gruppe oder welche Schülerin oder welchen Schüler man jetzt aufnehmen dürfe. Ich hatte bei unseren Lehrerinnen und Lehrern und auch bei unseren Schulleiterinnen und Schulleitern nicht den Eindruck, dass das unklar ist. Im Gegenteil, ab dem ersten Tag, ab dem ein junger Mensch an einer Schule stand und um Aufnahme gebeten hat, wurde ihm ein Schulplatz zur Verfügung gestellt. Das macht man, weil man sich unter anderem auch § 1 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes verpflichtet fühlt. Er findet hier allerdings wenig Erwähnung. In diesem Absatz steht, dass die Schulpflicht unabhängig von der ethnisch-kulturellen Herkunft und auch von den sozialen und finanziellen Möglichkeiten von Schülerinnen und Schülern sichergestellt ist. Die Fragen „Wer bist du, woher kommst du, was bringst du mit?“ sind gar nicht gestellt worden, sondern es wurde gesagt: „Du bist hier herzlich willkommen und wir freuen uns, dass du da bist.“ Das ist nur mit engagierten Pädagoginnen und Pädagogen möglich, die sich zu den rechtlichen Regelungen bekennen und die sich im Übrigen auch dazu bekennen, dass die Schulpflicht ein Menschenrecht ist, ein Recht für Kinder

(Ministerin Streichert-Clivot)

und eine Verpflichtung für diesen Staat, Schulraum und Bildung bereitzustellen.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

In den Beiträgen ist deutlich geworden, dass das Ganze natürlich nicht ohne die entsprechende Unterstützung geht, damit individuelle Förderung auch gelingen kann. Dazu ist vieles gesagt worden. Wir werden uns in diesem Jahr noch einmal sehr intensiv mit der Frage des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung beschäftigen, weil dies ein Thema ist, das der Bund als wichtig gesetzt hat. Dem schließe ich mich an.

Ich weise aber auch hier gerne darauf hin, dass wir schon lange sehr gut auf viele Situationen vorbereitet sind, die die individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler betreffen. Auch hier reicht ein Blick in das Schulpflichtgesetz. Hier wurde eine sehr weise Rechtsetzung getroffen. In § 4b geht es nämlich um verpflichtende Sprachfördermaßnahmen. Auch hier kann man sagen: Für die Gruppe, um die es heute geht und die Teil aller Redebeiträge war, übernehmen der Staat und das Saarland Verantwortung, indem wir sagen, den Schülerinnen und Schülern wird ein verpflichtendes Angebot an Sprachförderung gemacht. Vom ersten Moment, in dem sie in der Schule sind, haben wir entsprechende Sprachförderlehrkräfte an unseren Schulen, die die Schüler annehmen und dafür sorgen, dass sie schnellstmöglich in den schulischen Alltag integriert werden. Auch das geht nur, weil wir eine gute gesetzliche Grundlage und damit einen Rechtsanspruch geschaffen haben, auf den sich alle berufen können.

Ich will schließen. Ich danke für die Diskussion. Ich glaube, es sind viele wichtige Punkte und Themen genannt worden, die in der Bildungspolitik und in meinem Ressort eine besondere Rolle spielen. An der Stelle scheue ich auch nicht die Diskussion. Ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein, was wir in § 1 des Schulpflichtgesetzes an Regelungen haben. Diese sind wichtig, um deutlich zu machen, wohin es in der Zukunft gehen soll. Wir können nicht immer nur darüber schwadronieren, wie schlimm die Situation ist und dass wir einen massiven Bevölkerungsrückgang im Saarland haben, sondern wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Bildungseinrichtungen offen sind für alle Menschen, die ins Land kommen, unabhängig von ihrem Migrationshintergrund, ihrer Fluchterfahrung und überhaupt unabhängig davon, was sie sind, sondern einfach, weil sie Mensch sind. In diesem Sinne, mit diesem Ethos und mit diesem Anspruch ist das Schulpflichtgesetz

aus meiner Sicht genau richtig formuliert. - Ich danke für die breite Unterstützung.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien zu überweisen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1147. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/1147 in Erster Lesung unter gleichzeitiger Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Medien ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1147 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion. Dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die DIE LINKE-Landtagsfraktion sowie die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Versorgungswerks der Steuerberater/Steuerberaterinnen und Wirtschaftsprüfer/Wirtschaftsprüferinnen im Saarland (Drucksache 16/1079)

Zur Berichterstattung erteile ich der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Frau Abgeordneter Elke Eder-Hippler das Wort.

Abg. Eder-Hippler (SPD), Berichterstatteerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Errichtung eines Versorgungswerkes für Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer in seiner 33. Sitzung am 20.11.2019 in Erster Lesung angenommen und an den Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen zur weiteren Beratung überwiesen.

Ziel des Änderungsgesetzes ist die Umsatzsteuerbefreiung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Mitglieder des Vorstandes und der Vertreterversammlung. Nach der Satzung des Versorgungswerkes sind die Mitglieder der Organe des Versorgungswerkes ehrenamtlich tätig. Das Umsatzsteuerrecht sieht für die

(Abg. Eder-Hippler (SPD))

ehrenamtliche Tätigkeit eine Steuerbefreiung vor. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung ist eine ehrenamtliche Tätigkeit eine solche, die in einem anderen Gesetz als dem Umsatzsteuergesetz ausdrücklich als ehrenamtlich bezeichnet wird. Um den Anforderungen der Rechtsprechung zu genügen, ist es geboten, die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder der Vertreterversammlung als ehrenamtliche Tätigkeit gesetzlich zu normieren.

Der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 auf die Durchführung einer Anhörung verzichtet und empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme des Gesetzes in Zweiter und letzter Lesung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1079. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 16/1079 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich habe das Abstimmungsverhalten der DIE LINKE-Landtagsfraktion nicht wahrnehmen können.

(Zuruf: Das ist manchmal schwierig.)

Dafür. - Dann stelle ich fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 16/1079 in Zweiter und letzter Lesung einstimmig mit den Stimmen aller Abgeordneten angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Aufklärungskampagne über die Gefahren des Shisha-Rauchens und über Gefahren durch E-Zigaretten organisieren und durchführen (Drucksache 16/1139)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zuge der Einwanderung aus orientalischen Ländern sind in Deutschland und auch im Saarland in den letzten Jahren sogenannte Shisha-Bars in großer Zahl entstanden.

(Vizepräsidentin Spaniol übernimmt den Vorsitz.)

Das sind Gaststätten, in denen in geselliger Runde Wasserpfeifen geraucht werden. Diese Art des Rauchens galt anfänglich als kaum oder wenig schädlich, unter anderem deshalb, weil der Rauch durch Wasser gefiltert werde und weil kein üblicher Tabak zum Einsatz komme. Allerdings häufen sich die Erkenntnisse und Berichte über die Gesundheitsgefahren des Shisha-Rauchens. Ende Dezember war in einem relativ kurzen Text in der Saarbrücker Zeitung eine eindringliche Mahnung und Warnung zu lesen. Die Warnung stammt von einem ausgewiesenen Fachmann, nämlich dem Präsidenten der saarländischen Ärztekammer, Dr. Josef Mischo.

Neben den bekannten Rauchinhalten Nikotin und Teer benennt Dr. Mischo Kohlenmonoxid, das in geschlossenen Räumen sogar direkt lebensgefährlich werden kann, sowie die Giftstoffe Arsen, Chrom und Nickel. Schon der Gedanke, dass man sich so etwas freiwillig in den gesunden Körper reinzieht, müsste bei geistiger Gesundheit abschreckend genug sein. Aber Dr. Mischo spricht noch von weiteren 80 schädlichen Substanzen, davon seien 27 krebserregend oder zumindest im Verdacht stehend, krebserregend zu sein. Auch mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und schweren Atemwegserkrankungen sei zu rechnen.

Wenn man sich auf die Suche nach weiterem Fachwissen macht, stößt man unter anderem auf das Bundesamt für Risikobewertung. Dort findet man eine Auswertung der aktuellen Studienlage. Von diesem Bundesamt wird ausführlich dargestellt, wovon in dem genannten SZ-Artikel nur ansatzweise berichtet wurde. Da ist neben den bereits genannten Giftstoffen zu lesen von so schmackhaften Chemikalien wie Benzol, Formaldehyd, Acetaldehyd, Brenzcatechin, Hydrochinon, Furanaldehyd, Cadmium, polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen und so weiter.

Dazu kommt die leicht mögliche Übertragung von Krankheiten bei der geselligen Nutzung des gleichen Mundstücks einer Wasserpfeife. Wer es denn mag - könnte man sagen. Auch: An irgendetwas stirbt man ja sowieso. So viel Zynismus können wir uns aber nicht leisten, denn es geht beim Shisha-Rauchen ganz überwiegend um Jugendliche, die die bisher fremdartigen Gefahren noch nicht kennen und nicht einschätzen können.

Auf diese Problemlage kann man reagieren mit Verboten, wobei es eigentlich verwundert, dass das Shisha-Rauchen im Nichtraucherschutzgesetz nicht erfasst ist. Man kann also reagieren mit Verboten und Auflagen. Zum Beispiel hat das die Stadt Homburg

(Abg. Müller (AfD))

mit einer entsprechenden Verfügung vom 21.08.2019 getan.

Was darüber hinaus nötig ist, ist Aufklärung über die Gefahren, besonders unter Jugendlichen. Es wird auch über die Folgen des Zigarettenrauchens intensiv aufgeklärt und - man kann schon sagen - abgeschreckt, wobei vielleicht über das Ziel hinausgeschossen wird, weil hier schon eine jahrzehntelange quasi kulturelle Verarbeitung vorliegt.

Aber die kulturelle Bereicherung aus dem Orient namens Shisha ist relativ neu. Über die damit verbundenen Gefahren intensiv aufzuklären ist Aufgabe des Ministeriums von Frau Bachmann. Sie könnte dabei zum Beispiel auch den Landesjugendring mit in die Pflicht nehmen, damit dort mit unserem Steuergeld auch einmal etwas Vernünftiges gemacht wird.

Ein weiteres Betätigungsfeld für eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik ist eine andere, relativ neue Mode, nämlich das Rauchen von sogenannten E-Zigaretten. Dabei werden Flüssigkeiten, sogenannte Liquids, verdampft und inhaliert. Was anfänglich als eine harmlose, nicht oder nicht ganz so schädliche Alternative zum Zigarettenrauchen angepriesen wurde, erweist sich inzwischen ebenfalls als gefährlich.

In den USA gibt es laut der Gesundheitsbehörde Center for Disease Control inzwischen Dutzende Todesfälle durch E-Zigaretten. Auch aus Belgien wurde neulich ein Todesfall bekannt. Die tödliche Wirkung kann dabei sogar sehr schnell eintreten. In Deutschland wurden nach Angaben des bereits genannten Bundesamtes für Risikobewertung bereits über 60 Fälle von Vergiftungen und Erkrankungen festgestellt, Todesfälle zum Glück noch nicht. Als besonders gefährlich erweisen sich dabei selbst- oder anonym gemischte Liquids.

Wie bei den Milliardengeschäften der Zigarettenindustrie geht es auch bei der Vermarktung der E-Zigaretten ums Geld und um das Verschweigen und das Verharmlosen der damit verbundenen Gesundheitsgefahren. Bei den Recherchen zur Sache bin ich übrigens auf ein interessantes Detail aus der Nachkriegszeit gestoßen. Von der Nahrungsmittelhilfe im Rahmen des hochgelobten Marshallplans war ein Drittel des dafür aufgewendeten Geldes allein für Tabak und Zigaretten vorgesehen. Dafür hat damals schon das Lobbywesen der amerikanischen Demokratie gesorgt.

Wie dem auch sei, heute geht es für uns darum, insbesondere für unsere Jugend zu sorgen und sie vor tückischen Gefahren zu schützen. Nicht nur, damit

unsere Gesundheitskosten nicht weiter aufgebläht werden, auch nicht nur, weil die Jungen noch unsere Renten erwirtschaften sollen, sondern vor allem um ihrer selbst willen und des hoffentlich schönen Lebens, das vor ihnen liegt.

Wir fordern daher die Planung und Durchführung einer Aufklärungskampagne über die Gefahren des Shisha-Rauchens sowie über die Gefahren durch E-Zigaretten. - Ich danke Ihnen!

(Beifall von der AfD-Fraktion.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter.- Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Timo Mildau.

Abg. Mildau (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich in die eigentliche Rede einsteige, muss ich hier eine Aussage weit von mir, und ich denke, auch von uns allen, weisen. Hier zu sagen, das Sozialministerium könnte mal mit Steuergeldern etwas Gutes tun, ist hier absolut lachhaft. Das haben Sie eben gesagt. Ich glaube, das Sozialministerium macht eine hervorragende Arbeit und an dieser Stelle vielen Dank an Frau Ministerin Bachmann und an das komplette Team des Sozialministeriums!

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Hören Sie zu, Herr Kollege, vielleicht können Sie noch etwas lernen!

(Abg. Müller (AfD): Der Landesjugendring, darum geht es.)

Sie haben hier wortwörtlich vom Sozialministerium gesprochen, Sie können es ja nachher im Protokoll nachlesen. Sie haben auch den Jugendring erwähnt, aber in erster Linie haben Sie vom Ministerium gesprochen, und dabei mag ich es jetzt auch belassen.

Shisha-Bars sind heute ein echter Hit. Zumindest in meiner Heimatstadt Saarbrücken gibt es Shisha-Bars schon seit über 15 Jahren. Sie sind ein beliebter Treffpunkt für viele junge Menschen unterschiedlicher Herkunft - natürlich über 18 Jahre alt - und häufig sogar beliebter als eine Disco. Die Shisha ist dabei buchstäblich in aller Munde. Auch die E-Zigaretten erfreuen sich einer immer stärker werdenden Beliebtheit.

Manchmal gibt es auch im Saarland Negativschlagzeilen zu diesem Thema, das haben Sie eben er-

(Abg. Mildau (CDU))

wähnt, Herr Kollege Müller, wie etwa die Schließung eines Shisha-Lokals wegen Kohlenmonoxidbelastung, und ich will sagen, das aus sehr gutem Grund.

Um diesen Gefahren entgegenzuwirken, führen die Kommunen vor Ort, die sind nämlich zuständig, wirksame Kontrollen durch. Das hat auch die Anfrage Ihres Kollegen Hecker, und insbesondere dann auch die Antwort der Landesregierung, gezeigt. Außerdem wurden nach Beanstandungen, die es dort gegebenenfalls vor Ort gegeben hat, in diesen Gaststätten auch Auflagen erteilt, wie die Installation von CO-Warnmeldern und von Be- und Entlüftungsanlagen, die dann auch im Nachgang stets überprüft wurden. Des Weiteren wurde zu Recht auch von Medizinern - Sie haben das eben auch schon richtig angesprochen - wie dem Präsidenten der Ärztekammer, aber auch vom Drogenbeauftragten der Landesregierung immer wieder auf die Gefahren des Shisha-Rauchens und von E-Zigaretten aufgrund der zahlreichen Schadstoffe hingewiesen. Ich will die Schadstoffe jetzt nicht alle wiederholen.

Heute fordert die AfD-Fraktion eine Aufklärungskampagne über die Gesundheitsgefährdung durch das Shisha-Rauchen und das Rauchen von E-Zigaretten. Meine Herren der AfD, ich frage mich dabei mit Blick auf die Begründung: Geht es Ihnen wirklich um die Gesundheitsgefahren oder sind Ihnen etwa die Shisha-Bars und die sie Betreibenden ein Dorn im Auge? Aber ich will mich zunächst einmal mit Ihrem Antrag beschäftigen, ohne Ihre Begründung.

Shisha rauchen, E-Zigarette dampfen, Alkohol trinken, Zigaretten rauchen, all das ist gefährlich und nicht förderlich für die Gesundheit. Meine Damen und Herren, das wissen die Betroffenen aber! Bereits in der Schule, zumindest war es bei mir so gewesen, wird man über die Gefahren aufgeklärt und im weiteren Leben bleibt man auch stets über die Medien informiert, weil es da immer wieder entsprechende Informationen zu den Gefahren gibt.

Wenn wir nun über das Auflegen einer Kampagne sprechen, dann möchte ich entgegnen: Neben der Kampagne, die Sie eben angeführt haben, gibt es auch noch andere Kampagnen. So zum Beispiel die Rauchfrei-Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Hier wird über die Gefahren des Shisha-Rauchens und über die der E-Zigaretten sehr gut aufgeklärt. Zudem - ich habe es eingangs gesagt - gibt es immer wieder auch entsprechende medienwirksame Erklärungen und Berichte und damit ein Stück weit auch Suchtprävention von angesehenen Medizinern und dem Drogenschutzbeauftragten der Landesregierung.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entscheidung, eine Shisha oder E-Zigarette zu rauchen, ist genauso meine eigene Entscheidung wie die, ob ich eine Zigarette rauche oder am Abend auch einmal ein Glas Wein trinke. Ich kann die Menschen nicht vor allem bewahren, was ich persönlich für schädlich halte, und das möchte ich auch nicht.

(Beifall von den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Manchmal, meine Herren der AfD, kann es aber auch ganz hilfreich sein, einmal Gast in einer Shisha-Bar zu sein. Sie ist ein Symbol der Gastfreundschaft aus der orientalischen Kultur. Der Ursprung der Shisha liegt übrigens in Indien, das kann man nachlesen. Wer möchte, darf diese Kultur erleben. Man kann dann in entspannter Atmosphäre diskutieren und man kann eben selbst entscheiden, ob man in diesen Lokalen mitraucht oder eben nicht. Sie begegnen in diesen Shisha-Bars vielen Gästen mit unterschiedlichen Hintergründen. Das Shisha-Rauchen kann verschiedene Kulturen, Generationen und Menschen zusammenbringen, und das, meine Damen und Herren, möchte ich den Menschen nicht verwehren!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Aber ich möchte dann doch noch einmal kurz auf meine Frage zurückkommen: Geht es der AfD wirklich um die Gesundheitsgefahren oder sind Ihnen etwa die Shisha-Bars und die sie Betreibenden ein Dorn im Auge? Es ist einfach unanständig, bei jedem Thema die Migration erneut zu verteufeln. Man sollte auch einmal auf die positive Entwicklung in unserer Gesellschaft blicken und sehen, wie viele Menschen sich in unsere Gesellschaft einbringen, an unserer Kultur teilhaben und wie viele Menschen beispielsweise in der Pflege arbeiten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Aber das ist eben ein anderes Thema und passt auch nicht zum Shisha-Rauchen und E-Zigarette-Dampfen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen und komme zum Schluss: Es gibt Kampagnen, die die Menschen vor Shisha-Rauchen und E-Zigaretten warnen und über die Gefahren aufklären. Wir wollen den Menschen nicht verbieten, ein Glas Wein zu trinken oder eine Shisha zu rauchen. Übrigens entsteht auch beim Schwenken giftiges Kohlenmonoxid und das wollen wir Saarländer uns ja wohl wirklich nicht verbieten lassen!

(Heiterkeit. - Sprechen. - Zurufe. - Unruhe.)

Wir lassen uns das Schwenken nicht verbieten, das gehört zu unserer Kultur dazu.

(Abg. Mildau (CDU))

(Zuruf: Genau! - Heiterkeit.)

Wenn die AfD wirklich über die Gesundheitsgefahren aufklären möchte, dann müsste der Antrag anders aussehen. Das tut er aber nicht, stattdessen wird hier nur wild rumgeeiert. Das brauchen wir nicht.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum Ende meiner Rede noch einen sehr wichtigen Punkt benennen. Schwarze Schafe gibt es unter den Shisha-Lokal-Betreibern leider wie in allen anderen Lebensbereichen auch. Sofern sich diese nicht an Auflagen oder Gesetze wie das Jugendschutzgesetz, das Nichtraucherschutzgesetz et cetera halten, muss dieses widerrechtliche Verhalten natürlich auch durch die zuständigen Ordnungsbehörden geahndet und entsprechend sanktioniert werden. Das heißt, dass es bei wiederholten Verstößen gegen Recht und Gesetz auch zu Schließungen dieser besagten Shisha-Lokale kommen muss. Davor dürfen wir nicht zurückschrecken.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Noch eine kleine Reaktion auf die Rede des Kollegen Müller zu dem Thema. Sie haben Mundkrankheiten angesprochen. Ich habe es eben schon einmal in der Rede gesagt, besuchen Sie einfach einmal so ein Shisha-Lokal. Die Mundstücke sind einzeln eingeschweißt und jeder Gast erhält ein eigenes Mundstück. Von daher besteht diese Gefahr hier nicht. - In der Gänze lehnen wir den Antrag ab. - Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, danke ich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE der Kollege Dennis Lander.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns alle einig darüber, dass wir die Menschen über etwaige Genussmittel aufklären müssen. Wir müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzen, selbstbestimmt entscheiden zu können, was sie konsumieren wollen und was sie nicht konsumieren wollen. Das gilt natürlich auch für Alkohol und Tabak, die hier wahrscheinlich bewusst nicht im Antrag erwähnt sind. Und es stimmt ja auch, dass Shishas und E-Zigaretten momentan im Trend sind, während der Konsum beispielsweise von tabakhaltigen Produkten wie et-

wa Zigaretten zurückgeht, insbesondere bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Der Rückgang bei Zigaretten ist vor allen Dingen auf die gute Präventionsarbeit und die Aufklärungsarbeit zurückzuführen. Wahr ist aber auch, dass der Genuss von Shishas ebenso Teil unserer Kultur ist wie beispielsweise der Genuss von Alkohol. Auch heute gilt ja für das Betreten einer Shisha-Bar bereits eine Altersgrenze von 18 Jahren, aber beim Lesen des Antrags der AfD entsteht der falsche Eindruck, dass sich auch Jugendliche in solchen Shisha-Bars aufhalten könnten. Bereits heute gibt es ja öffentliche Debatten zu den Gefahren von Shishas und E-Zigaretten, ebenso wie entsprechende Aufklärungskampagnen. So widmet sich die Initiative „rauchfrei“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung immer wieder diesem Thema, ebenso wie diverse Medien, die darüber berichten und auch aufklären. Wir halten gesundheitliche Aufklärung in der Drogenpolitik für absolut unabdingbar.

Im Übrigen sind Wasserpfeifen in Europa ja schon viel länger bekannt, als der AfD-Antrag das hier vermuten lässt. Nachdem Napoleon von 1798 bis 1801 die Ägyptenexpedition durchgeführt hatte, gab es in Europa eine regelrechte Orienthysterie. Alles, was aus dem Orient kam, galt als schick und modern, so natürlich auch die Shishas. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden Shishas immer mehr eine Alternative zum Zigarettenrauchen. Rund 100 Jahre bevor die Shisha nach Europa kam, kam ein ganz anderes Genussmittel aus dem Orient nach Europa, nämlich der Kaffee. Als die Türken 1683 die Belagerung von Wien abgebrochen hatten, ließen sie 500 Säcke Kaffee zurück. Das legte damals den Grundstein für die heute noch bekannte Wiener Kaffeehauskultur. Und vielleicht weiß der ein oder andere von Ihnen ja, dass anfangs auch dem Kaffee äußerstes Misstrauen entgegengebracht wurde. Da kann man eigentlich nur sagen, dass wir - alles in allem - zum jetzigen Zeitpunkt zumindest eine eigene Kampagne der Landesregierung für überflüssig halten. Deshalb lehnen wir den Antrag auch ab. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. - Das Wort hat jetzt für die SPD-Fraktion die Kollegin Heike Becker.

Abg. Becker (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf feststellen, dass die AfD mit dem vorlie-

(Abg. Becker (SPD))

genden Antrag erstmals einen Beitrag zur Gesundheitspolitik des Landes leisten will. Sie möchte mit einer Aufklärungskampagne über die Gefahren von Shisha-Rauchen und E-Zigaretten informieren. In ihrer Begründung führt sie - wie auch schon mehrfach von meinen Vorrednern erwähnt - die Ausführungen des Präsidenten der Saarländischen Ärztekammer auf, auf die sie sich bezieht.

Meine Recherche ergab - wie auch schon erwähnt -, dass der Präsident, Herr Mischo, in einem Artikel in der Lokalpresse auf die Gefahren des Gebrauchs einer Shisha-Pfeife verwiesen hat. Als Giftstoffe, die auch schon genannt wurden, möchte ich hier auch noch einmal Nikotin, Teer, Kohlenmonoxid et cetera erwähnen.

Wenn man im Internet recherchiert, kann man feststellen, dass es viele Gruppierungen und Institutionen gibt, die sich mit diesem Thema befassen und entsprechend auch bereits Handreichungen und Aufklärungsmaterialien zur Verfügung gestellt haben. Weiterhin ergab meine Recherche, dass der Medizinreport im Ärzteblatt, welcher sich auf die Untersuchungen einer amerikanischen Universität sowie auf die Ausführungen des Deutschen Krebsforschungszentrums bezieht, ebenfalls auf die Nikotinmenge abstellt, die während einer Shisha-Session aufgenommen wird.

Kollege Mildau hat soeben in seinen Ausführungen erwähnt, dass auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Zusammenhang mit den Risiken, die von E-Zigaretten und Wasserpfeifen ausgehen, auf den Nikotingehalt abstellt. Wenn man die Arbeit der Bundeszentrale verfolgt, so kann man feststellen, dass sie auch schon präventiv tätig ist. Sie hat bereits Aufklärungskampagnen und Informationsbroschüren, welche sich dieser Thematik annehmen, aufgelegt und sogar eine kostenlose Hotline eingerichtet.

Man stellt allerdings auch fest, dass das Thema in Teilen auch kontrovers diskutiert wird. So kam beispielsweise das Londoner Krebsforschungszentrum in einer Langzeitstudie zu dem Ergebnis, dass E-Zigaretten weniger schädlich seien als herkömmliche Zigaretten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir im Zusammenhang mit dem Konsum von E-Zigaretten beziehungsweise Wasserpfeifen und den daraus resultierenden möglichen Gesundheitsrisiken von Langzeitstudien sprechen, handelt es sich um erfasste Studienzeiträume von zwei bis drei Jahren. Im medizinischen Bereich sind Langzeitstudien allerdings durchaus auf zwei bis drei Jahrzehnte ausgelegt. Nach einem solch langen Zeitraum spricht man von

verlässlichen Ergebnissen. Es geht hier - um das einmal klarzustellen - keinesfalls darum, das Gesundheitsrisiko in irgendeiner Art herunterzuspielen. Denn auch hier gilt: Wehret den Anfängen.

Wir sind uns auch in vollem Maße bewusst, dass es gesundheitliche Risiken geben kann - ja, gibt. Hier muss gehandelt werden. Ich kann nur hinzufügen, dass wir bereits jetzt gut aufgestellt sind. Prävention ist gut und wichtig, Kontrolle und Unterstützung allerdings auch.

Ja, ich sehe es auch als unsere Aufgabe, uns für den Gesundheitsschutz, den Jugendschutz und den Schutz der Beschäftigten, die in Shisha-Cafés und sonstigen Einrichtungen tätig sind, einzusetzen. Doch an dieser Stelle, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sei auch einmal angemerkt, dass sich die SPD-Fraktion und ihr Koalitionspartner der Regierungsverantwortung bewusst sind und dieser auch gerecht werden. Wie schon bei vielen anderen wichtigen Themen hat man auch hier bewiesen, dass man Hand in Hand arbeitet, wenn es um das Wohl der Saarländerinnen und Saarländer geht.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Dies spiegelt sich in der Tatsache wieder, dass neben den vielseitigen präventiven Maßnahmen, die auch schon bereits von anderen anerkannten Stellen durchgeführt werden, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr in Abstimmung mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ein Rundschreiben auf den Weg gebracht hat, welches das Problemfeld der Shisha-Bars vollumfänglich behandelt. Dieses Rundschreiben wurde bereits im September des vergangenen Jahres als Handlungshilfe an die Gewerbeämter und die Ortspolizeibehörden der saarländischen Kommunen übersandt. Darin werden unterschiedliche Rechtsgebiete wie beispielsweise das Saarländische Nichtraucherschutzgesetz, sonstige Gesundheits- und Hygienevorschriften, aber auch das Jugendschutzgesetz behandelt. Darüber hinaus werden auch glücksspielrechtliche Vorschriften, Steuerrecht, Sozialversicherungsrecht und strafrechtliche Vorschriften thematisiert.

Doch betrachtet man die Vorschriften des Nichtraucherschutzgesetzes näher, so bleibt festzuhalten, dass es sich beim Rauchen von Wasserpfeifen auch um Rauchen im Sinne dieses Gesetzes handelt. Dies wurde durch einen Beschluss des OVG Lüneburg am 17. Oktober 2018 auch klargestellt. Daraus folgt, dass das Angebot und die Verabreichung von Shishas in geschlossenen gewerblichen Räumen nur zulässig sind, wenn keinerlei Tabakprodukte in

(Abg. Becker (SPD))

den Shishas verwendet werden und keinerlei gastronomische Leistungen erbracht werden. Viele der zuvor in den einzelnen Studien angeführten Fälle, die auf den Konsum von nikotinhaltingen Tabakstoffen abzielen, sind per Gesetz im Saarland schon geregelt.

Auch jetzt kann man schon auf kommunaler Ebene feststellen, dass diverse Maßnahmen zur Sicherheitsverstärkung in Shisha-Bars vorangebracht werden. So wurde schon erwähnt, dass die Stadt Homburg allen voran eine Verfügung erlassen hat, die den Betreibern der Shisha-Cafés deutliche Auflagen macht. Das wird gemacht, um zu vermeiden, dass Kohlenmonoxidwerte die Grenzen übersteigen. Alle Kommunen haben im Saarland gegenwärtig die Chance, diesem Vorbild zu folgen, ihrer in der Verfassung garantierten Selbstverwaltung nachzukommen und solche Vorschriften auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich möchte noch ergänzend anmerken, dass unsere Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger und ihr Team auch weiterhin die Arbeit der Kommunen unterstützen werden und sich weiterhin für die Sensibilisierung bei den kommunalen Gewerbe- und Ordnungsämtern stark machen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aktuell gibt es im Saarland über 100 Shisha-Bars. Meine Vorredner haben es bereits erwähnt: Eine Stadt ohne eine Shisha-Bar scheint mit diesen Zahlen nur schwer vorstellbar. Es scheint, als hätten sich Shisha-Bars zu einem festen Bestandteil der saarländischen Ausgehkultur konstituiert. Dieses Phänomen ist unbeschränkt und existiert eindeutig in allen Kulturkreisen. Deshalb stellt sich auch mir hier die Frage, welches Ziel die AfD mit ihrem Antrag verfolgt.

Die Formulierung der Begründung lautet: Seit einigen Jahren hat sich insbesondere durch die Einwanderung aus islamisch-orientalischen Ländern das Bild der Gastronomie und des entsprechenden Angebots auch im Saarland verändert. - Das könnte vermuten lassen, dass neben dem Schutz der Gesundheit auch eine andere Intention oder Ideologie verfolgt wird. Denn eigentlich positioniert sich die AfD bekannterweise zumindest in den meisten Fällen gegen das Nichtraucherschutzgesetz, beziehungsweise gegen alle Maßnahmen, die weitere Verschärfungen nach sich ziehen. Sie sagte, es gehe ihr um den Schutz von existenziellen Interessen der Gastronomie. Diese existenziellen Interessen scheinen bei der Betrachtung von Shisha-Cafés wohl ausgelagert. Im Bundestag geht die AfD sogar noch einen Schritt weiter. Den Antrag der SPD, das

Rauchen im Auto zu verbieten, sieht sie als autoritär an und als etwas, das nicht eigens gesetzlich reglementiert werden muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich sage noch einmal, dass wir uns in vollem Maße über die möglichen gesundheitlichen Risiken bewusst sind. Wir sind jedoch mit unserem Nichtraucherschutzgesetz bereits gut aufgestellt. Die zuständigen Ministerien und Kommunen sind ebenfalls schon tätig. Wie schon erwähnt, gibt es anerkannte Institutionen, die präventiv tätig sind. Wegen der zuvor genannten Gründe wird auch die SPD diesem Antrag nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Kollegin Becker. - Das Wort hat nun die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Monika Bachmann.

Ministerin Bachmann:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Herren der AfD, ich bin gern bereit über alles zu reden, aber ich weiß nicht, über was ich heute mit Ihnen reden soll. Eine Aufklärungskampagne über die Gefahren? - Aufklärung betreiben die Bildungsministerin und ich schon seit jeher, zumindest seit ich dabei bin. Die Bildungsministerin tat dies auch in anderen Funktionen. Wir haben die Gefahren in den Grundschulen bis in die Universitäten aufgezeigt. Sogar auf den Packungen stehen die Gefahren.

Wenn ich heute über Ihren Antrag diskutiere, müsste ich praktisch das ad acta legen, was wir schon gemacht haben. Wir sind nämlich gerade dabei, das Nichtraucherschutzgesetz zu novellieren. Das beinhaltet auch die Aufklärung. Wir sind dabei, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, zu dem zeitnah eine interne und externe Anhörung durchgeführt wird. Das ist mehr als Aufklärung, das ist nämlich schon Arbeit, die im Hintergrund erledigt wird.

Rauchen - egal in welcher Form - ist gefährlich. Das brauchen wir uns nicht schön- oder schlechtzureden. Das haben alle Redner, die vor mir gesprochen haben, auch gesagt. Deswegen steht auch oft auf den Packungen: „Rauchen ist tödlich“. In den Grundschulen und auch in den weiterführenden Schulen sind die Pädagogen dazu bereit, die Kinder vor Drogen und anderen Dingen zu schützen.

Das Zitat aus Ihrem Antrag, das die Frau Kollegin Becker eben vorgetragen hat, dass seit einigen Jah-

(Ministerin Bachmann)

ren Leute aus islamisch-orientalischen Ländern hierher einwandern, ist ein Thema, zu dem ich mich hier nicht äußern werde, weil es mir nicht fremdenfreundlich genug ist. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Ich rede über Gesundheit. Aus dem Grund seien Sie versichert, dass diese Landesregierung an der Aufklärung und Gesetzgebung arbeitet. Wir sehen die Gefahren und wir sehen, dass wir ihnen auf eine vernünftige und tragfähige Art und Weise in der Zukunft begegnen müssen. Die Gefahren dürfen nicht als Drohung verstanden werden, die jungen Leute müssen mitgenommen werden.

Wir haben das Jugendschutzgesetz - wie Frau Becker eben angesprochen hat. In § 10 sind Regelungen vorgesehen, um Kinder und Jugendliche von nikotinhaltigen Erzeugnissen, deren Behältnissen und nikotinfreien Erzeugnissen zu warnen und zu schützen. Wir können aber nicht überall sein, um immer wieder das Gleiche zu wiederholen. Aus dem Grund glaube ich, dass wir mit dem Gesetzentwurf, an dem wir gerade arbeiten, den Dingen in die Augen sehen. Das ist dringend notwendig.

Mir werden selbstverständlich auch die in den saarländischen Shisha-Bars gemachten Erfahrungen zugetragen. Ich war selbst noch nicht dort, vielleicht sollte ich ja mal reingehen und mir das anschauen. Ich glaube aber, auch Sie gehen dort nicht rein, weil dort zu viele Menschen sind, die nicht hier im Saarland geboren sind. Davon gehe ich jetzt mal aus, und vielleicht müssten wir auch einmal darüber reden, woher Sie Ihr Wissen haben.

Wir werden auf der Basis der von uns gemachten Erfahrungen, aber auch auf Grundlage des uns Zugesetzten, und unter Beachtung wissenschaftlich fundierter Studien handeln, um einen noch besseren Gesundheitsschutz zu erreichen. Eine Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes wird, ich habe es eingangs angesprochen, in den kommenden Monaten bearbeitet und intern und extern angehört werden und dann hoffentlich noch vor den Sommerferien oder aber im Herbst hier vorgelegt werden. Wir werden also noch hinreichend Zeit haben, uns über dieses Thema ausführlich zu unterhalten.

Außerdem arbeiten wir an einer Neuordnung unserer Präventionsarbeit. Insoweit sehe ich überhaupt keinen Nachholbedarf, meine Herren von der AfD! Das Ministerium für Bildung und unser Haus haben in diesem Bereich überhaupt keinen Nachholbedarf. Nichtsdestotrotz arbeiten wir natürlich in der Landesregierung zusammen nach dem Motto, dass nichts so gut ist, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Wir sind dabei, die Leistungsvereinbarungen mit den Trägern und den Landkreisen zu verhan-

deln. Ich will nicht alles wiederholen, was meine Vordröner schon gesagt haben. Aber auch hierbei werden, neben etlichen weiteren Themen, die Gefahren, die von dem ausgehen, wovon Sie sagen, dass es aus dem Orient kommt, zu behandeln sein.

Insoweit kein Wort zu Ihren fremdenfeindlichen Resentiments, sondern lediglich zu den gesundheitlichen Aspekten. Wir sind dabei, wir klären auf und wir machen dazu eine Gesetzgebung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1139. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1139 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben alle übrigen Fraktionen sowie die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen nun zu den Punkten 12, 19 und 20 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reaktivierung - Ausbau und Elektrifizierung der grenzüberschreitenden Bahnlinie von Saarbrücken über Dillingen, Niedaltdorf, Bouzonville, Thionville nach Luxemburg (Drucksache 16/1149)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Verkehrsentwicklungsplan vorlegen - Ausbau grenzüberschreitender Verkehre vorantreiben - Investitionen in Ausbau, Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken (Drucksache 16/1150)

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ausbau und Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienennahverkehrs nach Frankreich und Luxemburg (Drucksache 16/1152)

(Vizepräsidentin Spaniol)

Zur Begründung des Antrages der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal will ich sagen, dass sich die AfD-Fraktion sehr freut, dass ihr Antrag von den anderen Fraktionen zum Anlass genommen wurde, konkurrierende oder ergänzende oder wie auch immer zu bezeichnende Anträge zu stellen. Das zeigt uns - oder: wir hoffen das zumindest -, dass alle Fraktionen auch das gleiche Ziel haben. Dabei appellieren wir an CDU und SPD, dass sie, da sie sowohl im Land als auch im Bund die Regierung stellen, mit dem gleichen Nachdruck, mit dem sie nachher hier reden werden, auch für die Sache fechten, auch nachdem ihr Antrag durchgegangen und unser Antrag abgelehnt sein wird.

(Zuruf des Abgeordneten Heinrich (CDU).)

Wir sehen diesen Antrag unter dem Stichwort Luxemburg-Strategie. Den Antrag und seine Begründung werden Sie wohl gelesen haben, ich werde das hier nun nicht im Einzelnen darstellen. Ich sage nur: Alle spüren es, die Bevölkerung, die Industrieverbände, die Gewerkschaften, die IHK, alle sagen es, dass das Saarland attraktiver werden muss. Die IHK macht zum wiederholten Male Vorschläge zu Modernisierungsprojekten, die anzuschieben sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in einem Schicksalsjahr. In diesem Jahr wird sich zeigen, ob das Saarland endgültig den Anschluss verlieren wird oder aber ob wir mit anderen Regionen mithalten können. Das dämmert nun wohl allmählich auch der Koalition, deren Fraktionen damit beginnen, sich zu verschiedenen Themen gegenseitig Vorwürfe zu machen und Versäumnisse vorzuwerfen. Anstatt aber gegenseitig Schuldzuweisungen zu machen, sollte man lieber gemeinsam am gemeinsamen Ziel arbeiten, um zu einem Erfolg zu kommen. Denn so kommen wir sicherlich nicht weiter. Setzen Sie doch einfach einmal um, was die IHK vorschlägt!

Die Politik im Land spricht ununterbrochen vom „Klimanotstand“. Nach und nach wird in immer mehr Städten und Gemeinden auf Initiative von CDU, SPD, GRÜNEN und LINKEN der Klimanotstand ausgerufen. Wenn Sie das, womit Sie die Bevölkerung verunsichern und dazu beitragen, unsere saarländische Stahl-, Kraftwerks- und Autoindustrie zu ruinieren, ernst meinen, müssen Sie sich auch bewusst machen, dass eine sogenannte Klima- und Ver-

kehrswende ohne einen guten und neuzeitlichen Bahnverkehr nicht funktionieren wird.

15 Jahre Merkel-Regierung haben die Bahn ruiniert. Die Regierung hat die Bahn wurschteln lassen - mit der Konsequenz, dass umliegende Länder eine hervorragende Bahn- und Infrastruktur haben und wir teilweise noch auf den Schienen von Kaiser Wilhelm fahren. Ein Eingeständnis dieser Tatsache ist doch der Vertrag, der jetzt geschlossen wurde und nach dem 86 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre bereitgestellt werden sollen. Ich denke, wir warten mal besser ab, bis sie wirklich geflossen sind. Aber angenommen, diese Mittel kommen wirklich, möchte ich beim Nachrechnen nicht noch einmal feststellen müssen, dass es so läuft wie beim Bundesverkehrswegeplan 2030, worin 280 Milliarden zur Verfügung stehen, von denen das Saarland nur 280 Millionen bekommt, also 1 Promille. Von diesen 86 Milliarden, die hier nun zur Verfügung stehen, müssten, unserer Größe entsprechend runtergerechnet, jährlich 80 Millionen Euro für das Schienennetz ins Land fließen. Ich bin gespannt, ob wir dieses Geld auch wirklich ins Land bekommen. Fangen wir mal in diesem Jahr schon an, das zu beobachten.

Die Schweiz übrigens gibt beispielsweise dreimal so viel für den Bahnverkehr aus wie Deutschland. Nun haben wir auch noch die Schlafwagen an Österreich verschenkt, die machen jetzt damit Geld. In Österreich schlafen die Leute in der Bahn, in Deutschland schläft die Bahn!

Aber auch Sie im Saarland lassen ein historisch hervorragend ausgebautes Bahnnetz, eines der engmaschigsten in Europa, verrotten. Sie haben keine Strategie und keine Zielsetzung. Sie reden vom „Klimanotstand“ und unterlassen es gleichzeitig, die Elektrifizierung der Strecken voranzutreiben. Wir haben hier noch sehr viele Strecken, die nicht elektrifiziert sind. Ich denke zum Beispiel an die Strecke Saarbrücken-Lebach, bei der, weil damals bei Illingen die Elektrifizierung nicht mitgeplant worden ist, die ganze Strecke bis Lebach mit Diesel gefahren werden muss. Fährt der Zug von Lebach nach Saarbrücken, betrifft das diese ganze Strecke. Da besteht schon mal Nachholbedarf.

Den Leuten einzureden, sie müssten Elektroautos kaufen, dann aber selbst die Hausaufgaben nicht zu machen - das ist nicht in Ordnung! Der Nah- und Fernverkehr wird zu großen Teilen mit fossiler Energie betrieben. Deshalb ist die Umstellung auf einen Betrieb mit erneuerbarer Energie ein entscheidender Faktor. Wie lässt sich erklären, dass Sie den Elektrifizierungsplan vor anderthalb Jahren gestoppt haben?

(Abg. Dörr (AfD))

Wir von der AfD wollen als erste Maßnahme den Ausbau der Strecke nach Luxemburg über Thionville, und das bitte elektrifiziert! Das ist die einzige diskutabile, heute noch bestehende Direktverbindung nach Luxemburg. Ein Neubau kommt bekanntlich wegen der Kosten und der langen Zeit, die das beanspruchen würde, nicht infrage. Wir wollen aber diese Verbindung, und zwar so schnell wie möglich. Die Kalkzüge aus Lothringen zur Rogesa fahren große Umwege, weil sie die Niedtalstrecke nicht befahren können. Auch das ist ein beachtenswerter Kostennachteil, den Sie beseitigen können.

Wir wollen die direkte Bahnanbindung des Saarlandes an Luxemburg. Der Umweg über Trier ist nicht zukunftsweisend. Die Busverbindung, auf die so gerne hingewiesen wird, ist gelinde gesagt ein Witz. Jetzt haben wir auch noch lesen müssen, dass bei diesem Bus Leute mit einem Rollstuhl nicht aufgenommen werden, die können also gar nicht mitfahren. Jetzt haben die Betreiber versprochen, dass sie das so einrichten wollen, dass wenn jemand zwei Tage vorher seine Fahrt anmeldet, sie das ermöglichen wollen.

Wir wollen eine engere Zusammenarbeit mit Luxemburg; wir sehen, wie der Raum Trier aufblüht. Wir sehen, wie es in der gebeutelten Montanregion Diedenhofen aufwärtsgeht. Das sind alles Auswirkungen einer guten Zusammenarbeit mit Luxemburg und der Ausdehnungen Luxemburgs. Das Saarland nimmt hieran viel zu wenig Anteil!

Wir wollen also einen Ausbau der Luxemburgstrategie. Mit Freude haben wir festgestellt, dass die Verkehrsministerin inzwischen auch für die Luxemburgstrategie ist, vielleicht liegt es an der Nähe der Wohnung, dass man das auf Dauer nicht übersehen kann. Uns jedenfalls freut es! Wir haben schon am 04.12.2018 den Antrag gestellt, die Frankreichstrategie durch eine Luxemburgstrategie zu ergänzen. Am Anfang dieser Strategie muss die Verbesserung der Verkehrsanbindung stehen. Es ist nun alles sofort daranzusetzen, eine moderne, zeitgerechte und schnelle Zugverbindung über Diedenhofen nach Luxemburg zu schaffen.

Rheinland-Pfalz macht es vor! Mit neuen Zugverbindungen ab Trier nach Luxemburg rücken Rheinland-Pfalz und Luxemburg noch enger zusammen. Probleme, dass das Projekt nicht so vorangeht, wie es könnte, liegen offenbar auf der französischen Seite. Aber da sind wir gefordert! Wir haben doch die Leute in der Bundesregierung, wir haben den Außenminister, wir haben die Verteidigungsministerin, die gleichzeitig noch Bundesvorsitzende der CDU ist, und wir haben den Wirtschaftsminister. Wir müssen

bei diesen Konsultationen, bei diesen Beratungen in Paris, mal auf den Tisch hauen! Wir müssen sagen: Was ist denn mit dem Elysée-Vertrag und was ist mit der Fortschreibung durch den Aachener Vertrag?

(Sprechen.)

Kommen wir hier jetzt wirklich dazu, an der Grenze praktisch etwas zu machen? Wir dürfen, und das ist insbesondere ein Appell an die Regierungsfractionen, unsere Leute in Berlin nicht einfach wurschteln lassen, wir müssen sie in die Pflicht nehmen. Durch Sie sind sie ja dahin gekommen, durch Sie sind sie gewählt worden. - Frau Verkehrsministerin, kommen Sie bitte langsam in die Gänge, oder besser gesagt, kommen Sie bitte langsam auf die Schiene. - Herzlichen Dank.

(Heiterkeit. - Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Fraktionsvorsitzender. - Zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Schramm das Wort.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich begrüßt DIE LINKE konkrete politische Maßnahmen zur Stärkung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs, und vor allem halten wir eine Bahnlinie mit Direktverbindung nach Luxemburg nach wie vor für sehr sinnvoll. Unsere Anträge zur Reaktivierung der Bahnstrecke Dillingen-Bouzonville und der Perspektive einer Fortführung nach Thionville und Luxemburg haben die Regierungsfractionen in der Vergangenheit leider immer wieder abgelehnt. Ich will jetzt nicht alle Debatten der letzten Monate und Jahre wiederkauen, aber gerade bei der Niedtalbahn gibt es ja auch ökonomische Gründe, die für eine Reaktivierung sprechen. Wir als LINKE befürworten also die Reaktivierung, den Ausbau und die Elektrifizierung dieser Strecke. Das wird auch in unserem vorliegenden Antrag bekräftigt, zumal sich die Chancen dafür auf der französischen Seite offenbar verbessert haben, wie man der Berichterstattung der letzten Wochen und Monate entnehmen konnte.

Wir sind aber zugleich der Meinung, dass jetzt langsam mal die Landesregierung am Zug ist. Sie muss endlich darlegen, wie sie sich die saarländische Verkehrsentwicklung in Zukunft vorstellt. Und da warten wir mittlerweile ja schon eine ganz schön lange Zeit. Vor Jahren bereits, im August 2016, wurde angekündigt, dass im Frühjahr 2018 ein neuer Verkehrsentwicklungsplan vorliegen solle. Der kam dann nicht.

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

Später hieß es, es wird Frühjahr 2019, aber da lag auch nichts vor. Und jetzt, in der letzten Erklärung vom Dezember 2019, haben Sie ihn erneut angekündigt, aber schon kein Datum mehr genannt.

(Ministerin Rehlinger: Ich habe ihn vorgestellt!)

Tatsache ist, es gibt bis heute keinen neuen Verkehrsentwicklungsplan!

(Sprechen.)

Der letzte ist über 20 Jahre alt, der neue sollte schon lange fertig sein. Deshalb fordern wir Sie auf, dem Warten ein Ende zu bereiten und im ersten Quartal 2020 endlich den neuen Verkehrsentwicklungsplan vorzulegen.

(Ministerin Bachmann: Der ist doch vorgestellt worden.)

Natürlich gehört in diesen Gesamtkomplex dann auch die Zukunft der Niedtalbahn! Es wäre nur schön, wenn endlich einmal die Basis bekannt wäre, auf der wir diskutieren. Die Landesregierung ist bislang eine klare Entwicklungsplanung im Verkehrsbe- reich schuldig geblieben und hat keinerlei Planungen für den grenzüberschreitenden Verkehr. Sie muss jetzt mal liefern, sonst reden wir nämlich weiter über einzelne Streckenabschnitte, während die Koalition immer wieder Ankündigungen macht, ohne dass am Ende etwas passiert. Dieser Aspekt zum Beispiel kommt im AfD-Antrag leider gar nicht vor.

Ein zweiter Punkt, der uns wichtig war und weswegen wir einen eigenen Antrag vorgelegt haben: Wir brauchen einen nachvollziehbaren Investitionsplan, in dem der Gesamtkomplex von Investitionen in den Schienenverkehr und ihre Finanzierung für die nächsten Jahre dargestellt wird. Bund und Bahn haben erst gestern eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet, wonach bis 2030 insgesamt 86 Milliarden Euro in den Erhalt und in die Modernisierung der Schieneninfrastruktur investiert werden. Und der Bund will in den nächsten zehn Jahren zusätzlich 5,2 Milliarden Euro in den Schienennahverkehr investieren und die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz deutlich erhöhen. Das Land muss sich um diese Bundesmittel natürlich bemühen. Diese können gezielt für die Reaktivierung oder die Elektrifizierung von Schienenstrecken eingesetzt werden.

(Sprechen.)

Das ist eine Chance für das Saarland, die auch genutzt werden muss. Wir sehen in der aktuellen Situation also drei wichtige Ansätze, die wir mit unserem Antrag aufgreifen wollen. Erstens: Die Regierung muss ihren Verkehrsentwicklungsplan vorle-

gen, damit geklärt wird, wo denn grundsätzlich die Basis ist und wie wir weiter diskutieren. Zweitens: Über konkrete Projekte wie die Direktverbindung nach Luxemburg sollen natürlich trotzdem Verhandlungen mit den Nachbarländern geführt werden.

Vizepräsidentin Spaniol:

Kolleginnen und Kollegen, es ist ziemlich unruhig. Ich bitte darum, der Rednerin zuzuhören und private Gespräche hier vorne einzustellen. - Danke.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Gerade bei der Niedtalbahn scheint es auf französischer Seite etwas Bewegung zu geben. Der Präsident des Departements, Herr Weiten, hat sich kürzlich zur Zukunft der Niedtalbahn bekannt. Drittens: Allen Projekten muss ein nachvollziehbares Paket für investive Maßnahmen und deren Finanzierung zugrunde gelegt werden. Deshalb fordern wir einen Investitionsplan, aus dem klar hervorgeht, welche Projekte Sie planen, wann diese beginnen, in welchem Zeitraum sie umgesetzt und mit welchen Mitteln beziehungsweise Fördermitteln sie finanziert werden sollen. - Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Kollegin Schramm. - Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Herrn Abgeordneten Hans-Peter Kurtz das Wort.

Abg. Kurtz (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Klimadebatte, aber auch in der Debatte um die Mobilität von morgen kommt dem Schienenverkehr eine große Bedeutung zu. Gerade für uns, für das Saarland, von dem wir immer sagen, es liegt im Herzen Europas - wir haben diese Position jetzt wieder zu den Festlichkeiten „100 Jahre Saarland“ herausgestellt -, ist es wichtig, dass wir die grenzüberschreitenden Verbindungen zu unseren Nachbarn und insbesondere nach Frankreich und Luxemburg fördern.

Wir müssen - das hatte ich schon in einer anderen Debatte im letzten Jahr betont - den Fokus zukünftiger Schienenverkehrspolitik im Saarland eindeutig auf die Quattropol-Region Saarbrücken-Trier-Metz-Luxemburg legen. Wir dürfen uns bei der Umsetzung dieser wichtigen Entscheidungen nicht in klein-

(Abg. Kurtz (SPD))

teiligen regionalen Diskussionen verlieren. Die Großregion, die circa 3,5 Millionen Menschen umfasst, wird zu Recht immer mehr als das Zentrum der Diskussion über die Ausarbeitung eines gemeinsamen Nahverkehrskonzepts geführt. Das hat zum einen den Effekt der Steigerung der Attraktivität der Großregion, aber zum anderen auch das Zusammenbringen der Menschen. Wir haben in dieser Region eine sehr hohe Flexibilität der Arbeitsplätze.

Wir haben gerade gestern im IPR in der Arbeitsgruppe „Verkehr“ über die Grenzgängersituation geredet. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch hier einen großen Austausch gerade über schienengebundenen Verkehr nach Frankreich und nach Luxemburg herstellen. Wir sind nicht nur im übertragenen Sinne mit unseren Nachbarn in Verbindung, sondern wir brauchen auch Wege, die zueinander führen. Die grenzüberschreitenden Verkehre, wie wir das in der Diskussion immer benennen, beschäftigen gerade hier in unserem Land sehr viele Gremien, den Europaausschuss, den Interregionalen Parlamentarierrat - ich hatte es eben schon einmal erwähnt -, aber auch den Wirtschaftsausschuss.

Alleine hieran sieht man bereits die Vielschichtigkeit dieser Thematik, wie sie diskutiert wird und wie sie auch diskutiert werden muss. Deshalb kann ich schon an dieser Stelle sagen, dass wir den Antrag der AfD heute hier ablehnen. Wir haben ja auch deshalb einen eigenen Antrag eingebracht, weil es uns zu einseitig war, bei dem Thema Schienenverkehr nur einen Fokus auf die Strecke Saarbrücken-Dillingen-Niedaltdorf-Bouzonville-Thionville-Luxemburg zu legen.

Bei den grenzüberschreitenden Verkehren, meine Damen und Herren - hier legen wir heute ja das Augenmerk auf den Schienenverkehr - müssen wir auch zwingend in unserer Region das Große und Ganze im Blick haben. Vielleicht bekommt nicht jeder alles mit, aber ich habe einmal gelernt, in der Werbeindustrie gehen die immer so vor, dass gute Dinge neunmal wiederholt werden. Deshalb wiederhole ich das auch heute wieder, dass bereits in einer Pressekonferenz am 03. Dezember letzten Jahres unsere Verkehrsministerin Anke Rehlinger ihr Konzept für die strategische Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland vorgestellt hat.

(Beifall von der SPD.)

Dabei liegt in diesem Rahmen der Analyse der Entwicklung von Strategien und Erarbeitung von Konzepten beziehungsweise der Umsetzung im Allgemeinen der Schwerpunkt nicht bloß auf lokalen

Verkehrsnetzen, sondern er liegt insbesondere auf dem grenzüberschreitenden Verkehr.

Im Bereich der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen konnten bereits jetzt schon hier deutliche Fortschritte erzielt werden, woran man sieht, es wird im Wirtschaftsministerium nicht nur über grenzüberschreitende Verkehre gesprochen, sondern es wird auch einiges getan. Man kann feststellen, dass ab Dezember 2024 die grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehre zwischen Frankreich und Deutschland komplett neu aufgestellt werden. Das betrifft die Strecke Saarbrücken-Straßburg; hier gibt es eine Direktverbindung im Stundentakt. Das betrifft die Strecke Direktverbindung Saarbrücken-Metz im Ein-Stunden-Takt und die Strecke Trier-Perl-Thionville-Metz im Zwei-Stunden-Takt. Im Vergleich mit Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg profitiert hier unser Saarland in besonderen Maße, was diese regelmäßige Taktung angeht.

Aber auch wenn ich davon gesprochen habe, dass man in den Fernverkehren die Verbindung Saarbrücken-Trier-Metz sehen muss, kann man nicht sagen, dass Luxemburg ganz abgehängt ist. Wir haben heute als Busverbindung den Direktbus von Saarbrücken zum Bahnhof Luxemburg und den Bus von Merzig auf den Kirchberg. Diese Busverbindung wird sehr gut angenommen und man stellt auch hier eine hohe Zufriedenheit fest. Trotzdem muss man sich darüber hinaus bei der Neuaufstellung des Verkehrsentwicklungsplans Gedanken machen, ob es auch hier eine Verbindung über die Schiene nach Luxemburg geben kann.

Es gab ja in der Frage, wie der öffentliche Personenschienenverkehr sich entwickeln soll, verschiedene Studien. Da hat die Strecke Niedaltdorf nicht so gut abgeschnitten, aber man hatte da auch nur die Verbindung bis nach Bouzonville untersucht. Hier hat man einen sehr großen Investitionsaufbau zu machen. Da muss eine neue Brücke gebaut werden. Da sind auch noch andere technische Dinge zu machen, aber ich denke, wenn das jetzt noch einmal neu untersucht wird, neu bewertet wird bezüglich einer Direktverbindung nach Luxemburg, dann wird man da auch noch einmal zu ganz anderen Erkenntnissen kommen.

Deshalb freut es uns wirklich, dass jetzt im Rahmen der grenzüberschreitenden Verkehre weiterhin die Verbindung von Saarbrücken nach Forbach untersucht wird, aber auch die Verbindung von Saarbrücken nach Luxemburg. Ich denke, da muss man jetzt mit allem Nachdruck herangehen. Wir haben uns über dieses Thema auch schon im Verkehrsausschuss des IPR unterhalten. Wir haben das damals

(Abg. Kurtz (SPD))

in Dillingen auch mit der Industrie diskutiert. Hier ist der Wunsch an uns herangetragen worden, zu prüfen, ob diese Strecke auch geeignet wäre, die Kalktransporte zur Dillinger Hütte zu bewerkstelligen. Das würde eine Streckeneinsparung von 90 oder 100 Kilometern bedeuten. Das ist auch ein sehr großes wirtschaftliches Argument.

Wir haben in der Vollversammlung des IPR eine Resolution zum grenzüberschreitenden Verkehr gefasst. Aber wichtig ist doch die Zusammenarbeit - deshalb haben wir das auch in unserem Antrag noch einmal betont -, die direkten Gespräche mit Grand Est, mit Luxemburg, auch mit denen, die die Entscheidungen dort treffen.

Es gibt immer sehr viele Menschen in den Gesprächen, die sich dafür aussprechen, dass man diese Verbindung macht, aber ich denke, das allein reicht nicht und deshalb haben wir in unseren Antrag geschrieben, dass diese Gespräche noch einmal aufgenommen werden müssen, damit man wirklich jetzt ernsthaft an das Thema herangeht. Ich denke, in dieser Art und Weise kommen wir ein Stück weiter, werden wir die Großregion noch einmal ein Stück zusammenbringen. - Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke Herr Abgeordneter. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Kollege Günter Heinrich.

Abg. Heinrich (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Herr Dörr, da Sie der Ministerin hier sagten, sie solle endlich aufs Gleis kommen, sage ich zu Ihnen: Kommen Sie endlich auf den Boden der Tatsachen!

Wenn Sie sich hier als Vater der Luxemburgstrategie gerieren, haben Sie wahrscheinlich die Realität nicht wahrgenommen. Ich bin seit 20 Jahren hier im Landtag. Seit 20 Jahren tagt der Interregionale Parlamentarierrat. Im Interregionalen Parlamentarierrat ist die Luxemburgstrategie ebenso präsent wie die Frankreichstrategie. Da geht es um die Strategie für die Großregion, insbesondere die Strategie für den SaarLorLux-Raum. Da sind Sie bisher nicht der Vorreiter gewesen.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Dörr (AfD): Herr Heinrich, das wissen Sie nicht!)

Dann noch etwas zu Ihnen. Wir folgen hier nicht Ihrem Antrag. Sie folgen mit Ihrem Antrag unserem Anliegen und unserem Einsatz. Auch das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen beschäftigt sich mit dem Ausbau und der Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs nach Frankreich und nach Luxemburg. Dieser Antrag ist nur eine logische Folge unserer Arbeit, die Lebensverhältnisse der Menschen in der Region nachhaltig zu verbessern. Wir tun dies insbesondere auf Grundlage des Élysée-Vertrages und in der Folge auf der Grundlage des Aachener Vertrages. Im Geiste dieser Verträge ist es seit vielen Jahren gerade für das französische aller Bundesländer in dieser Republik eine der ersten Aufgaben, diese Herausforderungen auch anzunehmen. Wir sind hier nicht nur wegen unserer Frankreich-Affinität herausgefordert. Klimaschutz, Pendlerdruck, der Verkehrskollaps auf unseren Straßen und die Verkehrswende erfordern eine attraktive und bezahlbare Mobilitätsalternative. Aus den angeführten Gründen verliert der Individualverkehr europaweit, wenn nicht gar weltweit, zunehmend seine Akzeptanz. Man schaue sich einmal die Realität an: Gerade bei unserer Jugend ist es heute gar nicht mehr Usus, wie es in unserer Generation der Fall war, mit 18 den Führerschein zu machen. Die Jugend interessiert heute vornehmlich, wie sie von A nach B kommt und dies möglichst kostengünstig, konstruktiv und effektiv.

Meine Damen und Herren, da bietet sich als Alternative der Schienenverkehr an, sowohl der Schienenverkehr für Personen als auch für den Güterverkehr. Dieser Schienenverkehr findet heute - das ist auch bei den Vorrednern zum Ausdruck gekommen - großen Zuspruch. Tatsache ist aber, dass in weiten Teilen die Infrastruktur diesem Anliegen nicht gerecht wird. Deshalb ist es sicherlich keine Überraschung für Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich heute nochmals die Gelegenheit wahrnehme, wie es auch meine Vorredner getan haben, die Niedtalbahn mit ins Gefecht zu bringen. Die Niedtalbahn ist einer der besten Lösungswege, den unser Land für diese Verkehrsproblematik aufbringen kann. Die Infrastruktur ist vorhanden. Es ist zu Recht gesagt worden, dass ein Neubau übersteuert ist. Er kann nicht realisiert werden. Dann müssen wir uns

(Abg. Heinrich (CDU))

eben auf die Strukturen und die Infrastruktur besinnen, die wir haben.

Wir haben nach wie vor ein hohes Pendleraufkommen in der Region. Es ist ein einmaliges Phänomen in Gesamteuropa, dass entlang dieser Grenze der Großregion jeden Tag über 200.000 Personen die Grenze wechseln. Von Saarbrücken sind es mittlerweile täglich fast 10.000 Personen, die nach Luxemburg pendeln. Von Lothringen pendeln circa 40.000 bis 60.000 Personen täglich nach Luxemburg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Ausgangslage, die uns fordert. Deshalb haben wir eine Initiative gestartet, im saarländischen Landtag und auch im Interregionalen Parlamentarierrat, diese Strecke zu erhalten.

Eben ist der Präsident des Departements Moselle, Monsieur Patrick Weiten, angesprochen worden, der in unserem Parlament gesprochen und sich für diese Strecke eingesetzt hat. Es gibt auf französischer Seite mittlerweile ein ganz großes Interesse, insbesondere bei den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen, den Anschluss über den Schienenweg nach Luxemburg zu finden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde eben vom Kollegen Kurtz angesprochen: Der Verkehrsentwicklungsplan, der im Entwurf befindlich ist, hat aus meiner Sicht einen gravierenden Fehler in Bezug auf das Nutzen-Kosten-Werteverhältnis. Die Strecke von Niedaltdorf nach Bouzonville wird mit 0,2 bewertet und scheidet damit aus der Förderfähigkeit aus. Diese Strecke von Niedaltdorf nach Bouzonville für den Schienenverkehr will aber überhaupt niemand. Unser Anliegen ist es, die Strecke nach Luxemburg für den Schienenverkehr, für den Güter- und den Personenverkehr, zu öffnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine bemerkenswerte Rede des Bundesaußenministers anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Saarlandes gehört. Heiko Maas hat zu Recht geäußert, das er stolz darauf ist, den Aachener Vertrag mit unterzeichnet zu haben. Der Aachener Vertrag regelt ebenfalls den Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs. Deshalb geht mit unserem Antrag, den wir heute von den Koalitionsfraktionen vorliegen haben, nochmals ein Signal auch nach Berlin aus, sich dafür einzusetzen, dass dieser grenzüberschreitende Verkehr zustande kommt. Damit ist Heiko Maas gefordert, es ist aber auch unser Bundeswirtschaftsminister gefordert. Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, Peter Altmaier selbst anzusprechen. Er konferiert wöchentlich circa zweimal mit seinem Amtskollegen in Paris, mit Bruno Le Maire, dem Wirtschaftsminister. Ich habe ihn gebeten, darauf hinzuweisen, wie dringend auch im Vollzug

des Aachener Vertrages und eines Zusammenwachsens der Großregion, insbesondere im SaarLorLux-Raum, diese Bahnverbindung für die Menschen vonnöten ist. Meine Damen und Herren, wenn es letztlich erforderlich sein sollte, muss man vielleicht noch einen Kabinettsbeschluss im Bundeskabinett herbeiführen. Wir haben aber drei Bundesminister aus dem Saarland im Kabinett, das müsste eigentlich zu wuppen sein.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Können wir da eine Sammelvorlage machen? - Heiterkeit.)

Nicht nur die Bundesregierung soll gefordert sein, wir selbst sind es, die weiterhin dafür sorgen müssen, dass endlich der Zug aufs Gleis zu bringen ist. Liebe Frau Ministerin Rehlinger, bei Ihrem Zitat zu 100 Jahre Saarland bin ich ganz nah bei Ihnen. Ich darf zitieren: „Hier im Saarland sind trennende Grenzen zu einem verbindenden Element zwischen Freunden geworden. Lange vor dem Schengener Abkommen lebten Saarländer und Lothringer gleichermaßen das unbeschwerte Hin und Her über Staatsgrenzen hinweg.“ - Dieses unbeschwerte Hin und Her auf der Schiene hat zu einer Zeit, als sich die Deutschen und Franzosen weniger gut verstanden haben, besser funktioniert als heute. Der Ehrlichkeit halber muss man aber auch sagen, dass sich die Mobilitätspräferenzen seither geändert haben, aber die Mobilitätspräferenzen ändern sich erneut, und dies zugunsten der Schiene. Deshalb ist es unser Anspruch, mit dem vorliegenden Antrag noch einmal darauf hinzuweisen und zu bewirken, dass diese Strecke erhalten bleibt und attraktiv gestaltet wird. Nur wenn das Angebot stimmt und attraktiv ist, wird diese Strecke auch angenommen. Dann hat sie Erfolg.

Ich darf darauf hinweisen, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ausdrücklich die Förderung von Bahnnebenstrecken beziehungsweise die Elektrifizierung von Bahnnebenstrecken enthalten ist. Es gibt ein Sonderprogramm für die Elektrifizierung von Bahnstrecken. Von diesem Sonderprogramm hat das Bundesland Bayern Gebrauch gemacht. Ich darf aus der Presseerklärung des dortigen Verkehrsministers zitieren: „Bayern schickt zehn Bahnstrecken aus allen Landesteilen ins Rennen für das neue Sonderförderprogramm des Bundes zur Elektrifizierung von Güterverkehrsstrecken. (...) Bayerns Verkehrsminister Hans Reichhart will den Bund von der Notwendigkeit dieser Strecken überzeugen“. - Ich gehe davon aus, bei der Präsenz des Bundesverkehrsministers dürfte ihm das nicht allzu schwerfallen. Weiter heißt es: „Das Bahnnetz in Bayern muss noch mehr unter Strom gesetzt werden, um attraktivere, kostengünstigere und noch umweltfreundliche-

(Abg. Heinrich (CDU))

re Verkehre anbieten zu können. Als starker Wirtschaftsstandort und bedeutendes Transitland brauchen wir für den Schienengüterverkehr mehr elektrische Trassen und Ausweichrouten.“ - Meine Damen und Herren, das ist die gleiche Begründung, die wir hier für den SaarLorLux-Raum, für unsere Region, anführen können.

Bayern hat zehn Bahnstrecken angemeldet. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, nachzuschauen, welche Strecken das sind. Ich bin bei einer Bahnstrecke hängen geblieben. Es ist die Bahnstrecke Hochstadt-Marktzeuln-Oberkotzau. Wo das liegt, musste ich googeln. Ich bin bei Wikipedia gelandet. Dort stand, dass Oberkotzau 75 Prozent Luftfeuchtigkeit und 5.707 Einwohner hat. Bei Marktzeuln sind es 92 Prozent Luftfeuchtigkeit und 1.525 Einwohner. Diese Strecke wird elektrifiziert. Ich will das den Bayern nicht neiden, aber wenn die Elektrifizierung der dortigen Strecke möglich ist, dann haben wir doch den gleichen Anspruch, die Elektrifizierung einer Strecke durchzuführen, bei der in der Tat Musik drin ist in Bezug auf die Personenbeförderung.

Meine Damen und Herren, wir fordern gleichwertige Lebensverhältnisse, auch im ländlichen Raum, der vor den Industriezentren liegt. Die gesamte Saarschiene ist ein Industriezentrum. Wir haben, das wurde eben erwähnt, Thionville als aufstrebendes Industriezentrum. Wir haben in Luxemburg als Industriezentrum Bettemburg. Dort ist der modernste europäische Containerbahnhof errichtet worden. Das sind Gründe für die Revitalisierung dieser Strecke auch für den Güterverkehr. Die Dillinger Hütte ist ebenfalls angesprochen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht darum, die entsprechenden Mittel dafür zu generieren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Eben wurde die Nachricht, die dieser Tage über den Äther gesendet wird, erwähnt: 86 Milliarden stellen der Bund und die Deutsche Bahn bis zum Jahr 2030 zur Verfügung, um die Bahninfrastruktur zu verbessern. Das sind 86 Milliarden, an denen wir hier im Saarland Anteil haben müssen. Es gibt eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag. Bei den 1,59 Milliarden Euro für Eisenbahninfrastrukturunternehmen gibt es Ausgaberechte in Höhe von 61 Millionen, die noch vorhanden sind, die für Bedarfsplaninvestitionen der Schiene zur Verfügung stehen und in den nächsten Jahren sukzessive abgebaut werden sollen. Auch das ist etwas, woran wir partizipieren müssen. Der Klimafonds ist zur Einsparung von CO₂ mit Milliarden ausgestattet. Auch da müssen wir im Hinblick

auf die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs unsere Karten im Spiel haben.

Der grenzüberschreitende Bahnverkehr wird auch auf der europäischen Ebene gefördert. Bei der Europäischen Union gibt es den Fonds Connecting Europe Facility for Transport. Das ist ein Finanzierungsinstrument für die Umsetzung der europäischen Verkehrsinfrastrukturpolitik, etwas, was gerade für den grenzüberschreitenden Verkehr in unserem Raum vonnöten und zweckmäßig wäre. Der Fonds ist für den Zeitraum von 2014 bis 2020 mit Mitteln in Höhe von über 24 Milliarden Euro ausgestattet. Nach meinem Kenntnisstand sind dort ebenfalls nicht unbedeutliche Ausgaberechte vorhanden. Auch das sind Mittel, an die es heranzukommen gilt.

Deshalb haben wir als Grundlage dafür unseren Antrag eingebracht, um unsere Forderung zu bekräftigen. Frau Ministerin, ich bin nochmals nahe bei Ihnen mit einem Zitat - zugegeben in einem anderen Zusammenhang, aber von gleicher Bedeutung für unseren heutigen Zweck -: Wer nichts fordert, der bekommt auch nichts. - Wir stellen mit unserem Antrag die Forderung, endlich auch in dieser Richtung weiterzukommen, damit die Infrastruktur, die wir haben, erhalten und weiter ausgebaut werden kann. So wollen wir als Randland der Republik, das mittlerweile zum Herzen Europas geworden ist, Anschluss an den Nahverkehr finden, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land eine kostengünstige, attraktive und anspruchsvolle Zugverbindung nach Luxemburg haben. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat nun noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Kollegin Astrid Schramm.

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Ich möchte etwas klarstellen. Ich habe eben in der Begründung unseres Antrages mitgeteilt, dass der Verkehrsentwicklungsplan noch nicht vorliegt. Dabei ist Unruhe bei Frau Berg aufgekommen; er würde schon lange vorliegen. Er liegt eben nicht vor. Ich erinnere hier an die Presseerklärung des Ministeriums für Wirtschaft, in der die Ministerin klar mitgeteilt hat, er sei noch nicht abgeschlossen. Er ist in der Bearbeitung, aber es gibt keinen Verkehrsentwicklungsplan, den wir abgeschlossen haben und der vorliegt. Wir haben immer noch den Verkehrsentwicklungsplan von 1998.

(Beifall bei der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Das Wort hat nun die Frau Ministerin. Bitte schön.

Ministerin Rehlinger:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte klarstellen, worüber wir sprechen. Es gibt keinen abgeschlossenen und von der Landesregierung beschlossenen Verkehrsentwicklungsplan, aber es gibt eine Vorlage des Verkehrsministeriums für einen Verkehrsentwicklungsplan für das Saarland.

Sie haben völlig recht. Es ist seit 1998 - und damit bezogen auf die letzten 20 Jahre - mit Sicherheit die umfassendste und grundsätzlichsste Betrachtung dessen, was wir uns an Verkehrsinfrastruktur und an Ausgestaltung von Verkehren für das Saarland als Zukunftsvision - aber nicht nur zu einem späteren Zeitpunkt, sondern teilweise zeitnah - vorstellen können und woran wir für die Zukunft und sehr zügig arbeiten wollen.

Bevor wir den als Regierung beschließen, war mir sehr daran gelegen, dass dieser Verkehrsentwicklungsplan eben nicht nur in Form eines Gutachtens vorbereitet wird, sondern dass dieser Verkehrsentwicklungsplan auf sehr breiter Basis mit allen Akteuren und zu jedem Zeitpunkt der Erarbeitung dieser Zielperspektive diskutiert werden kann. Insofern war schon die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans ein außerordentlich transparent angelegter Prozess.

Ich empfehle insofern - falls das noch nicht passiert ist -, gerne einen Blick auf die Internetseite zu werfen, wo alle Phasen der Erarbeitung dieses Verkehrsentwicklungsplans nachvollzogen sind. Es ist für jeden nachlesbar. Dort sind die Dokumente eingestellt worden, die den aktuellsten Diskussionsstand darstellen. Es geht auch darum darzulegen, wie man zu den Annahmen und Schlüssen gekommen ist. Ich glaube nämlich, dass diese Frage, wie Verkehr in Zukunft in unserem Land ausgestaltet sein wird - sowohl im öffentlichen Personennahverkehr als auch im grenzüberschreitenden Verkehr und bei den Fernverkehren -, eine zentrale Frage ist für die Entwicklung und die Attraktivität dieses Landes und auch für die Frage, wie attraktiv wir nicht nur für die Menschen sind, die hier leben, sondern auch für die Wirtschaft.

Deshalb war das ein sehr umfassender, zugegebenermaßen ein nicht ad hoc ausgestalteter Prozess - das gebe ich gerne zu. Es war aber einer, bei dem es ein hohes Maß an Transparenz und an Bürgerbeteiligung gegeben hat. Daran war uns außerordent-

lich gelegen. Dass wir das nicht nur bis kurz vor Toresschluss machen, sondern auch bis in die letzte Phase der Beschlussfassung hinein, zeigt sich daran.

Ich nutze gerne heute die Gelegenheit, Sie alle zur Bürgerbeteiligungsversammlung am 08.02. einzuladen. Dort werden wir ganz breit mit allen Akteuren, auch mit den ständigen Mitgliedern des Beirates, die die Erstellung des Verkehrsentwicklungsplanes begleitet haben, die jetzt vorgelegten Ergebnisse, die ich zum Ende des letzten Jahres in ihren groben Zügen in der Landespressekonferenz skizziert habe, diskutieren können, wo auch Rückmeldungen gegeben werden können und wo wir in die letzte Phase unter breiter Bürgerbeteiligung eintreten werden.

Insofern ist das ein transparenter Prozess. Es ist einer, der versucht hat, viele Beteiligte mitzunehmen, und der jetzt kurz vor einem Abschluss steht. Er ist in seiner Betrachtung sicherlich bezogen auf die letzten 20 Jahre die umfassendste und grundsätzlichsste Befassung mit der Ausgestaltung des Verkehrs hier bei uns im Saarland. Das kann man mit Sicherheit und Fug und Recht behaupten.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Da geht es um vieles. Es geht um die Frage, wie wollen wir den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr - also die Busse - ausgestalten, soweit es die kommunale Seite betrifft. Es geht aber natürlich auch um die Landesseite und wie wir das miteinander verschränken können, damit man kein Hochschulstudium absolviert haben muss, um herauszufinden, wann mich wo ein Bus für wie viel Geld wohin fährt. Das muss natürlich ein Ende finden. Das geht nur, indem wir ein einheitliches System starten, möglichst einheitliche Standards hinkommen und Verlässlichkeit in die Taktungen hineinbekommen.

All das sind Ansatzpunkte, die darin enthalten sind, aber eben auch Ansatzpunkte in der klassischen Verkehrsinfrastruktur, zum Beispiel die Fragen, wo haben wir in den schienengebundenen Verkehren Haltepunkte, können wir dieses Netz verdichten, können wir mehr Orte anschließen, als es heute der Fall ist? Diese Ansatzpunkte sind im Übrigen in der Lage, die Qualität in der jeweiligen Region durchaus zu stärken.

Wo sind wir unterwegs mit unseren Projekten? Bei der Saarbahn ist das keine Frage, die die Landesregierung alleine entscheiden muss, sondern eine, die natürlich in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt anzugehen und zu entscheiden ist. Das hat ei-

(Ministerin Rehlinger)

ne gute Perspektive, wenn es um die Verlängerung der jetzigen Strecken geht.

Es ist letztlich auch die Frage, wo können Reaktivierungen bei uns im Land stattfinden, denn bei aller Freude über möglicherweise mehr Bushaltestellen, bessere Taktungen und ein größeres Angebot ist es fraglich, wie kostengünstig der ÖPNV mit den Bürgerinnen und Bürger zusammen ausgestaltet worden ist. Das ist ein separates Thema, das wir auch schon an dieser Stelle besprochen haben. Es geht ebenso um die Frage, wo wir schienengebundene Verkehre haben, die sicherlich immer noch die beste Form der Anbindung darstellen, aber eben nicht an allen Stellen realisiert werden können.

Es gibt Betrachtungen bei den möglichen Strecken, die zur Verfügung stehen, die, wie ich finde, sehr viel Potenzial haben, um eine ganze Reihe von Regionen in unserem Land viel besser zu erschließen, als es bislang der Fall gewesen ist. Ich nenne auch die Strecke in den Warndt. Das ist eine, die sehr in der öffentlichen Diskussion steht und eine gute Bewertung erhalten hat. Insofern muss sie deshalb von uns weiterhin und intensiv beplant werden, auch wenn ich heute noch nicht sagen kann, dass dafür das Geld zur Verfügung steht. Aber ich bin sicher, heute sagen zu können, dass der Bund noch mehr Geld zur Verfügung stellen wird, als er es heute schon tut. Wir müssen aber auch in der Lage sein, entsprechende Pläne präsentieren zu können. Deshalb wollen wir gerade an solchen identifizierten Streckenabschnitten arbeiten und sie intensiver und eingehender beplanen.

Das betrifft aber auch die Strecke, die nach Schmelz hochführt und vielleicht in den Hochwalddraum verlängert werden kann vor dem Hintergrund einer entsprechenden kostenseitigen Betrachtung. Man muss bei der Streckenführung genau hinschauen, was das für die Kostenentwicklung und die Nutzenseite heißt und wie man es rechtfertigen kann, dort zu investieren oder auch nicht.

Es geht aber eben auch um die Frage, und deshalb habe ich mich unter anderem noch einmal zu Wort gemeldet, wie sieht das aus mit der Strecke von Niedaltdorf in Richtung Bouzonville? Und ich sage ganz ausdrücklich: auch darüber hinausgehend, lieber Kollege Heinrich. Es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Verkehrsentwicklungsplan gerade darauf keine abschließende Antwort gibt.

Wenn ich die Kriterien des Verkehrsentwicklungsplans für das Saarland darauf anwenden würde, und genau das habe ich im Übrigen auch im Rahmen der Pressekonferenz sehr deutlich gesagt, dann müsste ich tatsächlich zu dem Ergebnis kommen,

dass sie ein ungünstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis ausweist. Aber nur, weil wir eben die Betrachtung bis Bouzonville machen. Ich will aber in meiner Betrachtung überhaupt nicht aufhören bei Bouzonville, sondern ich will weit darüber hinausgehen, denn darin liegt der eigentliche Nutzen einer solchen Strecke.

Dafür brauchen wir aber vernünftige Zahlen, im Übrigen auch die unserer französischen Partner. Deshalb ist das kein originärer Teil des Verkehrsentwicklungsplans Saarland, sondern ich finde, das ist ein großregionales Projekt, wo es darum geht, grenzüberschreitende Verkehre miteinander zu organisieren. Da haben wir auch zwei sehr ermutigende Beispiele aus der Vergangenheit, von denen ich einfach sagen muss, dass sie in ihrer Bedeutung überhaupt nicht genug wertgeschätzt werden. Sie sind hier nur einmal kurz mit angeführt worden, aber sie zeigen, dass wir am Ball sind und dass es gelingt, tatsächlich grenzüberschreitenden Verkehr besser aufzustellen, als das heute der Fall ist. Das ist nämlich die Taktung, die wir auf der Strecke nach Metz und nach Straßburg erreichen werden.

Ich finde, in dieser Gesamtschau muss man es betrachten, auch mit unseren französischen Freundinnen und Freunden, aber natürlich auch mit der Luxemburger Seite, und da reicht es nicht, nur kurz über die Grenze zu schauen, sondern das muss man wirklich in einer großräumigen Betrachtung ansehen. Wir müssen vor allem aber auch, so redlich müssen wir miteinander umgehen, in den Gesprächen darauf achten, dass wir auch mit denjenigen reden, die nicht nur die Wünsche äußern, sondern die auch über das Geld verfügen und die die Entscheidungen auf französischer Seite darüber zu treffen haben, wofür es ausgegeben wird. Insofern müssen wir etwas mehr Gespräche führen, als das bisher der Fall gewesen ist. Wenn die kommunale Seite das befürwortet, ist das sicherlich gut, weil sie uns dann auch auf französischer Seite helfen wird, an der Stelle dafür zu werben, wo die Entscheidungen getroffen werden. Da waren wir noch nicht so weit, wie auch ich gerne gewesen wäre, aber das hilft ja, wenn es auch auf französischer Seite viele Partner gibt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich bin sehr dankbar, dass wir so intensiv wie nie über das Thema Verkehr reden, in den letzten Wochen, Monaten, seit einem Jahr, anderthalb. Es gehört dann aber auch dazu, denn wir werden alle miteinander immer schlauer, auch ich, vielleicht auch andere, dass wir nicht nur über die Frage der Investitionen in Infrastruktur reden dürfen. Wir wollen ja

(Ministerin Rehlinger)

keine Gleise haben, auf denen keine Züge fahren, sondern wir wollen Gleise haben, auf denen Verkehr stattfindet. Ich muss die Rechnung voll aufmachen und nicht nur in der Hälfte stehen bleiben. Das heißt nämlich, selbst wenn es uns gelingt, das Geld dafür zu organisieren, dass die notwendigen Investitionen getätigt werden, müssen wir gemeinsam in die Kasse reinschauen und überlegen, ob wir Geld haben, um darauf Verkehr zu bestellen, und zwar gemeinsam mit den Partnern. Die müssen genauso bereit sein wie auch wir.

Insofern sind wir noch auf einem Weg, gemeinsam miteinander. Wir sind weder mit dem Zug noch zu Fuß bisher angekommen. Niemand wird müde, diesen Weg zu gehen. Ich finde, man darf hier keinen falschen Eindruck erwecken. Ja, es geht um Investitionen, ja, die müssen von allen gewollt sein, und zwar von denen, die sie auch zu bezahlen haben, und ja, wir müssen auch gemeinsam wissen, dass anschließend Verkehr bestellt werden muss. Alles das muss miteinander diskutiert werden. Ich bin sehr dafür - als Verkehrsministerin will ich immer dafür sorgen -, dass der Zug in alle Richtungen fährt, dass wir ankommen, dass wir abfahren können, aber ich bin auch sehr dafür, dass wir sehr ehrlich miteinander umgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Und ja, ich will einen dritten und letzten Punkt ansprechen. Wir sprechen über die Bedeutung von grenzüberschreitenden Verkehren als bloßes Vehikel des Fahrens von A nach B im kleinen Grenzverkehr und messen ihnen einfach eine darüber hinausgehende Bedeutung für Europa zu, was unzweifelhaft der Fall ist. Das Saarland hat eine Funktion als Brückenkopf. Die Frage, wie das denn ist, wenn man beieinanderbleiben will, dass man dann auch zueinanderkommen muss, ist insofern von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, genauso wie viele andere auch in diesem Hause, dass der Aachener Vertrag, dass Élysée 2.0 auch ausdrücklich Ausführungen zu den Grenzregionen enthält, und dass es auch ausdrücklich Ausführungen zum Bereich Verkehr und Infrastrukturprojekte im Grenzverkehr gibt.

Ich habe aber auch schon an vielen anderen Stellen dazu gesagt, dass die Worte, die dort auf dem Papier geschrieben stehen, mehr Wert sein müssen als nur das Stück Papier. Sie müssen auch finanziell hinterlegt werden, es muss einen Fonds dafür geben und es kann nicht zwingend - obwohl wir es jetzt so angelegt haben - sein, dass das kleine Bundesland Saarland die Entwicklungskosten für zweisystemfä-

hige Materialien bezahlen muss, damit man zwischen Deutschland und Frankreich hin und her fahren kann. Das ist möglicherweise eine Aufgabe, die deutlich über den Zuständigkeitsbereich eines kleinen Bundeslandes hinausgeht.

Ich glaube, da sind wir alle miteinander gut beraten, überall dort, wo es Geld dafür geben kann, zu werben. Der Élysée-Vertrag ist uns dort Auftrag und Möglichkeit genug, dafür zu werben - ich sage es auch ausdrücklich - und auch einzufordern, denn das ist der Geist, der dort zum Ausdruck kommt. Wir hätten hier einen realen Anwendungsfall und wir sollten dafür sorgen, dass das Geld dafür auch organisiert werden kann.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Insofern ist es gut, dass das ganze Thema Verkehr eine viel größere Bedeutung hat, als das vielleicht noch vor einem oder zwei Jahren der Fall war. Wir haben jetzt über die Infrastruktur gesprochen, wir haben über den grenzüberschreitenden Verkehr gesprochen. Wir werden aber auch in den nächsten Tagen - morgen habe ich Bürgermeister und Landräte eingeladen - über die Frage des Tarifsystems miteinander zu sprechen haben. Das Angebot zu haben, ist das eine, aber auch die Möglichkeit zu schaffen, dass Leute auch aus Kostengründen überhaupt von diesem Angebot Gebrauch machen können, ist das andere. Und auch da haben wir in einem Jahr Vorarbeit viele gute Ideen entwickelt, wie wir den ÖPNV in diesem Land attraktiver, günstiger und einfacher machen können.

Ich werde den Bürgermeistern dort morgen auch einen guten Vorschlag unterbreiten, wie wir das als gemeinsame Aufgabe angehen können. Es besteht die Möglichkeit - und das war sicherlich eines der guten Ergebnisse von mehreren guten Ergebnissen der Herbst-Regierungsklausur -, dass wir hier das Geld, das wir gemeinsam als Regierungsfractionen ermöglicht haben, so investieren können, dass am Ende des Tages der ÖPNV in diesem Land eine deutliche Attraktivitätssteigerung erfahren kann, dass diejenigen, die in nutzen, weniger dafür zahlen müssen und dass er so attraktiv wird, dass in Zukunft sich viel mehr Bürgerinnen und Bürger veranlasst sehen, ihr Auto einmal stehen zu lassen und in den Bus oder die Bahn einzusteigen. Dafür werde ich morgen werben und dafür, dass wir das gemeinsam aufsetzen, denn es ist zu einem guten Teil kommunale Aufgabe.

Ich weiß aber auch, dass deren Mittel beschränkt sind, und wenn wir vorankommen wollen, müssen wir die Kommunen unterstützen. Es geht aber auch darum, dass die Kommunen ihrerseits ihren Beitrag

(Ministerin Rehlinger)

dazu leisten, das Angebot aufrechtzuerhalten und es nicht noch einzuschränken, wenn es neue Auftragsvergaben gibt, denn beides muss zusammen passieren. Es muss bezahlbar sein, aber das Angebot muss auch überhaupt erst vorhanden sein, damit es wirklich attraktiv ist.

Insofern wird das sicherlich nicht die letzte Debatte sein, die wir zum Thema Verkehr in all seinen Facetten hier im saarländischen Landtag, aber auch an vielen anderen Stellen geführt haben. Ich als Verkehrsministerin freue mich sehr über die Bedeutung, die dieses Thema gewonnen hat, aber ich bitte ganz herzlich auch darum, dass wir das mit der notwendigen Differenziertheit diskutieren. Es ist ein komplexes Thema, alleine schon aufgrund der Zuständigkeiten, erst recht, wenn wir es grenzüberschreitend diskutieren.

Ich glaube, es macht am Ende 0,0 Sinn, den Bürgerinnen und Bürgern Dinge zu erklären oder hier zu äußern, die am Ende des Tages nicht zusammenpassen, die nicht zutreffend sind und deshalb für Unzufriedenheit sorgen, obwohl es gar nicht notwendig ist. Dort, wo wir auf einem guten Weg sind, sollten wir es gemeinsam als Erfolg verkaufen, das hilft uns im ÖPNV und das hilft auch diesem Land. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1149. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1149 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben alle anderen Fraktionen im Hohen Hause sowie die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 16/1150. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1150 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete, dagegen gestimmt haben alle anderen Fraktionen im Hohen Hause.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 16/1152. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1152 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete. Dagegen gestimmt hat die AfD-Fraktion.

Wir kommen nun zu den Punkten 13 und 22 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bundestierschutzgesetz novellieren und konkretisieren - für einen besseren Tierschutz (Drucksache 16/1142)

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Tierschutz und Tierwohl fördern und aktiv gestalten (Drucksache 16/1153)

Zur Begründung des Antrages der Koalitionsfraktionen erteile ich Frau Abgeordneter Pia Döring das Wort.

Abg. Döring (SPD):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Umwelt-, Natur- und Tierschutz gehören zusammen. Das eine geht nicht ohne das andere. In den letzten acht Jahren wurde hier im Saarland - gerade im Bereich Tierschutz - so viel Geld in die Hand genommen wie noch nie und auch so viel gemacht wie noch nie. Es wurden die Tierheime unterstützt, es wurden Auffangstationen für Wildvögel, Wildtiere und Exoten eingerichtet, geschaffen und gebaut, es wurden Tierschutzvereine und Tierschutzorganisationen unterstützt. Die saarländische Tierschutzstiftung, die auch Gelder zur Verfügung hat, hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten viele Organisationen unterstützt. Zuletzt wurden einen Tag vor Heiligabend in der Wärmestube Wurzellos Decken, Bettchen und Leinen für Hunde und auch Gelder für Tierarztkosten und Futterkosten übergeben.

Nichtsdestotrotz besteht Modernisierungs-, Novellierungs- und Konkretisierungsbedarf des Bundestierschutzgesetzes in allen Bereichen für alle Tierrassen. Es macht keinen Sinn, wenn wir hier im Saarland mit eigenen Verordnungen arbeiten wie andere Kommunen oder Bundesländer auch und die Verordnungen ein einziger Flickenteppich sind, in jeder

(Abg. Döring (SPD))

Kommune etwas anderes gilt und bundeseinheitlich nichts geregelt wird. Ganz viele Sachen können wir hier im Saarland auch nicht regeln.

Der Tierschutz hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Durch Art. 20a im Grundgesetz wird er zum Staatsziel. Auch in Art. 59a der Saarländischen Verfassung spiegelt sich der hohe Stellenwert des Tierschutzes wider. Alle grundsätzlichen Regelungen, die den Tierschutz in Deutschland betreffen, werden im Tierschutzgesetz des Bundes geregelt. In § 1 heißt es: „Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“

In diesem Satz bedarf es bereits einer ersten Konkretisierung. Was sind vernünftige Gründe und was sollen unvernünftige Gründe sein? Und in wessen Verantwortung liegt denn diese Definition?

Das deutsche Tierschutzgesetz wurde zwar an verschiedenen Stellen nachgebessert, wird aber seiner Aufgabe des Tierschutzes nicht gerecht, wenn man es ernst meint. Um das Gesetz den heutigen Anforderungen anzupassen, ist eine Modernisierung, eine Novellierung mit eingehenden Konkretisierungen dringend erforderlich, besonders im Bereich Haus- und Nutztiere. Diese Meinung teilen auch der Deutsche Tierschutzbund und etliche Tierschutzorganisationen, die dies schon seit Jahren fordern und verlangen und die Vorschläge machen. Ich denke, es ist an der Zeit, dass jetzt auch einmal etwas passiert.

(Beifall von der SPD und der Abgeordneten Fretter (CDU).)

Es handelt sich um ein weites Feld und eigentlich besteht bei allen Haustieren, bei allen Nutzieren und bei allen Tierrassen Novellierungs- und Korrekturbedarf. Ich will mich auf Hunde und Katzen beschränken; die Kollegin Petra Fretter wird nachher zu den Nutztieren etwas sagen, sonst schaffen wir es zeitlich nicht.

In deutschen Haushalten leben rund 14 Millionen Katzen und fast 10 Millionen Hunde. Viele davon werden oft nicht tiergerecht gehalten und ernährt. Im Haustierbereich gibt es eine ganze Reihe von Tatbeständen, die aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse, aber auch aufgrund einer erheblich geänderten Meinung unserer Bevölkerung einer kompletten Revision bedürfen. Verschiedene Bundesländer oder Gemeinden haben Katzenschutzverordnungen, Hundehalterverordnungen und Rasselisten von gefährlichen Hunden angelegt, die mit Aufla-

gen belegt sind und höher besteuert werden. Das alles ist aber - wie ich eingangs schon erwähnt habe - ein einziger Flickenteppich und macht keinen Sinn. Es muss eine einheitliche bundesweite Regelung per Verordnung oder per Gesetz für diese Fälle her, und zwar dringend. Einen amtlich vorgeschriebenen Führerschein für Tierhalter oder einen Hundeführerschein, der viele Probleme schon vor der Anschaffung eines Hundes lösen würde, gibt es nicht. Umso lobenswerter ist es, dass mittlerweile viele Tierheime, auch hier im Saarland, für die Gassi-Geher Schulungen anbieten, ohne die ihnen kein Hund zum Spaziergehen anvertraut wird. Unsere Tierheime nehmen damit eine Vorreiterrolle ein.

Auch die Tierhalter müssen für das Elend und die Qualen der Haus- und Heimtiere sensibilisiert werden. Sehr viel Tierleid entsteht durch Gleichgültigkeit, Unachtsamkeit, Unwissenheit von Züchtern wie von Haltern und durch das Sammeln von Tieren. „Animal Hoarding“ kann mit Tiersammel-Sucht oder Tierhorten übersetzt werden. Es beschreibt ein Krankheitsbild, bei dem Menschen Tiere in einer großen Anzahl halten, sie aber nicht mehr angemessen versorgen. Es fehlt an Futter, Wasser, Hygiene, Pflege und tierärztlicher Betreuung. Die Halter erkennen nicht, dass es den Tieren in ihrer Obhut schlecht geht. Wenn es dann entdeckt oder angezeigt wird und die Tiere beschlagnahmt werden, müssen oft für an die oder über 100 Tiere, die entweder krank, unterernährt oder in schlechtem Zustand sind, Pflege- und Unterbringungsmöglichkeiten gesucht und Tierärzte konsultiert werden. Die dabei entstehenden Kosten sind immens.

Beim Begriff "Animal Hoarding" schüttelt jeder verständnislos den Kopf, aber der Übergang dahin ist fließend. Eine Forderung der Tierschutzverbände und Tierschützer an die Politik ist es, in Zusammenarbeit mit den Fachleuten des Tierschutzes ein Heimtierschutzgesetz zu gestalten, welches Tierleid verhindert und die Lebens- und Haltungsbedingungen von Nutztieren, Haus- und Heimtieren, aber auch Exoten, Wildtieren und allen anderen umfassend und tiergerecht regelt. Ein Heimtierschutzgesetz könnte eine ganze Reihe von vor allem exotischen Tieren für die Haltung in Privatwohnungen verbieten und für die wirklich klassischen Haustiere wie zum Beispiel Hunde, Katzen, Meerschweinchen und so weiter klare Haltungsbedingungen festlegen. Im Haustierbereich gibt es eine ganze Reihe von Tatbeständen, die aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse, aber auch aufgrund einer erheblich geänderten Meinung in unserer Bevölkerung einer kompletten Revision bedürfen. Diese Forderung wird allerdings nur zu erreichen sein, wenn

(Abg. Döring (SPD))

alle Tierschützer und die, die sich als solche bezeichnen, gemeinsam an einem Strang ziehen und sich gemeinsam für die Sache engagieren.

Tierhandel im Internet, Tierversorgung im In- und Ausland, Bestrafung bei Tierquälerei sowie das Aussetzen von Tieren bedarf einer neuen gesetzlichen Betrachtung. Tierwohl muss absolute Priorität bleiben. Der Verkauf von Haustieren, Hundewelpen, Reptilien et cetera ist zwar grundsätzlich erlaubt, allerdings nimmt der Missbrauch und die Tierquälerei in diesem Bereich immer mehr zu. Dies bedarf einer neuen, klareren, strengeren gesetzlichen Betrachtung und Regelung.

Nichtregierungsorganisationen gehen davon aus, dass der illegale Welpenhandel innerhalb Europas nach den Drogen- und Waffengeschäften der drittgrößte Geschäftsbereich von mafiaösen Strukturen ist. Tiere werden oft wie Wegwerfware behandelt und die Kontrollmöglichkeiten sind in diesem Bereich zurzeit noch sehr beschränkt, speziell im Internet. Die Klarnamen von Tierhändlern im Internet müssen genannt werden. Lebewesen im Internet zu bestellen wie ein Kleidungs- oder Möbelstück ohne Kenntnis der Herkunft, des Gesundheitszustandes, der Zuchtbedingungen, ist unverantwortlich und endet für die Tiere oft in einer Katastrophe. Im günstigsten Fall endet so ein Tier vielleicht in einem unserer Tierheime, die dadurch aber immer mehr finanziell an ihre Grenzen und Möglichkeiten geraten. Sicher glauben manche Tierhalter, sie würden diese Tiere damit retten und sehen nicht, dass die Produktion an den Orten, wo sie gezüchtet werden, erhöht wird, weil die Nachfrage immer größer wird. Hier bedarf es klarer Regelungen und Konsequenzen für Händler und Verbraucher, die sich auf solche dubiosen Geschäfte einlassen.

Intensive Aufklärungsarbeit, die seit Jahren bereits stattfindet und auch weiter stattfinden muss, wird allein jedoch zu keiner Verbesserung führen. Ein wichtiges Instrument, auch wenn es nicht die alleinige Lösung darstellt, ist die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde, die es bereits in 23 europäischen Ländern wie zum Beispiel Frankreich, Belgien, Irland, Österreich und der Schweiz gibt. Deutschland tut sich schwer damit. Ich war im vorigen Jahr auf einer Veranstaltung zu diesem Thema, die international besetzt war. Es waren Vertreter aus sieben europäischen Staaten da. Sie konnten überhaupt nicht nachvollziehen, dass es bei uns nicht möglich ist, das bundesweit einzuführen.

In die 2016 angenommene EU-Verordnung 429/2016 zu Tierseuchen hatte das Europäische Parlament ebenfalls eine Änderung eingebracht, mit

der die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert werden, ein System zur Registrierung einzuführen. Das Europäische Parlament hatte außerdem darauf gedrungen, dass die EU-Kommission im Rahmen der Europäischen Strategie zum Tierschutz eine Studie zum Wohlergehen von Katzen und Hunden durchführt, die kommerziell gehandelt werden. Diese Studie bestätigt nun, dass eine stärkere Harmonisierung der Identifikations- und Registrierungssysteme von Haustieren notwendig ist. Betrügerische Züchter und Händler umgehen die Rückverfolgbarkeit, indem sie ihre Klarnamen im Internet nicht angeben, tierärztliche Kontrollen vermeiden, kennzeichnen, aber nicht registrieren, Heimtierausweise ersetzen oder tierärztliche Untersuchungsergebnisse fälschen.

Noch ist es einfach für illegale Händler. Neue Regelungen müssen her: einfach, kostengünstig und mit nur geringfügigen Belastungen für Transporte von Heimtieren, privat und gewerblich. Die Kennzeichnung und Registrierung muss rechtspflichtig werden. Dadurch können auch entlaufene Tiere wieder schneller ihrem Halter zurückgegeben werden. Nur wenn die Herkunft des Tieres bekannt ist, kann der Halter informiert werden. Mit einer Kennzeichnung können Tierheime und Tierärzte schnell eine Verbindung zum Halter herstellen. Für Kommunen und Tierheime ist das auch eine große finanzielle Entlastung und dazu noch erfreulich für Tier und Halter. Und manch einer wird sich dann sehr gut überlegen, seinen Hund oder seine Katze auszusetzen, da der Halter dann ermittelt werden kann und für die entstandenen Kosten aufkommen muss.

Es bringt sowohl für Besitzer, Tierheime und die Tiere selbst Vorteile und führt in Städten und Gemeinden mittelfristig zu einer enormen Kostensenkung im laufenden Betrieb der Tierheime und der zuständigen Kommunen. Aber das Wichtigste ist, sie vermindert unendliches Tierleid. Wenn man überlegt, dass pro Jahr über 300.000 Hunde und Katzen alleine in Deutschland verloren gehen, kann man sich unschwer ausrechnen, welche Summen der deutsche Tierschutz einsparen könnte, vor allen Dingen aber welches Tierleid vermieden werden könnte, wenn dank einer einheitlichen Kennzeichnung und Registrierung die größte Zahl dieser Tiere an ihre Besitzer zurückvermittelt werden könnte. Die großen Gewinner einer solchen bundeseinheitlichen Regelungen wären unsere Tiere, gleichzeitige Gewinner wären allerdings auch die Tierbesitzer, die Tierheime, die Städte und Gemeinden und die Ortspolizeibehörden. Auch diejenigen, die ihre Tiere aussetzen, bei Nacht und Nebel im Wald anbinden oder ihre zu Tode gequälten Tiere einfach wegschmeißen, könnte man ermitteln und zur Rechenschaft ziehen.

(Abg. Döring (SPD))

Dasselbe Problem haben wir bei der Qualzucht. Als Qualzucht bezeichnet man bei der Züchtung von Tieren die Duldung oder Förderung von Merkmalen, die mit Schmerzen, Leiden, Schäden oder Verhaltensstörungen für die Tiere verbunden sind. Die dort definierte Qualzucht von Wirbeltieren ist nach § 11b Tierschutzgesetz verboten, außer sie ist für wissenschaftliche Zwecke nötig. Große Augen, kleine Nasen, nackte Haut - in Deutschland endet die Zucht von Hund, Katze und Co. immer öfter in Extremen. Viele Tiere leiden ein Leben lang. Tierärzte wollen die Qualzucht nun eindämmen. Dafür muss der § 11b novelliert werden. Der Tierschutzbund findet die Formulierungen dazu zu schwammig. Zudem müssen auch die Haltung und der Verkauf von Tieren aus Qualzucht gesetzlich verboten werden.

Im Tierschutzgesetz ist Qualzucht eigentlich verboten. Es ist demnach untersagt, Tiere zu züchten, wenn ihre Körperteile oder Organe für ihren artgemäßen Gebrauch fehlen oder umgestaltet sind. Trotzdem findet es statt. Auch hier wird es immer mehr. In den Niederlanden ist die Zucht von kurznasigen Hunden aller Rassen, einschließlich der Mischlinge, grundsätzlich verboten, soweit deren Nasenlänge nicht mindestens ein Drittel der Kopflänge beträgt. Dies betrifft dort 22 Hunderassen. Der Zuchtverband in den Niederlanden, den man mit dem deutschen VDH vergleichen kann, hat sofort die Züchtung dieser Rassen eingestellt und den Verkauf verboten. Wenn es gesetzlich geregelt ist, ist es auch möglich. Solange alles nur auf freiwilliger Basis stattfindet oder eine „Kann-Bestimmung“ ist, wird sich im Tierschutz nichts ändern.

Eine immer stärker wachsende Population an freilaufenden und verwilderten Katzen, die oft Nachkommen ausgesetzter Hauskatzen sind, sorgt für immer mehr Probleme. Neben den finanziellen Belastungen für Tierschutzvereine und Tierheime, die durch die zweimal jährliche Katzenschwemme von Jungtieren hoffnungslos überfüllt sind, kommen auch noch hygienische Belastungen und Gesundheitsgefahren für den Menschen dazu. Eine Lösung ist die Kastration von freilaufenden Katzen, die verhindert, dass eine Vielzahl weiterer Katzen geboren wird, die dann unnötigem Tierleid ausgesetzt sind. Zurzeit wird geprüft, wie die Kastration von Freigängerkatzen im Saarland gefördert werden kann. Vor allem im Frühjahr und Herbst gibt es bei unkastrierten Freigängerkatzen häufig Revierkämpfe, bei denen es zu Verletzungen und dadurch zur Übertragung von gefährlichen und auch tödlich endenden Krankheiten kommen kann. „Katzenaids“ und Leukose werden durch Speichel und Bissverletzungen übertragen. Das ist ein Grund, warum es wichtig ist, sei-

ne Katze zu ihrem eigenen Schutz kastrieren zu lassen. Auch das Risiko von ungewolltem Nachwuchs, der am Ende im günstigsten Fall im Tierheim landet, wird dadurch minimiert, das erspart den Tieren viel Leid.

Auf den Antrag der AfD will ich nur kurz eingehen. Es ist für mich darin nicht wirklich ersichtlich, wer wo wie handeln soll. Er kommt auch unserem Antrag sehr nahe, aber das ist bestimmt reiner Zufall. Es ist für mich nicht ersichtlich: Wer soll denn nun ein Gesetz ändern? Es sind Dinge aufgeführt, für die die Kommune zuständig ist. Es sind Dinge aufgeführt, für die das Land zuständig wäre. Der Bund kommt gar nicht vor. Die meisten Dinge, die wir hier kritisieren und die geändert werden müssen, müssen aber im Bundestierschutzgesetz geändert werden. Nur das macht Sinn.

Deshalb fordert der saarländische Landtag die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Novellierung und Konkretisierung des deutschen Tierschutzgesetzes einzusetzen, sich für die Einrichtung eines runden Tisches unter Einbeziehung von Vertretern aller Bundesländer und aller Landestierschutzbeauftragten sowie der anerkannten Tierschutzverbände einzusetzen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weiterhin alles dafür zu unternehmen, die Zahl der Laborversuche mit Tieren zu reduzieren beziehungsweise sie zu vermeiden, sowohl Tierschutz als auch Tierwohl im Saarland weiterhin verstärkt in den Fokus zu nehmen und aktiv gegen Tierleid vorzugehen. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, weitere Projekte im Sinne der regionalen Vermarktungsstrategie von tierischen Produkten zu fördern. Eine Möglichkeit in diesem Zusammenhang wäre auch die Förderung von regionalen Schlachthöfen zur Vermeidung von Lebendtransporten.

Abschließend möchte ich mich noch recht herzlich bei allen Tierschutzvereinen, den Mitarbeitern in den Tierheimen und bei Privaten, die sich ehrenamtlich im Tierschutz engagieren, bedanken für ihren Einsatz und ihr Durchhaltevermögen und ihr Engagement. - Ich bitte um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Frau Abgeordnete. - Zur Begründung des Antrages der AfD-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lutz Hecker das Wort.

Abg. Hecker (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Frau Kollegin Döring! Beginnen möchte ich mit einem Dank in Richtung der Koalitionsfraktionen, da mir Ihr Antrag heute die Gelegenheit gibt, zu einem bisher wenig beachteten Thema in diesem Hause zu sprechen. Dieses Thema haben wir ja auch regelmäßig zum Gegenstand umfangreicher Anfragen gemacht.

Zunächst einmal muss ich für unsere Fraktion feststellen, dass es am Antrag von CDU und SPD im Grunde wenig auszusetzen gibt. Eine Novellierung und eine Konkretisierung des Tierschutzgesetzes ist an vielen Punkten dringend erforderlich und längst überfällig. Auch der Weg hin zu einer möglichst tiersuchtsfreien Forschung ist mehr als nur erstrebenswert.

Nun wollte ich es mir aber nicht so leicht machen und einfach nur sagen, dass das, was CDU und SPD in ihrem Antrag formuliert haben, im Grunde richtig ist und wir dem Antrag daher einfach zustimmen - und fertig. Denn, ob Sie es glauben oder nicht: Das Thema Tierschutz hat in meiner Partei und insbesondere auch in meinem Büro einen extrem hohen Stellenwert. Daher war es mir ein großes Anliegen, einen eigenen Antrag zu diesem Thema einzubringen und mit ihm konkretere und weitergehende Forderungen aufzustellen.

Der Tierschutz genießt in unserem Land zu Recht einen hohen Stellenwert - gerade auch im Saarland, in dem derzeit 21 anerkannte Tierschutzorganisationen aktiv sind und viele weitere Tierschutzprojekte betrieben werden, die ihre Stimme für die Mitgeschöpfe, die keine eigene Stimme haben, erheben. Das alles wäre niemals denkbar ohne die Arbeit und den Einsatz unzähliger ehrenamtlicher Helfer, die nicht selten ihre Freizeit dafür opfern und vieles weitere darüber hinaus. Ihnen sei an dieser Stelle ein ganz besonderer Dank gesagt in der Hoffnung und im festen Glauben, dass sie auch weiterhin ihre Kraft dem Tierschutz und dem Tierwohl widmen werden.

(Beifall des Abgeordneten Thielen (CDU).)

Denn trotz des hohen Stellenwertes des Tierschutzes in unserem Land und trotz der Hunderttausenden ehrenamtlichen Helfer ist es mitnichten eine Selbstverständlichkeit, dass Tiere als fühlende Mitgeschöpfe betrachtet werden. Besonders deutlich wird das immer, wenn Bilder und Videos, auf denen zum Teil verstörende Szenen zu sehen sind, aus Betrieben in die Öffentlichkeit gelangen. Kälber, die am Boden liegen und von Arbeitern mit Fußtritten mal-

trätirt werden, auf engstem Raum zusammengeschichtete Schweine, die kaum Luft zum Atmen haben und unter unsäglichen Umständen dahinvegetieren müssen, Bilder von Tiertransporten, die quer durch Europa verlaufen und bei denen die Tiere aufgrund der viel zu hohen Anzahl nicht einmal den Platz haben, sich irgendwie zu bewegen.

Selbst wenn man die vielen Verstöße gegen geltende Verordnungen einmal außen vor lässt, bleibt festzustellen, dass die vorhandenen Verordnungen zum Teil völlig inakzeptabel sind. Laut EU-Transportverordnung für Tiertransporte ist es beispielsweise zulässig, dass Rinder bei Temperaturen bis 35 Grad Celsius bis zu 29 Stunden nonstop transportiert werden dürfen - und das auf einer Fläche von gerade einmal 1,6 Quadratmetern. Die Notwendigkeit der Überarbeitung genau dieser Verordnung sah sogar der EU-Agrarausschuss, der konkrete Änderungsvorschläge formulierte und diese den EU-Parlamentariern zur Abstimmung vorgelegt hat. Die Parlamentarier stimmten in der Folge zwar für den Umsetzungsbericht, leider blieb bis zur Abstimmung aber nur eine verstümmelte Version übrig, aus der wesentliche Vorschläge für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl entfernt worden waren.

Genügend Themen gibt es aber nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch auf unserer nationalen Ebene - und sogar vor Ort. Seit vielen Jahren fordern Tierschutzverbände eine verpflichtende Registrierungs- und Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen, darüber hinaus eine Kastrierungspflicht für Katzen mit Freigang. Insbesondere Letztere sollte in Anbetracht einer unkontrollierten Fortpflanzung von Freigängerkatzen und der daraus resultierenden stetig steigenden Kosten aufseiten der Tierheime schnellstmöglich umgesetzt werden.

Zu diesem Ergebnis kommt auch die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine unserer Anfragen. Da bleibt dann letzten Endes aber doch die Frage im Raum, was dahingehend getan wird. Wir alle wissen, dass politische Entscheidungsprozesse sehr träge verlaufen können. Hier wird aber doch seit Jahren ein Problem immer wieder aufs Neue analysiert, man kommt seit vielen Jahren immer wieder zur gleichen Erkenntnis und hat seit vielen Jahren die immer gleichen Lösungsvorschläge auf dem Tisch. Weniger reden und mehr umsetzen, das wäre an dieser Stelle mehr als angebracht, denn man könnte damit vielen Tieren unnötiges Leid ersparen.

Kaum Leid erspart wird in Deutschland den Millionen Tieren, an denen Jahr für Jahr grausame und qualvolle Experimente und Versuche durchgeführt werden. Statistisch gesehen stirbt alle elf Sekunden ein

(Abg. Hecker (AfD))

Tier in einem deutschen Versuchslabor, auf EU-Ebene betrachtet geschieht das sogar alle drei Sekunden. Allein in Deutschland fallen derzeit rund drei Millionen Mitgeschöpfe den Experimenten in Versuchslaboren zum Opfer - eine unvorstellbare Zahl insbesondere vor dem Hintergrund, dass es längst Alternativmethoden gibt, die zudem in vielen Fällen wesentlich aussagekräftiger sind als Versuche an Lebewesen, die sich in Körperbau und Stoffwechsel von uns Menschen zum Teil massiv unterscheiden. Hinzu kommen unzählige Experimente an Tieren für die Pharma- und Kosmetikindustrie und Experimente für milliardenschwere Sparten einer in Teilen dekadenten Beauty-Industrie. Der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist die Tatsache, dass für jede Produktionseinheit des Antifaltenmittels Botox mindestens 100 Mäuse ihr Leben lassen müssen. Hochrechnungen besagen, dass somit 600.000 Mäuse im Jahr ihr Leben unter anderem dafür lassen müssen, dass Menschen ihr Gesicht glatter aussehen lassen können. Verzeihen Sie mir den Ausdruck, aber das ist Perversion in Reinkultur!

Von den vielen anderen grausamen Experimenten an Baby-Affen, Hunden, Katzen und vielen weiteren Tierarten möchte ich gar nicht erst anfangen. Diese Ausführungen wären schockierend und abstoßend zugleich. Auch wenn eine völlig tierversuchsfreie Forschung derzeit zugegebenermaßen nicht in Sicht ist, da hierfür schlicht auch die politischen Mehrheiten fehlen, muss genau diese tierversuchsfreie Forschung das Ziel sein. Es gibt heute bereits viele Alternativen zu Tierversuchen, die Förderung weiterer und neuer Alternativen ist nach unserer Ansicht eines der wichtigsten Ziele beim Tierschutz.

Da wir bei Grausamkeit, Qual und Leid sind, komme ich auch nicht umhin, das betäubungslose Schlachten von Tieren zu thematisieren. Nun wird sicherlich wieder jemand um die Ecke kommen und behaupten, das sei die Idee böser Rechtspopulisten, weil man Muslime und Juden in ihren religiösen Sitten und Gebräuchen einschränken will. Ihm sei eines gesagt: Die Forderung nach Abschaffung dieses grausamen und qualvollen Abschlachtens von Tieren ist seit jeher eine Forderung quer durch alle Tierschutzverbände, das schon in Zeiten lange bevor es die AfD gab. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass zahlreiche Staaten das betäubungslose Schlachten generell verboten haben - und das ist auch gut so. Denn eines ist unstrittig, dass sowohl der Tierschutz - - Mir fehlen die vier Minuten zur Einbringung! Ihr zeigt mir hier schon die letzte Minute der Redezeit an!

(Sprechen beim Präsidium.)

Ihr habt mir nur acht Minuten gegeben, ich bekomme aber doch noch zusätzlich vier Minuten.

Vizepräsidentin Spaniol:

Sie haben noch knapp eine Minute.

Abg. Hecker (AfD):

Plus die vier Minuten für die Einbringung des Antrages.

Vizepräsidentin Spaniol:

Sie haben doch einen korrespondierenden Antrag eingebracht, zum Antrag der Großen Koalition. In dem Fall haben Sie keinen Bonus für den Initiativantrag. Das ist so, Herr Kollege Hecker. Sie haben eine Redezeit von acht Minuten, und Sie liegen jetzt bei sieben Minuten und vierzig Sekunden.

Abg. Hecker (AfD):

Gut. - Das zwingt mich in die Situation, dass ich meine Rede nicht komplett vortragen kann.

(Der Redner blättert in seinem Manuskript. - Abg. Renner (SPD): Ihre Redezeit ist um.)

Herr Renner, Sie haben Recht, ich muss mich kurz sortieren. - Zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, dass Sie in Fragen des Tierschutzes mit der AfD jederzeit einen verlässlichen Partner an Ihrer Seite haben werden, der auch mit eigenen Vorschlägen und Ideen dazu beitragen kann und will, dass wir hier im Saarland noch mehr als bisher tun können und werden.

Auch wenn viele Themen heute offenbleiben und wir darüber hinaus auf viele Themen nur bedingt bis gar keinen direkten Einfluss nehmen können, sollte der Tierschutz auch zukünftig einen festen Platz in diesem Hause haben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Danke, Herr Abgeordneter. Ich eröffne nun die Aussprache. - Das Wort hat die Kollegin Petra Fretter von der CDU-Fraktion.

Abg. Fretter (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tierschutz ist Staatsziel, das haben wir heute schon mehrfach gehört. Tierschutz soll keine Grenzen kennen und darf uns nicht egal

(Abg. Fretter (CDU))

sein. Die Zeit des 17. Jahrhunderts, in dem René Descartes, ein einflussreicher französischer Philosoph, Tieren jegliche Empfindungsfähigkeit absprach und jeden Schrei als Reflex eines ausgeklügelten Mechanismus sah, ist Gott sei Dank vorbei. Das war schon eine eigentümliche Ansicht, die sich erfreulicherweise nicht durchgesetzt hat. Heute wissen wir: Tiere fühlen Schmerz, Tiere schließen Freundschaften, Tiere können Probleme erkennen und teilweise lösen - das heißt, sie denken. Tiere empfinden Freude und Trauer, Tiere spielen und freuen sich, und Tiere können leiden.

Tierleid ist noch nicht komplett aus unserem Alltag verschwunden. Tierleid soll und muss durch die Gesetzgebung verhindert werden. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht, um eine Novellierung und Konkretisierung des bestehenden Tierschutzgesetzes zu bewirken. Im November 1933 wurde das erste Tierschutzgesetz verabschiedet; es wurde erst nach 40 Jahren erstmals überarbeitet, das war im Jahr 1972 - das nur als Information. Danach gab es mehrere Novellierungen. Sie sehen, seitdem beschäftigen sich nicht nur Politiker und Wissenschaftler mit dieser Frage, wie man Tierschutz am besten gewährleisten und zum Wohle der Tiere beitragen kann. Ein wichtiger Schritt: Im Mai 2002 wurde der Tierschutz ins Grundgesetz aufgenommen, um ihm mehr Gewicht zu verleihen und somit wiederum das Staatsziel zu unterstreichen. Und genau dieses Ziel haben wir auch heute wieder vor Augen, und nicht nur vor Augen, sondern, das sage ich ganz persönlich und ich sage es für andere mit, in unserem Herzen. Tierschutz nach heutiger aufgeklärter Zeit muss das Ziel sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine Kollegin Pia Döring hat in ihrer Rede schon viel angesprochen. Ob Haustiere, Welpenhandel, Kennzeichnung, Registrierungspflicht für Hunde und Katzen, Tierheime, Tierschutzstiftung, mit ihren Ausführungen stimme ich zu 100 Prozent überein, ich brauche das nicht alles zu wiederholen.

Ich möchte mich deshalb in meinem Redebeitrag mehr auf die Themen Tierzucht und Tierhaltung in der deutschen Landwirtschaft konzentrieren. Die bäuerlichen Betriebe stehen vor vielen Herausforderungen, auch was die Haltung von Nutztieren angeht. Dazu kommen noch die Auswirkungen des Klimawandels und die Maßnahmen zum Klimaschutz. Verbraucher verlangen immer mehr artgerechte Tierhaltung, sind aber häufig nicht bereit, entsprechend mehr zu zahlen. Der Fleischkonsum liegt bei uns in Deutschland seit 2005 konstant bei ungefähr 60 kg pro Person pro Jahr. Über die Hälfte dieser Menge wird als Schweinefleisch konsumiert, danach folgt

Geflügel mit circa 13 kg und Rindfleisch mit etwa 10 kg. Das ist nicht wenig, meine ich. Aber ich stehe hier nicht mit erhobenem Zeigefinger und auch nicht als Verfechterin vegetarischer oder veganer Ernährung. Ich selbst esse hin und wieder Fleisch, meistens Rind von einem biozertifizierten Betrieb oder Geflügel, dessen Tierwohl-Label eine artgerechte Haltung versichert. Schweinefleisch esse ich eher nicht. Das kostet alles etwas mehr, sicherlich, aber dafür habe ich meinen Fleischkonsum einfach etwas eingeschränkt. Es funktioniert und es tut nicht weh. Aber keine Angst, ich möchte auch hier niemandem vorschreiben, wie er zu leben oder sich zu ernähren hat.

Ich habe nur eines als Wunsch und Ziel, was für uns alle gelten sollte: 60 kg Fleisch pro Person und Jahr sollte von Tieren stammen, die trotz ihrer Bestimmung als Nahrungsmittel ein Recht haben sollten, bis zum Ende ihres Lebens ein gutes, nach dem Tierwohl ausgerichtetes Leben zu führen. Das ist doch das Mindeste, was wir für unsere Mitgeschöpfe erreichen sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Züchtungs-, Haltungs- und Umgangsformen, sprich vernünftige Fleischproduktion von allen Tieren, artgerechte Stall- und Weidehaltung, schonende, stressfreie Schlachtung - das sind emotionale Themen, denen wir uns stellen müssen, um verträgliche Lösungen für die Tiere zu finden. Das muss im Bundesgesetz für alle Tierarten konkretisiert werden. Dem Kükenschreddern zum Beispiel steht bald ein Ende bevor durch ein Verfahren, welches das Geschlecht schon im Ei bestimmen kann. Ab diesem Jahr soll das patentrechtlich geschützte Verfahren ersten Brütereien zur Nutzung angeboten werden, und ich hoffe sehr, dass recht viele, wenn nicht sogar alle, Betriebe davon Gebrauch machen. Es ist ein Verfahren, das ein Verbot des Kükenschredderns bewirken wird, und das steht schon viel zu lange aus. Außerdem gibt es noch Initiativen, die die Brüder der Legehennen aufziehen. Die Eier, die unter Namen wie zum Beispiel „Hahn und Henne“, „Bruder-Ei“ oder „Herzbube-Ei“, um nur einige zu nennen, etwas teurer verkauft werden, kommen Hahn und Henne zugute. Das sind schon mal zwei gute Beispiele, die dazu führen, dass das Kükenschreddern bald Geschichte ist, und das ist gut so.

Bei all den Anforderungen, die wir zum Wohl der Tiere an die Landwirte stellen, muss aber auch bedacht werden, dass Ökologie und Ökonomie ausgewogen bleiben. Wir brauchen den Schutz von Tierwohl und Umwelt auf der einen Seite und wirtschaftlich auskömmliche Erträge für die familiären Betriebe - und das ist immer noch die größte Anzahl der bäuerlichen Betriebe - auf der anderen Seite. Pas-

(Abg. Fretter (CDU))

sende und funktionierende Rahmenbedingungen müssen gesetzlich geschaffen werden. Wir fordern noch mehr Öffentlichkeitsarbeit, um Verbraucher auf regionale tierische Produkte aufmerksam zu machen. Wir fordern, vermehrt über die Kriterien und Stufen bei den Tierwohl-Labeln aufzuklären.

Was die Frage der Regelung von Tiertransporten angeht, setze ich große Hoffnung auf die Verbraucherschutzministerkonferenz im Juni dieses Jahres, die dieses Thema im Zuge der Weiterentwicklung des Tierschutzes behandeln wird; sie hat es, glaube ich, schon einmal in der vorherigen Verbraucherschutzministerkonferenz getan. Ich wünsche mir als Ergebnis verbesserte verbindliche Regelungen für Transporte in und durch Deutschland, die Einzug in das Bundestierschutzgesetz finden werden. Ein weiteres Ziel, das Thema auch auf europäischer Ebene erneut in die Diskussion zu bringen, schließt sich da automatisch an.

So kommen wir weiter. So behalten wir auch unsere Würde, denn: „Wer die Würde der Tiere nicht respektiert, kann sie ihnen nicht nehmen, aber er verliert seine eigene“. Das sagte Albert Schweitzer. Ich glaube, das will doch niemand von uns, liebe Kolleginnen und Kollegen.

An der Stelle auch von mir einen ganz herzlichen Dank für all die, die sich für Tierschutz und Tierwohl in so vielfältigen Facetten ehrenamtlich, aber auch hauptamtlich, engagieren. Ohne sie ginge es auf keinen Fall. Diese Welt wäre viel ärmer, wenn wir diese Menschen nicht hätten und vor allem, wenn die Tiere diese Menschen nicht hätten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein paar Worte zum AfD-Antrag. Sie stellen Anfragen und Sie bekommen die von der Landesregierung beantwortet. Was ich im Ausschuss vermisste, sind Anträge. Da liegt mir selten ein Antrag vor, schon gar nicht für Tierschutz. Bei Sitzungen ist mir schon öfters aufgefallen - warum auch immer; ich will das nicht bewerten -, sobald man so etwas behandelt, das ist meistens auch zu etwas späterer Stunde, sind oftmals keine Abgeordneten mehr von Ihnen anwesend. Das hat mich schon des Öfteren einmal etwas nachdenklich gestimmt.

(Abg. Dörr (AfD): Frau Fretter, denken Sie einmal darüber nach, wie Sie die Sitzungen leiten. Vielleicht ein bisschen straffen! - Abg. Renner (SPD): Sie schlafen doch schon, wenn es anfängt! - Minister Jost: Der Minister sitzt dort zu gerne! - Unruhe. - Sprechen.)

Ich leite die Sitzungen als Vorsitzende, wie ich es für richtig empfinde. Jeder hat sein Rederecht dort und es dauert eben so lange, wie es dauert.

Vizepräsidentin Spaniol:

Bitte keine Dialoge. Man kann sich zu Wort melden. Auch eine Kurzintervention ist möglich. Ich bitte, diese Regularien zu beachten. Das Wort hat die Kollegin Fretter.

Abg. Fretter (CDU):

Jedenfalls ist es schön, dass Sie heute einen Antrag mit eingebracht haben, der in vielen Facetten die Themen, „Tierschutz und Tierwohl fördern und aktiv gestalten“ beleuchtet. Ihr Antrag lässt aber nicht erkennen, welche vorhandene Gesetzeslage nun geändert werden soll. Ich habe es in dem Antrag gesucht. Ich habe es nicht gefunden und vor allem, wo man sich bei wem einsetzen soll. Es ist von allem etwas drin. Das ist klar, aber es bringt uns an der Stelle nicht weiter. Ich muss ja wissen, wo ich hin will.

(Beifall des Abgeordneten Renner (SPD).)

Viele Forderungen aus Ihrem Antrag - die Kollegin hat es auch schon gesagt - betreffen die Bundesebene, andere betreffen die EU-Ebene, die Landes- und Kommunalebene, wie zum Beispiel die Einrichtung eines Fonds für benachteiligte Menschen. Das ist eindeutig eine kommunale Geschichte. Die entscheiden wir hier und heute nicht. Da es mir nicht ersichtlich ist, was Sie genau gewollt haben und an wen man sich wenden muss, müssen wir diesen Antrag ablehnen. - Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Fretter. Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Herr Dörr, hat eine Kurzintervention angemeldet. Ich lasse diese zu. - Herr Dörr, Sie haben das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Sie haben die AfD-Fraktion angesprochen, und zwar wie die Mitarbeit in den Ausschüssen ist, also in Ihrem Ausschuss, die Mitarbeit, Anwesenheit und so weiter. Das hat ja hier den Eindruck erweckt, als ob wir kein Interesse daran hätten. Ich bitte, da einmal zu bedenken, dass wir in jedem Ausschuss nur mit einer Person anwesend sind. Wenn diese eine Person dann noch andere Verpflichtungen hat - und es

(Abg. Dörr (AfD))

sind nicht in allen Ausschüssen immer die Fraktionsvorsitzenden da, Fraktionsvorsitzende haben andere Verpflichtungen als Abgeordnete -, da ergibt es sich manchmal so, dass es nicht mehr geht.

(Zuruf von Minister Jost.)

Da wäre es mir lieber, wenn auch Leute, die da berichten, nicht stundenlang vorlesen, sondern diese Dinge einfach einmal übergeben und ihre Vorträge etwas straffen. Da ist auch die Vorsitzende gefragt. Da hätte ich auch lieber, dass, wenn ein Referent einmal fertig ist, die Vorsitzende nicht noch einmal das Referat des Referenten wiederholt. Das haben wir ja alle gehört.

(Minister Jost: Damit man noch einmal ein „Gimmchen“ im Büro machen kann! - Abg. Renner (SPD): Sie schlafen doch schon, bevor Sie zur Tür hereinkommen.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Frau Kollegin Fretter, Sie haben die Möglichkeit einer Erwiderung. Möchten Sie diese nutzen?

Abg. Fretter (CDU):

Herr Dörr, ich denke, Sie wissen, wie man eine Sitzung leitet. Ich weiß es auch, weil ich es schon sehr lange mache. Eine Sitzungsleitung in einem Ausschuss lässt einen Berichterstatter berichten. Der Bericht dauert so lange, wie er dauert. Danach hat man noch Fragen. Die hat die Vorsitzende und die haben auch die Abgeordneten. Auch das dauert so lange, wie es dauert. Wir behandeln viele Themen im Umweltausschuss und haben viele Sitzungen, worüber ich sehr stolz bin - das bedeutet, wir machen eine tolle Arbeit, das darf ich an der Stelle sagen, sehr viel Arbeit. Deswegen dauern die Sitzungen eben in der Regel eineinhalb, zwei und zweieinhalb Stunden. Ich kann es auch nicht ändern.

(Minister Jost: In der Regel sitzt der Minister länger da als mancher Fraktionsvorsitzender.)

Das ist auch ganz egal. Das ist unsere Arbeit und das ist unsere Aufgabe. Ich schaue da nicht auf die Uhr, sondern ich mache meine Arbeit und arbeite die Themen ab.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Zuruf des Abgeordneten Dörr (AfD).)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Frau Kollegin Fretter. Wir fahren nun fort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass Zwischenrufe von

der Regierungsbank nicht zulässig sind. - Ich bedanke mich für Ihre Disziplin und erteile nun dem Kollegen Ralf Georgi für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Abg. Georgi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tierschutz geht uns alle an. Ferkel müssen ungefähr die Hälfte ihres Lebens in Metallkäfigen verbringen, die nur so groß sind wie sie selbst, von der Industrie als Kastenstand bezeichnet. Männliche Ferkel werden ganz ohne Betäubung kastriert, männliche Küken werden geschreddert. Tiere leiden unter langen Transporten in engen Wagen, in denen manche Tiere nur gebeugt hocken können, oftmals ohne ausreichend Luft.

Es wurden 2018 im Saarland mehr als 24.000 Tiere für Versuche getötet, deren Nutzen in der Fachwelt äußerst umstritten ist. Die Zahl der Versuche ist angestiegen, obwohl eigentlich die Hochschulen seit 2016 verpflichtet sind, die Entwicklung von Methoden und Materialien zu fördern, die die Verwendung von lebenden oder eigens hierfür getöteten Tieren verringern oder ganz ersetzen können. Angesichts dieser Zahlen kann die Aufforderung im vorliegenden Antrag, die Landesregierung soll weiterhin alles dafür unternehmen, Laborversuche mit Tieren zu reduzieren, nur überraschen. Es sollte gerade nicht so weitergehen wie bisher mit einer Steigerung der Versuchszahlen, sondern es sollte mehr in tierversuchsfreie Alternativen investiert werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der AfD.)

Auch Haustiere leiden, auch bei uns im Saarland. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die mehrmaligen Inobhutnahmen von Tieren in Nunkirchen. Mit unserer Anfrage an die Landesregierung zu Hunde- und Welpenhandel aus dem Ausland ins Saarland haben wir den Internettierhandel thematisiert. Denn das Geschäft mit Hunden aus dem Ausland boomt. Gerade vor Weihnachten wurden im Internet etwa bei Ebay-Kleinanzeigen oder Facebook vermehrt Hunde und Welpen zum Kauf im Saarland angeboten. Es wurde ja auch schon gesagt, laut Medienberichten stecken hinter derlei Handel teilweise Händlerringe mit mafiösen Strukturen. Der illegale Welpenhandel soll hinter Waffen- und Drogenhandel zu den lukrativsten Geschäftszweigen des organisierten Verbrechens gehören. Die Dunkelziffer beim illegalen Welpenhandel ist laut dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hoch. Die Behörden erfahren in der Regel erst durch Straßenverkehrskontrollen der Polizei oder durch Hinweise aus

(Abg. Georgi (DIE LINKE))

der Bevölkerung von derartigen Fällen. Die Tierschutzstiftung „Vier Pfoten“ geht von 1 Milliarde Euro Umsatz im Jahr aus. Die Regierungsparteien sprechen in ihrem Antrag von einer Novellierung und Konkretisierung des deutschen Tierschutzgesetzes. Dazu gehört für uns auch ein Verbot des Tierhandels im Internet. Eine nie enden wollende Geschichte ist die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen. Auch der unseriöse Online-Handel mit Tieren könnte dadurch leicht reguliert und der illegale Welpenhandel bekämpft werden.

Fachleute wie unser Landestierschutzbeauftragter Dr. Willimzik fordern seit Jahren eine solche Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht. So würden endlich Transparenz und Klarheit über Herkunft und Besitz eines Tieres geschaffen. Wir haben allerdings unsere Zweifel, ob diese Forderung beim dafür zuständigen CDU-geführten Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch Gehör findet. Die zuständige Ministerin Klöckner hat nämlich eine ganz andere Meinung. Das hat sie schon in einem Schreiben an Umweltminister Jost Ende 2018 klargestellt. Daher fordern wir Sie auf, auch weiterhin im zuständigen CDU-geführten Bundesministerium zu intervenieren, damit den Tieren und den vielen Tierfreunden in unserem Land zuliebe endlich das Bundestierschutzgesetz erneuert wird. Wir werden diesem Antrag zustimmen, denn auch wir sind der Meinung, dass das Tierschutzgesetz dringend verbessert werden muss.

Zum AfD-Antrag. Wir werden uns enthalten, ihn aber nicht ablehnen, denn es gibt Punkte, die durchaus unsere Unterstützung finden, wie zum Beispiel eine Überarbeitung der EU-Transportverordnung, damit Rinder nicht bei Temperaturen über 35 Grad bis zu 29 Stunden kreuz und quer durch Europa transportiert werden können. Einige Forderungen sind aber überholt. So hat das Saarland im Bundesrat mehrfach ein Verbot von Wildtieren im Zoo formuliert. Hier ist die Haltung des Bundesrats eindeutig. - Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsidentin Spaniol:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/1142. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag

Drucksache 11/1142 einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Koalitionsfraktionen, die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete. Enthalten hat sich die AfD-Fraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1153. Wer für die Annahme dieser Drucksache ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1153 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt hat die AfD-Fraktion, dagegen gestimmt haben die Koalitionsfraktionen, enthalten haben sich die Fraktion DIE LINKE sowie die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen zu den Punkten 14 und 21 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Strafraumenverschärfung bei Kindesmissbrauch (Drucksache 16/1138)

Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Unabhängige/r Beauftragte/r für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs für das Saarland (Drucksache 16/1151)

Zur Begründung des Antrags der Koalitionsfraktionen erteile ich Frau Abgeordneter Dagmar Heib das Wort.

Abg. Heib (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! 10.000 Kinder und Jugendliche erleiden jedes Jahr sexuelle Gewalt in der eigenen Familie, im sozialen Umfeld, in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Bildungseinrichtungen oder bei der Nutzung digitaler Medien. Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist im Saarland alleine für 2018 insgesamt 128 erfasste Fälle auf. Das sind mehr als zwei Kinder pro Woche. Die Dunkelziffer ist um ein Vielfaches höher. Statistisch ist jedes siebte bis achte Kind betroffen, Mädchen doppelt so häufig wie Jungen. Immer wieder werden Missbrauchsfälle im familiären Kontext, aber auch in Institutionen und Organisationen öffentlich. Der Missbrauchsfall von Lüdge, der besonders durch das dort geschehene Ausmaß erschüttert, ist zu nennen und in den letzten Monaten auch der Fall von Bergisch-Gladbach, wo mehrere Männer ihre eigenen Kinder sexuell missbraucht und sich gegen-

(Abg. Heib (CDU))

seitig Bilder davon zugeschickt haben sollen. Denken wir an die Missbrauchsvorwürfe und -vorfälle im Bereich der Kirchen und Orden, denken wir an die Aufarbeitung der Verdachtsfälle von Missbrauch im Bereich des UKS, was uns im Untersuchungsausschuss beschäftigt.

Es ist ein Thema, über das wir nicht gerne reden. Es bedrückt, verunsichert und verursacht jedem, der darüber redet oder reden muss, Beklemmungen. In der Fastenzeit hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen einer Vesperpredigt im Trierer Dom zu sprechen. Ich habe damals auch dieses Thema aufgenommen. Viele Betroffene bleiben ihr Leben lang durch die Missbrauchserfahrungen geprägt. In groß angelegten Studien konnten Zusammenhänge zwischen den belastenden Erlebnissen und einer Vielzahl psychischer und körperlicher Auffälligkeiten nachgewiesen werden, etwa Gefühle der Wertlosigkeit, Scham, Schuld, Wut, emotionaler Rückzug und soziale Isolation, Depression, Angstzustände, Schlaf- und Essstörungen, Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Kinderschutz, meine Damen und Herren, muss weiter im Fokus unseres politischen Handelns stehen, Verbesserungen im Kinderschutz müssen weitergehen. Wichtige Schritte waren die Verschärfungen im Sexualstrafrecht, die zur Verbesserung des Kinderschutzes beigetragen haben. Mit der Verschärfung des Strafrahmens in § 176 und den damit in Einklang stehenden § 176a und § 176b Strafgesetzbuch wird deutlich, dass solche Gräueltaten immer ein Verbrechen sein müssen, denn sie sind es.

Die Täter sind hoch kriminell. Die Erhöhung des Strafrahmens wird dem Unrechtsgehalt der Handlung gerecht. Natürlich kann man darüber hinaus auch noch an eine Erhöhung des Strafrahmens im Zusammenhang mit dem Besitz von Kinderpornografie denken oder auch im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen. Dort gibt es ebenfalls noch kleine Gesetzeslücken und Diskussionen, die derzeit geführt werden. Es wird als juristische Frage auch die Verjährungsfrist diskutiert. Wir haben bei sexuellem Missbrauch eine besondere Regelung zur Verjährungsfrist. Normalerweise beginnt im Strafrecht die Verjährung mit Beendigung der Tat. Die Verjährungsfrist bei sexuellem Missbrauch beginnt allerdings erst mit Vollendung des 30. Lebensjahres des Opfers. Die Verjährungsfrist richtet sich dann nach der Schwere der Tat und kann zwischen 5 und 30 Jahren liegen. Das ist im Strafgesetzbuch so geregelt. Darüber hinaus gibt es auch die Möglichkeit der zivilrechtlichen Schadenersatzansprüche für Opfer. Die gesamte Verjährungszeit liegt bei 30 Jahren. Es wird dann nicht mehr nach der Schwere des Delikts unterschieden.

Auch dazu, meine Damen und Herren, gibt es Diskussionen, die noch nicht abschließend geführt sind. Das Bundesjustizministerium hat sich bisher gegen die Verschärfung des Strafrahmens von § 176 ausgesprochen. Wichtiger als die Höhe der Strafe sei die Stärkung der Ermittlungsbehörden und der Justiz in diesem Bereich. Meine Damen und Herren, das ist richtig. Ich kritisiere diese Aussage auch nicht, aber es geht nicht darum, was wichtiger ist. Ich denke, beide Zielrichtungen sind gleich wichtig. Deshalb muss auch beides erfolgen.

Ebenso, meine Damen und Herren, müssen Hilfsysteme für die Betroffenen gestärkt und ausgebaut werden. Ich möchte einen Vergleich ziehen: Wir kennen die anonyme Spurensicherung bei sexueller Gewalt gegen Frauen. Eine Dokumentation oder eine anonyme Spurensicherung werden in diesem Zusammenhang geprüft und diskutiert, es geht um die Möglichkeit, Beweise zu sichern, unabhängig von zeitlichen Druck auf die Opfer. Auch diese Fragen kann man in diesem Kontext durchaus diskutieren. Die Innenministerkonferenz hatte die Thematik ebenfalls besprochen. Dabei ist deutlich geworden, dass Ermittler und Staatsanwaltschaften im Kampf gegen den Kindesmissbrauch inzwischen besser ausgestattet sind und stärker auf eine gemeinsame Datenbank zurückgreifen. Eine Datenbank, in der kinder- und jugendpornografische Fotos und Videos aus dem gesamten Bundesgebiet gesammelt und kategorisiert werden, auch das hilft in der Verfolgung und letztendlich bei den Ermittlungsergebnissen und natürlich in der Strafverfolgung.

Kinder stark machen oder auch Prävention sind eigene Kapitel beim Missbrauch von Kindern, die ausgesprochen wichtig, aber nicht Gegenstand des heutigen Antrags sind. Sie nehmen von daher einen gesonderten Raum ein.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Themenkomplex ansprechen, gerade im Hinblick auf den Antrag der Fraktion DIE LINKE. In Berlin wurde die Verstetigung der Stelle des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs und die des Betroffenenbeirats umgesetzt, ebenso die Verlängerung der Aufarbeitungskommission. Wer Johannes-Wilhelm Rörig erleben durfte - ich hatte schon ein paar Mal die Gelegenheit dazu, ihn in seiner Arbeit kennenzulernen -, kann feststellen, welch wertvolle Arbeit er macht und wie er diese Arbeit vorantreibt.

Wir haben im Saarland im vergangenen Jahr den folgenden Weg gewählt. Es war ein wichtiger Schritt, von daher danke ich an der Stelle unserer Sozialministerin Monika Bachmann. Mit der Etablierung der

(Abg. Heib (CDU))

unabhängigen Kommission Kinderschutz im Saarland können wir den Herausforderungen eines zeitgemäßen effektiven Kinderschutzes beim Missbrauch, aber auch bei Misshandlungen und Vernachlässigung aktiv begegnen.

Wir sind den Weg gegangen, wir haben Experten in einer Kommission zusammengerufen. Diese Kommission - das ist ganz wichtig - ist in ihrer Arbeit unabhängig und kann selbst gestaltend agieren. Sie kann zum Beispiel Handlungsempfehlungen erarbeiten, die anschließend vom Ministerium umgesetzt werden. Bestehende Schutzsysteme sollen überprüft und gegebenenfalls deren Anwendung verbessert werden. Ein Kinderschutzcheck steht ganz oben auf der Agenda.

Es gab eine Strukturanalyse in Vorbereitung der Kommission. Auch dort sind schon Fragen aufgeworfen worden. Als wichtig erachtet wurde die Einrichtung eines Kinderschutzportals Saarland oder auch - was Sie in Ihrer Forderung aufnehmen - die Benennung eines unabhängigen Ombudsmanns für sexuellen Missbrauch beziehungsweise eines Kinderschutzbeauftragten.

Die Mitglieder der Kinderschutzkommission sind bekannt gemacht worden. Die Namen wurden genannt. Jeder Einzelne dort ist Ansprechpartner und kann genutzt werden, wenn ich einen neutralen Ansprechpartner haben will. Ich schaue unsere Ministerin an; unsere Ministerin ist auch immer eine Ansprechpartnerin in all diesen Fällen. Sie ist immer eine vertrauliche Ansprechpartnerin. Ich habe hier schon vor Jahren gesagt, das Saarland hat eigentlich 51 Männer und Frauen im Landtag sitzen, die ebenfalls Beauftragte in diesen Fragen sind und immer als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Nichtsdestotrotz verstehe ich Ihre Anregung, weil es eine Anregung war, die vom Bundesbeauftragten gekommen ist. Zum heutigen Tag sehe ich diesen Antrag nicht als entscheidungsreif an. Ich glaube, wir sollten die Arbeit der Kinderschutzkommission abwarten. Auch die kann das vorschlagen, je nachdem, wie die Arbeit aussieht. Dann kann man eine solche Anregung diskutieren und schauen, wie man auf dem Feld weiterarbeiten wird oder ob man dem Wunsch nach einem Ombudsmann nachkommen kann. Zum heutigen Zeitpunkt ist diese Sache nicht entscheidungsreif. Es muss noch Arbeit von der Kommission erfolgen. Von daher werden wir dem nicht zustimmen.

Über das hinaus, was ich geschildert habe und was sich die Kinderschutzkommission vorgenommen hat, sind nach wie vor weitere Schritte erforderlich, weil es uns heute gerade um den Schutz der Schwäch-

ten unserer Gesellschaft geht. Das sind die Kinder. Dieser Schutz ist zu verbessern. Ich erinnere an die Debatte, die wir vor ein paar Wochen im Hohen Haus geführt haben, als es darum ging, Rechte von Kindern im Grundgesetz zu verankern. Auch dort waren diese Fragen Gegenstand der Diskussion, wie wichtig es für uns ist, Kinder zu schützen.

Die Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind das Wichtigste, was uns anvertraut wurde, zum einen persönlich als Kinder in der Familie und zum anderen insbesondere als Staat. Sie bedürfen des besonderen Schutzes. Das steht außer Frage, denn sie sind die schwächsten unserer Gesellschaft. Ich möchte aufgreifen, dass sie diesen besonderen Schutz brauchen, aber auch andere Schwache, die aufgrund ihrer Schwäche besonders wehrlos und verletzlich sind.

Mit der Verschärfung des Strafrahmens des § 176 beziehungsweise § 176a und § 176b wird deutlich, dass solche Gräueltaten Verbrechen sind. Darauf liegt der heutige Fokus. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle um Unterstützung. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg zur Verbesserung des Kinderschutzes weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke der Frau Abgeordneten und rufe auf zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Dennis Lander.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein wichtiges Anliegen, Kinder vor Gewalt zu schützen. Jedes Kind, das Opfer von sexueller Gewalt wurde, ist ein Opfer zu viel. Jeder Fall ist schockierend und erschütternd. Deshalb müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um Kinder zu schützen. Ich glaube, so weit sind wir uns einig.

Aber es ist doch die Frage, ob es dabei sinnvoll ist, das Strafrecht zu verschärfen. Handelt es sich hierbei nicht einfach um blinden Aktionismus? Ich hoffe, dass der Antrag der Koalition nicht von den Verfehlungen und den Versäumnissen rund um den Missbrauchsskandal des Homburger Uniklinikums ablenken soll. Wenn nämlich ein Assistenzarzt aus sexueller Lust heraus und mit der Autorität eines Arztes Untersuchungen am Genital- und Analbereich von kleinen Kindern ohne medizinische Indikation vornimmt, dann ist das eindeutig übergriffiges Verhalten. Dann ist das auch Missbrauch.

(Abg. Lander (DIE LINKE))

Jahrelang wurde das vertuscht und verschwiegen. Heute wird das Ganze kleingeredet. Die zuständige Wissenschaftsministerin will von nichts gewusst haben. Der zuständige Aufsichtsratsvorsitzende des UKS will von nichts gewusst haben. Die Verantwortlichen der Uniklinik sollen niemanden informiert haben und das, obwohl das Krankenhausgesetz genau das vorschreibt. Dadurch sind weitere Ermittlungen unmöglich geworden.

Die politische Aufarbeitung ist bisher mangelhaft, muss man sagen. Jahrelang wurde offenbar weggeschaut. Man hat Hinweise und Warnungen nicht ernst genommen; hat Anordnungen getroffen, diese aber letztendlich nicht kontrolliert. Man hat auch die besten Zeugnisse ausgestellt für ein vielfach beobachtetes distanzloses Verhalten. Viele Saarländerinnen und Saarländer haben jetzt verständlicherweise den Eindruck, dass das Image des Uniklinikums hier wichtiger ist als der Schutz der Kinder. Ich halte das für einen unhaltbaren Zustand.

(Beifall von der LINKEN.)

Als Folge dieses Untersuchungsausschusses ist ein unabhängiger Missbrauchsbeauftragter aus unserer Sicht absolut notwendig. Die Betonung liegt ganz klar auf dem Wort unabhängig. Ich glaube, das gebieten alleine schon die Fälle rund um das Uniklinikum, denn die Aufklärung wird wirklich schwierig sein mit braven Parteifreunden. Ich möchte an dieser Stelle gar nicht erst anfangen mit den dürftigen Ergebnissen, aber auch Befugnissen des Sonderermittlers der Landesregierung.

Johannes-Wilhelm Rörig, der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, forderte einen unabhängigen Beauftragten auch für das Saarland, da die Fälle immer wieder zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen den Behörden einfach nicht funktioniert. Ich habe eben von der Ministerin erfahren, dass es Bewegung in der Umsetzung für einen Missbrauchsbeauftragten gibt. Das begrüßen wir natürlich ausdrücklich. Wir verfolgen das aufmerksam und hoffen auf eine möglichst zeitnahe Umsetzung.

Man muss aber auch sagen, dass wir für den Schutz von Kindern vor Gewalt und Übergriffen eindeutig mehr Personal bei Justiz und Polizei brauchen. Ja, man muss manchmal auch Geld in die Hand nehmen, alles andere sind Scheinlösungen. Härtere Strafen sind Aktionismus. Sie bringen wenig und helfen den Kindern so gut wie gar nicht; meistens im Gegenteil. Die Tagesschau berichtete am 05.12.2019, dass das Mindeststrafmaß von sechs Monaten bewusst so gewählt wurde und bei späteren Reformen beibehalten wurde. In dem Bericht hieß es: So bleibt es nämlich möglich, ein Strafver-

fahren unter Auflagen einzustellen oder einen Täter im schriftlichen Strafbefehlsverfahren zu verurteilen. Beides erspart betroffenen Kindern, in einer mündlichen Verhandlung möglicherweise als Zeuge aussagen zu müssen.

Ich spreche für unsere Fraktion, wenn ich sage, dass auch wir Kinder nicht dazu zwingen wollen, vor Gericht aussagen zu müssen, um nicht das ganze Trauma noch einmal durchleben zu müssen. Im November erklärte der Sprecher der Bundesjustizministerin Christina Albrecht (SPD): „Wir halten den bisherigen Strafraumen für angemessen und weisen außerdem darauf hin, dass dieser von den Gerichten bereits heute häufig nicht ausgeschöpft wird.“ Man muss es noch einmal sagen, in diesem Bereich ist die Personalisierung von Ermittlungsbehörden und Justiz einfach viel wichtiger als härtere Strafen!

(Beifall von der LINKEN.)

Auch der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Fechner, bestätigt: „Um die schlimmen Verbrechen von Kinderschändern zu verhindern, brauchen wir aber vor allem mehr Personal bei der Polizei sowie eine bestmögliche technische Ausstattung von Polizei und Justiz.“ Ich meine, es ist ja nicht das erste Mal, dass die Saar-SPD gegen die Genossinnen und Genossen in Berlin stimmt. Aber man muss sagen, auch der Deutsche Richterbund sieht die härteren Strafen hier äußerst kritisch. Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, sagt, ich zitiere: Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern und das Verbreiten von Kinderpornografie lassen sich mit den aktuellen gesetzlichen Strafraumen angemessen bestrafen. Sie ermöglichen es der Justiz, auf die große Bandbreite strafbarer Handlungsweisen je nach Schwere abgestuft zu reagieren. - Also, der bessere Schutz von Kindern, jederzeit. Dieser Antrag hilft da aber leider nicht viel und deshalb werden wir ihn ablehnen. - Vielen Dank!

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke für die Antragsbegründung und eröffne die Aussprache. - Ich erteile das Wort für die SPD-Landtagsfraktion dem Abgeordneten Reiner Zimmer.

Abg. Zimmer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Meine Kollegin Dagmar Heib hat ja hinsichtlich der Rechtslage und der Paragrafen inhaltlich schon das Meiste zu dem

(Abg. Zimmer (SPD))

Vorhaben und zu unserem Antrag gesagt. Lieber Kollege Lander, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, Ihre Ausführungen zur UdS und was dort und wie es dort gelaufen ist, lasse ich einmal so stehen. Aber dass Sie in Zweifel ziehen, bei schweren Kindesmissbrauchsverfehlungen den Strafrahmen zu schärfen, das schockiert mich, das muss ich Ihnen sagen.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Das sagen Ihre Leute!)

Ich bin wirklich schockiert, auch wenn das unsere Leute in Berlin vielleicht sagen. Ich glaube, dort hat sich die Zeit geändert, auch durch die Digitalisierung, alles, was wir dort erleben. Ich glaube, dort müssen irgendwann einmal Gesetze angepasst werden. Ich weiß nicht, ob Sie ein Kind kennen, das einem schweren sexuellen Missbrauch unterlegen war.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Ich habe in der Rechtsmedizin gearbeitet!)

Ja, ich kenne auch welche. Das sind Kinder, die sind eigentlich ihr ganzes Leben - das geht nie mehr weg - hochgradig geschädigt, seelisch, physisch und geistig belastet und müssen mit diesem Leid leben. Das bestrafen wir heute mit bis zu zwei Jahren Haft. Das ist die Täterschaft. Das sprechen die beiden Koalitionsfraktionen hier doch sehr deutlich an und wir sind der Meinung, dort etwas tun zu müssen. Das können wir so nicht stehen lassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Hinblick auf unseren gemeinsamen Antrag ist die Verschärfung des Strafrahmens und damit auch des möglichen Strafmaßes im Einzelfall - wir fordern das ja nicht grundsätzlich - bei Kindesmissbrauch ein Schritt in die richtige Richtung. Die Schädigungen, die bei solchen Übergriffen den Kindern angetan werden, können daher nur als Verbrechen und nicht als Vergehen eingestuft werden.

Die meisten von uns haben selbst Kinder, Enkelkinder beziehungsweise Nichten und Neffen. Stellen wir uns nur einmal vor, eine oder einer von uns wäre im eigenen oder im unmittelbaren Umfeld von solch einer Straftat betroffen und die Bestrafung des Täters würde nach den geltenden Rechtsvorschriften vorstattengehen. Und hier, Herr Lander, sage ich Ihnen auch, ein Verhör von einem Kind findet so nicht statt. Meistens werden diese Straftaten ja gar nicht im Kindesalter bekannt, Frau Heib sagte ja vorhin, der Beginn der Verjährungsfrist ist extra auf das 30. Lebensjahr ausgedehnt, darum geht es ja, weil sich diese Kinder meistens nicht offenbaren. Das kommt alles oftmals erst viel später auf den Tisch. Aber

stellen wir uns das einmal vor, denken wir einmal kurz darüber nach, was da wäre. Ich darf gar nicht sagen, was ich da früher im nichtöffentlichen Raum schon geäußert habe, wie ich persönlich reagieren würde, wenn das meiner Tochter oder meinem Sohn passiert wäre. Das würde mit Sicherheit einem geltenden Recht nicht mehr entsprechen. Das wollen wir hier, glaube ich, nicht weiter diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welche eine furchtbare und ekelhafte Vorstellung ist das wohl für jeden von uns und auch für alle anderen hier im Raum, ich glaube, auch auf der Zuschauertribüne. Gerade in Zeiten, in denen Kinder und Jugendliche immer früher an Smartphones und Internet herangeführt werden, vereinfachten Kontakt und Zugriff hierzu haben, wird potenziellen Tätern eine immer größere Plattform ermöglicht, auf Kinder und Jugendliche einzuwirken und letztendlich auch Missbrauch zu begehen.

Kindesmissbrauch kennt sicherlich viele Arten, wobei auch nicht alle auf die gleiche Stufe zu stellen sind. Sie sind jedoch alle zu verurteilen und eine neue Strafrahmenverschiebung bietet eine optimale Chance, auch auf Einzelfälle zu reagieren und mit einem angemessenen Strafmaß zu urteilen. Hierbei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass gerade heute - ich gehe auch darauf ein, was Sie vorhin zur UdS gesagt haben - die Klinikleitung endlich den früheren Saarbrücker Polizeichef Peter Becker zum Ombudsmann in der Sache ernannt hat. Das war höchste Zeit und das freut uns alle hier im Raum.

In diesem Zusammenhang zeigt sich ein weiterer Vorteil der Einstufung von sexuellem Missbrauch von Kindern als Verbrechen, da die Verjährungsfrist von drei Jahren auf fünf Jahre ansteigt. Im Moment sind das noch drei Jahre, später laufen die jedoch erst ab Bekanntwerden der Straftat. Wenn man sich das heute anschaut, was in den Kirchen gelaufen ist, sieht man, dass das oft Menschen sind, die heute 50 oder 60 Jahre alt sind, dort ist die Verjährung längst abgelaufen. Es wäre zu überlegen, ob man das nicht auch ändern kann.

Ebenso ist zu begrüßen, dass abseits des Strafgesetzbuches ein begangener Missbrauch sogar zeitlich unbegrenzt ins erweiterte Führungszeugnis aufgenommen werden soll. Auch das finden wir richtig, hier geht es um das erweiterte Führungszeugnis. Das war auch die Diskussion im Hinblick auf die UdS, dass dort frühere Vorfälle nicht in den Zeugnissen waren. Ich glaube, das könnte allem Gesagten helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, nach den Ausführungen meiner Vorrednerinnen und Vor-

(Abg. Zimmer (SPD))

redner bedarf es meinerseits bei diesem Thema sicherlich keiner weiteren Ausführungen mehr, um hier jeden Abgeordneten im Hause von der Wichtigkeit unseres Antrags zu überzeugen, und ich darf Sie daher um Zustimmung zu unserem Antrag bitten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE im Landtag, auch zu Ihrem Antrag will ich mich wirklich kurzfassen. Ja, der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung hätte gerne in jedem Land einen Landesbeauftragten, an den sich die Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs in Fragen des Opferschutzes wenden können. Wir werden dennoch Ihren Antrag ablehnen, da wir der Meinung sind, dass wir den endgültigen Beschluss der eingesetzten Kinderschutzkommission, die heute gerade erst wieder getagt hat, abwarten wollen. Dies soll, glaube ich, im Februar der Fall sein. Bis dieser Beschluss vorliegt, werden wir abwarten und wir werden dem Beschluss der Kinderschutzkommission auch folgen.

Ich will Ihnen einige Beispiele für Einrichtungen nennen, an die sich die von Missbrauch betroffenen Kinder beziehungsweise deren Eltern wenden können, bei denen es speziell ausgebildete Bedienstete beziehungsweise Angestellte gibt: Zum einen wären das das Landeskriminalamt mit seinen speziell geschulten Beamtinnen und Beamten sowie die Jugendämter mit ihren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Des Weiteren will ich hier aber auch nicht die Opferschutzverbände, wie zum Beispiel den Weißen Ring, die auch speziell ausgebildete Juristinnen und Juristen, Ärztinnen und Ärzte haben, unerwähnt lassen. Dass diese Beratungsstellen in ihrer Unabhängigkeit ja wohl nicht infrage stehen und auch im Hinblick auf die Strafwürdigkeit solcher Verbrechen gute Ansprechpartner sind, werden auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, wohl nicht verneinen.

Ich möchte gerade daher heute all diesen Menschen unseren persönlichen Dank aussprechen, die sich mit dieser schwierigen Materie beschäftigen, und ich glaube, das kann ich hier für das ganze Haus tun. Herzlichen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Und da ich glaube, dass zu dem Thema genug gesagt wurde - das liegt allen auf dem Magen und ist wirklich nicht einfach -, möchte ich meine Rede schließen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich für die AfD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Rudolf Müller auf.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr Kollege Zimmer, zu der Thematik ist wirklich langsam genug gesagt worden. Es wiederholt sich vieles. Ich glaube, wir sind alle auf der gleichen Wellenlänge, wenn es darum geht, den Kindesmissbrauch so gut es nur irgendwie geht zu bekämpfen. Jede Verbesserung, die in der Gesetzeslage angestrebt wird, verdient Unterstützung. Wir unterstützen deshalb auch den Antrag der Koalition. Den Antrag der LINKEN können wir nur insoweit unterstützen, als er die Stärkung der Justiz im Allgemeinen und auch in dieser Thematik enthält. Was darüber hinausgeht - es ist der UKS-Missbrauchsverdachtsskandal angesprochen, dem wird ja auch nachgegangen - und was eine neue Stelle betrifft, demgegenüber sind wir skeptisch.

Ich möchte hier noch einmal eine andere Sache in Erinnerung rufen. Gerade weil man bei diesem Thema sehr einmütig ist und weil da manchmal Unausprechliches passiert, gibt es auch eine gewisse Gefahr, übers Ziel hinauszuschießen. Es kann auch einmal vorkommen, dass gewisse Dinge, die in Familien oder wo auch immer passieren, überinterpretiert oder missinterpretiert werden. Es gab vor etwa zehn Jahren einmal einen Fall, in dem selbsternannte Kinderschützer in dieser Weise übers Ziel hinausgeschossen sind. Am Ende war eine komplette Familie zerstört, obwohl überhaupt nichts passiert war. Diese Gefahr muss meiner Meinung nach bei dieser Thematik auch beachtet werden. Insgesamt ist alles gesagt. Wir werden den Antrag der Koalition unterstützen, zum Antrag der LINKEN werden wir uns enthalten. - Ich danke Ihnen!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich rufe für die CDU-Landtagsfraktion Frau Abgeordnete Dagmar Heib auf.

Abg. Heib (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich muss zwei Anmerkungen machen. Herr Kollege Lander, wenn man darüber nachdenkt, dass Kinder als Zeugen natürlich besonders zu schützen sind, dann sollte man sich auch Gedanken machen. Es gibt das Mainzer Modell - das wird unter Juristen diskutiert -, das ge-

(Abg. Heib (CDU))

rade dazu beiträgt, dass eine Zeugenvernehmung von Kindern in einem geschützten Raum erfolgen kann, damit sie nicht mit den Tätern konfrontiert werden. Ich glaube, man muss in dem Zuge auch mit ansprechen, dass es das durchaus gibt. Das kann man im Interesse der Kinder auch machen.

Ich habe mich hier aber auch noch in meiner Funktion als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zu Wort gemeldet. Herr Lander, ich frage mich, warum Sie überhaupt noch mitarbeiten. Sie stehen hier, Sie stellen alles fest, Sie nehmen alles als bewiesen an, Sie denken überhaupt nicht über eine Unschuldsvermutung nach. Wir arbeiten nach StPO. Wir kennen eine Unschuldsvermutung, auch im Strafprozess. Das stellen Sie alles infrage. Sie haben alle Erkenntnisse parat. Für Sie ist alles erledigt. Ich frage mich an der Stelle, ob Sie wirklich an einer konstruktiven Aufklärung im Untersuchungsausschuss interessiert sind. Das stelle ich für mich derzeit ganz groß infrage. Ich glaube, Sie sollten sich das noch einmal überlegen und in sich gehen, denn nur so können wir wirklich gemeinsam arbeiten. Wir - die Koalitionsfraktionen und Ihre Fraktion - haben uns gemeinsam den Untersuchungsauftrag gegeben.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Es sind nur Fakten genannt worden.)

Ich denke, wir sollten auch gemeinsam an dieser gründlichen und auch objektiven Untersuchung interessiert sein und keine Feststellungen im Vorfeld machen. Ich bin da manchmal erschüttert.

(Abg. Schramm (DIE LINKE): Es sind nur Fakten genannt worden.)

Sie wissen letztendlich auch, wie oft ich in den Sitzungen predige, dass wir eine ganz besondere Verantwortung haben, wenn es darum geht, was wir aus dem Ausschuss heraus sagen und wie wir bewerten. Es gibt die Unschuldsvermutung. Der von Ihnen genannte S. ist verstorben. Das sind alles Sachen, die wir wahrnehmen müssen. Es gibt Persönlichkeitsrechte von Verstorbenen und Lebenden. Da ist eine ganz besondere Sorgfaltspflicht notwendig. Deshalb bitte ich Sie wirklich, damit objektiv umzugehen. Treffen Sie keine unnötigen oder vorweggenommenen Entscheidungen beziehungsweise - für Sie - Schlussfolgerungen. Denken Sie daran, dass eine Unschuldsvermutung gilt. Wir wollen gemeinsam ein gutes Ergebnis erzielen im Interesse gerade derer, die durch diese Geschehnisse ganz besonders betroffen und verletzt wurden. - Vielen Dank!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich nochmals für die LINKE-Landtagsfraktion den Abgeordneten Dennis Lander auf.

Abg. Lander (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zuerst drei Anmerkungen zum Kollegen Zimmer. Ich glaube, Sie haben Ihren Antrag nicht gelesen. Es wird da gesagt, dass das Vergehen zu einem Verbrechen hochgestuft werden soll, also die Strafe von einem halben Jahr auf ein Jahr hochgesetzt werden soll.

(Zuruf: Missverständnis. - Weitere Zurufe.)

Nein, der Kollege Zimmer meinte eben, es wird von einem halben Jahr auf zwei Jahre hochgestuft, aber das steht ja gar nicht in dem Antrag.

(Abg. Zimmer (SPD): Dann habe ich mich versprochen.)

Zum Zweiten. Das Ministerium der Justiz hat die Aussage, welche ich Ihnen eben als Zitat vorgelesen habe, erst im Dezember von sich gegeben. Sie ist somit eigentlich topaktuell. Sie haben das ja so dargestellt, als ob es auf dem Zeitstrahl ewig weit zurückliegen würde.

Drittens. In meinen fünf Jahren, in denen ich in der Rechtsmedizin gearbeitet habe, habe ich einige Fälle von Missbrauch mitbekommen. Wissen Sie, die meisten Fälle von Missbrauch passieren im häuslichen Umfeld und nicht durch irgendeinen fremden Mann. Ich bin dankbar dafür, dass es beispielsweise Opferambulanz gibt, weil nicht alle Opfer direkt bereit sind, zur Polizei zu gehen und Anzeige zu erstatten.

Vielleicht noch etwas zur Kollegin Heib. Sie wollen doch nicht behaupten, dass die bisherige Gangart des Untersuchungsausschusses zufriedenstellend sein kann, weder für uns noch für die Opfer. Das muss man hier ganz klar feststellen.

(Abg. Heib (CDU): Wir sind doch erst am Anfang.
- Abg. Scharf (CDU): Wir sind am Anfang! Dann können wir ihn einstellen. Wenn wir jetzt schon die Erkenntnisse haben, dann hören wir auf. -
Abg. Heib (CDU): Da machen wir nichts mehr. -
Weitere Zurufe. - Unruhe.)

Man muss eines ganz klar sagen. Bedenken Sie, wie weit wir bisher gekommen sind, wie lange es gedauert hat, bis die Akten da waren und was wir jetzt wieder für Zeugen haben. Wir wollten eigentlich die

(Abg. Lander (DIE LINKE))

Rechtsmedizinerin in der nächsten Sitzung hören, was jetzt auch wieder nicht geklappt hat.

(Abg. Heib (CDU): Das lag doch nicht an uns. - Weitere Zurufe. - Unruhe.)

Das muss man doch alles sagen. Das ist für die Angehörigen absolut nicht zufriedenstellend. Wir müssen das denen auch erklären. Ich denke, dass es so, wie es bisher gelaufen ist, nicht weitergehen kann und wir hier jetzt langsam daran arbeiten müssen, dass die Aufklärung auch endlich erfolgt.

(Beifall von der LINKEN. - Abg. Renner (SPD): Das geht so nicht.)

Vizepräsident Heinrich:

Als nächsten Redner rufe ich Herrn Stefan Thielen von der CDU-Landtagsfraktion auf.

Abg. Thielen (CDU):

Herr Kollege Lander, hier müssen einmal zwei Punkte klargestellt werden, die Sie eben gesagt haben und die ich schon ungeheuerlich finde. Der erste Punkt ist, dass Sie in Ihrer Rede quasi schon suggeriert haben, dass es hier wirklich um Kindesmissbrauch ging. Wir müssen natürlich annehmen, dass das eine Möglichkeit ist, aber wir können doch nicht einfach die Unschuldsvermutung, die in unserem Staat wirklich maßgeblich ist, völlig außen vor lassen, auch in einem Untersuchungsausschuss. Das muss doch die Maßgabe sein, an der wir uns hier orientieren. Das ist das Erste, was ich an der Stelle wirklich noch einmal klarstellen möchte.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zweitens - und das ist mir genauso wichtig - haben Sie hier gesagt, dass Parteifreunde Parteifreunde schützen würden. Das heißt, Sie unterstellen hier - ich denke, der SPD genau wie der CDU -, dass hier Menschen geschützt werden, von denen wir wissen, dass sie Kindesmissbrauch vorgenommen haben. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Auch wir sind völlig unzufrieden, dass es so lange dauert, die Akten zu analysieren. Wir sind wirklich unzufrieden damit, dass es nicht schneller geht, aber ich weiß genau, dass jeder von meinen Kollegen hier wirklich mit ganzer Inbrunst dabei ist, dass es für alle wirklich keine Arbeit ist, die ihnen Spaß macht, weil es einfach auch schmerzt, diese Sachen zu lesen, aber sie sind alle daran interessiert, Aufklärung zu betreiben, und es soll kein Parteifreund irgendwie geschützt werden! Das weise ich hier wirklich von uns. Es kann nicht sein, dass das so hier stehen bleibt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Als weiteren Redner rufe ich nochmals für die SPD-Landtagsfraktion den Abgeordneten Reiner Zimmer auf.

Abg. Zimmer (SPD):

Lieber Kollege Dennis Lander, vielleicht habe ich mich versprochen, was das halbe Jahr und die zwei Jahre betrifft. Das mag sein. Das will ich einmal so stehen lassen. Dennoch, was hilft das alles bezogen auf die Aussage: Das meiste passiert in den Familien, das brauchen wir nicht zu strafen, die Leute wollen lieber Opferschutz. Dann könnte ich ja auch sagen: Wenn jemand einen ermordet, brauchen wir auch nicht zu bestrafen. Der ist ja tot, der hat ja auch nichts mehr davon.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Thema verfehlt, das muss ich ganz ehrlich sagen.)

Was ist das für eine Aussage! Wir erkennen in der heutigen Zeit, dass bei Missbrauchsfällen auch Internetkriminalität und auch die Globalisierung eine Rolle spielen. Sie kennen doch auch die Fälle von verkauften Kindern aus bulgarischen und rumänischen Kinderheimen. All das läuft doch auf dieser Welt und davon sind wir doch auch hier in Deutschland nicht frei.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Ich bin hier in den saarländischen Landtag gewählt worden und bin erst einmal hier für die Bürger in diesem Lande zuständig. Wir haben ein Bundesratsinitiativrecht. Es ist richtig, ja, das Bundesjustizministerium hat sich dazu erst im Dezember negativ geäußert. Bei manchen Leuten, auch bei den eigenen, muss man manchmal dicke Bretter bohren. Dafür sind wir da. Die Koalitionsfraktionen sind sich hier einig: Wir werden das vorantreiben und wir sind auch der Meinung, dass das heute bestehende Strafmaß für die Art der Strafhandlung einfach zu gering ist, denn das Strafmaß - das muss man einmal ganz klar feststellen - hat nicht nur den Sinn eines Opferschutzes. Auch wenn Sie mehr Justiz und Polizei verlangen, so verhindern Polizei und Justiz kein Verbrechen.

(Abg. Lander (DIE LINKE): Ihr Gesetz auch nicht.)

Die klären es auf, aber das Strafmaß verhindert oft ein Verbrechen, wenn es der Straftat angemessen gegenübersteht. Dort wollen wir hin, damit das besser wird. - Danke schön!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Herr Abgeordneter Hermann Scharf für die CDU-Fraktion ist der nächste Redner.

Abg. Scharf (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich deswegen noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich das Folgende sagen will: Herr Kollege Lander, ich glaube, dass wir alle eine ganz intensive Aufklärung der Vorfälle in Homburg wollen. Deswegen können wir die Dinge nicht vorwegnehmen. Wir sind ganz am Anfang. Erinnern Sie sich noch an die Aussagen einer Anwältin aus Karlsruhe, die einen jungen, mittlerweile volljährigen Mann vertritt? - Er studiert, hat ein tolles Abitur gemacht und wurde in der Ambulanz in Homburg geheilt. Er lässt sich aber anwaltlich vertreten, weil er nicht will, dass sein Name irgendwo genannt wird. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Menschen, die betroffen waren, ein Stück weit schützen. Wir müssen alles, was wir jetzt aufarbeiten, zu 100 Prozent juristisch korrekt behandeln. Deswegen hat es mit den Akten teilweise so lange gedauert.

Wir sitzen intern sehr oft zu diesem Thema zusammen. Ich bin mit der Kollegin Jutta Schmitt-Lang im täglichen Austausch. Ich möchte Ihnen in meiner anderen Funktion als Geschäftsführer der Lebenshilfe sagen, dass wir das machen, weil viele Opfer Behinderte sind. Sie werden sehr leicht zu Opfern. Dieses Thema beschäftigt uns Tag für Tag in den Einrichtungen.

Ich möchte eine Sache betonen: Wir brauchen die Mentalität des Hinschauens. Wir brauchen aufgeklärte Menschen. Wir müssen deutlich machen, dass Missbrauch in dieser Gesellschaft in keinsten Art und Weise geduldet wird. Wir müssen mit aller Härte dagegen vorgehen. Das schaffen wir nur gemeinsam und nicht, wenn wir uns gegenseitig Vorwürfe machen. Bleiben Sie bitte deshalb dabei. Wir sind dabei aufzuklären. Das wird auch noch einige Zeit dauern. Lassen Sie es uns zusammen tun. Es wäre der falsche Weg, uns gegenseitig vorzuwerfen, die „Guten“ oder die „Schlechten“ zu sein. So werden wir den Menschen, die es betrifft, nicht gerecht werden.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich darf die lebhafte Aussprache schließen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 16/1138. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1138 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1138 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der fraktionslosen Abgeordneten und der AfD-Fraktion angenommen ist. Abgelehnt hat die Landtagsfraktion DIE LINKE.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Landtagsfraktion DIE LINKE Drucksache 16/1151. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1151 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1151 abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Abgeordneten der Landtagsfraktion DIE LINKE, abgelehnt haben die Koalitionsfraktionen, enthalten haben sich die AfD-Landtagsfraktion und die fraktionslose Abgeordnete.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Langfristige Sommerferienregelung; Rückkehr zu terminlich festen Sommerferien im Saarland (Drucksache 16/1148)

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu fortgeschrittener Stunde will ich die, die noch dageblieben sind, nicht damit bestrafen, dass ich alles, was man zu dem Thema sagen müsste, noch einmal wiederhole. Wir haben diesen Antrag heute zum vierten Mal eingebracht. Die Argumente sind im Wesentlichen ausgetauscht. Ich möchte aber noch ein paar Dinge sagen.

Warum stellen wir den Antrag immer wieder? - Wir machen es, weil wir es für wichtig halten. Es sind die Ferien unserer Kinder und unserer Familien. Sie lehnen es ja immer wieder ab, aber vielleicht sollten Sie tatsächlich mal darüber nachdenken. Vielleicht haben Sie tatsächlich mal die Größe, eine gute Sache zu unterstützen, wenn sie von der AfD ideologiefrei vorgetragen wird. Vielleicht stellen Sie selbst einmal so einen Antrag, wir würden dann auch zustimmen. Das gibt es ja auch in der Politik. Manchmal wird von einer Partei ein Antrag gestellt, dem man aufgrund der Parteizugehörigkeit nicht zustimmen kann. Man kann dann ein paar Monate warten und stellt

(Abg. Dörr (AfD))

den Antrag mit ein paar geänderten Kommas selbst. Bis zum Sommer ist auch noch etwas Zeit.

Ich habe mir einmal die Liste vorlegen lassen, wie die Ferienzeiten in den vergangenen 50 Jahren waren.

(Abg. Renner (SPD): Die letzten 100 Jahre wären doch viel interessanter! - Heiterkeit.)

Man kann aus der Liste entnehmen, dass sich die Zeiten erst seit ein paar Jahrzehnten häufig ändern. Es könnte doch ganz einfach sein wie zum Beispiel von Mitte Juli bis Anfang September. So war es früher. Heute ist das ein fürchterliches Hin und Her. Unsere Kinder müssen dieses Jahr Mitte August wieder in der Schule sitzen und schwitzen.

(Sprechen.)

Wenn Sie fertig sind, mache ich weiter. - Sie könnten zu der Zeit Ferien haben. Dadurch, dass die Ferienzeiten im Sommer verschieden sind, sind die Schuljahre verschieden lang. Das kann bis zu drei Wochen ausmachen. So wird auch der Lehrplan in Mitleidenschaft gezogen, der eigentlich einigermaßen vernünftig durchgeführt werden soll. Eine einheitliche Terminplanung hätte sehr viele Vorteile.

Im Augenblick ist wieder in der Diskussion - Sie haben es sicher mitbekommen -, dass die Bayern in dieser Hinsicht sowieso ihren eigenen Weg gehen. Sie denken nur an sich und haben die Ferien von Mitte Juli bis Anfang September. Die Baden-Württemberger machen da mit. Das sind die beiden Bundesländer, deren Schüler in der Rangliste Deutschlands vorne sind. Es schadet ihnen also mit Sicherheit nicht.

Wir sind ein kleines Land mit 1 Million Einwohner und wir liegen am Rande von Deutschland. Die meisten fahren in den Süden. Wir würden niemanden stören, wenn wir früher oder später Ferien hätten. Es würde für die anderen also überhaupt keine Rolle spielen. Weiterhin kommt hinzu, dass die Ferienzeiten in der Kultusministerkonferenz verhandelt und festgelegt werden. Dort besteht ein Einstimmigkeitsprinzip. Wenn das Saarland dort nicht mitmacht, geht das nicht. So weit brauchen wir gar nicht zu gehen, aber wir als Saarland könnten sagen, dass wir ungefähr vom 15. Juli bis zum 01. September unsere Ferien haben wollen und dass wir jeder anderen Regelung, die das berücksichtigt, zustimmen. Dann haben wir nichts blockiert, aber wir haben unser Anliegen durchgesetzt.

Das wäre so eine kleine Schulung, eine Rückgratschulung, eine Rückenschulung, für schwierige Verhandlungen, bei denen es ums Geld geht und man

Rückgrat zeigen muss. Das hier wäre eine leichte Übung, es würde den Saarländern guttun und die Regierung hätte etwas Gutes gemacht. Das ist unser Vorschlag. - Herzlichen Dank!

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden für die ausführliche Begründung des Antrages. - Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1148. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1148 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1148 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion, abgelehnt haben alle übrigen Mitglieder dieses Hauses.

Wir kommen zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze und Industrien. Den Fortbestand des Saarlandes sichern (Drucksache 16/1143)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

(Zuruf von der AfD: Nein, Müller!)

Das hat sich offenbar geändert, in meiner Vorlage steht Dörr. - Nun erteile ich das Wort zur Begründung dem Abgeordneten Rudolf Müller.

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Thematik des Antrages hätte eher zu den wirtschaftlichen Themen gepasst, die wir heute Vormittag besprochen haben. Wie dem auch sei.

Ja, meine Damen und Herren, von einem bekannten Schauspieler war einmal der Satz zu hören: Das Leben ist wie ein Fußballspiel, man rennt herum, irgendwann pfeift einer - und es ist vorbei. - Etwas weniger grundsätzlich lässt sich die wirtschaftliche Lage, die wir im Saarland haben, auch mit einem Fußballspiel vergleichen: Man kämpft und rennt herum, zunächst einmal im Mittelfeld, um das zu halten, was da ist. Aber man lauert auch auf Chancen nach vorne und achtet auf Sicherheit nach hinten. Es gibt also Angriff und Abwehr. Der Angriff, das ist bei uns unsere ganz hervorragende Industrie, das sind un-

(Abg. Müller (AfD))

sere Facharbeiter, Ingenieure, Kaufleute, Organisatoren, Dienstleister und alle anderen, die irgendetwas Nützliches organisieren, produzieren oder leisten. Die Abwehr, sie wird gebildet von der Verwaltung und der Politik auf allen Stufen. Sie hat für Stabilität zu sorgen, Gefahren abzuwehren und den Stürmern Vorlagen zu liefern, damit das Spiel insgesamt erfolgreich verlaufen kann. So etwa lässt sich die Analogie bildlich beschreiben. Zurzeit befinden wir uns im Saarland in einem Abwehrkampf und bemerken mit Schrecken, dass wir in der Abwehr Leute haben mit einem unglaublichen Hang, Eigentore zu schießen.

Vorgestern gab es nun den Bericht der sogenannten „Nationalen Plattform Zukunft der Mobilität“. Das ist eine Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt wurde. Nach diesem Bericht können in den kommenden zehn Jahren bis zu 410.000 Arbeitsplätze in der Autoindustrie wegfallen - bis zu 410.000 Arbeitsplätze! -, ein erheblicher Teil davon wohl auch im Saarland. Das gilt vor allem, wenn es nicht gelingen sollte, durch die politisch forcierte Elektromobilität und entsprechende Elektrofahrzeuge eine ähnliche Wertschöpfung zu erzeugen, wie das durch deutsche Spitzentechnologie im aktuellen Fahrzeugbau gelingt. Dass das gelingen wird, ist höchst fraglich und geradezu unwahrscheinlich, dies aus mehreren Gründen:

Erstens gehört zur Produktion von Elektrofahrzeugen ganz wesentlich die Produktion von großen und schweren Batteriezellen. Diese Produktion wiederum ist abhängig von Rohstoffen aus wenigen Gegenden des Auslandes, die bereits weitgehend unter der Kontrolle chinesischer Kommandowirtschaft stehen und in denen zudem alles andere als umweltfreundlich produziert wird.

Zweitens sind die Antriebe von Elektrofahrzeugen technisch relativ einfach herzustellen. Das heißt, dass die ausländischen Hersteller nun auf einmal leichtes Spiel haben, denn sie müssen jetzt nicht mehr mit der deutschen Spitzentechnologie im Motorenbau und Fahrzeugbau konkurrieren. Und billigere Arbeitskräfte und weniger Umweltauflagen haben sie ohnehin. In dem Bericht der Nationalen Plattform heißt es wörtlich: „In keinem Fall werden die Automobilhersteller weiterhin im selben Maße für eine solche Wertschöpfung und Beschäftigung entlang der Zulieferketten sorgen können, wie es heute der Fall ist.“ Der Bericht bestätigt damit, was auch der Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie, Kurt-Christian Scheel, sagt, wenn er einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung in der Autoindustrie voraussieht.

Drittens ist, meine Damen und Herren, der Treibstoff zu nennen. Der Treibstoff ist beziehungsweise wäre der Strom. Nach einer älteren Studie reicht sämtlicher verfügbarer Strom in Deutschland nur für einen geringen Bruchteil des Energiebedarfs, der jetzt allein im täglichen Autoverkehr gebraucht würde. Das heißt: Hier sollen tatsächlich eine Industrie und eine Mobilität aufgebaut werden, für deren Produkte der Treibstoff fehlt. Der verfügbare Treibstoff soll sogar noch durch die Abschaltung von Kraftwerken verringert werden.

An dieser Stelle kommt jetzt, meine Damen und Herren, das links-grüne Wunschdenken ins Spiel: Der viele zusätzliche Strom soll von zusätzlichen Windrädern kommen. Im letzten Jahr sind davon ganze zwei im Saarland gebaut worden, weil sich die Bürger diesen Schwachsinn nicht mehr gefallen lassen, unter anderem auch, weil sie sehen, dass mit den sogenannten Erneuerbaren der Strom immer teurer und teurer wird. Laut Peter Altmaier wird übrigens die gesamte Energiewende eine vierköpfige Familie schon mal die Kleinigkeit von 50.000 Euro kosten. Das ist zwar etwas verklausuliert dargestellt worden, aber langsam merken das die Leute.

(Zuruf des Abgeordneten Thielen (CDU).)

Er hat von 1 Billion Euro gesprochen. Jetzt teilen Sie einmal 1 Billion durch die 80 Millionen, die wir sind, und nehmen Sie diesen Wert mal vier, dann haben Sie genau diese Zahl. Das ist wirklich nicht schwer, aber man muss schon ein Stück Papier haben für die vielen Nullen. - Von der notwendigen Infrastruktur, zum Beispiel armdicken Stromleitungen in jedes Wohngebiet, war jetzt noch gar keine Rede.

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Wir haben mit gefährlichen Eigentorschützen in der eigenen Abwehr zu tun. Es nützt uns nichts, wenn wir vorne ein Tor oder zwei Tore schießen, hinten aber acht oder zehn reinkriegen. Es nützt uns nichts, wenn es uns mit viel Mühe gelingt, zum Beispiel 1.000 Arbeitsplätze beim CIPA und bei Helmholtz zu schaffen - wozu unter anderem ja auch eine internationale Schule gehört -, dafür aber 10.000 oder 20.000 in der Autoindustrie zu verlieren. Und das sind genau die Verhältnisse, um die es hierbei geht.

Um im Bild zu bleiben: Unsere Wirtschaftsministerin hat zusammen mit der aktuellen Koalition hier und mit der Koalition in Berlin lange beim Sturm aufs eigene Tor zugesehen, weil Eigentore in „Friday-Spielen“ irgendwie schick waren. Inzwischen heißt es bei ihr wörtlich: „Eine einseitige Fokussierung allein auf die Elektromobilität wäre industriepolitisch falsch, da die internationale Konkurrenz hoch und die verbleibende Wertschöpfung gering ist.“ So ähnlich spricht

(Abg. Müller (AfD))

nun auch Herr Funk von der CDU. „Bravo!“ und „Na endlich!“ könnte man dazu sagen, gleichgültig, ob das nun der eigenen Einsicht geschuldet ist oder unsere ständige Kritik dazu geführt hat. Man fragt sich nur: Warum so spät?

(Ministerin Rehlinger: Schon immer!)

Warum müssen die ersten Bomben der Arbeitsplatzverluste durch links-grüne Anti-Auto-Politik erst einschlagen? Meine Damen und Herren, wenn uns die Autoindustrie und die Stahlindustrie verlorengehen - die Stahlindustrie ist ja auch durch grüne Ideologie bedroht -, dann ist der Bestand des Saarlandes alles andere als sicher. Dann werden wir hier ein Gebiet wie die Westpfalz, der Hunsrück oder die Eifel. Nach den Arbeitsplätzen verschwindet dann die Jugend - mit allen Folgen. Damit es dazu nicht kommt, müssen einerseits neue Industrien und Wertschöpfungen durch die neuen Techniken intensiv unterstützt und begünstigt werden. Andererseits dürfen bestehende, bewährte und ebenfalls hoch innovative Industrien rund um Auto und Stahl nicht weiter attackiert und beschädigt werden durch grüne Ideologie, die nach katastrophaler Migrationspolitik und nach katastrophaler Energiepolitik jetzt mit katastrophaler Industriepolitik weitermachen will.

Spieler - damit komme ich noch mal zum Fußball-Vergleich -, die sich dazu verleiten lassen, wiederholt aufs eigene Tor zu schießen, werden nach und nach ausgewechselt und ausgemustert. SPD und auch CDU können darüber ja mal nachdenken, auch aus ganz eigenem Interesse. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich eröffne die Aussprache und rufe auf für die SPD-Landtagsfraktion Herrn Abgeordneten Eugen Roth.

Abg. Roth (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Herr Müller! Es ist immer nicht so ganz einfach, auf Ihre Redebeiträge zu antworten.

(Abg. Müller (AfD): Stimmen Sie einfach zu!)

Ich habe gerade mit meiner Kollegin Eder-Hippler darüber gesprochen, an was mich Ihre Rede erinnert. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, sie erinnert mich an Gespräche, die ich bisweilen in Gaststätten an der Theke höre. Wir sind allerdings hier im saarländischen Landtag. Da muss man nach meiner Auffassung zu dem Thema Industrie eigentlich anders sprechen und etwas mehr zur Sache gehen, als Sie

das getan haben. Das war schon beim letzten Mal so; da ging es mehr um Ausländer, das war ja hier nur ansatzweise zu hören. Hier ging es wieder um „links-grün“, ein anderes Adjektiv haben Sie vermieden.

Gehen Sie davon aus, dass bei dem ganzen Klimawandel, beim Wandel in der Industrie, die Meinungen in der Tat noch nicht auf einem links-grünen, schwarzen oder wie-auch-immer Nenner sind, sondern dass da gerade Mosaik zusammengefügt werden. Das ist noch längst nicht vollbracht.

Wir haben heute Morgen bei dem Tagesordnungspunkt „100 Jahre Saarland“ schon lange über unsere Industrie geredet, deswegen will ich nicht viel von dem wiederholen, sondern nur ein paar Gedanken einfließen lassen. Ich bin ein bekannter Handballer, weniger wegen meiner Fähigkeiten, sondern wegen meiner Funktionen; gestatten Sie mir, dass ich Ihr Bild des Fußballs nicht übernehme. Beim Handball wirft man normalerweise nie auf das eigene Tor. Das hat bei uns aber auch niemand getan. Ich sehe das ganz anders.

Wir haben Bestrebungen und Aktivitäten in unserer Regierungsspitze, wie sie andere Bundesländer nicht haben, gerade wenn es um das Thema Industrie geht. Ich war diese Woche auf dem Neujahrsempfang der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, dort hat unser Ministerpräsidenten gesprochen. Er hat eine glasklare Rede gehalten. Und so arbeitet der dann auch. Der redet ja da nicht nur in aller Öffentlichkeit, sondern er arbeitet dann auch so, gerade was den Automotive-Bereich betrifft. Die Rede hat mir, ehrlich gesagt, sehr gut gefallen. Und ich weiß, dass da noch etwas an Handlungen kommen wird. Den Kollegen hat es auch gefallen. Der Betriebsratsvorsitzende von Ford, Markus Thal, war da, der hat das in aller Öffentlichkeit ja bestätigt.

Wenn ich jetzt hier anfangen, Anke Rehlinger zu loben, liebe Anke, dann hat das keinerlei Neuigkeitswert. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen; das sei mir gestattet, ich spreche ja parteipolitisch hier auch für die SPD-Fraktion. Bei dem Thema Industrie ist sich die Große Koalition sehr, sehr einig. Das Thema ist eigentlich ein Kitt dieser Koalition, wir sind hier intensiv unterwegs. Wir haben das beispielsweise auf dem Bundesparteitag unserer Partei eingebracht, und zwar mit aller Verve. Was mich am meisten überrascht hat, war, dass diese Verve auch nötig war. Beim Thema finanzieller Ausgleich für den Steinkohleausstieg war es schwierig, uns wieder ins Spiel zu bringen, weil, um in Ihrem Bild zu bleiben, das Spiel schon fast abgepfiffen war. Aber bekanntlich werden ja die Tore - in dem Fall auf das richtige

(Abg. Roth (SPD))

Tor - oft in den allerletzten Minuten der Nachspielzeit geschossen. Es ist dank deines Einsatzes, liebe Anke, im Übrigen auch gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister, gelungen, dass wir noch mal ins Spiel gekommen sind. Das sind Dinge, die erwähne ich hier so kurz, da geht es aber um Beträge mit vielen Nullen, die wir ins Land holen.

Mir ist das Bild, das Sie zeichnen, zu schwarz, das ist pessimistisch. Man muss bei unserer Arbeiterschaft, die ich ja gut kenne, aufpassen, dass man denen nicht den Untergang predigt, weil man meint, man hätte einen Vorteil davon. Ich halte es für wichtiger, zu sagen, wie die Perspektiven sind. Wir haben dieses Thema in Berlin gesetzt, aber auch in Brüssel und in Straßburg, dort geht es ja weiter. Herr Müller, Sie haben die Demonstrationen der Industriegewerkschaft Metall sinngemäß als Folklore bezeichnet, das hat mich gestört. Die IG Metall wird demnächst den „Walk of Steel“ nach Brüssel machen, das wird bundesweit bekannt werden. Ich kann nur alle, die da helfen wollen, zum wiederholten Male darum bitten, das zu unterstützen. Aber zu sagen: „Ihr müsst endlich tätig werden, damit überhaupt etwas passiert“, ist eine völlige Verzerrung der Realität!

Ich möchte ein paar Beispiele nennen für Dinge, die konkret gelungen sind. Diese Liste ist nicht abschließend, ich habe eben nur kurz aufgeschrieben, was mir eingefallen ist. Da ist die Firma CQLT SaarGummi, die wird häufig schon wieder vergessen, in Wadern-Büschfeld. Sie ist von Chinesen übernommen worden. Ich kann Ihnen sagen, ich hatte als Gewerkschafter anfangs auch Bedenken, wie das werden wird, wenn „die Chinesen kommen“, aber sie haben sich vorbildlich dort eingebracht. Bis hin zur Mitbestimmung werden alle Vorschriften beachtet, und sogar besser als bei so mancher nordeuropäischen oder amerikanischen Unternehmensleitung. Es ist interessant, wie die Kultur dort ist. Es ist noch nicht das Ende aller Tage, aber bisher kann sich dort niemand beschweren.

Es gibt die Beckinger Schraubenfabrik Nedschroef, da läuft der Betrieb weiter. Wir haben die kleine, aber feine Firma in Ens Dorf, Stahlbau Brück.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Ensheim.)

Ensheim, Entschuldigung, danke. - Noch im Fluss ist das schwierige Thema Gusswerke Saarbrücken, darüber haben wir ja häufig schon sehr kritisch diskutiert. Aber ich kann Ihnen versichern, nach meiner und unserer Überzeugung ist es so, wenn dort die Regierung und allen voran die Regierungsspitze nicht so engagiert zu Werke gehen würde, mit allen Schwierigkeiten, die es dort gibt - wir haben es hier

mit den OEMs zu tun und mit General Motors, da stimmen die normalen Weltbilder vielleicht nicht mehr, oder doch, je nachdem, wie man den Kapitalismus sieht, lieber Jochen Flackus -, wäre diese Firma inzwischen vielleicht schon Geschichte.

Ich darf zuletzt Automotive und Stahl erwähnen. Über Stahl, das ist eigentlich mein Leib- und Magen-Thema, will ich nur sagen: Wir sind auf Basis gemeinsamer Konzeptionen in die Zukunft unterwegs. Wir brauchen die entsprechende Unterstützung, das läuft gerade. Das läuft auch auf Bundesebene, auch über unsere Regierungsspitze, auch über die Parteien. Ich höre, dass sogar die Opposition von links mit dabei ist, dass die im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch Gespräche führt. Wir im Saarland wissen halt, wie so eine Industrie geht, und deshalb erzählen wir das unseren Leuten. Machen Sie das, wenn Sie können, auf Ihrer Schiene auch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die bei der AfD im Bund völlig anders ticken als alle anderen aus dem Bundesgebiet, die wir kennen.

Das Thema Automotive hat bei Ihnen einen breiten Raum eingenommen. Ich könnte jetzt eigentlich das wiederholen, was der Ministerpräsident am Montag bei der CDA gesagt hat. Wir waren auf diesem Gebiet noch nie einäugig unterwegs, wir haben noch nie gesagt, das Heil liegt allein in der Elektromobilität! Auf der anderen Seite kann man sich allerdings auch nicht völlig gegen die Elektromobilität stellen, das geht nicht. Es wird eine Kooperation, ein Miteinander geben. Das beste Beispiel war die Zuliefererkonferenz des Wirtschaftsministeriums im vergangenen Oktober. Dort hat ein leitender Angestellter, der relativ hoch in der Bosch-Hierarchie steht, erklärt, dass die Diesel-Kraftstoffe zusammen mit - wie heißt es noch mal? -

(Abg. Flackus (DIE LINKE): AdBlue)

mit AdBlue die umweltfreundlichsten Kraftstoffe sind, die es gibt. Dann kam der Verband der Automobilwirtschaft VDA, dessen Vertreter hat dort einen Eieranz gemacht, so etwas habe ich noch nicht erlebt. Er hat sich nicht so deutlich in die Aussage, die vorher gemacht worden war, eingeklinkt. Wir haben im Saarland ZF Getriebe, die bauen ein sehr gutes Hybridgetriebe und entwickeln das immer weiter. Natürlich sind das alles Technologien der Zukunft, die wir auch politisch unterstützen. Die Firmen müssen es machen, aber wir unterstützen es natürlich politisch. Ich zeige diese Beispiele nur auf, weil es hier so dargestellt wird, als müssten wir erst mal in die Puscheln kommen. Das ist mitnichten der Fall!

Es gibt einige Ansiedlungen. Es gibt Arbeitsplatzverluste und Neuansiedlungen, das ist immer ein Ge-

(Abg. Roth (SPD))

ben und Nehmen, das war nie anders und wird nie anders sein. Nobilia ist schon oft genannt worden, ich nenne CISP Helmholz und die Außenstelle des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, ich nenne weitere Ausgründungen aus der Universität des Saarlandes. Das sind oft kleinere Start-ups, über die vieles geht. Und ich nenne die permanenten Gründungs- und Ansiedlungsaktivitäten, über die wir, liebe Sarah Gillen, im Wirtschaftsausschuss schon häufiger diskutiert haben, um dort Anstöße zu geben und zu zeigen: Unser Parlament schaut hin!

Die Energiewende ist eine Perspektive. Sie ist begonnen. Man kann hier aber keine Echternacher Springprozession machen, drei Schritte vor und zwei zurück. Das geht nicht! Wenn man damit anfängt, muss man das durchziehen. Das verlangt aber auch eine sehr große Offenheit im globalen Handel. Da kann man nicht irgendwelche Grenzen einziehen wollen, das geht überhaupt nicht. Nehmen wir das Thema Stahlproduktion mit Wasserstoff und Gas als Übergangslösung; das sind ja so ungefähr die Schritte, die geplant sind. Bei dieser Geschichte werden wir wahrscheinlich mit Nordeuropa stark kooperieren müssen, vielleicht auch mit Russland, Stichwort Nord Stream 2. Das ist politisch heikel, aber es wird wahrscheinlich in diese Richtung gehen. Wir müssen für die Schwerindustrie das entwickeln, wovon letztlich das ganze Bundesgebiet profitieren wird. Unsere Stahlfirmen hier an der Saar sind dazu bereit und in der Lage. Man kann aber nicht sagen: „Das müsst ihr ganz alleine machen“; es wäre utopisch, dass wir hier vom Saarland aus die Welt retten. Auf jeden Fall sind die schon unterwegs, die haben schon begonnen. Da braucht man nicht zu sagen, sie sollen endlich anfangen; die haben schon begonnen, der Film läuft.

Ich möchte noch etwas ansprechen, lieber Bernd Wegner, nämlich das Thema Handwerk. Das Handwerk wird an Strukturgewicht gewinnen. Dort haben wir ein anderes Problem, nämlich die Fachkräftesicherung. Dafür gibt es Ideen. Hier sitzt der Präsident der Handwerkskammer. Ich will mich hier nicht als Experte darstellen, aber durch unsere vielen Gespräche weiß ich ein bisschen was. Auch da gibt es viele Ideen und da müssen wir im kleinen Saarland weitermachen. Wenn die neue Akademie kommt, ist das wieder Aufwind für eine Zukunftsbranche der Wirtschaft. Das Handwerk wird auf der einen Seite digitaler werden und auf der anderen Seite handwerklicher. Wir sind dafür schon gut aufgestellt, wir fangen nicht erst an.

Wichtig sind am Ende das Image und die Standortqualität. Darüber ist heute Morgen schon mehrfach diskutiert worden, es geht um die Verkehrsinfrastruktur.

Eben ist diese Differenz aufgetaucht, Frau Schramm, was an Verkehrsentwicklungsplan vorgestellt worden ist und was nicht. Jeder hatte natürlich recht. Es sind die Grundstrukturen des Verkehrsentwicklungsplans vorgestellt worden, aber noch nicht der fertige Plan. Was aber das Spannende dabei ist, ist, dass es dabei um eine Summe von 340 Millionen Euro geht, liebe Anke Rehlinger. Man muss sich einmal vorstellen, was das für die Haushaltsberatungen in diesem Hause hieße, wenn man das in der Kalkulation optimal machen würde. Aber dass es keine Pläne gebe, ist falsch.

Herr Müller, wir müssen bei aller Kritik an der Regierung, die dazugehört, die normal ist, aufpassen, dass wir den Standort nicht schlechtreden. Das dürfen wir gerade in dieser Umbruchssituation jetzt auf keinen Fall. Wir brauchen Sicherheit für ausländische Fachkräfte! Ausländische Spitzenkräfte kommen nicht hierher, wenn sie Angst haben müssen, dass sie, wenn sie abends aus dem Büro zu ihrem Auto gehen, zusammengeschlagen werden. Deswegen müssen wir aufpassen, wie wir über dieses Thema reden!

Wir brauchen auch Lösungen für die Kommunen, eine Altschuldenregelung, das ist hier auch schon mehrfach gesagt worden. Dieser Film läuft gerade. Ich hoffe, dass die Große Koalition, die von CDU und SPD getragen wird, das in dieser Periode noch hinkriegt. Ich sehe es genauso wie Ulrich Commerçon: Wenn wir es in dieser Legislaturperiode nicht hinkriegen, klappt es nicht mehr. - Wir müssen auch Schulen und Universitäten stärken. Das ist ein Allgemeinplatz, aber das stimmt. Wir müssen insbesondere die unternehmensnahe Forschung fördern. Da ist noch etwas Luft nach oben, zum Beispiel im Stahlbereich, Jochen Flackus. Unsere alte Idee, ein „Forschungsinstitut Stahl“ zu gründen, ist nicht schlecht. Es gibt noch weitere Ideen.

Am Ende des Tages, Herr Müller, sage ich zu unseren Aktivitäten, die hier im Saarland entwickelt wurden und auch weiter entwickelt werden: Wir haben viel erreicht und noch viel vor. Wir werden das weitermachen. Wir werden keine Eigentore schießen, sondern wir sind dabei, das Land zukunftsfähig zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Für die AfD-Landtagsfraktion rufe ich auf Frau Abgeordnete Astrid Schramm.

(Oh!-Rufe und Lachen.)

(Vizepräsident Heinrich)

Entschuldigung! Für die DIE LINKE-Landtagsfraktion natürlich.

(Heiterkeit und Sprechen.)

Abg. Schramm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wollten wir uns gar nicht erst zum Antrag der AfD äußern. Ich will aber doch kurz begründen, warum. Sie bleiben wirklich jeden Inhalt schuldig! In Ihrem Antrag steht einfach überhaupt nichts drin! Weder sagen Sie, was notwendige Schritte sein sollen, noch was Sie unter zukunftsicheren und zukunftsweisenden Industrien verstehen. Auch in Ihrer Rede, Herr Müller, war das nicht zu erkennen. Ihr Antrag ist so dehnbar und auslegungsfähig, dass kein einziger Industriearbeiter etwas davon hat. Würden wir ihn beschließen, würden wir hier überhaupt nichts beschließen, weil er nämlich keinen Inhalt hat. Dabei sind wir als Fraktion immer gerne bereit, über Industriepolitik zu debattieren. Wir haben in der Vergangenheit selbst einige Debatten angestoßen und über manche unserer Vorschläge - ich nenne hier mal die Enteignungsdiskussion bei den Gusswerken - wurde auch lebhaft diskutiert.

Gerade momentan kann man zur Industriepolitik einiges sagen. Wir haben dazu Vorschläge gemacht, die hier im Hause bekannt sind. Ein Projekt unserer Fraktion ist zum Beispiel seit Jahren der Saarlandfonds, den wir schon mehrmals vorgeschlagen haben, um Unternehmen in Schieflage eine Art Schutzschirm anzubieten, bis sie sich wieder einigermaßen am Markt behaupten können. Wir wollen eine aktive und innovative Industriepolitik und haben beispielsweise ein Stahlforschungszentrum unter Beteiligung der Industrie vorgeschlagen, um die Stahlindustrie im Land zukunftsfest aufzustellen.

Auch zum Thema Gusswerke Saarbrücken ist unsere Position klar bekannt. Wir haben uns für eine aktive Rolle des Landes im Wege einer direkten Beteiligung ausgesprochen, bis das Vertrauen der Kunden wiederhergestellt ist. Wir wollen aber nicht nur ein stärkeres Engagement der öffentlichen Hand, sondern setzen uns auch für stärkere Einbeziehung der Beschäftigten durch Belegschaftsbeteiligung ein. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, dass man durch Stiftungslösungen oder Belegschaftseigentum viele Probleme hätte verhindern können, weil einzelne Unternehmen dann nicht mehr durch ständig wechselnde Eigentümer ausgeplündert und massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden könnten.

(Beifall bei der LINKEN.)

Zu all diesen Fragen gab es hier im Hause lebhaft Debatten. Anreize für Ihren Antrag hätte es also genug gegeben. Aber Sie legen hier einen einzigen inhaltsleeren Satz vor, aus dem nicht einmal hervorgeht, was Sie überhaupt beantragen wollen! Mein Kollege Jochen Flackus hat in der letzten Plenarsitzung schon gesagt, dass wir nicht mehr bereit sind, auf diesem Niveau Debatten mit Ihnen zu führen.

Sie müssen schon mehr als ein Stichwort liefern. Unsere Fraktion wird nicht über ganze Themenkomplexe diskutieren, zu denen Sie selbst überhaupt nichts beitragen, weil Sie sich scheuen, einen Inhalt zu formulieren, an dem man Sie messen kann. Mit Ihrem schwammigen Satz, den Sie als Antrag bezeichnen, verschaukeln Sie alle, die sich ernsthaft um ihre Arbeitsplätze sorgen oder diese sogar schon verloren haben.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich bin sicher, jeder saarländische Industriearbeiter, der Ihr heutiges Papier liest, stellt umgehend fest, dass Sie ihm wirklich nichts zu bieten haben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN.)

Vizepräsident Heinrich:

Für die CDU-Landtagsfraktion rufe ich den Abgeordneten Marc Speicher auf.

Abg. Speicher (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag ist es eigentlich nicht wert, dass wir darüber debattieren, aber das Thema ist es wert, dass wir darüber sprechen. Deswegen möchte ich die Sache auch nicht kurz machen, sondern auf die Themen eingehen, um die es geht, denn für uns ist Industrie im Saarland mehr als reine Wertschöpfung. Für uns ist Industrie ein Teil unserer Identität und Geschichte. Das wurde auch heute Morgen deutlich. Wir waren seinerzeit ein Land von Kohle und Stahl. Die Montangeschichte war die Begründung dafür, dass wir heute ein eigenständiges Bundesland sind. Seit vielen Wochen und Monaten geht es nicht mehr um Kohle und Stahl, sondern um Auto und Stahl. Seit vielen Monaten beschäftigt uns dieses Thema hier im Hause, aber auch an vielen anderen Stellen.

Es gibt neben den konjunkturellen Schwierigkeiten auch einige strukturelle Schwierigkeiten. Ich möchte nur kurz die wichtigsten ansprechen. Das eine sind die Handelskonflikte. Als Deutschland und Europa drohen wir, zwischen die Fronten der Großmächte

(Abg. Speicher (CDU))

Vereinigte Staaten und China zu geraten. Wir sind als Deutschland, aber auch als Saarland wie wenige andere Regionen auf der Welt abhängig von offenen Volkswirtschaften, von einem Freihandel. Wir haben wie wenige andere davon profitiert, und das nicht erst seit Gründung der Bundesrepublik oder seit unserer Zugehörigkeit zur Bundesrepublik, sondern das geht viel weiter zurück. In dieser Woche gab es eine Studie dazu, wie sich die weltweiten Handelsverflechtungen über die Jahrhunderte entwickelt haben. Bereits im Kaiserreich war es so, dass die deutsche Volkswirtschaft mit die offenste gewesen ist, weit offener als in Frankreich, Großbritannien und anderen Staaten. Deswegen spüren wir ganz besonders den Druck, unter dem wir stehen, weil die Globalisierung auf dem Rückzug zu sein scheint.

Ein zweites Themenfeld ist die Digitalisierung. Wir alle kennen die Studien. Bis zum Jahr 2030 wird jeder dritte Arbeitsplatz bei uns im Saarland davon bedroht sein, dass die Digitalisierung ihn in seiner bisherigen Form ersetzt. Es wird weiterhin Arbeit geben, aber andere Arbeit. Der dritte Punkt ist der Klimaschutz. Klimaschutz ist nichts Erfundenes, sondern es sind Realitäten, wir werden uns mit ihnen auseinandersetzen müssen und tun dies auch seit vielen Jahren. Es geht um das „Und“. Es geht um Arbeit und Umweltschutz, um Industrie und Klimaschutz.

Auch beim Thema Brexit haben Populisten versucht, freien Handel einzuschränken. Dieses Thema trifft uns im Saarland wie keine andere Region in Europa. Im Saarland war es bis kurz vor dem Brexit-Entscheid so, dass unser mit Abstand wichtigster Handelspartner das Vereinigte Königreich gewesen ist. Jeder achte Euro, den wir erwirtschaftet haben, kam durch den Export in das Vereinigte Königreich. Hier ist insbesondere Ford zu nennen, denn in Großbritannien ist der Ford Focus der Marktführer, sozusagen der Golf von England.

Der nächste Punkt sind in der Tat konjunkturelle Schwierigkeiten. Wir erleben den längsten Aufschwung in der Geschichte Deutschlands. Seit zehn Jahren sind wir im Aufschwung, aber jetzt droht er zu schwinden. Wir haben ein Problem mit der Demografie. Wir werden bis 2030 vieles an Arbeitskräftepotenzial verlieren. Deswegen stehen wir vor der Herausforderung, wie wir das Erwerbspersonenpotenzial besser ausschöpfen können. Ich nenne hier das wichtige Thema Frauenerwerbsquote. Hier haben wir zugelegt, müssen aber noch besser werden. Deswegen sollten wir diese Maßnahmen auch von hier aus unterstützen.

Ich glaube auch, dass der demografische Wandel dazu führt, dass wir im Bereich der Produktivität besser werden müssen. Wir müssen sozusagen die Schwäche, die wir im Bereich des Wachstumspotenzials haben werden, mit besserer Produktivität ausgleichen, auch bei der Kapitalseite. Deswegen werde ich für einen Industrie- und Innovationsfonds, der es auf der einen Seite schaffen kann, die Industrie in ein modernes Saarland zu führen, und der auf der anderen Seite dazu beitragen kann, dass im Bereich der Start-Up- und Unternehmensgründungen Kapital bereitgestellt wird. Wenn man das mit Maßnahmen der Mitarbeiterbeteiligung kombiniert, haben wir eine Lösung, die aus dem Saarland heraus viel bewegen kann.

Es geht um die Zukunft unserer Industriepolitik. Auto und Stahl wurden angesprochen. Wir müssen beide Bereiche besser vernetzen. Ich möchte hier auch noch die Forschung und Entwicklung und ZF nennen. Der Ministerpräsident hat es auf eigene Initiative geschafft, ein Forschungs- und Entwicklungslabor in Saarbrücken anzusiedeln. Hier verknüpfen wir traditionelle Fertigkeiten in der Produktion mit Forschung und Entwicklung im Bereich Cybersecurity. Es geht um Fort- und Weiterbildung und Qualifikation. Als CDA haben wir eine Verdopplung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes gefordert, um auf der einen Seite Arbeitgeber bei den Sozialleistungen zu entlasten und auf der anderen Seite einen Beitrag zu leisten bei der Weiterqualifikation und um das, was uns in Zukunft bevorsteht, besser abzufedern.

Im Bereich Stahl geht es darum, dass wir auf der einen Seite die CO₂-Bepreisung beibehalten. Das ist wichtig, weil sie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Ich verweise auf die Ausführung des Kollegen Thielen heute Vormittag. Auf der anderen Seite kann dies aber nicht dazu führen, dass wir, wenn CO₂-Bepreisung nur in Europa stattfindet, eine Deindustrialisierungspolitik haben. Da sind wir auf einem guten Weg. Wir haben die Forderungen hier im Parlament beschlossen. Ich nenne nur die CO₂-Grenzsteuer, die dazu beitragen kann, dass es in Zukunft keine Rolle mehr spielt, wo CO₂ produziert wird. Das wird Folgen dafür haben, was in der Türkei oder Ukraine an Stahl produziert wird. Das wird auf den importierten Stahl draufgeschlagen.

An der Stelle möchte ich die Forderung unterstützen, dass der EU-Fonds für den gerechten Wandel auch für den Bereich Stahl eingesetzt wird. Hier widerspreche ich ausdrücklich den GRÜNEN, die sagen, dass dieser EU-Fonds und seine Mittel nicht für den Stahlbereich verwendet werden sollten. Im Bereich Auto geht es um viel. Ich kann nur wiederho-

(Abg. Speicher (CDU))

len, was wir in vielen Debatten in den letzten Wochen schon gesagt haben. Das Saarland ist drittgrößter Automotive-Standort Deutschlands. Wir haben eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 18 Milliarden Euro im produzierenden Gewerbe. Es gibt allein im Bereich Auto 44.000 Beschäftigte. Es wird in Zukunft auf einen Mobilitätsmix ankommen. Der Verbrenner wird auch weiterhin eine Rolle spielen müssen. Es geht aber auch um E-Mobilität und darum, dass Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe eine Rolle spielen. Es geht auch darum, dass wir keine Autoscham entwickeln, sondern dass wir selbstbewusst Ja sagen zum Auto, denn auch in Zukunft kommt es auf individuelle Mobilität an.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu den Themen gibt es noch viel zu sagen. Ich möchte eine Ergänzung machen. Ihnen ist der wichtigste Zweig, nämlich die Umwandlung unserer Industrie für die Zukunft, sage und schreibe zweieinhalb Zeilen wert. Ich habe nachgezählt, es ist Ihnen 23 Wörter wert. Vor unserem Betriebsräte-Empfang der Fraktion hatten wir die Halberger zu Gast, einige Vertreter der 196 Personen, die um ihre Abfindung belogen wurden, wie ich es ausdrücken möchte. Wenn ich denen vorlese, dass Ihnen das Schicksal der Arbeiter an der Saar 23 Wörter wert ist, dann würden auch sie erkennen, wie wenig das ist. Ich kann nur an Sie appellieren, dass Sie auch als Opposition einen wichtigen Auftrag in der Demokratie haben. Sie sollen die Regierung und die Koalitionsfraktionen kritisieren. Dazu kann ich nur auffordern. Aber das ist in Ihrem Antrag in keiner Weise gewährleistet.

Wenn man am Hochofen so schaffen würde wie Sie hier im Landtag, dann käme der beste Stahl nicht aus Dillingen oder Völklingen. Nehmen Sie sich also ein Beispiel an den 990.000 Saarländern, die ordentlich schaffen. Wir werden Ihren Antrag auf jeden Fall ablehnen. Und wissen Sie, dieses Land hat einiges groß gemacht. Es gibt so etwas wie deutsche Tugenden. Unser Vaterland und unsere Heimat an der Saar haben Werte groß gemacht wie Ordnung, Fleiß und Disziplin. Davon können Sie sich eine Scheibe abschneiden. Wir lehnen Ihren Antrag ab und arbeiten mit den Saarländerinnen und Saarländern weiter daran, dass wir Industrieland bleiben. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und teilweise Beifall bei der SPD. - Abg. Funk (CDU): Sehr richtig!)

Vizepräsident Heinrich:

Es gibt eine Kurzintervention vom Kollegen Müller von der AfD-Landtagsfraktion.

Abg. Müller (AfD):

Sie haben eben ausschweifend vom Nichts gesprochen. Ich gehe gerne darauf ein. Lieber Herr Speicher und die Koalition insgesamt, tun Sie in manchen Dingen lieber nichts, anstatt gravierende Fehler zu machen. Ohne die Verteufelung der Dieselschrotttechnik wären viele Arbeitsplätze nicht gefährdet. Ohne die Klimahysterie,

(Oh-Rufe und Unruhe)

ich benutze diesen Ausdruck ausdrücklich und extra, wäre die Stahlindustrie nicht gefährdet. Tun Sie also in Dingen, von denen Sie keine Ahnung haben, besser nichts, anstatt gravierende Fehler zu machen und unsere Industrie und unsere Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Herr Abgeordneter Speicher, Sie haben die Möglichkeit zur Antwort.

Abg. Speicher (CDU):

Ich will nur kurz Folgendes sagen. Nichts tun - das sehen wir bei Ihnen dreien, was Sie im Parlament abliefern. Im Ausschuss pennen, das ist nichts tun. Das sehen wir bei Ihnen. Wir arbeiten weiter. Wir haben Ansiedlungserfolge. Ich habe ZF angesprochen. Ich möchte das BSI ansprechen. Das BSI ist ein Ansiedlungserfolg. Als das Bundesamt für Finanzen, das heutige Bundeszentralamt für Steuern, in das Saarland kam, waren es 30 Beschäftigte. Heute sind es knapp 300. Ich komme aus Saarlouis und arbeite seit 14 Jahren im Stadtrat. Der Lisdorfer Berg - Sie können sich ihn gerne anschauen - ist ein Beispiel dafür, wie wir unsere Wirtschaft weiter diversifizieren. Das sind einige Beispiele. Insofern arbeiten wir weiter für unser Saarland. - Danke schön.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Heinrich:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1143. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1143 ist, den bitte ich, eine Hand zu

(Vizepräsident Heinrich)

erheben. - Gegenstimmen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1143 abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion, abgelehnt haben alle übrigen Abgeordneten dieses Hauses.

Wir kommen zu Punkt 17 der Tagesordnung

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Unsere fränkische Sprache (Drucksache 16/1146)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Josef Dörr das Wort.

(Unruhe.)

Abg. Dörr (AfD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute viel von unserem schönen Saarland gesprochen worden und von unserer Heimat, von der Identität und dass wir uns für unser Saarland einsetzen wollen. Ein wichtiges Kulturgut unseres Saarlandes ist natürlich unsere Sprache.

(Fortdauernde Unruhe.)

Niemand hat das in der Vergangenheit hier im Haus - - Ich warte, bis die Kollegen fertig sind.

Vizepräsident Heinrich:

Darf ich um Ruhe bitten, damit der Abgeordnete verständlich rüberkommt.

(Unruhe. - Abg. Roth (SPD): Er soll ein bisschen schneller sprechen. - Abg. Eder-Hippler (SPD): Wir kennen den Antrag doch schon in- und auswendig.)

Abg. Dörr (AfD):

Ich habe Zeit. Acht Minuten. Wenn alle zuhören, mache ich weiter. Aber eigentlich darf man von der Regierungsbank - -

Vizepräsident Heinrich:

Herr Dörr, fahren Sie bitte fort in Ihrem Redebeitrag.

(Abg. Flackus (DIE LINKE): Wir wollen in die Shisha-Bar. Geben Sie einmal Gas. - Lachen und Beifall.)

Herr Dörr, Sie haben das Wort. Fahren Sie bitte fort in Ihrem Beitrag.

Abg. Dörr (AfD):

Es wird immer gesagt, wir sind für unsere Sprache, aber es ist fraglich, ob man bereit ist, etwas dafür zu tun - Ja oder Nein. Es ist schon etwas, wenn man zu Hause seine Mundart spricht, aber es wäre doch in Ordnung, wenn ein Land wie das Saarland, das Kulturhoheit hat, auch etwas für seine eigene und einzigartige Kultur, nämlich für seine Sprache, macht. Wir von der AfD-Fraktion halten das für wichtig. Deshalb haben wir auch in diesem Jahr schon einige Anträge gestellt, die Sie alle abgelehnt haben.

Wir haben beantragt, dass nachhaltige Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die saarländische Mundart zu schützen und zu fördern und dieses regionale Kulturgut zu erhalten. Ein anderer Antrag war, eine Unterrichtsstunde in Mundart entweder einzuführen oder im Deutschunterricht über Mundart zu lehren. Ein anderer Antrag war, ein Institut zu gründen, um diese Sprache zu fördern. Dann wurde der Kultusminister aufgefordert, die fränkische Hochsprache zu fördern. Wir haben ein Landesinstitut zur Dokumentation, Pflege und Weiterentwicklung gefordert. Dann haben wir eine Planungsgruppe zur Förderung und zum Schutz der fränkischen Mundart im Saarland gefordert. Schließlich haben wir eine Stiftung gefordert.

Heute fordern wir ein Institut, das im Rahmen der Luxemburgstrategie mit Luxemburg zusammenarbeitet. Luxemburg hat Erfahrung darin, seine Sprache zu fördern und zu erhalten. Wie Sie wissen, hat Luxemburg drei Staatssprachen: Deutsch, Französisch und Luxemburgisch. Die vergessen ihre Sprache nicht. Die fördern und pflegen ihre Sprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sehr gut in der Nachbarschaft sehen, was geschieht, wenn man das nicht macht. Unsere lothringischen Freunde haben nach dem Krieg eine schwere Zeit gehabt, um ihre Mundart zu erhalten. In der Schule wurde strikt das Französische eingeführt und die Mundart strikt verboten. Kinder, die Mundart geredet haben, sind bestraft worden. Das hat eine Zeit lang gedauert. Das hat dann aber Gott sei Dank aufgehört. Allerdings hat man nie wirklich die Mundart gepflegt. Es gibt ein paar Ausreißer und positive Beispiele hier und da. Aber insgesamt ist Folgendes festzustellen. Ich garantiere Ihnen, in 20 Jahren wird dort, wo früher eine Staatsgrenze, aber keine Sprachgrenze war, keine Staatsgrenze mehr sein, aber eine Sprachgrenze. Das ist schlimm.

In Luxemburg wird es anders gemacht. Dort pflegt man die Mundart als Sprache. In einem Teil des Saarlandes spricht man ähnlich wie in Luxemburg. Wir haben einen Kollegen, Herr Thielen, der aus Fa-

(Abg. Dörr (AfD))

ha ist. Das heißt, wenn im nordwestlichen Saarland schon mal eine Möglichkeit da wäre, mit Luxemburg zusammenzuarbeiten, dann könnte dieser Teil unserer fränkischen Sprache gepflegt werden. Das ist unser heutiger Antrag. Ich bitte Sie, ihn anzunehmen.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsident Heinrich:

Ich danke für die Begründung des Antrags. Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/1146. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1146 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1146 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die Mitglieder der AfD-Fraktion; abgelehnt alle übrigen Abgeordneten in diesem Hause.

Wir kommen zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 11) (Drucksache 16/1126)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1126 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 16/1126 einstimmig mit den Stimmen aller Abgeordneten dieses Hauses angenommen worden ist.

Damit sind wir am Ende unserer Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.